

Hoffmeyer, Martin; Krieger-Boden, Christiane; Laaser, Claus-Friedrich; Lammers, Konrad; Merz, Monika

Research Report — Digitized Version

Struktur und Perspektiven der Wirtschaft Schleswig-Holsteins

Kieler Sonderpublikationen

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Hoffmeyer, Martin; Krieger-Boden, Christiane; Laaser, Claus-Friedrich; Lammers, Konrad; Merz, Monika (1990) : Struktur und Perspektiven der Wirtschaft Schleswig-Holsteins, Kieler Sonderpublikationen, ISBN 3-925357-88-2, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/438>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Institut für Weltwirtschaft

an der Universität Kiel

Martin Hoffmeyer et al.

Struktur und Perspektiven der Wirtschaft Schleswig-Holsteins

Autoren:

Martin Hoffmeyer, Christiane Krieger-Boden
Claus-Friedrich Laaser, Konrad Lammers, Monika Merz

A93738 / 90
Weltwirtschaft
Kiel

Kiel 1990

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Struktur und Perspektiven der Wirtschaft Schleswig-Holsteins

/ Inst. für Weltwirtschaft an d. Univ. Kiel. Martin Hoffmeyer

et al. Autoren: Martin Hoffmeyer ... - Kiel: Inst. für

Weltwirtschaft, 1990

(Kieler Sonderpublikationen)

ISBN 3-925357-88-2

NE: Hoffmeyer, Martin [Mitverf.]; Institut für Weltwirtschaft <Kiel>

Schriftleitung: Hubertus Müller-Groeling



Institut für Weltwirtschaft

an der Universität Kiel

Kiel 1990

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Instituts
ist es auch nicht gestattet, den Band oder Teile
daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie,
Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Tabellen	VI
Verzeichnis der Schaubilder und Übersichten	XV
Verzeichnis der Abkürzungen	XVI
Vorwort	XVII
A. Die Entwicklung der Wirtschaft Schleswig-Holsteins 1970-1988	
Im Überblick	1
B. Struktur der Wirtschaft Schleswig-Holsteins	
I. Besonderheiten der sektoralen Wirtschaftsstruktur	11
II. Interregionaler Vergleich der wachsenden und schrumpfenden Wirtschaftszweige	17
III. Die landesspezifische Entwicklung in einzelnen Wirtschaftszweigen	22
IV. Ergebnisse der Shift-Share-Analyse	28
V. Höherer Strukturanpassungsbedarf oder verzögerter Strukturwandel?	31
VI. Zur Entwicklung der Investitionen	37
VII. Zur Bedeutung staatlich beeinflusster Wirtschaftsbereiche	42
1. Staatliche Protektion und regionaler Strukturwandel ...	42
2. Außenhandelsprotektion	45
3. Staatliche Regulierungen	48
4. Subventionen	52
5. Fazit	54
VIII. Zur Entwicklung des Außenhandels	55
IX. Die Beschäftigtenstruktur nach Tätigkeitsbereichen und Berufsgruppen	70
X. Regionale Schwerpunkte der wirtschaftlichen Aktivität sowie räumliche Unterschiede im Wirtschaftswachstum und der Beschäftigungsentwicklung	76

C. Standortfaktoren der Wirtschaft Schleswig-Holsteins	95
I. Zur Relevanz der einzelnen Standortfaktoren	96
II. Die Standortfaktoren im einzelnen	106
1. Lage zu den wichtigsten Absatz- und Bezugsmärkten ...	106
2. Verkehrserschließung und -anbindung	115
3. Kommunikationsinfrastruktur	128
4. Forschung und Entwicklung	131
a. Öffentliche Forschungs- und Technologieinfrastruktur	131
b. Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der Unternehmen	135
c. Qualifikation der Arbeitskräfte	141
5. Preise lokaler Produktionsfaktoren	147
a. Arbeitskosten	147
b. Boden- und Immobilienpreise	155
c. Energieversorgung	157
α. Elektrische Energie	157
β. Erdgasversorgung	158
γ. Trink- und Brauchwasser	161
d. Umwelt als Produktionsfaktor	161
6. Steuern und Subventionen	165
a. Realsteuerbelastung der Unternehmen	165
b. Wirtschaftsförderung	168
α. Die regionale Dimension der Subventionen insgesamt	168
β. Landeseigene Wirtschaftsförderung	173
γ. Zusammenfassung	175
III. Fazit	176
D. Zur Attraktivität Schleswig-Holsteins aus Unternehmenssicht - Ansiedlungen und Direktinvestitionen	179
I. Unternehmensansiedlungen in Schleswig-Holstein	179
1. Das Muster der Ansiedlungen in den Jahren 1980-1988	180
2. Gründe für Ansiedlungsentscheidungen	190
3. Schlußfolgerungen	191
II. Kapitalmäßige Außenwirtschaftsverflechtungen: Direktinvestitionen	194

1. Das Gesamtbild	194
2. Direktinvestitionen Schleswig-Holsteins im Ausland	198
3. Ausländische Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein ..	200
E. Perspektiven der Wirtschaft Schleswig-Holsteins	205
I. Gegebene Rahmenbedingungen: Noch nicht bewältigter Strukturwandel und Nachteile bei einigen Standort- faktoren	205
II. Einflüsse der Vollendung des EG-Binnenmarktes auf die wirtschaftliche Entwicklung	209
F. Zusammenfassung der Ergebnisse	217
Anhang	227
I. Erläuterungen zu Kapitel C	227
1. Methodische Erläuterungen zum Lageindikator (zu Ab- schnitt C. II. 1)	227
2. Zur Verwendbarkeit der Transportverflechtungsstatistik zum Zwecke der Analyse der Verflechtung mit wichtigen Absatz- und Bezugsmärkten (zu Abschnitt C. II. 1)	229
3. Zur Luftverkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein (zu Abschnitt C. II. 2)	230
4. Zur Hafeninfrastruktur in Schleswig-Holstein (zu Ab- schnitt C. II. 2)	231
5. Zu den Nachteilen Schleswig-Holsteins bei den Dienst- leistungen der Deutschen Bundesbahn im Güterverkehr (zu Abschnitt C. II. 2)	234
6. Zur Kommunikationsinfrastruktur in Schleswig-Holstein (zu Abschnitt C. II. 3)	235
II. Anhangtabellen	241
Literaturverzeichnis	267

Verzeichnis der Tabellen

	Tabelle 1 - Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1988	2
X	Tabelle 2 - Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern 1970-1988	5
	Tabelle 3 - Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte je Einwohner nach Bundesländern 1970-1987	7
	Tabelle 4 - Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nach Bundesländern 1970-1988	10
(X)	Tabelle 5 - Bruttowertschöpfung der Wirtschaft Schleswig-Holsteins nach Wirtschaftszweigen 1970-1988	12
	Tabelle 6 - Erwerbstätige in der Wirtschaft Schleswig-Holsteins nach Wirtschaftszweigen 1970-1988	12
	Tabelle 7 - Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen 1978, 1983 und 1988	13
	Tabelle 8 - Beschäftigte im Bergbau und in den Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein 1979, 1983 und 1988	15
X	Tabelle 9 - Umsatz im Bergbau und in den Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein 1979, 1983 und 1988	16
	Tabelle 10 - Beschäftigung in schrumpfenden bzw. wachsenden Industriezweigen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979-1983	20
	Tabelle 11 - Beschäftigung in schrumpfenden bzw. wachsenden Industriezweigen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1983-1988	21
	Tabelle 12 - Entwicklung der Bruttowertschöpfung und der Anzahl der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1988	23
	Tabelle 13 - Entwicklung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1978-1988	24
	Tabelle 14 - Entwicklung der Beschäftigung im Bergbau und in den Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979-1988	26

Tabelle 15 - Entwicklung des Umsatzes im Bergbau und in den Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979-1988	27
Tabelle 16 - Ergebnisse der Shift-Share-Analyse auf Basis der Wertschöpfung nach Bundesländern 1970-1987 - 11 Wirtschaftszweige	29
Tabelle 17 - Ergebnisse der Shift-Share-Analyse auf Basis der Erwerbstätigen nach Bundesländern 1970-1987 - 5 Wirtschaftszweige	29
Tabelle 18 - Ergebnisse der Shift-Share-Analyse auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Bundesländern 1978-1988 - 32 Wirtschaftszweige	30
Tabelle 19 - Ergebnisse der Shift-Share-Analyse auf Basis der Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern 1978-1988 - 33 Wirtschaftszweige	30
Tabelle 20 - Beschäftigte nach Faktorintensitäten der Branchen im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979, 1983 und 1987	33
Tabelle 21 - Beschäftigte nach Industriebauptgruppen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979, 1983 und 1987	34
Tabelle 22 - Veränderung der Anzahl der Beschäftigten in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nach Faktorintensitäten der Branchen im Verarbeitenden Gewerbe 1979-1987	36
Tabelle 23 - Konformität der Branchenstruktur des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet und zu anderen ausgewählten Bundesländern 1979, 1983 und 1987 - Konformitätskoeffizienten	37
Tabelle 24 - Durchschnittliche jährliche Veränderung der Investitionen und Investitionsquoten nach Bundesländern 1970-1986	38
Tabelle 25 - Investitionsquoten nach Sektoren in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1986	40
Tabelle 26 - Investitionen und Investitionsquoten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979, 1983 und 1987	41

Tabelle 27 - Tarifäre Zollprotektion im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik in den achtziger Jahren - Beschäftigtenanteile in ausgewählten Branchen mit den höchsten effektiven Zollsätzen 1982 und 1983	46
Tabelle 28 - Nichttarifäre Protektion und Anteile der Beschäftigten in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik in Branchen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit ausgeprägten nichttarifären Handelshemmnissen 1983	47
Tabelle 29 - Anteil der Beschäftigten in regulierten Branchen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik an den Beschäftigten insgesamt und den Beschäftigten im Unternehmenssektor 1983	51
Tabelle 30 - Subventionsgrad ausgewählter Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik 1980/81	53
Q Tabelle 31 - Subventionsgrad der Wirtschaft Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1980/81	54
Tabelle 32 - Zur Entwicklung des Warenexports Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1970-1988	57
Tabelle 33 - Exporte der Bundesländer nach Warengruppen 1970, 1980 und 1988	61
Tabelle 34 - Exporte Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik nach Warengruppen 1970-1988	62
Tabelle 35 - Auslandsumsatz und Exportquoten des Produzierenden Gewerbes in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1988	64
Tabelle 36 - Exporte Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik nach Bestimmungsregionen 1970-1988	67
Tabelle 37 - Importstruktur der Bundesländer nach Warengruppen 1970, 1980 und 1988	70
Tabelle 38 - Anteil der Beschäftigten nach funktionalen Tätigkeitsbereichen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1987	73
Tabelle 39 - Zur Entwicklung der funktionalen Beschäftigtenstruktur in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1980-1987	74
Tabelle 40 - Zur Qualifikationsstruktur der Beschäftigten bei hochwertigen produktionsorientierten Dienstleistungen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1980 und 1987	76

Tabelle 41 - Wirtschaftsdichte und Wirtschaftskraft der Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins 1970-1986	78
Tabelle 42 - Entwicklung der Bruttowertschöpfung in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1970-1986	80
Tabelle 43 - Entwicklung der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1970-1989	81
Tabelle 44 - Bruttowertschöpfung der Kreise Schleswig-Holsteins nach Wirtschaftszweigen 1970 und 1986 - Standortquotienten	83
Tabelle 45 - Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1971-1988 - Standortquotienten	84
Tabelle 46 - Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1988 - Standortquotienten	86
Tabelle 47 - Entwicklung der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1970-1988	88
Tabelle 48 - Zur Entwicklung der funktionalen Beschäftigtenstruktur im Hamburger Umland, in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1980-1987	89
Tabelle 49 - Zur Entwicklung der Fertigungstätigkeiten im Hamburger Umland, in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1984-1987	90
Tabelle 50 - Zur Entwicklung der Beschäftigung bei hochwertigen produktionsorientierten und sozialen Dienstleistungen in den Raumordnungsregionen Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1980-1987	91
Tabelle 51 - Zur Entwicklung der Beschäftigtenstruktur in Schleswig-Holstein im Vergleich zur Bundesrepublik 1980-1987.....	92
Tabelle 52 - Zur wirtschaftsgeographischen Lage Schleswig-Holsteins und anderer ausgewählter Bundesländer 1970, 1980 und 1987 - Lageindikatoren	108
Tabelle 53 - Zur Veränderung der wirtschaftsgeographischen Lage Schleswig-Holsteins und ausgewählter anderer Bundesländer infolge der europäischen Integration 1970, 1980 und 1987 - Veränderung der Lageindikatoren	109

Tabelle 54 - Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nach Bundesländern 1970-1988	109
Tabelle 55 - Bedeutung der skandinavischen Länder, der Schweiz und Österreichs für die wirtschaftsgeographische Lage Schleswig-Holsteins und ausgewählter anderer Bundesländer 1987 (Beiträge zu den Lageindikatoren)	110
Tabelle 56 - Zur Güterverkehrsverflechtung Schleswig-Holsteins mit Bahn, Lkw und Binnenschiffen 1970, 1980 und 1987	112
Tabelle 57 - Zur Güterverkehrsverflechtung Schleswig-Holsteins mit Bahn, Lkw und Binnenschiffen 1970, 1980 und 1987 - Anteile der Regionen am Versand und Empfang Schleswig-Holsteins an Fahrzeugen, Maschinen und sonstigen Halb- und Fertigwaren (Gütergruppe 9) ...	113
Tabelle 58 - Dichte des Straßenverkehrsnetzes in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970, 1980 und 1988	116
Tabelle 59 - Zur Verkehrsinfrastruktur der Eisenbahnen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1986	117
Tabelle 60 - Reisezeiten mit der Deutschen Bundesbahn von Norddeutschland nach west- und süddeutschen wirtschaftlichen Zentren 1970, 1980 und 1989	119
Tabelle 61 - Durchschnittliche Fahrzeiten mit der Deutschen Bundesbahn nach Streckenabschnitten 1970, 1980 und 1989	120
Tabelle 62 - Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärken, maßgebliche stündliche Verkehrsstärken und Kapazitätsauslastung der Autobahnverbindungen Schleswig-Holsteins mit der übrigen Bundesrepublik 1987	121
Tabelle 63 - Verkehrsstaus im Elbtunnel 1981-1989	122
Tabelle 64 - Anschluß der Gemeinden in Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern an das IC-Netz 1986	126
Tabelle 65 - Reise- und Güterzüge der Deutschen Bundesbahn je 100 Strecken-km in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1986	127
Tabelle 66 - Öffentliche Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1987	132
Tabelle 67 - Öffentliche Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik sowie Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter je Mill. Einwohner und Erwerbstätige 1987	133

Tabelle 68 - Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen nach Fächergruppen und Ländern 1987	134
Tabelle 69 - FuE-Personal in Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1983 und 1985	136
Tabelle 70 - Anteil der FuE-Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau an den Gesamtbeschäftigten nach Bundesländern 1983 und 1985	137
Tabelle 71 - Räumliche Verteilung der Unternehmen der Biotechnologie sowie der Informations- und Kommunikationstechnik nach Bundesländern 1987	139
Tabelle 72 - Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt nach Bundesländern 1985-1988	140
Tabelle 73 - Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung nach Wirtschaftszweigen in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und der Bundesrepublik 1970 und 1987	142
Tabelle 74 - Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Leistungsgruppe 1 in der Industrie in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und der Bundesrepublik 1970-1988	143
Tabelle 75 - Anteil der Angestellten in der Leistungsgruppe II in Industrie und Handel in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und der Bundesrepublik 1970-1988	144
Tabelle 76 - Anteil der gering- und der hochqualifizierten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein und nach Bundesländern 1983 und 1986	146
Tabelle 77 - Entwicklung der Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie Schleswig-Holsteins 1970-1988	150
Tabelle 78 - Lohnsteigerungen in ausgewählten Industriezweigen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1987	153
Tabelle 79 - Boden- und Immobilienpreise sowie Mieten in Städten Schleswig-Holsteins im Vergleich zur Bundesrepublik 1975-1989	156
Tabelle 80 - Strompreise für industrielle Sondervertragskunden sowie gewerbliche und private Tarifkunden in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1978-1989	159

Tabelle 81 - Erdgaspreise für industrielle Sondervertragskunden in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979, 1984 und 1988	160
§ Tabelle 82 - Umweltbelastungen nach Bundesländern 1980 und 1982	162
∫ Tabelle 83 - Umweltschutzinvestitionen insgesamt in Betrieben des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1977-1987	163
∫ Tabelle 84 - Umweltschutzinvestitionen in Betrieben des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nach Wirtschaftszweigen 1977-1987	164
Tabelle 85 - Realsteuerhebesätze in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1971-1988	166
Tabelle 86 - Realsteuerhebesätze in Schleswig-Holstein 1971-1988	167
Tabelle 87 - Zur regionalen Verteilung von Investitionshilfen der Bund-Länder-Regionalförderung 1987	170
Tabelle 88 - Regionale Verteilung der FuE-Finanzhilfen des Bundes 1987	172
Tabelle 89 - Finanzhilfen nach Bundesländern 1973-1986	174
Tabelle 90 - Entstandene Betriebe und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein durch Ansiedlungen von außerhalb 1980-1988	181
Tabelle 91 - Herkunft in Schleswig-Holstein angesiedelter Unternehmen 1980-1988	181
Tabelle 92 - Zur Bedeutung Hamburgs als Herkunftsort und des Hamburger Umlands als Standort für Unternehmensansiedlungen in Schleswig-Holstein 1980-1988	183
Tabelle 93 - Unternehmensansiedlungen in den einzelnen Kreisen Schleswig-Holsteins 1980-1988	184
Tabelle 94 - Unternehmensansiedlungen in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen 1980-1988	185
Tabelle 95 - Zur Bedeutung von Arbeitsplätzen in angesiedelten Betrieben im Verhältnis zur Struktur der Beschäftigten nach Branchen 1980-1988	186
Tabelle 96 - Investitionsvolumen und geschaffene Arbeitsplätze je Ansiedlungsfall in angesiedelten Betrieben 1980-1988	187

Tabelle 97	- Investitionen je neu geschaffenem Arbeitsplatz in angesiedelten Betrieben in Schleswig-Holstein sowie in durch die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" geförderten Betrieben in der Bundesrepublik	188
Tabelle 98	- Durchschnittliche Entfernung der Ansiedlungsorte von Hamburg 1980-1988	193
Tabelle 99	- Zur Entwicklung der Direktinvestitionen Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1980-1987	197
Tabelle 100	- Direktinvestitionen Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik im Ausland nach Bestimmungsländern 1980-1987	199
Tabelle 101	- Direktinvestitionen Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik im Ausland nach Branchen 1980-1987	200
Tabelle 102	- Ausländische Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nach Herkunftsländern 1980-1987	201
Tabelle 103	- Ausländische Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nach Branchen 1980-1987	202
Tabelle 104	- Erwartete überdurchschnittliche sektorale Binnenmarkteffekte in Regionen Schleswig-Holsteins	211
Tabelle A1	- Güterumschlag in den Nord- und Ostseehäfen 1970, 1980 und 1987	233
Tabelle A2	- Arbeitsproduktivität in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik	242
Tabelle A3	- Eingruppierung der Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes nach den Faktorintensitäten 1984	243
Tabelle A4	- Infrastruktureinrichtungen der Eisenbahnen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1986	244
Tabelle A5	- Länge der Straßen des überörtlichen Verkehrs in Schleswig-Holstein 1970-1988	245
Tabelle A6	- Öffentliche Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1984 und 1987	246
Tabelle A7	- Anzahl und Mittelausstattung der an den Universitäten Schleswig-Holsteins angesiedelten Sonderforschungsbereiche 1978-1987	247

Tabelle A8 - Anzahl und Mittelausstattung aller zwischen 1968 und 1987 geförderten Sonderforschungsbereiche in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nach Fachbereichen	248
Tabelle A9 - Ausbildungsstand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Bundesländern 1988.....	249
Tabelle A10 - Anteil der Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg 1970 und 1987	250
Tabelle A11 - Arbeitsproduktivität in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1987 - Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate	251
Tabelle A12 - Tariflöhne der Arbeiter in Schleswig-Holstein im Verhältnis zur Bundesrepublik 1968-1987	252
Tabelle A13 - Tariflöhne der Arbeiter in Schleswig-Holstein im Verhältnis zum höchsten Landeswert 1968-1987	252
Tabelle A14 - Bruttostundenverdienste der Arbeiter in ausgewählten Bundesländern und Wirtschaftszweigen 1970-1988	253
Tabelle A15 - Bruttomonatsverdienste der technischen Angestellten in Schleswig-Holstein in ausgewählten Wirtschaftszweigen 1970-1988	256
Tabelle A16 - Arbeitsstätten im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik nach Anzahl der Beschäftigten 1987	258
Tabelle A17 - Anteil der Bevölkerung in Haushalten mit Anschluß an das Erdgasnetz in Schleswig-Holstein und anderen Flächenländern 1985	259
Tabelle A18 - Gebühren für Wasser und Abwasser im regionalen Vergleich 1988	260
Tabelle A19 - Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B in Schleswig-Holstein und den übrigen Bundesländern 1971-1988	261
Tabelle A20 - Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B in Schleswig-Holstein und den übrigen Bundesländern im Vergleich zum Bundesdurchschnitt 1971-1988	264

Verzeichnis der Schaubilder und Übersichten

Schaubild	1 - Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein 1970-1988	3
Schaubild	2 - Bruttoinlandsprodukt und verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1988	4
Schaubild	3 - Entwicklung der Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1988	9
Schaubild	4 - Investitionsquoten in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1987	39
Schaubild	5 - Zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, des Warenexports und der Exportquote Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1970-1988	58
Schaubild	6 - Exportquoten der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1970 und 1988	63
Schaubild	7 - Die Bruttowertschöpfung je Einwohner der Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins 1986	79
Schaubild	8 - Zur Güterverkehrsverflechtung Schleswig-Holsteins mit Bahn, Lkw und Binnenschiffen 1970, 1980 und 1987	114
Schaubild	9 - Anteil der Einwohner in Gemeinden mit mindestens einem im Personenverkehr bedienten Bahnhof oder Haltepunkt 1985	125
Schaubild	10 - Entfernungsabhängigkeit der Fernspreckgebühren und -kosten in der Bundesrepublik	129
Schaubild	11 - Ansiedlungen von Unternehmen in Schleswig-Holstein 1980-1988	182
Übersicht	1 - Regulierungsintensität von Branchen	49
Übersicht	2 - Rangfolge der wichtigsten Standorteigenschaften in verschiedenen empirischen Untersuchungen	97

Verzeichnis der Abkürzungen

ADV	Automatische Datenverarbeitung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
BTX	Bildschirmtext
DB	Deutsche Bundesbahn
DBP	Deutsche Bundespost
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
EBM	Eisen-, Blech-, Metallwaren
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaften
ERP	European Recovery Program
FuE	Forschung und Entwicklung
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
IC	Intercity
IMF	International Monetary Fund
ISDN	Integrated Services Digital Network
IuK	Informations- und Kommunikationstechnik
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
ROR	Raumordnungsregionen
SFB	Sonderforschungsbereich
SVR	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Vorwort

Das Institut für Weltwirtschaft ist im Frühjahr 1989 von der schleswig-holsteinischen Landesregierung beauftragt worden, für die Denkfabrik des Ministerpräsidenten eine Studie über die Struktur und die Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft Schleswig-Holsteins durchzuführen. Aufgabe dieser Untersuchung war es, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den beiden vergangenen Jahrzehnten sowie deren wichtigste Bestimmungsfaktoren zu analysieren. Zu diesem Zweck sollten insbesondere die bisherigen strukturellen Veränderungen im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor herausgearbeitet sowie eine Reihe von Standortfaktoren, die für die Investitionsentscheidungen und für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen mit bestimmend sind, interregional verglichen werden. Im Vordergrund stand die Frage, ob sich die von anderen Bundesländern abweichende Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung Schleswig-Holsteins auf strukturelle Faktoren und/oder auf die gegebenen Standortbedingungen für die Unternehmen zurückführen läßt.

In einem weiteren Teil der Studie sollten die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven für die Wirtschaft Schleswig-Holsteins aufgezeigt werden. Dazu ist versucht worden, die Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sowohl unter Status-quo-Bedingungen als auch im Hinblick auf die Wirkungen, die von den Maßnahmen zur Vollendung des EG-Binnenmarktes ausgehen könnten, darzulegen. Da die Studie Ende 1989 abgeschlossen wurde, konnte auf die Integration der DDR-Wirtschaft und die marktwirtschaftliche Öffnung der RWG-Länder nicht eingegangen werden.

Zur Vorbereitung der Untersuchung sind vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein in großem Umfang statistische Daten und Informationen zur Verfügung gestellt worden; dafür möchten die Autoren den Mitarbeitern des Landesamtes danken.

Der Dank der Autoren gilt außerdem Carmen Wessel und Renate Schramm für Sorgfalt und Ausdauer bei den umfangreichen Schreibarbeiten, Edda Köster, Monika Kühl und Andrea Schäfer, die mit den schwierigen statistischen Arbeiten befaßt waren, sowie Ursula Fett für die Anfertigung der Grafiken.

Die redaktionelle Bearbeitung des Manuskripts lag in den Händen von Bernhard Klein und Itta Esskuchen, denen die Autoren ebenfalls danken möchten.

Kiel, im September 1990

Horst Siebert

A. Die Entwicklung der Wirtschaft Schleswig-Holsteins 1970-1988 im Überblick

Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins in den vergangenen beiden Jahrzehnten läßt sich in drei Phasen einteilen. Diese umfassen etwa:

- den Zeitraum 1970-1977, in dem das wirtschaftliche Wachstum - ausgehend von einem relativ niedrigen Einkommensniveau - stärker war als im Durchschnitt aller Bundesländer (3,5 gegenüber 2,7 vH), wobei sich in dieser Aufholphase die Beschäftigungslage nur wenig besserte und die Arbeitslosigkeit 1974-1975 erheblich anstieg;
- die Jahre 1977-1983, in denen die Wirtschaft des Landes unter Anpassungsdruck geriet, der u.a. aus der schnellen Industrialisierung einer Reihe von Entwicklungsländern sowie aus den beiden Ölpreisschocks und den dadurch induzierten Veränderungen der Faktorpreisrelationen resultierte; in dieser Zeitspanne konnte in Schleswig-Holstein die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht mehr mit der Entwicklung in anderen Bundesländern Schritt halten, und die Arbeitslosigkeit wurde in der Rezession 1981/1982 weiter stark nach oben getrieben;
- den Zeitraum ab 1983, in dem der nicht bewältigte Strukturwandel die wirtschaftliche Entwicklung belastete. Schleswig-Holstein profitierte nicht in dem Ausmaß wie andere Bundesländer von dem kräftigen und langanhaltenden Konjunkturaufschwung: Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm von 1983 bis 1988 um durchschnittlich 2 vH zu, verglichen mit 2,5 vH in der Bundesrepublik. Da trotz des Produktionsanstiegs nicht genügend Arbeitsplätze geschaffen wurden, verharrte die Arbeitslosigkeit zunächst auf dem 1982 erreichten sehr hohen Stand und bildete sich auch ab 1986 nur relativ wenig zurück (Tabelle 1, Schaubild 1).

Innerhalb der einzelnen Konjunkturzyklen entsprach die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Schleswig-Holstein nur z.T. der in der Mehrzahl der anderen Bundesländer. So war die Rezession von 1974/1975 nicht so stark ausgeprägt, während in den Rezessionsjahren 1981/1982 Produktion und Beschäftigung im Lande wesentlich stärker zurückgingen und sich auch in der sich anschließenden Aufschwungsphase tendenziell weniger kräftig erholten (Schaubild 2).

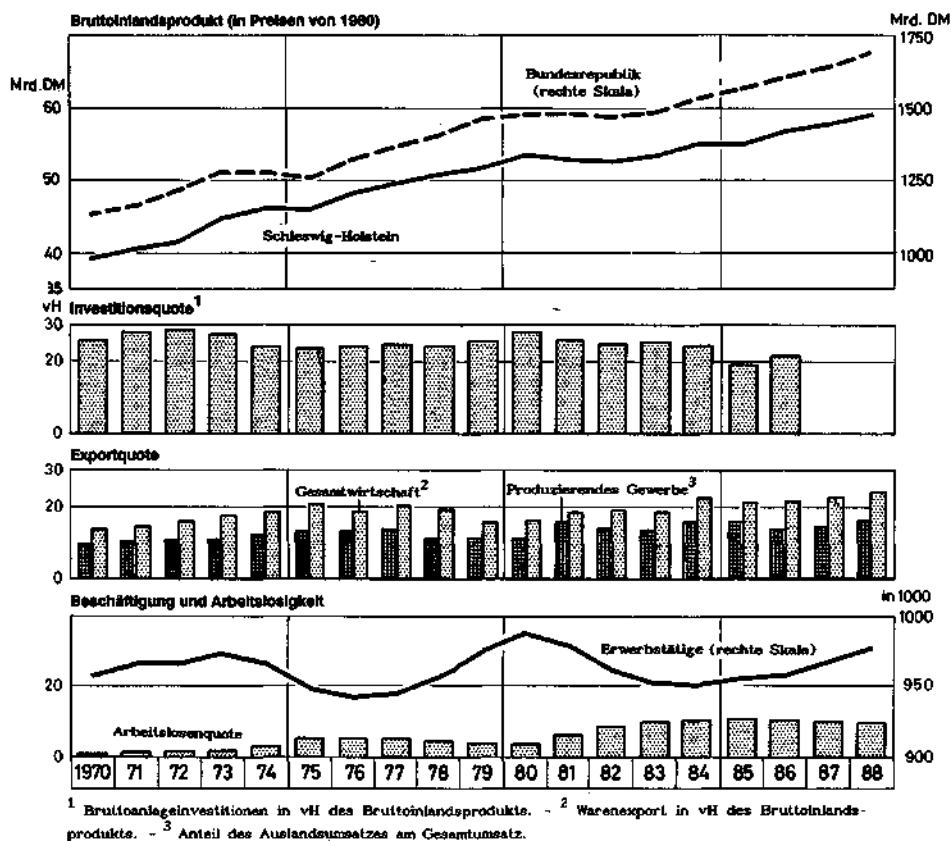
Tabelle 1 - Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1988

	Schleswig-Holstein				Bundesrepublik			
	1988	1970-77	1977-83	1983-88	1988	1970-77	1977-83	1983-88
	durchschnittliche				durchschnittliche			
	Mill. DM	jährliche Veränderung in vH(a)			Mill. DM	jährliche Veränderung in vH(a)		
BIP								
in jeweiligen Preisen	72670	9,7	5,1	4,1	2110560	8,5	5,7	4,7
in Preisen von 1980	59053	3,5	1,2	2,0	1692930	2,7	1,6	2,5
BSP								
in Preisen von 1980(b)								
Insgesamt	63290	3,1	2,2	2,2	1641900	2,7	1,6	2,3
Privater Verbrauch	37777	4,1	1,9	2,5	924840	3,5	1,4	2,4
Staatsverbrauch	17970	2,6	2,0	2,2	328110	3,5	1,8	2,1
Bruttoanlageinvestitionen	32383	2,5	1,8	-1,8	332400	0	1,2	1,6
Bruttoveranschöpfung								
in Preisen von 1980(b)								
Insgesamt	57905	3,5	1,3	2,1	1645210	2,7	1,7	2,6
Land- und Forstwirtschaft	3119	1,5	1,0	1,5	35640	0,9	1,3	1,6
Energie, Wasserversorgung, Bergbau	2656	1,6	2,9	7,4	54380	2,2	0,5	2,3
Verarbeitendes Gewerbe	12177	3,5	0,6	-0,4	508450	2,1	0,6	1,6
Baugewerbe	3305	2,6	-2,5	-1,9	93170	0,6	-0,4	0,4
Handel und Verkehr	10067	4,2	7,1	3,2	270710	3,0	1,9	3,2
Staat	9906	2,5	1,8	1,3	190950	3,4	2,1	1,2
Übrige Wirtschaftszweige	16675	5,2	2,0	4,4	492810	4,3	3,6	4,7
	DM				DM			
BIP je Einwohner(c)	28390	9,2	4,9	4,6	34347	8,3	5,7	4,7
in jeweiligen Preisen								
Verfügbares Einkommen der Privaten								
Haushalte je Einwohner(c)	20525	8,9	6,0	4,5	20767	8,7	5,6	4,2
in jeweiligen Preisen(b)								
Investitionsquote								
Insgesamt(d)	.	24,4	25,3	21,8	.	21,6	21,2	20,6
Verarbeitendes Gewerbe(e)	.	5,2	4,3	4,6	.	4,2	4,3	5,2
Exportquote								
Insgesamt(f)	.	13,8	11,7	16,2	.	22,8	25,8	26,9
Verarbeitendes Gewerbe(g)	.	20,3	18,6	24,0	.	23,6	27,1	30,4
	1980=100				1980=100			
Industrieproduktion	101,7	.	.	0,1	107,7	1,5	0,4	2,5
	DM				DM			
Arbeitsproduktivität(h)	59335	3,7	1,1	1,6	60256	3,2	1,7	2,4
	1000				1000			
Bevölkerung	2560	0,5	0,2	-0,4	61443	0,2	0	0
Erwerbspersonen	1135	0,4	1,3	0	28416	-0,1	0,6	0,7
					vH			
Erwerbsquote(i)	.	41,2	43,4	44,3	.	43,3	44,9	46,2
	1000	durchschnittliche jährliche Veränderung in vH(a)			1000	durchschnittliche jährliche Veränderung in vH(a)		
Beschäftigte Arbeitnehmer(j)	742,4	.	0,5	1,1	22830	-0,1	0	0,9
Arbeitslose insgesamt	108,8	28,5	14,7	0,3	2242	31,8	14,0	-0,1
darunter:								
unter 20 Jahre alt	5,6	.	29,1	-10,8	106	.	11,4	-11,3
					vH			
Arbeitslosenquote	10,0	5,2	10,5	10,0	8,7	4,5	9,1	8,7
Offene Stellen	5,7	-12,7	-19,6	17,9	189	-16,2	-17,0	20,0
Kurzarbeiter	8,0	67,1	33,1	-14,2	208	57,5	19,5	-21,0

(a) Die Quoten beziehen sich jeweils auf das Endjahr der einzelnen Zeiträume. - (b) 1970-1987. - (c) Unter Einbeziehung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25.5.1987. - (d) Bruttoanlageinvestitionen in vH des BIP in Preisen von 1980. - (e) Bruttoanlageinvestitionen in vH des Umsatzes. - (f) Warenexport in vH des BIP in jeweiligen Preisen. - (g) Anteile des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - (h) Bruttoveranschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen. - (i) Erwerbspersonen in vH der Bevölkerung. - (j) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Arbeitnehmer.

Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein-Hamburg [c]; Statistisches Bundesamt [b]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [p]; q]; SVR [1989]; eigene Berechnungen.

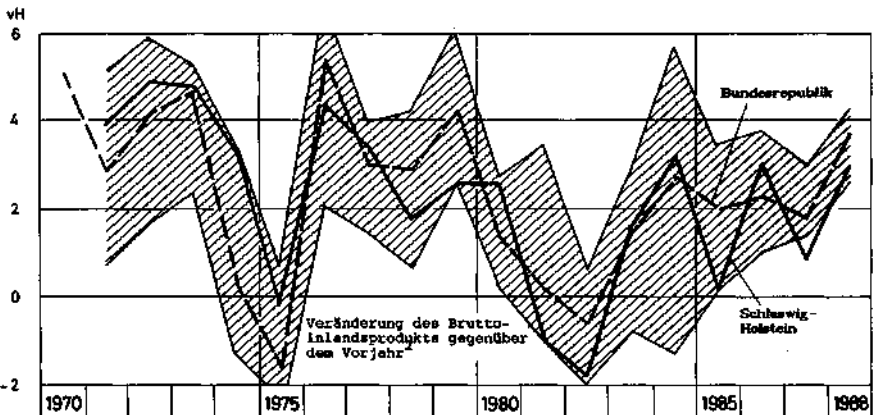
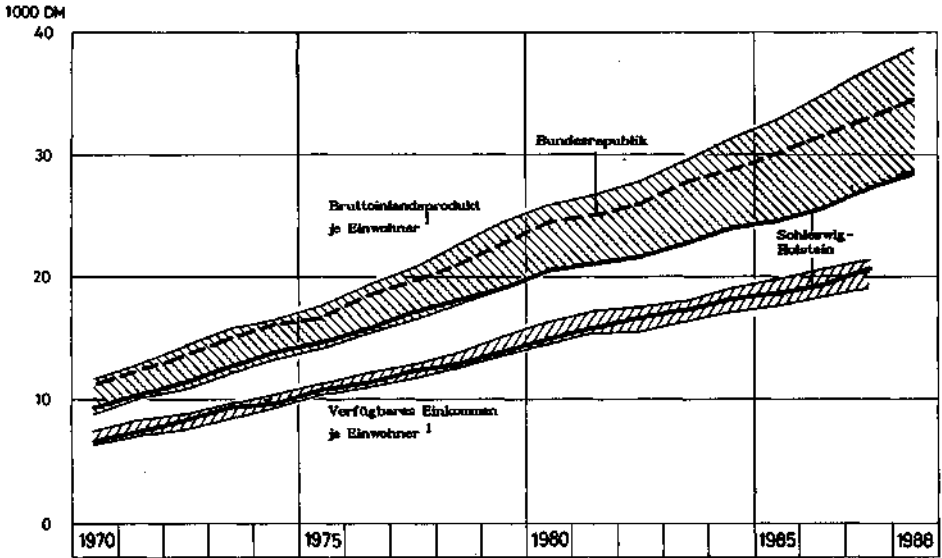
Schaubild 1 - Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein 1970-1988



Quelle: Statistisches Bundesamt [b]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [p; q]; eigene Berechnungen.

In den Jahren 1983-1988 blieb das wirtschaftliche Wachstum Schleswig-Holsteins - gemessen in Veränderungen des realen BIP - gegenüber dem in den kräftig expandierenden Wirtschaften Bayerns, Baden-Württembergs und Hessens im Jahresdurchschnitt um 1 bis 1,4 Prozentpunkte zurück. Allerdings wiesen Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz eine noch geringere Wachstumsdynamik auf (Tabelle 2). Das Gefälle in bezug auf Wirtschaftsstärke und Einkommensentwicklung zeigte sich ins-

Schaubild 2 - Bruttoinlandsprodukt und verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1988



Die schraffierte Fläche ist begrenzt durch das Bundesland mit den jeweils höchsten/niedrigsten durchschnittlichen Einkommen bzw. den höchsten/niedrigsten Veränderungsraten (nur Flächenländer).

¹ In jeweiligen Preisen unter Einbeziehung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25.5.1987. -

² In Preisen von 1980.

Quelle: Wie Schaubild 1.

Tabelle 2 - Bruttoinlandsprodukt (a) nach Bundesländern 1970-1988

	BIP				BIP je Einwohner			
	1988	1970-	1977-	1983-	1988	1970-	1977-	1983-
		77	83	86		77	83	88(b)
Mill. DM	durchschnittliche jährliche Veränderung in vH			DM	durchschnittliche jährliche Veränderung in vH			
Schleswig-Holstein	59053	3,5	1,2	2,0	23070	2,9	1,0	2,5
Hamburg	76493	1,8	1,4	1,7	47889	2,7	2,2	1,9
Niedersachsen	168336	2,7	1,5	2,6	23473	2,4	1,4	2,8
Bremen	23350	2,5	0,7	0,9	35360	2,8	1,3	1,6
Nordrhein-Westfalen	440519	2,2	1,0	1,9	26220	2,1	1,1	2,0
Hessen	171230	3,2	1,7	3,4	30883	2,8	1,5	3,5
Rheinland-Pfalz	88037	3,0	1,9	1,7	24171	3,0	1,9	1,7
Baden-Württemberg	272676	2,8	1,5	3,1	29077	2,5	1,3	2,9
Bayern	305022	3,3	2,4	3,3	27743	2,8	2,1	3,3
Saarland	24921	2,6	1,5	2,1	23654	3,1	2,0	2,1
Berlin (West)	63292	1,1	1,4	3,3	30917	2,4	2,1	1,3
Bundesrepublik	1692930	2,7	1,6	2,5	27550	2,5	1,5	2,5

(a) In Preisen von 1980. - (b) Unter Einbeziehung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25.5.1987.

Quelle: Statistisches Bundesamt [b]; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg [1986]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, unveröff. Angaben.

besondere daran, daß 1988 in Schleswig-Holstein das reale BIP je Einwohner um rund ein Sechstel niedriger lag als in allen anderen Bundesländern.^{1,2} Im Jahre 1970 lag der Rückstand Schleswig-Holsteins bei 14 vH. Nimmt man das BSP je Einwohner als Vergleichsgröße, ergibt sich

¹ Statistisches Bundesamt [b; t]; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg [1986]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [q]; unveröff. Angaben.

² Bei der Analyse der periodischen Veränderungen der Pro-Kopf-Größen ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerungszahlen in Schleswig-Holstein in den achtziger Jahren durch die amtliche Statistik nicht unerheblich überschätzt wurden. Die Volkszählung 1987 deckte eine Überschätzung in Höhe von rund 58000 Personen auf. Entsprechend wurden Pro-Kopf-Größen für diesen Zeitraum unterschätzt. Für die Jahre 1983-1987 errechnet sich bei Vernachlässigung der Volkszählung beispielsweise eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen BIP je Einwohner von nur 2 vH.

ein geringerer Abstand zwischen dem Einkommen der Einwohner Schleswig-Holsteins und dem bundesdurchschnittlichen Einkommen; er belief sich 1988 auf 8 vH (1970: 11 vH)¹ (vgl. Quelle Tabelle 2).

Vergleicht man die für die Kaufkraft der Bevölkerung wichtigen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in den einzelnen Bundesländern, so zeigt sich, daß Schleswig-Holstein im Untersuchungszeitraum stets eine mittlere Position einnahm (Tabelle 3, Schaubild 2).²

Dies erklärt sich daraus, daß Schleswig-Holstein in größerem Umfang Transferzahlungen erhielt, als es zu leisten hatte.³ So dürften Subventionen für Sektoren, die in Schleswig-Holstein besonders stark vertreten sind, wie der Schiffbau und die Landwirtschaft, sowie die Regionalsubventionen, dazu beigetragen haben, daß Schleswig-Holstein beim Einkommenstransfer stärker als andere Bundesländer begünstigt wurde.

Die Verwendung des BSP war in den vergangenen beiden Jahrzehnten dadurch gekennzeichnet, daß überwiegend der private und der

¹ Das BIP erfaßt ökonomische Leistungen dort, wo sie erbracht werden (Inlandskonzept). Da ein im Vergleich zu anderen Bundesländern überdurchschnittlich großer Teil der schleswig-holsteinischen Einwohner nach Hamburg pendelt (1987 etwa 5,5 vH, das entspricht knapp 13 vH der Erwerbstätigen), wird die durchschnittliche Einkommenshöhe der schleswig-holsteinischen Einwohner tendenziell unterschätzt und die der Hamburger tendenziell überschätzt. Solche Verzerrungen können z.T. vermieden werden, wenn das reale BSP pro Kopf verwendet wird. Diese nach dem Inländerkonzept berechneten Zahlen überzeichnen jedoch wiederum die Wirtschaftskraft des Landes, weil die Arbeitsplätze und die sie bereitstellenden Unternehmen nicht in Schleswig-Holstein, sondern in Hamburg angesiedelt sind.

² Im Gegensatz zu Tabelle 3 weist Tabelle 1 die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des verfügbaren Einkommens je Einwohner 1983-1987 unter Berücksichtigung der Volkszählung 1987 aus, um einen weiteren Eindruck von den durch die einmalige Korrektur der Bevölkerungszahlen verursachten Verzerrungen der Statistik zu vermitteln.

³ Das verfügbare Einkommen unterscheidet sich vom BSP dadurch, daß es um laufende Übertragungen ohne Gegenleistungen gegenüber dem Ausland und Inland bereinigt ist. Solche Transfers sind beispielsweise die direkten Steuern und Sozialbeiträge der privaten Haushalte und Unternehmen an den Staat, Transferzahlungen des Staates an private Haushalte, Subventionen des Staates an Unternehmen. Im Jahre 1986 beliefen sich die saldierten laufenden Übertragungen an die privaten Haushalte Schleswig-Holsteins auf rund 12 Mrd. DM; sie sind im Zeitraum 1970-1986 stärker als die Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen gestiegen.

Tabelle 3 - Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte je Einwohner nach Bundesländern 1970-1987

	1987	1970-77	1977-83	1983-87(a)
	DM	durchschnittliche jährliche Veränderung in vH		
Schleswig-Holstein	20071	8,9	6,0	3,9
Hamburg	25657	8,6	5,5	4,1
Niedersachsen	19306	8,8	5,7	3,9
Bremen	20973	8,8	4,6	4,7
Nordrhein-Westfalen	21071	8,6	5,7	4,3
Hessen	20698	7,9	5,4	4,3
Rheinland-Pfalz	19182	9,0	5,5	4,1
Baden-Württemberg	21340	8,6	5,7	4,3
Bayern	20161	9,1	5,8	4,4
Saarland	19141	9,5	5,8	3,5
Berlin (West)	24284	9,8	5,2	2,8
Bundesrepublik	20735	8,7	5,6	4,2

(a) Unter Vernachlässigung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25.5. 1987.

Quelle: Wie Tabelle 2.

staatliche Verbrauch kräftig expandierten (Tabelle 1). Ähnliches gilt auch für den Export, soweit es möglich ist, für diesen die reale Entwicklung zu schätzen. Die Anlageinvestitionen hingegen entwickelten sich weniger dynamisch. Sie gingen in den achtziger Jahren zunächst sogar zurück, bevor sich in jüngster Zeit die Investitionsneigung wieder verstärkte. Die durchschnittliche Investitionsquote der schleswig-holsteinischen Wirtschaft - gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP - lag zwar im Zeitraum 1970-1988 fast immer über der im Durchschnitt der Bundesländer. Auffallend ist jedoch, daß sich die Investitionstätigkeit in der Verarbeitenden Industrie ab Anfang der achtziger Jahre weniger günstig entwickelte. Dies zeigt der im Vergleich zum Bundesgebiet geringere Anteil der Investitionen am Umsatz der Unternehmen (Tabelle 1), wobei diese Kennziffer in den einzelnen Branchen erheblich differierte. Angesichts der Notwendigkeit, Teilbereiche der schleswig-holsteinischen Wirtschaft weiter strukturell anzupassen und die Wettbewerbsfähigkeit auf den In- und Auslandsmärkten zu verbessern, wäre eine dynamischere Investitionsentwicklung von Vorteil gewesen.

Beim Warenexport Schleswig-Holsteins war zu beobachten, daß dieser zeitweilig in schnellerem Tempo als im Durchschnitt der Bundesländer expandierte.¹ Allerdings blieb auch zuletzt die durchschnittliche Exportquote Schleswig-Holsteins erheblich hinter der anderer Bundesländer zurück. Die Verarbeitende Industrie konnte - unter anderem angebotsbedingt - nicht genügend von der kräftig zunehmenden Weltmarktnachfrage nach bestimmten Industrieerzeugnissen profitieren.

Was die Entwicklung der Wertschöpfung in den einzelnen Sektoren der schleswig-holsteinischen Wirtschaft betrifft, so entsprach das Verlaufsmuster im Zeitraum 1970-1988 in seiner Grundtendenz etwa dem in anderen Bundesländern (Tabelle 1). Allerdings ging der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am gesamten BIP in der ersten Hälfte der siebziger Jahre langsamer und seit Ende der siebziger Jahre schneller zurück als im Bundesgebiet. Ähnliches trifft für das Baugewerbe zu. Andererseits wurde die Wertschöpfung im Bereich Handel und Verkehr in Schleswig-Holstein relativ stärker ausgeweitet als im Bundesgebiet.

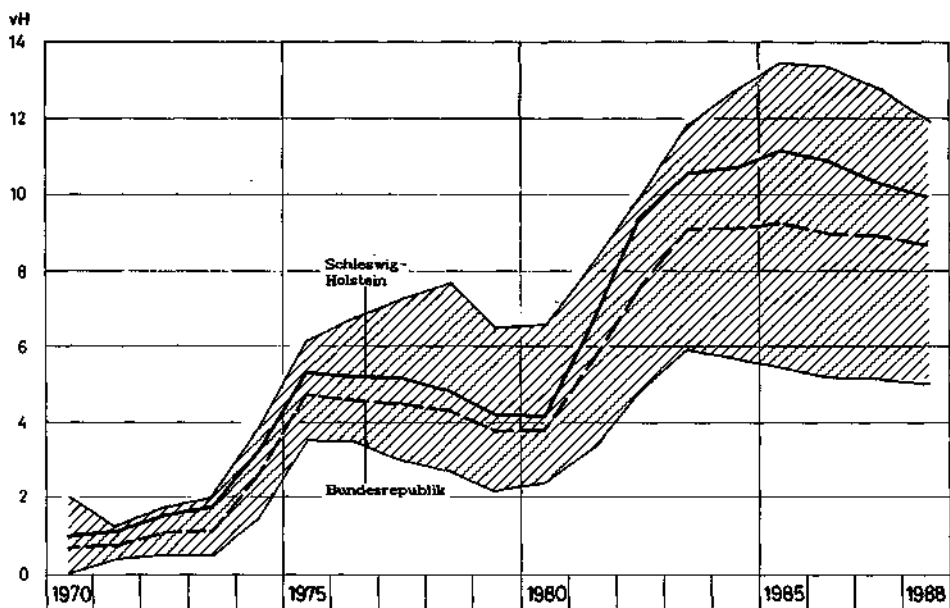
Das Zurückbleiben Schleswig-Holsteins im wirtschaftlichen Wachstum spiegelte sich auch in der Entwicklung des Arbeitsmarktes wider (Schaubild 3). Bei tendenziell weiter zunehmender Erwerbsquote - insbesondere bei Frauen - und verhalten zunehmender Beschäftigung überschritt in den achtziger Jahren die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein mit über 10 vH den Stand der wachstumsstarken Bundesländer um bis zu 5 Prozentpunkte. Andererseits war die Arbeitslosigkeit im Saarland, in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und den Stadtstaaten zuletzt noch gravierender (Tabelle 4).

Angesichts des Zurückbleibens Schleswig-Holsteins im wirtschaftlichen Wachstum soll im folgenden untersucht werden,

- ob Schleswig-Holstein stärker als andere Bundesländer durch eine ungünstige Wirtschaftsstruktur belastet ist (haben schrumpfende, altindustrielle Wirtschaftszweige noch ein zu großes Gewicht bzw. gibt es noch nicht genügend Unternehmen, die sich auf den Märkten behaupten können?);

¹ Statistisches Bundesamt [b]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [q].

Schaubild 3 - Entwicklung der Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1988 (vH)



Die schraffierte Fläche ist begrenzt durch das Bundesland mit der jeweils höchsten bzw. niedrigsten Arbeitslosenquote (nur Flächenländer).

Quelle: Wie Schaubild 1.

- in welchem Ausmaß sich bisher die strukturellen Anpassungen vollzogen haben und ob diese angesichts des weltweiten Strukturwandels ausreichend waren;
- welche Bedeutung die staatlich regulierten Wirtschaftszweige hatten;
- wie sich die Investitionen im Lande entwickelt haben, insbesondere ob das Zurückbleiben im wirtschaftlichen Wachstum mit einer Investitionsschwäche erklärt werden kann;
- in welchem Ausmaß die schleswig-holsteinischen Unternehmen bisher Absatzchancen auf den in- und ausländischen Märkten nutzen konnten und wie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einzuschätzen ist;
- wie die Standortfaktoren des Landes zu beurteilen sind; und

Tabelle 4 - Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nach Bundesländern 1970-1988

	Erwerbs- tätige	Durchschnittliche jährliche Ver- änderung in vH			Arbeits- lose	Arbeitslosenquote in vH			
		1988	1970- 77	1977- 83		1983- 88	1988	1971	1977
Schleswig- Holstein	977336	-0,1	0,1	0,3	108753	1,1	5,2	10,5	10,0
Hamburg	847101	-1,3	-0,6	0	95719	0,5	4,2	10,2	12,8
Niedersachsen	2819562	-0,8	-0,4	0,4	322169	1,2	5,5	11,3	11,2
Bremen	325054	-0,4	-1,2	-0,4	42226	1,1	5,4	13,1	15,3
Nordrhein- Westfalen	6649837	-0,5	-0,5	0,3	752446	0,8	5,0	10,6	11,0
Hessen	2445510	-0,5	-0,2	1,0	154642	0,7	4,0	7,6	6,4
Rheinland-Pfalz	1422871	-0,7	-0,1	0,3	111804	0,9	4,6	8,5	7,6
Baden- Württemberg	4329366	-0,5	0,3	1,0	201470	0,4	2,9	5,9	5,0
Bayern	4957221	-0,5	0,2	1,0	305268	1,2	4,6	8,1	6,3
Saarland	422347	0,0	-0,4	-0,1	50379	1,2	7,2	11,8	11,9
Berlin (West)	882800	-1,4	-0,4	1,1	96680	0,8	4,5	10,4	10,8
Bundesrepublik	26079000	-0,6	-0,1	0,6	2241556	0,8	4,5	9,1	8,7

Quelle: Statistisches Bundesamt [b]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [q]; eigene Berechnungen.

- wie die Standortbedingungen Schleswig-Holsteins aus der Sicht der Unternehmen beurteilt werden; Aufschluß darüber könnten die Motive für die Ansiedlungen von Unternehmen in Schleswig-Holstein sowie für die ausländischen Direktinvestitionen geben.

B. Struktur der Wirtschaft Schleswig-Holsteins

I. Besonderheiten der sektoralen Wirtschaftsstruktur

Die sektorale Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins unterscheidet sich deutlich von der in anderen Bundesländern.¹ Vergleicht man die Anteile der realen Bruttowertschöpfung der einzelnen Sektoren, so wird deutlich, daß in Schleswig-Holstein das Verarbeitende Gewerbe von geringerer Bedeutung als im Bundesgebiet ist (der Anteil lag 1970-1988 um etwa ein Viertel niedriger). Im Unterschied dazu haben die Landwirtschaft sowie der Staatssektor im Lande ein deutlich größeres Gewicht.² Innerhalb des Dienstleistungssektors entspricht zwar der relative Wertschöpfungsbeitrag des Bereichs Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung etwa dem im Bundesdurchschnitt, doch ist der Sektor Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen weniger stark vertreten. Dagegen ist in Schleswig-Holstein der Bereich Wohnungsvermietung relativ umfangreicher als im Bundesgebiet. Im Zeitraum 1970-1988 hat sich die sektorale Struktur im Vergleich zu der der Bundesrepublik nicht einschneidend geändert (Tabelle 5).

Die Verteilung der Erwerbstätigen bzw. Beschäftigten bietet ein in etwa ähnliches Bild (vgl. Tabellen 6 und 7): Im Verarbeitenden Gewerbe ist in Schleswig-Holstein ein geringerer Teil der Gesamtzahl der Beschäf-

¹ Unterschiede zum Bundesgebiet in der Sektorstruktur können mit Hilfe von Standortquotienten aufgezeigt werden. Sie setzen den Anteil, den ein Wirtschaftszweig im Land z.B. am gesamten BIP oder an der gesamten Beschäftigung hat, in Beziehung zu dem entsprechenden Anteil des Wirtschaftszweiges im Bundesgebiet. Ein Wert von über 1 bedeutet, daß der Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein stärker vertreten ist als im Durchschnitt aller Bundesländer.

² Zur überdurchschnittlichen Größe des Staatssektors trägt bei, daß in Schleswig-Holstein besonders viele Soldaten stationiert sind und daß sich eine Reihe von Bundesdienststellen im Land befinden. Bereinigt man die Wertschöpfung des Staatssektors um den Teil, der durch die Aktivitäten der Bundesebene bedingt ist, so verringert sich der Abstand zwischen Land und Bundesländerdurchschnitt. Für 1980 beispielsweise beträgt der Anteil des Staatssektors in Schleswig-Holstein dann nur 10,2 vH (statt 17,1 vH) gegenüber 9,4 vH (statt 12,1 vH) im Bundesländerdurchschnitt. Auch nach einer solchen Bereinigung ist der Staatssektor in Schleswig-Holstein also noch größer als im Durchschnitt aller Bundesländer [Zander, 1984, S. 154 ff.]. Zu einem entsprechenden Ergebnis gelangt Kitterer [1989].

Tabelle 5 - Bruttowertschöpfung (a) der Wirtschaft Schleswig-Holsteins nach Wirtschaftszweigen 1970-1988

	Mill.	Anteil an der gesamten				Standortquotient(b)			
	DM	Wertschöpfung in vH							
	1988	1970	1977	1983	1988	1970	1977	1983	1988
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3119	6,5	5,6	5,5	5,4	2,44	2,41	2,44	2,49
Energie, Wasserversorgung, Bergbau	2656	3,7	3,3	3,6	4,6	1,00	0,90	1,06	1,39
Verarbeitendes Gewerbe	12177	24,8	24,7	23,8	21,0	0,68	0,71	0,73	0,68
Baugewerbe	3305	9,3	8,8	7,0	5,7	1,13	1,23	1,10	1,01
Handel	6314	9,8	10,2	10,2	10,9	0,97	1,00	1,04	1,08
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	3752	5,2	5,5	6,3	6,5	0,96	0,98	1,01	1,01
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2265	2,6	3,1	3,6	3,9	0,72	0,71	0,74	0,73
Wohnungsvermietung	4965	6,5	7,3	8,3	8,6	1,24	1,21	1,26	1,28
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	8217	11,2	12,8	12,0	14,2	1,02	1,05	0,88	0,90
Staat	9906	18,4	17,2	17,8	17,1	1,59	1,42	1,44	1,48
Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter	1228	1,8	1,6	1,9	2,1	0,93	0,87	0,93	0,99
Insgesamt	57905	100,0	100,0	100,0	100,0	1,00	1,00	1,00	1,00

(a) Zu Preisen von 1980. - (b) Anteil Schleswig-Holsteins bezogen auf die Bundesrepublik.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg [1986]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, unveröff. Angaben; eigene Berechnungen.

Tabelle 6 - Erwerbstätige (a) in der Wirtschaft Schleswig-Holsteins nach Wirtschaftszweigen 1970-1988

	1000	Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in vH				Standortquotient(b)			
		1988	1970	1977	1983	1988	1970	1977	1983
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	68,0	11,5	8,2	7,6	7,0	1,35	1,32	1,37	1,43
Warenproduzierendes Gewerbe	291,0	37,4	33,6	31,7	29,8	0,77	0,75	0,76	0,74
Handel und Verkehr	191,0	18,0	19,5	19,4	19,5	1,01	1,02	1,03	1,05
Dienstleistungsunternehmen	160,0	11,3	13,5	14,8	16,4	1,03	1,04	1,01	1,00
Staat, Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter	267,0	21,7	25,1	26,5	27,3	1,59	1,46	1,37	1,37
Insgesamt	977,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

(a) Nach den VGR. - (b) Anteil Schleswig-Holsteins bezogen auf die Bundesrepublik.

Quelle: Wie Tabelle 5.

Tabelle 7 - Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen 1978, 1983 und 1988

	1000				Standort-quotient(s)		
	1988	1978	1983	1988	1978	1983	1988
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	20,1	2,7	2,8	2,5	2,59	2,50	2,56
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	10,9	1,3	1,4	1,5	0,56	0,60	0,68
Verarbeitendes Gewerbe	213,6	32,2	29,9	28,8	0,77	0,76	0,75
Baugewerbe	56,0	10,4	9,5	7,5	1,30	1,22	1,14
Bauhauptgewerbe	37,0	7,7	6,8	5,0	1,32	1,22	1,10
Ausbaugewerbe	19,0	2,7	2,7	2,6	1,26	1,20	1,21
Handel	116,0	15,9	15,7	15,6	1,14	1,14	1,15
Großhandel	35,1	5,0	4,7	4,7	1,02	0,99	1,02
Handelsvermittlung	5,5	0,7	0,7	0,7	0,89	0,85	0,83
Einzelhandel	75,4	10,2	10,3	10,2	1,24	1,26	1,26
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	35,7	4,5	4,8	4,8	0,96	0,99	1,00
Eisenbahnen	3,6	0,7	0,6	0,5	0,81	0,86	0,84
DBP	8,0	0,9	1,1	1,1	0,97	1,04	1,09
Verkehr (ohne Eisenbahn und DB)	24,1	3,0	3,0	3,3	1,00	1,00	1,00
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	26,5	3,3	3,7	3,6	0,92	0,94	0,89
Kreditinstitute	21,4	2,7	3,0	2,9	1,07	1,08	1,00
Versicherungsgewerbe	5,1	0,6	0,6	0,7	0,57	0,57	0,61
Dienstleistungen	168,6	18,1	20,4	22,7	1,12	1,12	1,13
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	40,1	4,6	4,9	5,4	1,64	1,55	1,53
Reinigung und Körperpflege	14,5	1,7	1,9	2,0	1,21	1,22	1,23
Bildung, Kunst, Wissenschaft	27,9	2,9	3,4	3,8	0,79	0,85	0,90
Gesundheits- und Veterinärwesen	49,5	5,2	5,8	6,7	1,14	1,09	1,15
Rechts- und Wirtschaftsberatung	24,9	2,6	3,2	3,4	1,03	1,04	0,97
Sonstige Dienstleistungen	11,6	1,0	1,2	1,6	0,96	1,04	0,97
Organisationen ohne Erwerbscharakter	18,8	1,9	2,1	2,5	1,13	1,09	1,13
Kirchen, Orden	5,4	0,6	0,7	0,7	1,34	1,21	1,19
Übrige Organisationen	11,8	0,9	1,1	1,6	0,98	1,00	1,09
Private Haushalte	1,6	0,3	0,2	0,2	1,33	1,24	1,24
Staat	76,2	9,7	9,8	10,3	1,47	1,45	1,51
Gebietskörperschaften	69,8	9,0	9,0	9,4	1,55	1,53	1,58
Sozialversicherungen	6,4	0,7	0,8	0,9	0,89	0,94	1,03
Insgesamt	742,4	100,0	100,0	100,0	1,00	1,00	1,00

(a) Anteil Schleswig-Holsteins bezogen auf die Bundesrepublik.

Quelle: Statistisches Bundesamt [c]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [r]; eigene Berechnungen.

tigten tätig, während in der Landwirtschaft und im Staatssektor das Gegenteil der Fall ist. Was den Bereich Energiewirtschaft und Wasserversorgung betrifft, so weisen die vorliegenden, tiefer gegliederten Statistiken über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten¹ darauf hin,

¹ Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten schließt tätige Inhaber von Unternehmen, Beamte, mithelfende Familienange-

daß in diesem Sektor relativ weniger Personen beschäftigt werden als im Bundesdurchschnitt und auch relativ weniger, als aufgrund der Wertschöpfungsanteile erwartet werden konnte; Ursache dafür dürfte sein, daß es einerseits in Schleswig-Holstein relativ mehr Kraftwerke gibt, die sehr wertschöpfungs- aber wenig beschäftigungsintensiv sind, und andererseits der demgegenüber relativ beschäftigungsintensive Bergbau in Schleswig-Holstein nahezu keine Rolle spielt. Innerhalb des Dienstleistungssektors hat das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in Schleswig-Holstein einen wesentlich höheren Stellenwert als in den meisten anderen Bundesländern, worin vor allem die Bedeutung Schleswig-Holsteins als attraktives Urlaubsland zum Ausdruck kommt.¹ Die Beschäftigung im Versicherungsgewerbe, im Bereich Bildung, Kunst und Wissenschaft sowie bei den Eisenbahnen liegt indessen unter dem Bundesdurchschnitt.

Die industrielle Branchenstruktur Schleswig-Holsteins ist - gemessen an den Beschäftigungs- und Umsatzanteilen² (vgl. Tabellen 8 und 9) - dadurch gekennzeichnet, daß zwei Branchen eine größere Rolle als in der Mehrzahl der anderen Bundesländer spielen: der Schiffbau (trotz des erfolgten Kapazitäts- und Beschäftigtenabbaus) und das überwiegend rohstofforientierte Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Die Umsatz- und

hörige und abhängig Beschäftigte mit Entgelten oberhalb und unterhalb der Sozialversicherungspflichtgrenzen aus. Diese Beschäftigtengruppen spielen gerade im Dienstleistungsgewerbe eine nicht unerhebliche Rolle; eine bessere Statistik über Strukturen in diesem Sektor gibt es jedoch nicht. Daten sind in ausreichender Tiefengliederung außerdem erst ab 1978 verfügbar.

¹ Die Bedeutung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein unter Berücksichtigung aller statistisch nicht erfaßten Bereiche wurde für 1983/84 auf 1,4 vH der Wertschöpfung und 2,6 vH der Beschäftigung geschätzt [vgl. Hoffmeyer et al., 1987]. Der Sektor hat sich seither nicht schlecht entwickelt - trotz der Imageverschlechterung, die das Sterben der Robben im Jahre 1988 mit sich brachte.

² Die entsprechende Statistik, die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten umfaßt und grundsätzlich nach 35 Industriezweigen untergliedert ist, enthält auf der Ebene der Bundesländer allerdings zahlreiche geheimhaltungsbedingte Lücken. Es wurde versucht, diese durch Schätzungen bzw. durch Zusammenfassungen von Industriezweigen zu schließen. Um den Schätzaufwand nicht zu groß werden zu lassen, wurden nur die Flächenstaaten ohne das Saarland einbezogen. Wegen statistischer Probleme konnten auch hier Daten erst für die Zeit ab 1979 berücksichtigt werden.

Tabelle 8 - Beschäftigte im Bergbau und in den Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein 1979, 1983 und 1988

	Anzahl				Anteil an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer in vH			Standortquotient(a)		
	1988	1979	1983	1988	1979	1983	1988	1979	1983	1988
Bergbau	436	0,1	0,2	0,3	0,05	0,07	0,10			
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	25223	14,9	15,2	15,3	0,74	0,76	0,80			
Mineralölverarbeitung	1001	0,6	0,7	0,6	1,60	1,54	1,66			
Steine und Erden	5715	4,2	4,0	3,5	1,67	1,67	1,63			
NE-Metall, Gießerei	2107	1,9	1,1	1,3	0,75	0,46	0,54			
Stahlbearbeitung	2232	1,1	1,3	1,3	0,46	0,58	0,56			
Chemische Industrie	11971	5,4	6,4	7,2	0,73	0,81	0,89			
Holzbearbeitung	364	0,4	0,3	0,2	0,52	0,42	0,36			
Papierherzeugung	1520	1,0	1,1	0,9	1,46	1,61	1,33			
Gummiverarbeitung	1362	0,7	0,6	0,8	0,50	0,45	0,60			
Investitionsgütergewerbe	88430	52,2	53,4	53,5	1,06	1,05	1,00			
Stahl- und Leichtmetallbau	4399	2,7	2,6	2,7	0,99	0,92	1,02			
Maschinenbau	31129	15,9	17,9	18,8	1,19	1,30	1,35			
Straßenfahrzeugbau, Kfz-Reparatur	7399	4,5	4,3	4,5	0,43	0,38	0,37			
Schiffbau	8508	8,5	8,5	5,2	11,18	11,19	10,74			
Luft- und Raumfahrzeugbau	1820	0,7	0,9	1,1	0,93	1,02	1,11			
Elektrotechnik	17372	10,9	9,5	10,5	0,85	0,75	0,76			
Feinmechanik, Optik	10152	5,0	5,5	6,1	2,31	2,72	3,00			
Metallwarenherstellung	5532	3,3	3,3	3,3	0,79	0,84	0,78			
Büromaschinen, EDV-Geräte	990	0,4	0,4	0,6	0,44	0,36	0,49			
Verbrauchsgütergewerbe	28721	18,3	17,3	17,4	0,87	0,89	0,93			
Spielwaren, Schmelzherstellung	682	0,4	0,5	0,4	0,52	0,57	0,53			
Feinkeramik	1669	1,2	1,1	1,0	1,60	1,52	1,54			
Glasherstellung und -verarbeitung	775	0,6	0,5	0,5	0,53	0,54	0,50			
Holzverarbeitung	2957	2,4	2,2	1,8	0,77	0,78	0,67			
Papierverarbeitung	3151	2,0	1,8	1,9	1,38	1,21	1,31			
Druckerei, Vervielfältigung	10534	5,5	5,6	6,4	2,33	2,36	2,69			
Kunststoffwarenherstellung	4796	2,4	2,6	2,9	0,88	0,93	0,84			
Lederherzeugung und -verarbeitung	271	0,2	0,3	0,2	0,20	0,27	0,21			
Textilgewerbe	2074	1,7	1,4	1,3	0,43	0,40	0,40			
Bekleidungs-gewerbe	1812	1,7	1,3	1,1	0,51	0,45	0,45			
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	22551	14,5	13,9	13,6	2,26	2,12	2,17			
Insgesamt	165361	100,0	100,0	100,0	1,00	1,00	1,00			

(a) Anteil Schleswig-Holsteins bezogen auf die Bundesrepublik.

Quelle: Statistisches Bundesamt [g]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [e]; eigene Berechnungen und Schätzungen.

Beschäftigungsanteile der Werften belaufen sich auf mehr als das Zehnfache der für die Bundesrepublik ermittelten Werte. Außerdem ist zu beobachten, daß in Schleswig-Holstein die Bereiche Feinmechanik und Optik sowie Druckerei und Vervielfältigung wesentlich stärker vertreten sind als im Durchschnitt der Bundesländer. Auch auf den Maschinenbau

Tabelle 9 - Umsatz im Bergbau und in den Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein 1979, 1983 und 1988

	Umsatz in	Anteil am Gesamt-			Standortquotient		
	Mill. DM	umsatz in vH			(a)		
	1988	1979	1983	1988	1979	1983	1988
Bergbau	118,2	0,1	0,2	0,3	0,03	0,08	0,15
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	8040,2	23,0	22,7	21,0	0,74	0,73	0,78
Mineralölverarbeitung	1520,8	7,7	7,2	4,0	1,17	0,95	0,93
Steine und Erden	1315,5	4,9	4,1	3,4	1,90	1,79	1,67
NE-Metall, Gießerei	252,0	1,4	0,6	0,7	0,47	0,23	0,26
Stahlbearbeitung	297,3	0,6	0,8	0,8	0,33	0,44	0,41
Chemische Industrie	3844,9	6,4	8,0	10,0	0,56	0,68	0,87
Holzbearbeitung	88,6	0,5	0,3	0,2	0,57	0,43	0,37
Papierherzeugung	674,4	1,5	1,6	1,8	1,63	1,60	1,58
Gummiverarbeitung	179,9	0,3	0,3	0,5	0,29	0,27	0,42
Investitionsgütergewerbe	14411,5	32,0	36,0	37,6	0,81	0,89	0,82
Stahl- und Leichtmetallbau	425,4	1,2	0,9	1,1	0,65	0,57	0,66
Maschinenbau	4949,6	12,0	14,1	12,9	1,19	1,41	1,15
Straßenfahrzeugbau	1673,9	4,1	3,7	4,4	0,36	0,31	0,32
Schiffbau	1991,6	4,6	5,5	5,2	11,26	8,46	14,21
Luft- und Raumfahrzeugbau	269,8	0,4	0,6	0,7	0,78	0,83	1,00
Elektrotechnik	2430,4	4,4	5,5	6,3	0,47	0,57	0,58
Feinmechanik, Optik	1403,9	2,5	2,8	3,7	1,90	2,46	2,65
Metallwarenherstellung	948,0	2,3	2,4	2,5	0,75	0,83	0,75
Büromaschinen, EDV-Geräte	185,7	0,3	0,3	0,5	0,44	0,39	0,43
Verbrauchsgütergewerbe	5806,8	13,6	12,5	15,1	0,93	0,93	1,09
Spielwaren, Schmuck	162,9	0,2	0,2	0,4	0,31	0,34	0,90
Feinkeramik	272,3	0,7	0,6	0,7	2,02	2,10	2,53
Glaserherstellung und -verarbeitung	175,0	0,4	0,4	0,5	0,52	0,56	0,61
Holzverarbeitung	550,9	1,9	1,6	1,4	0,77	0,77	0,72
Papierverarbeitung	729,3	2,1	1,8	1,9	1,70	1,32	1,37
Druckerei, Kunststoffwaren	2335,5	4,5	4,3	6,1	2,65	2,58	3,39
Lederherzeugung und -verarbeitung	1020,8	1,9	2,0	2,7	0,84	0,91	0,96
Textilgewerbe	40,3	0,1	0,1	0,1	0,16	0,16	0,18
Bekleidungs-gewerbe	353,5	1,2	1,0	0,9	0,41	0,40	0,39
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	166,4	0,7	0,5	0,4	0,39	0,34	0,29
Insgesamt	35944,8	100,0	100,0	100,0	1,00	1,00	1,00

(a) Anteil Schleswig-Holsteins bezogen auf die Bundesrepublik.

Quelle: Wie Tabelle 8.

insgesamt, dessen Produktion und Beschäftigung im Zeitraum überdurchschnittlich expandierte, entfallen höhere Beschäftigungs- und Umsatzanteile als im Bundesdurchschnitt. Im Unterschied dazu haben andere Industrien - wie die Elektrotechnische Industrie, die Chemische Industrie und insbesondere der Straßenfahrzeugbau -, die in anderen Bundesländern Produktion und Export wesentlich mitbestimmt haben, in Schleswig-Holstein bisher nicht die Bedeutung erlangt wie in diesen. Insbesondere trifft dies für den Fahrzeugbau zu; nur einige Zulieferbetriebe haben in Schleswig-Holstein ihren Standort. Eine vergleichsweise geringere Rolle spielen im Lande auch eine Reihe von Verbrauchsgüterbranchen, z.B. das Textil- und Bekleidungs-gewerbe.

II. Interregionaler Vergleich der wachsenden und schrumpfenden Wirtschaftszweige

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob die bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins und das in den achtziger Jahren zu beobachtende Zurückbleiben des Landes auf die sektorale Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins zurückgeführt werden kann. Dazu wird geprüft, wie im Zeitraum 1970-1988 Sektoren und Branchen in Schleswig-Holstein vertreten waren, die sich im Bundesgebiet besonders dynamisch oder besonders ungünstig entwickelt haben.

In den *frühen siebziger Jahren*, in denen sich die Wirtschaft Schleswig-Holsteins in einem Aufholprozeß befand, waren in diesem Land Sektoren, die im Bundesdurchschnitt besonders geringe Wertschöpfungszunahmen oder besonders starke Beschäftigungseinbußen zu verzeichnen hatten, unterdurchschnittlich vertreten.¹ So trugen die Bereiche Energie, Wasserversorgung, Bergbau, das Verarbeitende Gewerbe, die Privaten Haushalte und die Organisationen ohne Erwerbszweck 1970 in Schleswig-Holstein nur 46 vH zur gesamten Wertschöpfung bei, gegenüber 53 vH im Bundesgebiet. Allerdings waren die durch Wachstumsschwäche besonders gekennzeichneten Sektoren - Landwirtschaft und

¹ Zu den Wachstumsraten der einzelnen Wirtschaftszweige vgl. Tabellen 12-15.

Baugewerbe - in Schleswig-Holstein von größerer Bedeutung als im Bundesdurchschnitt (vgl. Tabelle 5). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Beschäftigungsstruktur: Die schrumpfenden Sektoren Land- und Forstwirtschaft und das Warenproduzierende Gewerbe beschäftigten im Jahre 1970: 49 vH aller Erwerbstätigen gegenüber 57 vH im Bundesgebiet (vgl. Tabelle 6). In den siebziger Jahren überwogen somit in Schleswig-Holstein die Sektoren, deren Produktion und Beschäftigung überdurchschnittlich schnell ausgeweitet wurden. Dies waren der Dienstleistungsbereich sowie der Staatssektor; allerdings war der rasch wachsende Bereich Kreditinstitute und Versicherungswesen weniger stark als in anderen Bundesländern vertreten.

Auch zu Beginn des Zeitraums 1977-1983, in dem die Entwicklung des realen BIP Schleswig-Holsteins nicht mehr mit dem des Bundesgebiets Schritt halten konnte, während sich die Beschäftigungslage noch relativ günstig gestaltete, waren die Ausgangsstrukturen nicht nachteilig einzuschätzen. Gemessen an den Wertschöpfungsanteilen hatten in Schleswig-Holstein die langsam wachsenden Bereiche (Land- und Forstwirtschaft; Energie, Wasserversorgung, Bergbau; Verarbeitendes Gewerbe; Baugewerbe; Handel) zusammengenommen eine relativ geringere Bedeutung als im Durchschnitt der Bundesländer (53 gegenüber 58 vH), obwohl das Baugewerbe, das infolge des Auftragsrückgangs einen starken Wertschöpfungsrückgang verzeichnete, in Schleswig-Holstein sehr bedeutsam war (vgl. Tabelle 5). Auch die zu Beginn dieser Periode gegebene Beschäftigungsstruktur war noch relativ günstig: In den Bereichen mit den größten Arbeitsplatzverlusten (Land- und Forstwirtschaft; Verarbeitendes Gewerbe; Handel und Verkehr) waren in Schleswig-Holstein weniger Personen beschäftigt als im Bundesdurchschnitt (61 gegenüber 70 vH). Umgekehrt hatten Sektoren, die im Durchschnitt der Bundesländer schneller expandierten (Dienstleistungsbereiche mit Ausnahme des Handels sowie der Staatssektor), in Schleswig-Holstein ein größeres Gewicht (vgl. Tabelle 6).

Was die industrielle Branchenstruktur Schleswig-Holsteins in diesem Zeitraum betrifft, so ergibt sich ein differenzierteres Bild. Nach den Beschäftigungsanteilen waren zwar einerseits die anderswo gemessen an Produktion und Beschäftigung am stärksten schrumpfenden Industriezweige - die Eisenschaffende Industrie, die Holzverarbeitung, die Lederindustrie und das Textil- und Bekleidungs-gewerbe - in Schleswig-Hol-

stein weniger präsent als im Durchschnitt der Bundesländer (Tabelle 10). Allerdings nahm auch die Beschäftigung in einigen für Schleswig-Holstein relativ wichtigen Bereichen wie Feinmechanik und Optik sowie Gewinnung von Steinen und Erden ab. Doch wiesen andererseits Industriezweige, die sich in der Bundesrepublik am günstigsten entwickelten - zu nennen sind hier die Mineralölverarbeitung, der Straßenfahrzeugbau, der Luft- und Raumfahrzeugbau, die Chemische Industrie und die Herstellung von Büromaschinen und EDV-Geräten - in Schleswig-Holstein (mit Ausnahme der Mineralölverarbeitung) deutlich geringere Umsatz- und Beschäftigtenanteile auf (Tabelle 10). Hier zeichneten sich erste Strukturschwächen der Wirtschaft Schleswig-Holsteins ab. Sie bestanden darin, daß verschiedene Branchen, die in anderen Bundesländern das industrielle Produktionswachstum wesentlich mitbestimmten, in Schleswig-Holstein geringere Umsatz- und Beschäftigungsanteile hatten.

Zu Beginn der Jahre 1983-1988 war die Ausgangssituation für die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft deutlich ungünstiger als in den siebziger Jahren; die Voraussetzungen, an dem bundesweit einsetzenden Wirtschaftsaufschwung teilzunehmen, waren aufgrund der vorhandenen Branchenstruktur nur zum Teil gegeben. Im Verlauf der kräftigen und langanhaltenden wirtschaftlichen Expansion änderte sich in der Bundesrepublik die Wachstumshierarchie der Sektoren und Branchen gegenüber der Vorperiode merklich. Bezogen auf die Wertschöpfung entwickelte sich das Verarbeitende Gewerbe - anders als zuvor - überdurchschnittlich schnell; im Unterschied dazu expandierte der Staatssektor weniger stark als vordem und als andere Wirtschaftsbereiche. Auf die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins wirkte sich negativ aus, daß Bereiche mit relativ geringer gesamtwirtschaftlicher Wachstumsdynamik (Energie, Wasserversorgung, Bergbau; Baugewerbe; Handel; Staatssektor) überdurchschnittlich vertreten waren; der Wertschöpfungsanteil dieser Branchen belief sich in Schleswig-Holstein auf 39 vH verglichen mit 32 vH im Durchschnitt der Bundesländer (vgl. Tabelle 5).

Auch innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes Schleswig-Holsteins traten nunmehr die strukturellen Schwächen stärker hervor. Mit schrumpfenden Branchen war Schleswig-Holstein nun stärker belastet als andere Bundesländer; hinzuweisen ist insbesondere auf den Schiffbau (vgl. Tabelle 11). Zudem fehlte es Schleswig-Holstein an Wirtschaftszweigen, deren Produktsortiment auf den in- und ausländischen Märkten be-

Tabelle 10 - Beschäftigung in schrumpfenden bzw. wachsenden Industriezweigen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979-1983 (vH)

	Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten 1979		Durchschnittliche jährliche Veränderung 1979-1983	
	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Schrumpfende Industriezweige(a)				
Eisenschaffende Industrie	-	3,8	-	-4,7
Holzbearbeitung	0,4	0,8	-10,0	-5,1
Ledererzeugung und -verarbeitung	0,2	1,2	2,9	-5,1
Textilgewerbe	1,7	4,1	-7,5	-6,1
Bekleidungs-gewerbe	1,7	3,4	-9,4	-6,8
Insgesamt	4,0	13,3	.	.
Wachsende Industriezweige(b)				
Mineralölverarbeitung	0,6	0,4	2,3	3,0
Chemische Industrie	5,4	7,4	2,4	-0,5
Straßenfahrzeugbau	4,5	10,4	-2,9	-0,3
Luft- und Raumfahrzeugbau	0,7	0,8	4,7	1,9
Büromaschinen, EDV-Geräte	0,4	0,9	-3,4	1,1
Insgesamt	11,6	19,9	.	.
(a) Industriezweige mit den höchsten Schrumpfungsraten bei der Beschäftigung im Bundesgebiet. - (b) Industriezweige mit den höchsten Zuwachsraten bei der Beschäftigung im Bundesgebiet.				

Quelle: Wie Tabelle 8.

vorzugt nachgefragt wurde. Branchen mit großer Wachstumsdynamik, wie die Elektrotechnische Industrie und die Herstellung von Büromaschinen und EDV-Geräten, hatten in anderen Bundesländern eine weitaus größere Bedeutung als in Schleswig-Holstein (vgl. Tabelle 11).

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die sektorale Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein in den siebziger Jahren - im Vergleich zu der im Durchschnitt der Bundesländer - als noch recht gün-

Tabelle 11 - Beschäftigung in schrumpfenden bzw. wachsenden Industriezweigen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1983-1988 (vH)

	Anteil an der Gesamtzahl aller Beschäftigten				Durchschnittliche jährliche Veränderung 1983-1988	
	Schleswig-Holstein		Bundesrepublik		Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
	1983	1988	1983	1988		
Schrumpfende Industriezweige(a)						
Mineralölverarbeitung	0,7	0,6	0,5	0,4	-3,4	-4,5
Eisenschaffende Industrie	-	-	3,4	2,6	-	-4,9
Schiffbau	8,5	5,2	0,8	0,5	-9,5	-8,4
Ledererzeugung und -verarbeitung	0,3	0,2	1,0	0,8	-10,2	-5,0
Bekleidungsgewerbe	1,3	1,1	2,8	2,4	-2,9	-2,6
Insgesamt	10,8	7,1	8,5	6,7	.	.
Wachsende Industriezweige(b)						
Luft- und Raumfahrzeugbau	0,9	1,1	0,9	1,0	3,9	2,5
Elektrotechnik	9,5	10,5	12,6	13,9	1,9	2,3
Metallwarenherstellung	3,3	3,3	3,9	4,3	0,4	2,3
Büromaschinen, EDV	0,4	0,6	1,0	1,2	10,2	3,8
Herstellung von Kunststoffwaren	2,6	2,9	2,8	3,4	2,0	4,5
Insgesamt	16,7	18,4	21,2	23,8	.	.

(a) Industriezweige mit den höchsten Schrumpfungsraten bei der Beschäftigung im Bundesgebiet. - (b) Industriezweige mit den höchsten Zuwachsraten bei der Beschäftigung im Bundesgebiet.

Quelle: Wie Tabelle 8.

stig zu beurteilen war. Danach gerieten die Wirtschaftszweige, die in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich stark vertreten waren, zunehmend unter Druck; diese Branchen wurden nun zu einer Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Stärker als in den siebziger Jahren machte sich darüber hinaus bemerkbar, daß eine Reihe von

sehr dynamischen Wirtschaftszweigen in Schleswig-Holstein von geringerer Bedeutung waren als anderswo.

III. Die landesspezifische Entwicklung in einzelnen Wirtschaftszweigen

Unterschiede in der Sektorstruktur können somit eine Ursache für die Abweichungen in der wirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins gegenüber der des Bundesgebiets sein. Daneben ist aber auch zu prüfen, ob die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung auf Abweichungen im Wertschöpfungswachstum bzw. der Beschäftigungsentwicklung einzelner Branchen zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet beruhen.

Im Zeitraum 1970-1977 entwickelten sich sowohl die Wertschöpfung als auch die Beschäftigung in allen Sektoren - mit Ausnahme der Bereiche Energie, Wasserversorgung, Bergbau sowie Staat, Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter - günstiger als im Bundesgebiet.¹ Der Aufholprozeß des Landes vollzog sich also auf breiter Basis, wobei die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes, Baugewerbes, Handels und der Sonstigen Dienstleistungen besonders herausragte (Tabelle 12).

In den Jahren 1977-1983 nahm zwar die Wertschöpfung in einigen Sektoren der schleswig-holsteinischen Wirtschaft noch etwas schneller zu als im Bundesgebiet.² Aber gerade die Sektoren, die in der Zeit vor 1977 in Schleswig-Holstein Wachstumsvorsprünge aufwiesen, expandierten nunmehr langsamer oder schrumpften stärker: das Baugewerbe, das Ver-

¹ Diese Zusammenhänge lassen sich anhand relativer Wachstumsindizes erkennen. Dabei werden die Veränderungen der Wertschöpfung in Schleswig-Holstein auf die entsprechende Entwicklung in der Bundesrepublik bezogen. Ein Wert über 1 bedeutet aber nicht immer, daß ein überdurchschnittliches Wachstum vorliegt; dies kann auch heißen, daß die Wertschöpfung langsamer geschrumpft ist als im Bundesgebiet. Die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsdaten müssen daher auch immer mit im Blick bleiben.

² Auch der Sektor Energie, Wasserversorgung, Bergbau, dessen Wertschöpfungswachstum zuvor unterdurchschnittlich gewesen war, expandierte in dieser Periode wesentlich schneller als im Bundesgebiet. Dies lag vor allem daran, daß 1986 das Kernkraftwerk Brokdorf seinen Betrieb aufnahm.

Tabelle 12 - Entwicklung der Bruttowertschöpfung (a) und der Anzahl der Erwerbstätigen (b) nach Wirtschaftszweigen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1988

	Schleswig-Holstein			Bundesrepublik			Relatives Wachstum in Schleswig-Holstein(c)		
	durchschnittliche jährliche Veränderung in vH								
	1970-77	1977-83	1983-88	1970-77	1977-83	1983-88	1970-77	1977-83	1983-88
Wertschöpfung									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,5	1,0	1,5	0,9	1,3	1,6	1,04	0,99	0,99
Energie, Wasserversorgung, Bergbau	1,6	2,9	7,4	2,2	0,5	2,3	0,96	1,15	1,27
Verarbeitendes Gewerbe	3,5	0,6	-0,4	2,1	0,6	1,6	1,10	1,00	0,91
Baugewerbe	2,6	-2,5	-1,9	0,6	-0,4	0,4	1,15	0,88	0,89
Handel	4,3	1,2	3,5	2,9	1,0	3,2	1,10	1,01	1,02
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	4,1	3,7	2,7	3,1	3,5	3,2	1,07	1,01	0,98
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	5,8	4,3	3,6	5,2	3,8	4,6	1,04	1,03	0,95
Wohnungsvermietung	5,1	3,6	2,7	4,6	3,4	2,9	1,03	1,02	0,99
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	5,5	0,2	5,7	4,2	3,7	5,7	1,09	0,81	1,00
Staat	2,5	1,8	1,3	3,4	2,1	1,2	0,94	0,99	1,00
Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter	2,2	3,7	4,4	2,4	3,0	3,8	0,98	1,04	1,03
Insgesamt	3,5	1,3	2,1	2,7	1,7	2,6	1,06	0,98	0,97
Erwerbstätige									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-4,8	-1,3	-1,1	-4,9	-2,2	-1,8	1,01	1,05	1,03
Warenproduzierendes Gewerbe	-1,6	-0,9	-0,7	-1,9	-1,3	-0,1	1,02	1,02	0,97
Handel und Verkehr	1,0	0,1	0,7	0,3	-0,3	0,3	1,05	1,02	1,01
Dienstleistungsunternehmen	2,5	1,7	2,5	1,7	1,9	2,9	1,05	0,99	0,98
Staat, Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter	2,0	1,1	1,1	2,8	1,8	1,3	0,95	0,96	0,99
Insgesamt	-0,1	0,1	0,5	-0,6	-0,1	0,6	1,03	1,02	0,99

(a) In Preisen von 1980. - (b) Nach den VGR. - (c) Bezogen auf das Wachstum in der Bundesrepublik.

Quelle: Wie Tabelle 5.

arbeitende Gewerbe, die Sonstigen Dienstleistungen.¹ Die Entwicklung in diesen Sektoren dürfte maßgeblich dazu beigetragen haben, daß in Schleswig-Holstein nach 1977 das wirtschaftliche Wachstum gegenüber dem in anderen Bundesländern zurückblieb. In der Beschäftigungsentwicklung

¹ Daß die wirtschaftlichen Aktivitäten im Bereich Sonstige Dienstleistungen kaum zunahm, läßt sich ökonomisch kaum erklären. Vermutlich ist die Statistik hier ungenau; dafür spricht, daß das Ergebnis für die Gesamtperiode hauptsächlich einen besonders starken Rückgang der Wertschöpfung im Jahre 1981 gegenüber dem Vorjahr reflektiert.

Tabelle 13 - Entwicklung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1978-1988

	Schleswig-Holstein		Bundesrepublik		Relatives Wachstum in Schleswig-Holstein(a)	
	durchschnittliche jährliche Veränderung in vH					
	1978-83	1983-88	1978-83	1983-88	1978-83	1983-88
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,8	0,5	1,4	-0,0	0,98	1,02
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	1,7	1,6	0,1	-0,8	1,08	1,13
Verarbeitendes Gewerbe	-1,2	0,3	-1,3	0,7	1,01	0,98
Baugewerbe	-1,5	-3,5	-0,4	-2,1	0,95	0,93
Bauhauptgewerbe	-2,2	-5,0	-1,0	-2,9	0,94	0,90
Ausbaugewerbe	0,4	-0,0	1,1	-0,1	0,96	1,00
Handel	-0,1	1,0	-0,2	0,8	1,01	1,01
Großhandel	-1,2	1,3	-0,7	0,5	0,97	1,04
Handelsvermittlung	0,4	3,1	1,0	3,8	0,97	0,97
Einzelhandel	0,4	0,7	-0,1	0,6	1,03	1,01
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,1	1,3	0,5	1,0	1,03	1,01
Eisenbahnen	-0,8	-4,2	-2,2	-3,7	1,08	0,97
DBP	4,7	0,0	3,1	-0,9	1,08	1,05
Verkehr (ohne Eisenbahn und DB)	0,4	2,8	0,3	2,7	1,00	1,00
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2,3	0,6	1,8	1,7	1,03	0,95
Kreditinstitute	2,6	0,2	2,2	1,8	1,02	0,92
Versicherungsgewerbe	1,0	2,5	0,7	1,3	1,02	1,06
Dienstleistungen	2,7	3,3	2,7	3,1	1,00	1,01
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	1,7	2,9	2,7	3,1	0,96	0,99
Reinigung und Körperpflege	1,6	2,1	1,4	1,9	1,01	1,01
Bildung, Kunst, Wissenschaft	3,5	3,2	1,6	2,1	1,09	1,06
Gesundheits- und Veterinärwesen	2,6	4,0	3,3	2,8	0,96	1,06
Rechts- und Wirtschaftsberatung	4,1	2,2	3,8	3,5	1,01	0,94
Sonstige Dienstleistungen	3,7	5,7	1,9	7,1	1,09	0,94
Organisationen ohne Erwerbscharakter	2,1	5,2	2,8	4,5	0,97	1,04
Kirchen, Orden	1,4	2,7	3,3	3,1	0,91	0,98
Übrige Organisationen	4,4	7,9	3,8	6,2	1,03	1,09
Private Haushalte	-4,2	-2,3	-3,0	-2,2	0,94	1,00
Staat	0,5	2,1	0,5	1,3	1,00	1,04
Gebietskörperschaften	0,3	1,9	0,5	1,2	0,99	1,04
Sozialversicherungen	2,2	3,4	0,8	1,6	1,07	1,09
Insgesamt	0,3	1,1	0,1	1,1	1,01	1,00

(a) Bezogen auf das Wachstum in der Bundesrepublik.

Quelle: Wie Tabelle 7.

(vgl. Tabelle 13) schlug sich das nunmehr vergleichsweise schwache Wachstum dieser Sektoren jedoch nicht entsprechend nieder:

- im Verarbeitenden Gewerbe wurden relativ weniger Arbeitsplätze abgebaut als im übrigen Bundesgebiet;
- im Baugewerbe ging die Zahl der Beschäftigten zwar stärker zurück als im Durchschnitt der Bundesländer, verglichen mit der Abschwächung der Produktionszunahme war diese Abnahme aber relativ gering;

- bei den Sonstigen Dienstleistungen nahm die Beschäftigtenzahl ähnlich zu wie im Bundesdurchschnitt, obwohl sich das Wachstum der Wertschöpfung deutlich abflachte (vgl. Fußnote 1 auf S. 23).

Angesichts dieser Entwicklung ging in den Jahren 1977-1983 die Arbeitsproduktivität in den betreffenden Bereichen zurück (vgl. auch Tabelle A12).

Im Zeitraum 1983-1988 blieben in Schleswig-Holstein das gesamtwirtschaftliche Wachstum und die Zunahme der Beschäftigtenzahl gegenüber der Entwicklung im Bundesgebiet zurück (Tabelle 12). Zur Wachstumsabschwächung trugen neben dem Baugewerbe und dem Verarbeitenden Gewerbe nunmehr auch die Dienstleistungsbereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe und Wohnungsvermietung bei; die Zunahmeraten dieser Sektoren waren in Schleswig-Holstein geringer als im Bundesgebiet.

Was das Verarbeitende Gewerbe angeht, so war in Schleswig-Holstein zwar in einer Reihe von Branchen eine wesentlich stärkere Zunahme der Beschäftigtenzahl und eine schnellere Umsatzsteigerung zu beobachten, so z.B. in der Chemischen Industrie, in der Gummiverarbeitung, im Bereich der Feinmechanik und Optik, sowie im Bereich Druckerei und Vervielfältigung (vgl. Tabellen 14 und 15). Dagegen hielt in anderen Wachstumsbranchen - z.B. im Straßenfahrzeugbau und in der Elektrotechnik - die Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung mit der in anderen Bundesländern nicht Schritt. Im Schiffbau ging die Beschäftigtenzahl stärker zurück; der nun forciert einsetzende Kapazitätsabbau der Werften hat wegen der großen Bedeutung dieser Branche in Schleswig-Holstein die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in den Jahren nach 1983 - im Vergleich zum Durchschnitt aller Bundesländer - maßgeblich bestimmt.

In Schleswig-Holstein gab es somit in den drei betrachteten Zeitabschnitten deutliche Unterschiede in der Sektoren- und Branchenentwicklung gegenüber der in anderen Bundesländern. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurden die wirtschaftlichen Aktivitäten in fast allen Sektoren der schleswig-holsteinischen Wirtschaft schneller ausgeweitet. In den späten siebziger und frühen achtziger Jahren wiesen einige Sektoren eine stärkere und andere eine geringere Wachstumsdynamik als im Bundesgebiet auf, wobei die Arbeitsplatzentwicklung tendenziell noch relativ günstig verlief. Von dem Wirtschaftsaufschwung nach 1982 profi-

Tabelle 14 - Entwicklung der Beschäftigung im Bergbau und in den Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979-1988

	Schleswig-Holstein		Bundesrepublik		Relatives Wachstum in Schleswig-Holstein(a)	
	durchschnittliche jährliche Veränderung in vH					
	1978-83	1983-88	1978-83	1983-88	1978-83	1983-88
Bergbau	20,9	2,7	-0,2	-3,2	1,52	1,34
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-1,4	0,0	-2,3	-0,8	1,04	1,04
Mineralölverarbeitung	2,3	-3,4	3,0	-4,5	0,97	1,06
Steine und Erden	-3,4	-2,9	-3,7	-2,1	1,01	0,96
NE-Metall, Gießerei	-14,2	2,3	-3,2	-0,7	0,62	1,16
Stahlbearbeitung	3,0	0,5	-2,7	1,5	1,26	0,95
Chemische Industrie	2,4	2,3	-0,5	0,9	1,12	1,07
Holzbearbeitung	-10,0	-5,3	-5,1	-2,0	0,81	0,84
Papierherzeugung	0,7	-4,3	-2,1	-0,2	1,12	0,81
Gummiverarbeitung	-4,8	6,2	-2,6	0,8	0,91	1,30
Investitionsgütergewerbe	-1,5	-0,0	-1,7	1,4	1,01	0,93
Stahl- und Leichtmetallbau	-3,0	0,3	-1,5	-1,4	0,94	1,09
Maschinenbau	1,0	0,9	-1,4	0,5	1,10	1,02
Straßenfahrzeugbau, Kfz-Reparatur	-2,9	0,7	-0,3	2,0	0,90	0,94
Schiffbau	-1,8	-9,5	-2,1	-8,4	1,01	0,94
Luft- und Raumfahrzeugbau	4,7	3,9	1,9	2,5	1,11	1,07
Elektrotechnik	-5,2	1,9	-2,6	2,3	0,89	0,98
Feinmechanik, Optik	0,5	2,1	-3,8	0,6	1,19	1,08
Metallwarenherstellung	-2,2	0,4	-3,7	2,3	1,07	0,91
Büromaschinen, EDV-Geräte	-3,4	10,2	1,1	3,8	0,83	1,35
Verbrauchsgütergewerbe	-3,3	0,0	-4,2	-0,5	1,04	1,03
Spiel- und Schmuckwarenherstellung	-1,8	-1,9	-4,1	0,1	1,10	0,91
Feinkeramik	-3,6	-2,2	-2,8	-2,0	0,97	0,99
Glasherstellung und -verarbeitung	-3,6	-2,2	-3,5	-0,3	0,99	0,91
Holzverarbeitung	-3,9	-4,5	-4,5	-1,3	1,03	0,85
Papierverarbeitung	-4,7	1,1	-1,9	-0,1	0,89	1,06
Druckerei, Vervielfältigung	-1,6	2,5	-2,2	0,2	1,03	1,12
Kunststoffwarenherstellung	0,3	2,0	-1,6	4,5	1,08	0,89
Lederherzeugung und -verarbeitung	2,9	-10,2	-5,1	-5,0	1,38	0,76
Textilgewerbe	-7,5	-2,0	-6,1	-2,0	0,94	1,00
Bekleidungs-gewerbe	-9,4	-2,9	-6,8	-2,6	0,89	0,98
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-3,1	-0,4	-1,8	-0,6	0,95	1,01
Insgesamt	-2,0	-0,1	-2,3	0,3	1,01	0,98

(a) Bezogen auf das Wachstum in der Bundesrepublik.

Quelle: Wie Tabelle 8.

tierten dann fast alle Sektoren in Schleswig-Holstein in etwas geringerem Maße. Neben Unterschieden in der sektoralen Wirtschaftsstruktur (vgl. Abschnitt B. II) waren also auch landesspezifische Besonderheiten in den einzelnen Sektoren und Branchen dafür bestimmend, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein zunächst günstiger verlief als im Bundesdurchschnitt und später zurückgeblieben ist.

Tabelle 15 - Entwicklung des Umsatzes (a) im Bergbau und in den Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979-1988

	Schleswig-Holstein		Bundesrepublik		Relatives Wachstum in Schleswig-Holstein(a)	
	durchschnittliche jährliche Veränderung in vH				1978-83	1983-88
	1978-83	1983-88	1978-83	1983-88	1978-83	1983-88
Bergbau	38,6	10,7	4,7	-0,2	3,07	1,68
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	4,2	0,7	4,1	0,8	1,01	1,00
Mineralölverarbeitung	2,8	-9,2	7,9	-7,6	0,82	0,92
Herstellung von Spalt- und Brutstoffen	-	-	5,4	5,0	-	-
Steine und Erden	0,2	-1,4	1,6	1,2	0,95	0,88
Eisenschaffende Industrie	-	-	-2,3	3,2	-	-
NE-Metall, Gießerei	-14,5	4,0	2,0	2,8	0,50	1,06
Stahlbearbeitung	9,7	2,6	1,8	5,3	1,35	0,88
Chemische Industrie	10,7	7,1	5,1	3,1	1,23	2,21
Holzbearbeitung	-7,1	-2,7	-0,3	1,2	0,76	0,82
Papierherzeugung	6,3	3,9	6,6	5,4	0,99	0,93
Gummiverarbeitung	3,1	12,5	4,3	4,5	0,96	1,44
Investitionsgütergewerbe	7,8	3,2	4,9	6,1	1,11	0,87
Stahl- und Leichtmetallbau	-0,9	5,9	2,1	4,1	0,89	1,09
Maschinenbau	8,9	0,5	4,1	6,0	1,20	0,77
Straßenfahrzeugbau	2,1	5,7	5,9	6,6	0,86	0,96
Schiffbau	9,6	1,1	17,5	-7,8	0,76	1,58
Luft- und Raumfahrzeugbau	16,2	6,5	14,3	3,7	1,07	1,14
Elektrotechnik	10,6	5,3	5,2	6,0	1,22	0,97
Feinmechanik, Optik	7,2	8,2	0,4	7,9	1,30	1,02
Metallwarenherstellung	4,9	3,2	2,2	6,6	1,11	0,85
Büromaschinen, EDV-Geräte	11,3	9,7	14,2	8,9	0,90	1,04
Verbrauchsgütergewerbe	2,4	6,4	2,2	4,2	1,01	1,11
Spielwaren, Schmuck	3,0	25,1	0,9	4,1	1,09	2,51
Feinkeramik	3,7	4,6	2,5	2,0	1,05	1,13
Glasherstellung und -verarbeitung	5,3	6,0	3,6	5,4	1,07	1,03
Holzverarbeitung	0,7	0,2	0,4	2,8	1,01	0,88
Papierverarbeitung	-0,5	4,0	5,8	4,5	0,78	0,98
Druckerei, Vervielfältigung	3,3	9,8	3,7	5,2	0,98	1,24
Kunststoffwaren	6,7	8,1	4,3	8,2	1,09	1,00
Lederherzeugung und -verarbeitung	1,8	1,7	2,1	0	0,99	1,09
Textilgewerbe	-0,2	0,6	0,5	2,4	0,97	0,92
Bekleidungs-gewerbe	-2,4	-1,6	0,3	3,0	0,90	0,80
Reparatur von Gebrauchsgütern	-	-	-2,1	12,9	-	-
Nahrungs- und Genussmittel-gewerbe	2,2	0,4	5,8	1,2	0,87	0,96
Insgesamt	4,6	2,3	4,4	3,5	1,01	0,94

(a) In jeweiligen Preisen. - (b) Bezogen auf das Wachstum in der Bundesrepublik.

Quelle: Wie Tabelle 8.

IV. Ergebnisse der Shift-Share-Analyse

Mit Hilfe der Shift-Share-Analyse läßt sich rechnerisch ermitteln, inwieweit die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins durch die sektorale Wirtschaftsstruktur beeinflusst wurde und inwieweit sie durch landesspezifische Besonderheiten in einzelnen Wirtschaftszweigen geprägt war. Die Unterschiede in der Entwicklung des Landes gegenüber der in der Bundesrepublik werden durch den Regionalfaktor angezeigt. Dieser wird bei diesem Berechnungsverfahren in einen Struktur- und einen Standortfaktor zerlegt. Der Strukturfaktor gibt an, wie sich die schleswig-holsteinische Wirtschaft entwickelt hätte, wenn die im Lande vorhandenen Wirtschaftszweige im gleichen Tempo wie im Bundesgebiet gewachsen wären. Damit wird gleichzeitig beschrieben, ob und in welchem Ausmaß die dynamischen oder die weniger dynamischen Branchen überwogen. Der Standortfaktor zeigt die tatsächliche Abweichung von diesem fiktiven Wachstum auf. Der ermittelte Standortfaktor ist somit eine Restgröße, die alle jene Einflüsse abbildet, die durch die der Berechnung zugrundeliegenden Branchenstruktur nicht erklärt werden.¹ In den Werten für den Standortfaktor werden einerseits Einflüsse erfaßt, die von Standortfaktoren im klassischen Sinne ausgehen (z.B. Verkehrsinfrastruktur, wirtschaftsgeographische Lage). Die ermittelten Werte für den Standortfaktor sind aber auch dadurch bestimmt, inwieweit es weitere, in der Berechnung nicht erfaßte Unterschiede in den Wirtschaftsstrukturen zwischen der Untersuchungsregion (hier: Schleswig-Holstein) und der Vergleichsregion (dem Bundesgebiet) gibt.

Die durchgeführten Shift-Share-Analysen zeigen folgende Ergebnisse (vgl. Tabellen 16-19):

- Für den Zeitraum 1970-1977 werden für Schleswig-Holstein recht hohe Regionalfaktoren ausgewiesen, da sich das Land sowohl hinsichtlich der Wertschöpfung als auch hinsichtlich der Erwerbstätigkeit weitaus gün-

¹ Ein Regionalfaktor von 1 bedeutet, daß sich die Wirtschaft des Landes genauso rasch wie im Bundesdurchschnitt entwickelt hat. Ein Strukturfaktor von 1 zeigt an, daß die Wirtschaftsstruktur des Landes im Ausgangszeitpunkt genauso wachstumsintensiv wie im Bundesdurchschnitt war. Ein Standortfaktor von 1 bedeutet, daß sich die positiven und negativen landesspezifischen Abweichungen von der bundesdurchschnittlichen Entwicklung der einzelnen Sektoren gerade die Waage halten.

Tabelle 16 - Ergebnisse der Shift-Share-Analyse auf Basis der Wertschöpfung nach Bundesländern 1970-1987 - 11 Wirtschaftszweige

	Regionalfaktor			Strukturfaktor			Standortfaktor		
	1970-77	1977-83	1983-87	1970-77	1977-83	1983-87	1970-77	1977-83	1983-87
Schleswig-Holstein	1,056	0,970	0,989	1,002	1,005	0,994	1,053	0,967	0,995
Hamburg	0,948	0,974	0,971	1,018	1,019	1,018	0,932	0,955	0,954
Niedersachsen	0,994	0,999	0,994	0,998	0,998	0,995	0,996	1,001	0,999
Bremen	0,987	0,945	0,935	1,006	1,008	1,005	0,982	0,937	0,930
Nordrhein-Westfalen	0,969	0,962	0,964	0,997	0,996	1,000	0,972	0,966	0,963
Hessen	1,053	1,013	1,033	1,012	1,013	1,011	1,040	1,000	1,022
Rheinland-Pfalz	1,017	1,028	0,969	0,996	0,995	0,999	1,021	1,033	0,970
Baden-Württemberg	1,015	1,006	1,024	0,994	0,991	0,999	1,021	1,015	1,025
Bayern	1,040	1,060	1,039	1,000	1,002	1,003	1,040	1,058	1,036
Saarland	0,993	1,001	0,979	1,003	0,995	0,995	0,990	1,006	0,984
Berlin (West)	0,899	0,997	1,028	1,002	1,004	1,004	0,897	0,993	1,024

Quelle: Wie Tabelle 5.

Tabelle 17 - Ergebnisse der Shift-Share-Analyse auf Basis der Erwerbstätigen nach Bundesländern 1970-1987 - 5 Wirtschaftszweige

	Regionalfaktor			Strukturfaktor			Standortfaktor		
	1970-77	1977-83	1983-87	1970-77	1977-83	1983-87	1970-77	1977-83	1983-87
Schleswig-Holstein	1,033	1,016	0,988	1,024	1,014	1,004	1,009	1,002	0,984
Hamburg	0,950	0,973	0,967	1,051	1,024	1,014	0,904	0,949	0,954
Niedersachsen	0,983	0,985	0,992	0,999	1,003	1,000	0,984	0,983	0,992
Bremen	1,016	0,937	0,952	1,038	1,010	1,007	0,979	0,927	0,946
Nordrhein-Westfalen	1,007	0,980	0,988	1,005	1,000	1,002	1,002	0,980	0,987
Hessen	1,006	0,999	1,016	1,006	1,004	1,003	1,001	0,996	1,013
Rheinland-Pfalz	0,995	1,003	0,986	0,997	0,999	0,998	0,998	1,004	0,988
Baden-Württemberg	1,003	1,029	1,015	0,984	0,991	0,996	1,020	1,038	1,019
Bayern	1,006	1,023	1,015	0,977	0,990	0,994	1,029	1,034	1,021
Saarland	1,042	0,987	0,964	1,011	0,999	1,000	1,031	0,988	0,963
Berlin (West)	0,945	0,986	1,022	1,053	1,030	1,015	0,898	0,957	1,007

Quelle: Wie Tabelle 5.

stiger als die meisten anderen Bundesländer entwickelt hatte. Wie die Werte für die Struktur- und Standortfaktoren zeigen (Werte größer als 1), war dies sowohl auf die Sektorstruktur als auch auf Standorteinflüsse zurückzuführen.

Tabelle 18 - Ergebnisse der Shift-Share-Analyse auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Bundesländern 1978-1988 - 32 Wirtschaftszweige

	Regionalfaktor		Strukturfaktor		Standortfaktor	
	1978-83	1983-88	1978-83	1983-88	1978-83	1983-88
Schleswig-Holstein	1,010	0,999	1,016	1,003	0,994	0,997
Niedersachsen	0,992	0,990	1,006	0,998	0,986	0,992
Nordrhein-Westfalen	0,975	0,985	0,997	0,995	0,979	0,990
Hessen	0,994	1,024	1,008	1,008	0,986	1,016
Rheinland-Pfalz	1,022	0,986	0,999	0,993	1,023	0,993
Baden-Württemberg	1,023	1,018	0,991	0,999	1,032	1,019
Bayern	1,037	1,022	0,993	0,994	1,044	1,028

Quelle: Wie Tabelle 7.

Tabelle 19 - Ergebnisse der Shift-Share-Analyse auf Basis der Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern 1978-1988 - 33 Wirtschaftszweige

	Regionalfaktor		Strukturfaktor		Standortfaktor	
	1978-83	1983-88	1978-83	1983-88	1978-83	1983-88
Schleswig-Holstein	1,013	0,972	1,006	0,976	1,007	0,996
Niedersachsen	0,997	0,982	1,011	1,003	0,986	0,980
Nordrhein-Westfalen	0,978	0,968	0,998	0,979	0,980	0,989
Hessen	0,992	1,017	1,011	1,018	0,981	0,999
Rheinland-Pfalz	1,015	0,990	1,004	0,998	1,011	0,991
Baden-Württemberg	1,021	1,033	0,996	1,023	1,024	1,009
Bayern	1,018	1,048	0,991	1,010	1,027	1,037

Quelle: Wie Tabelle 8.

- In den Jahren 1978-1983 verlief - wie sich an den Werten für den Regionalfaktoren ablesen läßt - die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten zwar noch günstiger als im Bundesdurchschnitt (sie ging weniger stark zurück), beim Wirtschaftswachstum fiel Schleswig-Holstein allerdings schon deutlich hinter den Bundesdurchschnitt zurück. Zwar nehmen die Struk-

turfaktoren durchweg Werte von über eins an, was darauf hindeutet, daß die Sektorstruktur noch positiv zur Entwicklung der Wertschöpfung und der Beschäftigung beitrug, wenn auch z.T. weniger als in der Vorperiode. Deutlich verschlechtert haben sich aber in zwei Fällen die Standortfaktoren; besonders auffällig ist der starke Rückgang des Wertes für den Standortfaktor bei der Shift-Share-Analyse auf der Basis der Wertschöpfung.

- In der Periode 1983-1988 blieb - wie die Werte für die Regionalfaktoren zeigen (kleiner als eins) - die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein sowohl hinsichtlich der Wertschöpfung als auch hinsichtlich der Anzahl der Beschäftigten hinter der im Bundesgebiet zurück. Eine wichtige Rolle spielen landesspezifische Standorteinflüsse; die Werte für die Standortfaktoren liegen durchweg unter eins. Insbesondere innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes erwies sich nunmehr aber auch die überkommene Branchenstruktur als Hypothek für die wirtschaftliche Entwicklung; der Strukturfaktor für Schleswig-Holstein nimmt den kleinsten Wert von allen Bundesländern an.

Mit der Aussage, daß das Zurückbleiben Schleswig-Holsteins sowohl auf die Branchenstruktur des Landes als auch auf landesspezifische Besonderheiten in einzelnen Branchen zurückgeführt werden kann, sind die Ursachen für die ungünstigere Entwicklung noch nicht aufgedeckt. Zu klären ist, weshalb sich die Branchenstruktur des Landes ab Ende der siebziger Jahre/Anfang der achtziger als Nachteil erwies und warum die Entwicklung in einer Vielzahl von Branchen ungünstiger verlief als anderswo. Diesen Fragen wird im folgenden nachgegangen.

V. Höherer Strukturanpassungsbedarf oder verzögerter Strukturwandel?

Die bisherigen Analysen haben gezeigt, daß die Sektorstruktur der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in den frühen siebziger Jahren für das wirtschaftliche Wachstum und die Beschäftigtenentwicklung förderlich war, sich später jedoch mehr und mehr zu einer strukturellen Hypothek entwickelt hat. Ursächlich dafür könnte gewesen sein, daß die veränderten Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein einen zunehmend größeren Anpassungsbedarf als anderswo induziert haben. Möglich wäre aber

auch, daß der sektorale Strukturwandel in Schleswig-Holstein nicht so schnell vorangekommen ist wie in anderen Bundesländern.

Unter erhöhten Anpassungsdruck geraten sind Ende der siebziger Jahre die Landwirtschaft, das Baugewerbe und eine Reihe von Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes. Die Probleme der Landwirtschaft resultierten aus ständiger Überproduktion, zu der das EG-Preisstützungssystem wesentlich beigetragen hat. Als Ende der siebziger Jahre der Absatz der weiter steigenden Überschüsse nicht mehr finanzierbar war, wurden in der Agrarpolitik erste restriktive Maßnahmen ergriffen. Da in Schleswig-Holstein die Landwirtschaft einen überdurchschnittlich hohen Anteil am BIP hat, war das Land durch die Entwicklung im Agrarbereich stärker als andere Bundesländer betroffen.

Das Baugewerbe - in Schleswig-Holstein ebenfalls überrepräsentiert - dürfte Ende der siebziger Jahre insbesondere deshalb unter Anpassungsdruck geraten sein, weil die Nachfrage nach Bauleistungen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre spürbar zurückging. Vordem hatte die Geldentwertung viele private Wirtschaftssubjekte dazu veranlaßt, ihr Geld in Sachwerten anzulegen. In Schleswig-Holstein entstanden viele Ferienwohnungen und Appartementsiedlungen, die den Käufern und Bauherren als gesicherte Wertanlagen erschienen (Betongold). Gleichzeitig wurden bis gegen Ende der siebziger Jahre die Verkehrswege in Schleswig-Holstein erheblich ausgebaut (vgl. dazu Abschnitt C. II. 2). Als der Bauboom in Schleswig-Holstein endete, wurde die Beschäftigung der Bauindustrie zunächst nicht entsprechend der veränderten Auftragslage angepaßt; erst nach 1983 kam es zu einem beschleunigten Abbau von Arbeitsplätzen.

Das Entwicklungsmuster im Industriebereich hochentwickelter Volkswirtschaften war in den siebziger und achtziger Jahren dadurch gekennzeichnet, daß sich die Schwerpunkte der Produktion von den rohstoff-, arbeits- und sachkapitalintensiven Branchen zu den humankapitalintensiven Bereichen verlagerten [Donges, Schmidt et al., 1988]. Versucht man die einzelnen Branchen nach ihren Faktorintensitäten zu ordnen und berechnet deren Anteile, so kann nicht davon gesprochen werden, daß Schleswig-Holsteins Industriestruktur im Hinblick auf dieses Entwicklungsmuster deutlich ungünstig gewesen ist (vgl. Tabelle 20; zur Einordnung der Branchen nach Faktorintensitäten vgl. Tabelle A3). Einerseits ist zwar in Schleswig-Holstein der Anteil der rohstoffintensiven

Tabelle 20 - Beschäftigte nach Faktorintensitäten der Branchen im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979, 1983 und 1987 (vH)

	Schleswig-Holstein			Bundesrepublik		
	1979	1983	1987	1979	1983	1987
Rohstoffintensive Branchen	13,9	13,7	13,7	12,6	12,6	12,3
Arbeitsintensive Branchen	16,6	15,8	15,8	21,0	19,6	19,3
Sachkapitalintensive Branchen	22,2	21,6	19,9	22,3	22,2	21,7
Humankapitalintensive Branchen	47,2	48,9	50,7	44,2	45,5	46,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Klodt, Schmidt et al. [1989]; Statistisches Bundesamt [g]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [e]; eigene Berechnungen und Schätzungen.

Branchen höher, andererseits sind aber arbeitsintensive Branchen weniger vertreten als im Bundesdurchschnitt. Die höhere Rohstoffintensität liegt in erster Linie an der großen Bedeutung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die geringere Arbeitsintensität ist im wesentlichen auf die vergleichsweise geringe Bedeutung der Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie zurückzuführen. Der Anteil humankapitalintensiver Branchen ist in Schleswig-Holstein größer als im Bundesgebiet.

Ein ähnliches Resultat ergibt sich hinsichtlich der Anteile nach Industriehauptgruppen (vgl. Tabelle 21). Generell sind hauptsächlich die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, die Verbrauchsgüterindustrie sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe unter Anpassungsdruck geraten, weniger dagegen die Investitionsgüterindustrie. In Schleswig-Holstein ist besonders die Nahrungs- und Genußmittelindustrie überrepräsentiert, während die Grundstoff- und Verbrauchsgüterindustrie und 1987 auch die Investitionsgüterindustrie unterdurchschnittlich vertreten ist. Größerer Anpassungsbedarf bestand somit aufgrund der großen Bedeutung des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes; ansonsten scheinen die Anpassungserfordernisse, jedenfalls gemessen an der Branchenstruk-

Tabelle 21 - Beschäftigte nach Industriehauptgruppen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979, 1983 und 1987 (vH)

	Schleswig-Holstein			Bundesrepublik		
	1979	1983	1987	1979	1983	1987
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	14,9	15,2	15,4	20,8	20,8	19,6
Investitionsgüterindustrie	52,3	53,5	53,8	51,0	52,4	54,9
Verbrauchsgüterindustrie	18,3	17,3	17,3	21,6	20,0	19,1
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	14,5	13,9	13,5	6,6	6,8	6,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Wie Tabelle 8.

tur, in Schleswig-Holstein eher geringer gewesen zu sein als im Durchschnitt aller Bundesländer.

Die vergleichsweise grobe Zuordnung der Branchen nach Faktoringentitäten und nach Industriehauptgruppen sowie die Klassifizierung dieser Gruppen hinsichtlich der Anpassungserfordernisse infolge des weltwirtschaftlichen Strukturwandels überdeckt allerdings, daß in Schleswig-Holstein einer Investitionsgüterbranche eine große Bedeutung zukommt, die unter außerordentlichem Anpassungsdruck seit Mitte der siebziger Jahre steht: der Schiffbau. Dieser gilt als alte Industrie und gehört neben dem Kohlenbergbau und der Eisen- und Stahlindustrie zu den größten Verlierern im Strukturwandel [Donges, Schmidt et al., 1988].

Die Probleme der Schiffbauindustrie in der Bundesrepublik sind zum einen auf eine gesunkene Weltnachfrage nach Schiffen zurückzuführen, die ab Mitte der siebziger Jahre zunehmend spürbar wurde. Zum anderen beruhen sie aber auch darauf, daß die Werften in der Bundesrepublik ihre Position auf dem Weltschiffbaumarkt nicht behaupten konnten. Der Anteil an der Gesamtnachfrage, den die Werften in der Bundesrepublik auf sich ziehen konnten, hat ständig abgenommen. Seit Mitte der siebziger Jahre sind einige Entwicklungsländer sehr rasch auf den Weltmarkt vorgedrungen: Südkorea, aber auch einige andere Schwellenländer wie Brasilien und Taiwan. Im Gegensatz zu Japan war es den bundesdeutschen Werften nicht möglich, ihren Anteil auf dem Weltschiffbaumarkt zu halten [Lammers, 1989].

Schleswig-Holstein ist im Industriebereich demnach mit ähnlichen strukturellen Anpassungserfordernissen konfrontiert worden wie Regionen, in denen der Stahl- und Eisenindustrie und dem Kohlenbergbau eine große Bedeutung zukommt; allerdings zeigte sich dies erst eindeutig nach 1983. Die Ursache dafür dürfte sein, daß der Schiffbauindustrie ab Ende der siebziger Jahre sehr hohe Subventionen gewährt wurden, die es ihr zunächst ermöglichten, Beschäftigung und Produktionskapazitäten weitgehend aufrecht zu erhalten. Der Subventionsgrad in der Schiffbauindustrie (Subventionen in vH der Wertschöpfung) stieg nach 1978 auf mehr als 30 vH an. Erst nachdem sich herausstellte, daß trotz dieser hohen Subventionierung die Kapazitäten nicht ausgelastet werden konnten und noch höhere Subventionen angesichts der haushaltspolitischen Konsequenzen nicht tragbar schienen, wurde die Beschäftigung in den Jahren nach 1982 abgebaut [Lammers, 1989]. Der Anpassungsprozeß konnte somit zwar zunächst verzögert werden, er war aber dennoch unumgänglich; er hat die wirtschaftliche Erholung im Verarbeitenden Gewerbe, die auch in Schleswig-Holstein im Aufschwung nach 1982 einsetzte, erheblich belastet.

Das Zurückbleiben Schleswig-Holsteins im strukturellen Anpassungsprozeß zeigt sich auch deutlich anhand der Veränderungen der Beschäftigten nach Faktorintensitäten. Im Zeitraum 1979-1983 hat sich der Strukturwandel in Schleswig-Holstein zwar im großen und ganzen so vollzogen wie im Bundesgebiet (vgl. Tabelle 22). Arbeitsplätze wurden vor allen Dingen in arbeits- und sachkapitalintensiven sowie rohstoffintensiven Branchen abgebaut, dagegen in wesentlich geringerem Maße in humankapitalintensiven Branchen. Aber gemessen an den Anpassungserfordernissen, die in Schleswig-Holstein wegen der relativ großen Bedeutung des Schiffbaus größer als anderswo waren, hätte der Strukturwandel schneller vonstatten gehen müssen. Erst im Zeitraum 1983-1987 sind deutliche Abweichungen gegenüber dem Entwicklungsmuster im Bundesgebiet erkennbar. Nunmehr gingen wesentlich mehr Arbeitsplätze in sachkapitalintensiven Branchen verloren als im Durchschnitt der Bundesländer. Dagegen stieg die Anzahl der Arbeitsplätze in humankapitalintensiven Wirtschaftszweigen relativ weniger. Diese Entwicklung wurde maßgeblich durch die Veränderung beim Schiffbau bestimmt. Rechnet man diesen heraus, nahm die Anzahl der Arbeitsplätze in sachkapitalintensiven Produktionen in Schleswig-Holstein nur etwas stärker ab als im

Tabelle 22 - Veränderung der Anzahl der Beschäftigten in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nach Faktorintensitäten der Branchen im Verarbeitenden Gewerbe 1979-1987 (vH)

	1979-83			1983-87		
	Schleswig-Holstein		Bundesrepublik	Schleswig-Holstein		Bundesrepublik
	mit Schiffbau	ohne Schiffbau		mit Schiffbau	ohne Schiffbau	
Rohstoffintensive Branchen	-9,4	-9,4	-8,7	-1,3	-1,3	-0,8
Arbeitsintensive Branchen	-12,5	-12,5	-15,0	-1,3	-1,3	0,4
Sachkapitalintensive Branchen	-10,5	-11,4	-9,4	-9,0	-2,8	-0,4
Humankapitalintensive Branchen	-4,8	-4,6	-6,5	2,6	6,1	5,2

Quelle: Wie Tabelle 20.

Bundesgebiet, und die Anzahl der humankapitalintensiven Arbeitsplätze stieg sogar schneller an (vgl. Tabelle 22).

Auf einen zunächst verzögerten, dann aber beschleunigten Strukturwandel in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft deuten auch die berechneten Konformitätskoeffizienten hin, die einen Vergleich der Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins mit der in der Bundesrepublik oder anderen Bundesländern gestatten (vgl. Tabelle 23). Im Zeitraum 1979-1983 haben die Abweichungen zwischen der Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins und der des Bundesgebietes oder der in Baden-Württemberg und Bayern zugenommen. Nach 1983 ist dagegen zu beobachten, daß die Struktur der schleswig-holsteinischen Industrie der des Bundesgebietes oder auch der von Bayern und Baden-Württemberg wieder ähnlicher geworden ist. Sie hat sich damit gegenüber 1983 wieder mehr den Strukturen angeglichen, die in Regionen zu beobachten waren, die sich gesamtwirtschaftlich günstiger entwickelt haben.

Das Zurückbleiben Schleswig-Holsteins in der wirtschaftlichen Entwicklung dürfte damit sowohl auf größeren Strukturanpassungsbedarf - verglichen mit dem Bundesländerdurchschnitt - als auch auf verzögerte Strukturanpassungen zurückzuführen sein. Obwohl der Strukturwandel

Tabelle 23 - Konformität der Branchenstruktur des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet und zu anderen ausgewählten Bundesländern 1979, 1983 und 1987 - Konformitätskoeffizienten (a)

Schleswig-Holstein im Vergleich zu	1979	1983	1987
Bundesgebiet	0,85	0,84	0,86
Baden-Württemberg	0,80	0,79	0,81
Bayern	0,83	0,82	0,84

(a) Der Konformitätskoeffizient hat einen Wertvorrat von 0 bis 1. Ein Wert von 1 bedeutet, daß die Strukturen mit der Vergleichsregion vollständig identisch sind.

Quelle: Wie Tabelle 8.

des Landes im Verarbeitenden Gewerbe im Laufe der achtziger Jahre vorangekommen ist, hat er noch nicht ausgereicht, um im Beschäftigungswachstum mit anderen Bundesländern mitzuhalten. Eine Reihe von Wirtschaftszweigen entwickelte sich zwar wesentlich dynamischer als im Bundesgebiet (z. B. Feinmechanik und Optik, Druckerei und Vervielfältigung); nachteilig hat sich jedoch ausgewirkt, daß andere Branchen in Schleswig-Holstein unterrepräsentiert sind (z. B. Chemische Industrie) und zusätzlich hier auch nur unterdurchschnittlich expandierten (z. B. die Elektrotechnische Industrie und der Straßenfahrzeugbau).

VI. Zur Entwicklung der Investitionen

Den Investitionen kommt eine wichtige Rolle im Wachstumsprozeß und im Strukturwandel zu. Sie sind Voraussetzung dafür, daß überhaupt wirtschaftliches Wachstum stattfinden kann. Große Investitionsanstrengungen sind insbesondere dann notwendig, wenn im Zuge des Strukturwandels alte Produktionskapazitäten entwertet werden und neue Produktionsanlagen errichtet werden müssen.

In Schleswig-Holstein lag die durchschnittliche Investitionsquote der Wirtschaft insgesamt im Zeitraum 1970-1986 fast stets über der im Bundesgebiet (vgl. Tabelle 24 sowie Schaubild 4). Nach 1983 hat sich allerdings die Investitionsneigung stärker abgeschwächt als im Durch-

Tabelle 24 - Durchschnittliche jährliche Veränderung der Investitionen (a) und Investitionsquoten (b) nach Bundesländern 1970-1986 (vH)

	Durchschnittliche jährliche Veränderung der Investitionen			Investitionsquote			
	1970-77	1977-83	1983-86	1970	1977	1983	1986
Schleswig-Holstein	-1,0	0,7	-3,9	26,78	25,03	26,06	22,24
Hamburg	-2,8	-1,4	-3,5	22,06	18,02	16,56	14,38
Niedersachsen	-2,5	-1,4	-2,4	29,28	24,49	22,54	20,42
Bremen	-0,5	-2,3	-4,4	22,73	21,96	19,10	15,95
Nordrhein-Westfalen	-2,8	-0,2	-1,3	25,12	20,52	20,24	19,18
Hessen	-4,6	-3,0	1,3	30,18	21,69	18,12	19,10
Rheinland-Pfalz	-2,2	-1,4	-0,3	29,92	25,54	23,47	23,16
Baden-Württemberg	-2,6	0,7	-0,8	27,67	22,99	23,93	23,13
Bayern	-2,4	0,0	0,4	30,14	25,34	25,28	25,68
Saarland	-2,1	2,5	-5,4	25,98	22,45	26,07	20,91
Berlin (West)	3,4	0,2	-0,7	24,74	19,38	19,57	19,04
Bundesrepublik	-2,7	-0,4	-1,0	27,33	22,55	22,01	21,12

(a) Bruttoanlageinvestitionen in Preisen von 1980. - (b) Bruttoanlageinvestitionen in vH des BIP.

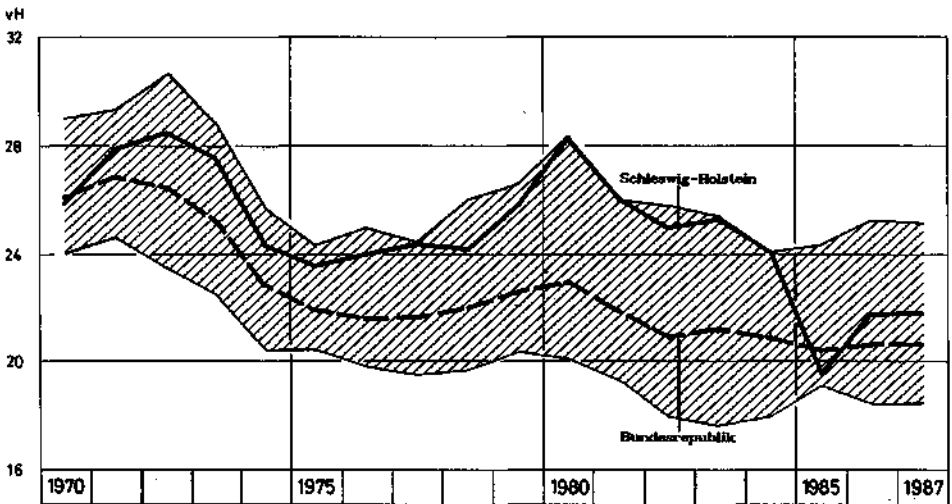
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg [1988]; eigene Berechnungen.

schnitt aller Bundesländer. In den wachstumsstarken Bundesländern Hessen, Bayern und Baden-Württemberg war der Rückgang der Investitionsquote wesentlich geringer, oder es war sogar ein Anstieg zu verzeichnen.

Die zumindest bis 1983 ausgeprägt hohe Investitionsquote in Schleswig-Holstein ist vermutlich im wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen:¹

¹ Den amtlichen Statistiken sind diese Informationen nur teilweise direkt zu entnehmen, weil die Investitionen nicht in entsprechender Gliederung ausgewiesen werden. Die folgenden Schlußfolgerungen basieren auf Interpretationen der Tabelle 25 sowie auf Informationen über die Bedeutung einzelner Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein (vgl. Tabelle 5).

Schaubild 4 - Investitionsquoten in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1987 (vH) (a)



Die schraffierte Fläche ist begrenzt durch das Bundesland mit der jeweils höchsten bzw. niedrigsten Investitionsquote (nur Flächenländer).

¹ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980.

Quelle: Wie Schaubild 1.

- hohe Investitionen des Sektors Energie und Wasserversorgung, die durch den Bau von Kraftwerken in Schleswig-Holstein im Untersuchungszeitraum bedingt waren;
- umfangreiche Investitionen im Bergbau, die der Vorbereitung der Förderung von Rohöl aus dem Meer dienten;
- die generell hohen Investitionsquoten des Baugewerbes und des Sektors Wohnungsvermietung sowie die vergleichsweise große Bedeutung dieser Sektoren in Schleswig-Holstein.

Ab 1983 haben außerdem eine vergleichsweise hohe Investitionsneigung im Handel und Verkehr und bei den Dienstleistungsunternehmen dazu beigetragen, daß die Investitionsquote Schleswig-Holsteins noch über dem Bundesdurchschnitt blieb (vgl. Tabelle 25).

Die Bereiche Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe sowie Staat (einschließlich der Privaten Haushalte und der Organisationen ohne Erwerbscharakter) investierten in Relation zu ihrer Wirtschaftsleistung hingegen weniger als im Bundesgebiet. Besonders bedeutsam erscheint die

Tabelle 25 - Investitionsquoten (a) nach Sektoren in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1986 (vH)

	Landwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	darunter: Verarbeitendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen(b)	Wohnungsvermietung	Staat, Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter	Insgesamt
Schleswig-Holstein								
1970	19,5	15,1	14,8	27,4	11,6	135,6	25,6	26,8
1977	21,8	15,2	13,3	22,1	17,5	108,2	21,8	25,0
1983	18,4	18,3	10,7	19,5	29,0	89,6	18,1	26,1
1986	13,3	14,5	10,1	19,4	.	.	18,1	22,2
Bundesrepublik								
1970	34,1	16,5	16,8	23,1	13,8	142,7	39,3	27,3
1977	33,2	12,1	11,0	19,2	17,4	106,8	28,5	22,6
1983	28,1	12,6	11,1	17,6	21,5	95,0	20,7	22,0
1986	21,4	13,8	12,4	18,4	.	.	20,7	21,1

(a) Bruttoanlageinvestitionen in vH der Bruttowertschöpfung des Sektors (in Preisen von 1980). - (b) Ohne Wohnungsvermietung.

Quelle: Wie Tabelle 24.

Investitionsschwäche im Verarbeitenden Gewerbe. Nachdem 1977 die Investitionsquote in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesgebiet noch höher als im Bundesgebiet gelegen hatte, d.h. in einer Zeit, in der Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesgebiet noch industriell aufholte, blieb die Investitionsentwicklung im Verlauf der achtziger Jahre deutlich hinter der im Bundesgebiet zurück. Dabei bot sich in den einzelnen Branchen ein sehr unterschiedliches Bild (vgl. Tabelle 26). Während die Investitionsquote in den Branchen Feinmechanik und Optik, Musikinstrumente und Spielwaren, Chemische Industrie, Druckerei und Vervielfältigung zunahm, d.h. in Branchen, in denen auch Umsatz und Beschäftigung in den letzten Jahren deutlich und auch stärker als im Bundesgebiet ausgeweitet wurden, entwickelten sich die Investitionen im Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbau, der Elektrotechnik, der Nahrungs- und

Tabelle 26 - Investitionen und Investitionsquoten (a) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979, 1983 und 1987

	Schleswig-Holstein				Bundesrepublik			
	Investitionen	Investitionsquote			Investitionen	Investitionsquote		
	Mill. DM	vH			Mill. DM	vH		
	1987	1979	1983	1987	1987	1979	1983	1987
Bergbau	53,0	48,0	119,8	42,8	2621,6	7,8	11,6	8,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	420,5	8,4	49,2	5,6	19797,5	3,9	3,6	5,0
Mineralölverarbeitung	46,7	0,4	.	3,0	598,0	0,9	1,5	0,9
Herstellung von Spalt- und Brutstoffen	-	-	-	-	.	5,9	7,3	.
Steine und Erden	71,7	7,7	5,8	5,5	1943,8	7,5	6,4	6,6
Eisen, NE-Metall, Gießerei	21,9	4,2	6,4	9,2	3679,0	3,9	4,4	5,0
Stahlbearbeitung	14,1	8,8	1,9	5,3	1178,8	4,6	4,2	4,4
Chemische Industrie	233,2	20,1	8,9	6,8	9558,0	4,3	3,9	5,7
Holzbearbeitung	2,4	2,0	.	2,6	383,6	4,0	3,6	4,2
Papier- und Papperzeugung	20,1	10,2	3,2	3,4	1268,5	7,2	4,1	8,0
Gummiverarbeitung	20,4	4,3	6,6	12,8	919,1	4,1	3,9	5,3
Investitionsgüterindustrie	619,6	4,4	3,8	4,7	37265,9	4,4	4,5	5,5
Stahl- und Leichtmetallbau	16,1	5,4	3,4	4,2	786,9	3,5	2,8	3,2
Maschinenbau, Büromaschinen	228,1	3,5	3,7	4,4	9292,3	4,1	4,1	5,2
Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbau	82,9	3,3	4,7	4,5	13138,4	5,3	5,7	6,0
Schiffbau	39,6	4,2	3,0	3,1	179,4	5,3	2,9	3,0
Elektrotechnik	96,1	5,8	2,7	4,2	9057,3	3,8	3,9	5,6
Feinmechanik, Optik	101,4	7,1	6,3	7,5	1113,8	3,9	4,8	5,7
EBM-Warenherstellung	45,5	4,2	4,2	5,1	2519,0	3,9	3,9	5,3
Verbrauchsgüterindustrie	332,9	5,5	7,6	6,1	10823,5	4,4	4,5	5,3
Musikinstrumente, Spielwaren	14,5	14,3	.	11,6	393,4	4,8	4,3	5,6
Feinkeramik, Glas	10,3	5,4	3,3	2,6	1161,9	5,6	6,4	7,7
Holzverarbeitung	15,3	2,9	2,5	3,1	947,9	3,8	3,1	3,2
Papier- und Papperverarbeitung	39,6	5,1	2,6	5,6	1327,8	5,1	4,6	6,4
Druckerei, Vervielfältigung	177,7	7,5	15,2	8,1	1831,7	6,5	7,9	6,9
Herstellung von Kunststoffwaren	58,5	5,8	5,2	6,5	2749,0	5,9	5,3	7,2
Ledererzeugung und -verarbeitung	0,1	1,1	0,8	0,1	203,2	2,4	2,3	2,1
Textilgewerbe	14,0	3,6	4,0	4,1	1804,9	4,0	4,1	5,0
Bekleidungsgerwebe	2,9	2,1	2,3	1,6	401,5	2,0	1,7	1,8
Reparatur von Gebrauchsgütern	-	-	-	-	2,1	1,5	1,7	8,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	240,0	2,8	2,3	2,5	5970,0	3,5	3,3	3,5
Insgesamt	1666,0	5,0	4,3	4,6	76478,4	4,2	4,3	5,2

(a) Investitionen in vH vom Umsatz.

Quelle: Statistisches Bundesamt [i]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [k]; eigene Berechnungen.

schinen deutlich schwächer.¹ Zumindest bis 1987 - neuere Zahlen liegen noch nicht vor - haben die vorgenommenen Investitionen im Verarbeiten

¹ Im Luft- und Fahrzeugbau sowie im Bereich Maschinenbau und Büromaschinen hat von 1979 bis 1988 allerdings die Anzahl der Beschäftigten

den Gewerbe nicht ausreicht, um im Strukturwandel schnell genug voranzukommen.

VII. Zur Bedeutung staatlich beeinflusster Wirtschaftsbereiche

1. Staatliche Protektion und regionaler Strukturwandel

Eine mögliche Erklärung dafür, daß Schleswig-Holstein im Strukturwandel in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren nicht so rasch vorangekommen ist wie andere Bundesländer, insbesondere Bayern und Baden-Württemberg, könnte darin liegen, daß in Schleswig-Holstein denjenigen Wirtschaftszweigen eine große Bedeutung zukommt, die durch staatliche Protektionsmaßnahmen vor den Folgen des nationalen und internationalen Wettbewerbs abgeschirmt werden.

Zu den Protektionsmaßnahmen gehören

- tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse,
- staatliche Regulierungen, die den Marktzutritt neuer Wettbewerber und den Preiswettbewerb der Unternehmen beschränken (einschließlich der Monopolisierung öffentlicher Unternehmen), und
- staatliche Subventionen, sei es in Form von Finanzhilfen, sei es in Form von Steuererleichterungen.

Kurzfristig können alle diese Maßnahmen zwar dazu beitragen, Arbeitsplätze zu erhalten, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Damit wird jedoch nur am Symptom, nicht aber an der Ursache kuriert, den zu hohen Faktorkosten, einer unattraktiven Produktpalette oder einer unzureichenden Innovationsneigung. Für die geschützten Unternehmen und Arbeitnehmer wird der Zwang zur Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen auf der Nachfrage- und Faktorseite geringer; damit nimmt auch die Anpassungsbereitschaft ab.¹ Dadurch werden Ressourcen in

stärker zugenommen als im Bundesgebiet. Möglicherweise haben sich die Investitionen nach 1987 in diesen Branchen ebenfalls günstig entwickelt.

¹ Solange sich dank der Protektion eine angemessene Rendite auch erzielen läßt, ohne den zweifellos schmerzhaften Prozeß der Abschreibung angestammten Sach- und auch Humankapitals vollziehen zu müssen, ist der Anreiz, neue Einkommenschancen zu suchen und zu finden, eingeschränkt.

unrentablen Verwendungen gebunden, die dann in zukunftssträchtigen, rentablen Verwendungen fehlen.¹ Die Wettbewerbsbeschränkungen verhindern, daß andere Unternehmen wachsen oder sich neue Unternehmen ansiedeln und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die geringe Investitionsneigung insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe in den achtziger Jahren könnte hier die Ursache haben.

Unter den Maßnahmen der *Außenhandelsprotektion* sind *Zölle (tarifäre Protektion)* die klassische Schutzmaßnahme. Die tarifäre Zollprotektion hat jedoch in den vergangenen beiden Jahrzehnten infolge der Zollsenkungen im Rahmen des GATT und infolge von Präferenzabkommen an Bedeutung verloren. Zudem wirkt der Zollschutz nur gegenüber Konkurrenten aus Drittländern, während Anbieter aus anderen EG-Mitgliedsländern und assoziierten Staaten vom gemeinsamen EG-Außenzoll ausgenommen sind. In den vergangenen Jahren sind statt dessen *nichttarifäre Handelshemmnisse* als Mittel der Protektion gegen ausländische Anbieter in den Vordergrund gerückt.² Einige dieser Instrumente sind nur gegen Konkurrenten wirksam, die von außerhalb der EG kommen (wie Selbstbeschränkungsabkommen), andere gegen alle ausländischen Konkurrenten (wie technische oder Gesundheitsnormen).

Global gegen alle (potentiellen) Wettbewerber gerichtet - seien sie nun aus dem Inland, aus der EG oder aus dem übrigen Ausland - sind dagegen die beiden anderen Arten staatlicher Wettbewerbsbeschränkungen - Regulierungen und Subventionen. Sie können auch dort, wo keine Außenhandelsprotektion besteht oder wo nichthandelbare Güter produziert werden, die etablierten Anbieter und Arbeitsplätze vor den unangenehmen Folgen des Wettbewerbs bewahren.

¹ Wenn z.B. aufgrund von Subventionen eine alte Industrie höhere Löhne zahlt, als es aufgrund ihrer Wettbewerbsfähigkeit gerechtfertigt wäre, und sie in einer Region einen hohen Anteil an den Beschäftigten hat, dann beeinträchtigt sie dadurch auch die Investitionschancen in anderen Branchen in dieser Region [Donges, Schmidt et al., 1988, S. 103 f.; Lammers, 1989, S. 165 ff.].

² Nichttarifäre Handelshemmnisse umfassen mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen, Exportselbstbeschränkungsabkommen, Mindestpreisregulierungen, Zollkontingente und Zollvariationen, Anti-Dumping-Maßnahmen, technische Normen, Schutzvorschriften und Regeln hinsichtlich des öffentlichen Beschaffungswesens [vgl. hierzu Witteler, 1986; Weiss et al., 1988].

Wettbewerbsbeschränkungen in Form staatlicher *Regulierung* - Marktzutrittsbeschränkungen, staatliche Preiskontrollen, Mengen- und Qualitätsregulierungen, Kontrahierungszwang - werden meist mit Marktversagen gerechtfertigt. Dies hat sich mittlerweile in den meisten Bereichen als aus ökonomischer Sicht nicht haltbar erwiesen.¹ Statt dessen führt sie - ob intendiert oder nicht - dazu, daß ineffiziente Anbieter vor dem Ausscheiden vom Markt bewahrt, effiziente und neue Anbieter aber an der Expansion oder am Marktzutritt gehindert werden:

- Teilweise werden ganze Branchen vor dem Zwang zum Schrumpfen bewahrt, und Ressourcen gebunden, die für zukunftssträchtige Aktivitäten außerhalb der Branche nicht mehr zur Verfügung stehen.
- Umgekehrt beeinträchtigt die Regulierung die Expansion und Neugründung von Unternehmen in vielen Branchen. Beispiele dafür sind die Bereiche Verkehr und Sonstige Dienstleistungen. Durch vielfältige Wettbewerbsbeschränkungen sind in den letzten Jahren weniger Ressourcen in diese Bereiche gelenkt worden, als es unter Wettbewerbsbedingungen der Fall gewesen wäre.

Auch staatliche *Subventionen* dienen zumeist der Erhaltung überkommener Strukturen; dies gilt auch dort, wo sie als Anpassungsbeihilfen deklariert werden, denn ihre Gewährung mindert zugleich den Anpassungsdruck. Auch durch Subventionen werden Ressourcen in unrentablen Verwendungen gebunden und am Abwandern in Bereiche mit besseren Einkommenschancen gehindert. Zugleich diskriminieren sie gegen solche Unternehmen, die von sich aus Anstrengungen entfalten, ihre Aktivitäten in Bereiche mit besseren Einkommenschancen zu lenken.

Das Ergebnis aller Protektionsmaßnahmen besteht darin, daß die Wirtschaft eines Landes auf Herausforderungen, die sich durch geänderte Rahmenbedingungen, das Auftreten neuer Wettbewerber aus dem Ausland und strukturelle Wandlungen auf der Nachfrage- und Faktorseite ergeben können, nicht angemessen reagiert. Das Problem kann eine ausgeprägte regionale Komponente haben: Je stärker protegierte Branchen regional konzentriert sind und je höher ihr Anteil an der Wertschöpfung und den Beschäftigten in einer Region ist, desto größer ist einerseits der Anteil der in unrentablen Verwendungen gebundenen Ressourcen und anderer-

¹ Vgl. hierzu ausführlich Donges, Schatz [1986]; Giersch [1983]; Soltwedel et al. [1986; 1987]; Vaubel, Barbier [1986].

seits der in ihren Expansionschancen behinderten (bestehenden oder potentiellen) Unternehmen in dieser Region. Der erforderliche Strukturwandel kommt in einer solchen Region langsamer voran als dort, wo sich mehr Unternehmen im Wettbewerb am Markt bewähren müssen, nicht wettbewerbsfähige Unternehmen schrumpfen oder vom Markt ausscheiden müssen und Ressourcen in rentablere Verwendungen transferiert werden.¹

2. Außenhandelsprotektion

Staatliche Maßnahmen der Außenhandelsprotektion betreffen vornehmlich den Warenhandel, also die Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes und der Landwirtschaft.²

Bei der *tarifären Protektion* im Verarbeitenden Gewerbe³ zeigt sich, daß die Branchen mit dem relativ höchsten effektiven Zollschutz,⁴ in Schleswig-Holstein zumeist etwas schwächer vertreten waren als im Bundesdurchschnitt (Tabelle 27). Insgesamt waren in Schleswig-Holstein 1983 nur knapp 20 vH, im Bundesgebiet aber 29 vH der Arbeitsplätze in

¹ Hier wird unterstellt, daß alle betrachteten staatlichen Protektionsmaßnahmen bundesweit gleichermaßen gelten. Regionale Verzerrungen ergeben sich daraus, daß in den einzelnen Bundesländern die Branchen mit hoher Regulierungsdichte jeweils unterschiedlich stark vertreten sind. Von regional unterschiedlichen Intensitäten im Protektionsgrad in den einzelnen Branchen wird hier abstrahiert.

² Unter Handelshemmnissen zu leiden haben zwar auch in sehr starkem Maße die Bereiche Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Dienstleistungen. Diese werden aufgrund ihres besonderen Charakters im nächsten Abschnitt unter den staatlichen Regulierungen erfaßt.

³ Die Protektion der Landwirtschaft im Rahmen der gemeinsamen EG-Agrarpolitik - in Form von Zöllen, Abschöpfungen, freiwilligen Importbeschränkungen, Quoten und Exportsubventionen - enthält sowohl Instrumente der tarifären Zollprotektion als auch nichttarifäre Handelshemmnisse.

⁴ Der effektive Zollschutz bezieht sich auf die im Inland erbrachte Wertschöpfung, nicht auf den Importwert wie der nominale. Sofern die nominalen Zölle auf Endprodukte höher sind als auf Vorprodukte (was meist der Fall ist), wird die heimische Wertschöpfung im Zuge der Weiterverarbeitung effektiv höher geschützt, als es der Nominalzoll auf das Endprodukt ausdrückt (Eskalationseffekt) [vgl. z.B. Donges, Schatz, 1986, S. 12 ff.].

Tabelle 27 - Tarifäre Zollprotektion im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik in den achtziger Jahren - Beschäftigtenanteile in ausgewählten Branchen mit den höchsten effektiven Zollsätzen 1982 und 1983 (vH)

	Effektiv- zollsatz im Jahre 1982	Anteil an den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau 1983	
		Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie			
Eisen- und Stahlerzeugung	13,9	-	3,4
NE-Metallerzeugung und Gießereien	15,0	1,1	2,5
Mineralölverarbeitung	14,0	0,7	0,5
Chemische Industrie	16,0	6,4	7,9
Holzverarbeitung	17,3	2,2	2,9
Papier- und Pappe- erzeugung	31,2	1,1	0,7
Investitionsgüter- industrie			
Luft- und Raumfahrzeugbau	15,8	0,9	0,9
Verbrauchsgüterindustrie			
Papier- und Pappever- arbeitung	26,5	1,8	1,5
Kunststoffverarbeitung	19,1	2,6	2,8
Textilindustrie	17,7	1,4	3,5
Bekleidungsindustrie	27,5	1,3	2,8
Insgesamt	-	19,5	29,4
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt(a)	10,7	100	100
(a) Einschließlich Bergbau.			

Quelle: Donges, Schatz [1986, Tabelle 1]; Statistisches Bundesamt [t].

Branchen angesiedelt, die einen relativ hohen effektiven Zollschutz genossen.

Auch der Anteil der Industriebeschäftigten in den Branchen, die in besonderem Maße in den Genuß *nichttarifärer Handelshemmnisse* kommen, lag 1983 in Schleswig-Holstein mit rund 20 vH deutlich unter dem im Bundesgebiet mit 41 vH (Tabelle 28). Der Anteil der Beschäftigten in Branchen mit ausgeprägten nichttarifären Handelshemmnissen liegt auf Bundesebene deshalb so hoch, weil hier in mehreren Bundesländern der

Tabelle 28 - Nichttarifäre Protektion und Anteile der Beschäftigten in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik in Branchen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit ausgeprägten nichttarifären Handelshemmnissen 1983

	Art der nichttarifären Handelshemmnisse	Anteil an den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau 1983	
		Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Bergbau			
Kohlenbergbau	Hüttenvertrag Jahrhundertvertrag	-	2,9
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie			
Eisen- und Stahlerzeugung	EG-Stahlmarktordnung	-	3,4
Holzverarbeitung	mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen	2,2	2,9
Investitionsgüterindustrie			
Straßenfahrzeugbau	freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen	9,5	12,6
Verbrauchsgüterindustrie			
Feinkeramik	mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen	1,1	0,7
Leder- und Schuhindustrie	mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen	0,3	1,0
Textilindustrie	Welttextilabkommen	1,4	3,5
Bekleidungsindustrie	Welttextilabkommen	1,3	2,8
Insgesamt		20,1	41,0
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt(a)		100	100
(a) Einschließlich Bergbau.			

Quelle: Donges, Schatz [1986, S. 15 ff.]; Statistisches Bundesamt [t].

Steinkohlenbergbau (geschützt durch den Hüttenvertrag und den Jahrhundertvertrag), die Eisen- und Stahlindustrie (EG-Stahlmarktordnung) und der Straßenfahrzeugbau (freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen)

ins Gewicht fallen. Diese Branchen sind in Schleswig-Holstein so gut wie nicht vertreten.

Tarifäre und nichttarifäre Zollprotektion zusammengenommen schützen daher in Schleswig-Holstein einen geringeren Anteil der Produktion (gemessen an der Wertschöpfung) und der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe. Dem steht die hohe Außenprotektion der Landwirtschaft¹ mit ihrem überproportionalen Gewicht in Schleswig-Holstein gegenüber. Dennoch ist die schleswig-holsteinische Wirtschaft insgesamt durch Außenhandelsprotektion wohl weniger geschützt, als dies in anderen Bundesländern der Fall ist.

3. Staatliche Regulierungen

Bei der staatlichen Regulierung stellt sich die Sachlage anders als bei der Außenhandelsprotektion dar. Die Branchengliederung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft (mit ihrem hohen Anteil der Landwirtschaft und ihrem vergleichsweise kleinen des Verarbeitenden Gewerbes an Wertschöpfung und Beschäftigung) gibt Anlaß zu der These, daß in Schleswig-Holstein Branchen mit hoher Regulierungsdichte ein großes Gewicht zukommt. Denn die Regulierungsintensität variiert stark zwischen den Branchen. Am höchsten ist sie in der Landwirtschaft, im Energiebereich, im Bergbau, im Verkehrs- und im Dienstleistungsbereich. Im Verarbeitenden Gewerbe dagegen sind nur recht wenige Branchen von Regulierungen betroffen. Einen Überblick über die wichtigsten regulierten Bereiche und die dort herrschende Regulierungsintensität² gibt die Übersicht 1. Hierbei wurde unterschieden zwischen vollständig oder sehr stark regulierten (xxx), stark regulierten (xx), teilweise regulierten (x) und nicht oder kaum regulierten Branchen (o).³

¹ Jüttemeier und Lammers [1979] schätzten das Zolläquivalent der gesamten Außenprotektion der Landwirtschaft in den siebziger Jahren auf mindestens 25 vH.

² Je höher die Regulierungsintensität ist, desto mehr sind die regulierten Parameter (Marktzugang und -austritt, Preise, Mengen, Qualitäten etc.) der Beeinflussung durch den Marktmechanismus entzogen, und desto mehr ist die private Vertragsfreiheit eingeschränkt.

³ Zu dieser Einteilung vgl. Donges und Schatz [1986, S. 25] sowie Fels und Schmidt [1981].

Übersicht 1 - Regulierungsintensität von Branchen

	Regulierungen		
	Markt- zutritt	Mengen	Preise
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	xxx	xxx	xxx
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	xxx	x	xxx
Bergbau			
Kohlenbergbau	x	xxx	x
Übriger Bergbau	x	x	0
Verarbeitendes Gewerbe			
Eisen- und Stahlerzeugung	x	xxx	xxx
Mineralölverarbeitung	0	x	0
Schiffbau	x	0	x
Luft- und Raumfahrzeugbau	x	0	x
Ernährungsindustrie	x	x	0
Baugewerbe	0	0	x
Handel	0	0	x
Verkehr und Nachrichtenübermittlung			
Eisenbahnen	xxx	xxx	xxx
Schifffahrt, Wasserstraße, Häfen	xx	x	xxx
Übriger Verkehr	xx	xx	xx
Nachrichtenübermittlung (DBP)	xxx	x	xxx
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen			
Kreditinstitute	x	0	0
Versicherungsunternehmen	x	0	xx
Wohnungsvermietung	x	xx	xx
Sonstige Dienstleistungen			
Wissenschaft, Bildung, Kunst, Publizistik	xx	xx	x
Gesundheits- und Veterinärwesen	xx	xx	xxx
Übrige Dienstleistungen	x	x	xx

xxx = sehr stark oder vollständig reguliert
xx = stark reguliert
x = teilweise reguliert
0 = kaum oder nicht reguliert

Quelle: Donges, Schatz [1986, Tabelle 4].

Die These, daß in Schleswig-Holstein regulierte Branchen besonders stark vertreten sind, bestätigt sich bei näherer Analyse: Allein auf die

sektorspezifischen Regulierungen¹ bezogen, ergibt eine tentative Schätzung² für das Jahr 1983,³ daß im Unternehmenssektor⁴ in Schleswig-Holstein nur 27,5 vH der Beschäftigten in Bereichen tätig waren, die kaum oder überhaupt nicht staatlich reguliert sind und in denen daher etablierte Anbieter nicht gegen den Wettbewerb von expansionswilligen oder neuen Unternehmen geschützt sind. Der entsprechende Anteil auf Bundesniveau, also im Durchschnitt aller Bundesländer, war fast 11 Prozentpunkte höher (Tabelle 29).

Unter den einzelnen Gruppen regulierter Bereiche waren in Schleswig-Holstein diejenigen

- der vollständig oder stark regulierten Branchen (xxx) mit über 3 Prozentpunkten und
 - der teilweise regulierten Branchen (x) mit fast 10 Prozentpunkten
- deutlich stärker vertreten als im Bundesgebiet.

Lediglich die mittlere Gruppe der stark regulierten Branchen (xx) hatte in Schleswig-Holstein einen um rund 2 1/2 Prozentpunkte niedrigeren Anteil.

Bedenkt man ferner, daß der Unternehmenssektor in Schleswig-Holstein ohnehin kleiner ist als im Bundesgebiet insgesamt, weil der Staat

¹ Auch von global über Branchengrenzen hinweggehenden Regulierungen - wie dem Erfordernis des großen Befähigungsnachweises im Handwerk, den Regulierungen am Arbeitsmarkt oder gesetzlichen Bestimmungen zum Umweltschutz - können regionale Verzerrungen ausgehen.

² Für Schleswig-Holstein sind die Anteile der Beschäftigten, die in den VGR nur für fünf große Wirtschaftsbereiche ausgewiesen werden, für die einzelnen Untergruppen anhand der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und aller Beschäftigten in der Industrie ermittelt worden. Die Bruttowertschöpfung wird dagegen nach elf Wirtschaftsbereichen für das Land ausgewiesen. Hilfsgerüste zur Ermittlung der Wertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftszweigen fehlen hier leider, so daß auf der Basis der Wertschöpfung nur eine grobe Kontrollrechnung möglich ist. Diese bestätigt jedoch die hier vorgestellten Berechnungen zu den Beschäftigten.

³ Die Beschäftigten- und Wertschöpfungsanteile wurden hier für das Stichjahr 1983 berechnet. Da sich jedoch die Regulierungsstruktur im Zeitablauf kaum verändert hat und auch die regionalen Unterschiede in den Änderungen der Branchenstruktur nicht so gravierend waren, können die hier getroffenen Aussagen für die gesamten achtziger Jahre gelten.

⁴ Nicht zum Unternehmenssektor zählen der Staat, die Privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und die Privaten Haushalte.

Tabelle 29 - Anteil der Beschäftigten in regulierten Branchen in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik an den Beschäftigten insgesamt und den Beschäftigten im Unternehmenssektor 1983 (vH)

	Anteil der Beschäftigten in den jeweiligen Wirtschaftszweigen			
	an den Beschäftigten insgesamt		an den Beschäftigten im Unternehmenssektor(a)	
	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Sehr stark/vollständig regulierte Wirtschaftszweige (xxx)	16,0	14,2	21,8	17,5
Stark regulierte Wirtschaftszweige (xx)	6,1	8,9	8,3	11,0
Teilweise regulierte Wirtschaftszweige (x)	31,3	26,7	42,5	32,8
Kaum oder nicht regulierte Wirtschaftszweige (0)	20,2	31,5	27,5	38,4
Unternehmenssektor(a)	73,6	81,3	100	100
Staatssektor(b) und Private Haushalte	26,4	18,7	-	-
Insgesamt	100	100	-	-
(a) Einschließlich Wohnungsvermietung. - (b) Staat, Private Organisationen ohne Erwerbscharakter.				

Quelle: Donges, Schatz [1986, Tabelle 4]; eigene Schätzungen und Berechnungen.

und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck im Land einen ungleich höheren Anteil an der Anzahl der Beschäftigten haben als auf Bundesebene, so verstärkt sich der hier gewonnene Eindruck noch.¹

Zu berücksichtigen ist weiterhin, daß der Bundesdurchschnitt, der hier als Vergleichsmaßstab dient, größere Unterschiede im so gemessenen Regulierungsniveau zwischen den übrigen Bundesländern verwischt. Ein-

¹ Rechnet man den Staatsanteil dem vollständig regulierten Bereich hinzu, so sind in Schleswig-Holstein nur gut 20 vH der Beschäftigten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene in unregulierten Bereichen tätig, im Bundesgebiet immerhin 11,5 Prozentpunkte mehr (Tabelle 29).

ge der besonders stark regulierten Bereiche, wie z.B. der Kohlenbergbau (xxx) und die Eisen- und Stahlerzeugung (xxx), die in Schleswig-Holstein nicht vorkommen, sind regional auf Nordrhein-Westfalen und das Saarland konzentriert. Ohne diese Länder wäre der Anteil der Beschäftigten in regulierten Bereichen im Durchschnitt der übrigen Bundesländer noch sehr viel niedriger. Schleswig-Holstein mit seinen deutlich höheren Anteilen in der Landwirtschaft (xxx), in der Energieversorgung (xxx), innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes im Schiffbau (x) und im Ernährungsgewerbe¹ (x) sowie innerhalb des Dienstleistungssektors bei der Wohnungsvermietung (xx)² zählt deshalb zur Gruppe derjenigen Bundesländer, die einen besonders hohen Anteil von Beschäftigten in regulierten Branchen zu verzeichnen haben.

4. Subventionen

Das Ausmaß, in dem einzelne Wirtschaftszweige subventioniert werden, läßt sich mit Hilfe des sogenannten Subventionsgrades - dem Verhältnis aller empfangenen Subventionen zur unsubventionierten Wertschöpfung - bestimmen. Zu den größten Subventionsempfängern zählen die Eisenbahnen, die Landwirtschaft und der Bergbau.³ Der Subventionsgrad im gesamten Unternehmenssektor ist dabei das mit Wertschöpfungs- bzw. Beschäftigtenanteilen gewichtete Mittel der branchenspezifischen Subventionsgrade (Tabelle 30).

In der Bundesrepublik hatte der Unternehmenssektor Anfang der achtziger Jahre einen durchschnittlichen Subventionsgrad von rund

¹ Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie profitiert auch von der Marktordnung in der Landwirtschaft.

² Der hochregulierte Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (xx bis xxx) ist in Schleswig-Holstein etwas geringer vertreten als im Bundesgebiet, der Handel (o-x) etwas stärker. Dienstleistungsunternehmen, die relativ stark reguliert sind, tragen teils in geringerem, teils in größerem Maße zur Wertschöpfung und Beschäftigung bei als im Bundesgebiet (vgl. Abschnitt B. I).

³ Basis für diese Kennziffern ist die Subventionsdatenbank des Instituts für Weltwirtschaft. Für die Beschäftigten- und Wertschöpfungsentwicklung des hier ausgewählten Stichjahres 1983 dürften die Subventionsgrade der Vorjahre relevant sein.

Tabelle 30 - Subventionsgrad (a) ausgewählter Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik 1980/81 (vH)

	Subventionsgrad
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	180,4
Bergbau	84,4
Kohlenbergbau	92,5
Übriger Bergbau	18,6
Verarbeitendes Gewerbe	2,5
darunter:	
Schiffbau	29,5
Luft- und Raumfahrzeugbau	32,1
Tabakverarbeitung	14,2
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	
Eisenbahnen	1000
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	20,8
Übriger Verkehr	17,4
Nachrichtenübermittlung (DBP)	9,7
Wohnungsvermietung	56,6
Sonstige Dienstleistungen	6,0
darunter:	
Wissenschaft, Bildung, Kunst, Publizistik	17,7
Gesundheits- und Veterinärwesen	16,9
(a) Anteil der Subventionen an der Nettowertschöpfung ohne Subventionen.	

Quelle: Institut für Weltwirtschaft, Interne Datenbank.

10,4 vH (8,5 vH ohne Wohnungsvermietung) aufzuweisen. Für Schleswig-Holstein liefert eine tentative Schätzung einen um drei Prozentpunkte bzw. ein knappes Drittel höheren Subventionsgrad (Tabelle 31).¹ Die in Schleswig-Holstein erbrachte Wertschöpfung und die hier angesiedelten Arbeitsplätze finden sich also in deutlich stärkerem Maße in hochsubventionierten Bereichen als im Bundesgebiet insgesamt.

Dabei muß man wieder - wie bei den Regulierungen - berücksichtigen, daß der Subventionsgrad im Bundesdurchschnitt auch durch den in

¹ Die Berechnung mittels der in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Wertschöpfungsgewichte für die neun Wirtschaftsbereiche des Unternehmenssektors liefert dabei ein analoges Ergebnis zur Alternativrechnung mittels der auf VGR-Basis geschätzten Beschäftigtenanteile für die einzelnen Branchen in disaggregierter Betrachtung. Die Verwendung der Beschäftigtengewichte impliziert, daß die Subventionen je Beschäftigten zwischen Bundesgebiet und Land sich nicht wesentlich unterscheiden [Lammers, 1989, S. 62 f., Fußnote 3].

Tabelle 31 - Subventionsgrad (a) der Wirtschaft Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1980/81 (vH)

	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Subventionsgrad im Unternehmenssektor ohne Wohnungsvermietung	10,8	8,5
einschließlich Wohnungsvermietung(b)	13,4	10,4
einschließlich Wohnungsvermietung(c)	13,8	10,4
(a) Anteil der Subventionen an der Nettowertschöpfung ohne Subventionen. - (b) Gewichtet mit Beschäftigtenanteilen. - (c) Gewichtet mit Wertschöpfungsanteilen.		

Quelle: Institut für Weltwirtschaft, Interne Datenbank; eigene Berechnungen und Schätzungen.

Nordrhein-Westfalen konzentrierten Kohlenbergbau geprägt ist. Für sich genommen hat dieses Bundesland daher auch einen hohen regionalen Subventionsgrad aufzuweisen.

Der hohe Anteil der Arbeitsplätze in subventionierten Branchen in Schleswig-Holstein geht demgegenüber ganz erheblich auf das Konto der Landwirtschaft, im Verarbeitenden Gewerbe vor allem auf das des Schiffbaus. Innerhalb der Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Dienstleistungsunternehmen fallen die relativ hohen Subventionen an Häfen, Wasserstraßen und Schifffahrt bzw. an die Wohnungsvermietung (zu den Subventionsgraden dieser Branchen vgl. Tabelle 30) in Schleswig-Holstein ins Gewicht.

5. Fazit

In Schleswig-Holstein waren in den achtziger Jahren anteilmäßig zwar weniger Arbeitsplätze durch die Zoll- und die nichttarifäre Protektion geschützt als im Bundesgebiet. Es entfielen aber deutlich mehr Arbeitsplätze auf hochregulierte und hochsubventionierte Bereiche als im Bundesdurchschnitt. Die Wirtschaft Schleswig-Holsteins war damit in ihrer Gesamtheit in stärkerem Maße vor den Folgen des Wettbewerbs - dem Zwang zur Aufgabe unrentabler Produktionszweige und der Notwendigkeit zum Aufspüren von Einkommenschancen im marktbestimmten Be-

reich - abgeschottet. Es sind vor allem die Landwirtschaft, im Verarbeitenden Gewerbe der hochsubventionierte Schiffbau und im Dienstleistungssektor die Wohnungsvermietung, deren starke Präsenz für den geringen Anteil der dem Wettbewerb und der Bewährung am Markt ausgesetzten Produktionskapazitäten im Lande verantwortlich waren, zumal der Unternehmenssektor aufgrund des hohen Staatsanteils im Lande ohnehin kleiner ist als in anderen Bundesländern. Die Wachstumsspielräume im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor waren dadurch stärker behindert als in anderen Bundesländern.

VIII. Zur Entwicklung des Außenhandels

Im folgenden soll untersucht werden, wie erfolgreich die schleswig-holsteinischen Unternehmen bisher beim Export ihrer Produkte gewesen sind. Für die Analyse ist allerdings nur eine begrenzte statistische Basis verfügbar; es fehlen insbesondere Daten zur Entwicklung der Durchschnittswerte bzw. der Volumen der Exporte.¹

Im Rahmen dieses Abschnitts soll vor allem analysiert werden,

- wie sich im Zeitraum 1970-1988 der Warenexport Schleswig-Holsteins - im Vergleich zu dem der Bundesrepublik - entwickelt hat und wie er zum wirtschaftlichen Wachstum des Landes beigetragen haben dürfte;
- welche Produktionsgruppen im Exportsortiment dominierten und ob insbesondere das Angebot an gewerblichen Produkten den Nachfrage-tendenzen auf den internationalen Märkten entsprach;
- inwieweit die Branchenunterschiede in der Exportdynamik zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet auf Unterschiede in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit hindeuten und
- ob sich die räumliche Nähe Schleswig-Holsteins zu den skandinavischen Ländern in der regionalen Exportstruktur des Landes widerspiegelt.

¹ Auch die Importstatistik für Schleswig-Holstein ist wenig aussagefähig, weil sich diese - wie auch die für andere Bundesländer - auf den Generalhandel bezieht. Da aber nicht bekannt ist, welcher Teil der importierten Güter zum Verbrauch in Schleswig-Holstein bestimmt ist bzw. welcher Teil an andere Bundesländer weitergeleitet wird, ist eine Beurteilung der Konkurrenzposition ausländischer Anbieter auf den schleswig-holsteinischen Märkten nicht möglich.

Die nominale Warenausfuhr Schleswig-Holsteins entwickelte sich im Zeitraum 1970-1988 sehr unterschiedlich. Nachdem sie in den siebziger Jahren in sehr schnellem Tempo und wesentlich stärker zugenommen hatte als das BIP - wobei allerdings die Exportintensität wesentlich geringer war als die der Bundesrepublik insgesamt -, schwächte sich danach die Exportzunahme u.a. als Folge der Rezession in wichtigen Abnehmerländern erheblich ab (Tabelle 32). Erst etwa ab 1983 dürften vom Warenexport Schleswig-Holsteins wieder Wachstumsimpulse auf die Wirtschaft des Landes ausgegangen sein, die sich zuletzt deutlich verstärkten. Im Zeitraum 1983-1988 wurde der Warenexport Schleswig-Holsteins - ähnlich wie in den siebziger Jahren - beschleunigt und wiederum mit einer höheren Rate als im Durchschnitt aller Bundesländer ausgeweitet. Schätzungen für die Veränderungen der realen Warenausfuhr des Landes ergeben ein etwa ähnliches Verlaufsmuster.¹

Zu dem kräftigen Exportwachstum haben in der ersten Hälfte der Untersuchungsperiode die sehr umfangreichen Schiffslieferungen an das Ausland beigetragen, die aber später an Bedeutung verloren (Ausfuhranteil 1977: 21 vH; 1988: 4,3 vH). Zu beobachten ist auch, daß die Schiffsexporte - und damit auch die Gesamtausfuhr - im Zeitablauf sehr stark schwankten (Schaubild 5). Dies beruhte zum großen Teil auf den Order- und Produktionszyklen, die eine Folge der Frachtratenentwicklung, der Auslastung der Tonnagekapazitäten sowie z.T. auch der massiven staatlichen Subventionen waren. Klammert man die Schiffslieferungen aus, reduzieren sich die Fluktuationen der Jahresexportwerte um

¹ Zur Schätzung der realen Warenausfuhr Schleswig-Holsteins wurden die für das Bundesgebiet vorliegenden Daten über die Veränderungen der durchschnittlichen Exportpreise zugrunde gelegt und von diesen dann unter Berücksichtigung der abweichenden warenmäßigen Exportstruktur die Preisveränderungen im Exportangebot Schleswig-Holsteins abgeleitet. Entsprechend dem in Schleswig-Holstein höheren Anteil der ernährungswirtschaftlichen Ausfuhr und der geringeren Bedeutung der gewerblichen Ausfuhr wurde der durchschnittliche Anstieg der Exportpreise für 1970-1977 auf rund 5,5 vH und für 1977-1983 auf 3,5 vH geschätzt sowie für 1983-1988 ein etwa gleichbleibender Preisanstieg unterstellt. Es kann angenommen werden, daß die realen Exporte Schleswig-Holsteins sowohl im Zeitraum 1970-1977 als auch in den Jahren 1983-1988 wesentlich das wirtschaftliche Wachstum gefördert haben, wobei die expansiven Effekte zeitweilig stärker als in der Bundesrepublik waren; in der Periode 1977-1983 könnten sich die realen Zunahmeraten des Exports und des BIP etwa entsprochen haben.

Tabelle 32 - Zur Entwicklung des Warenexports Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1970-1988

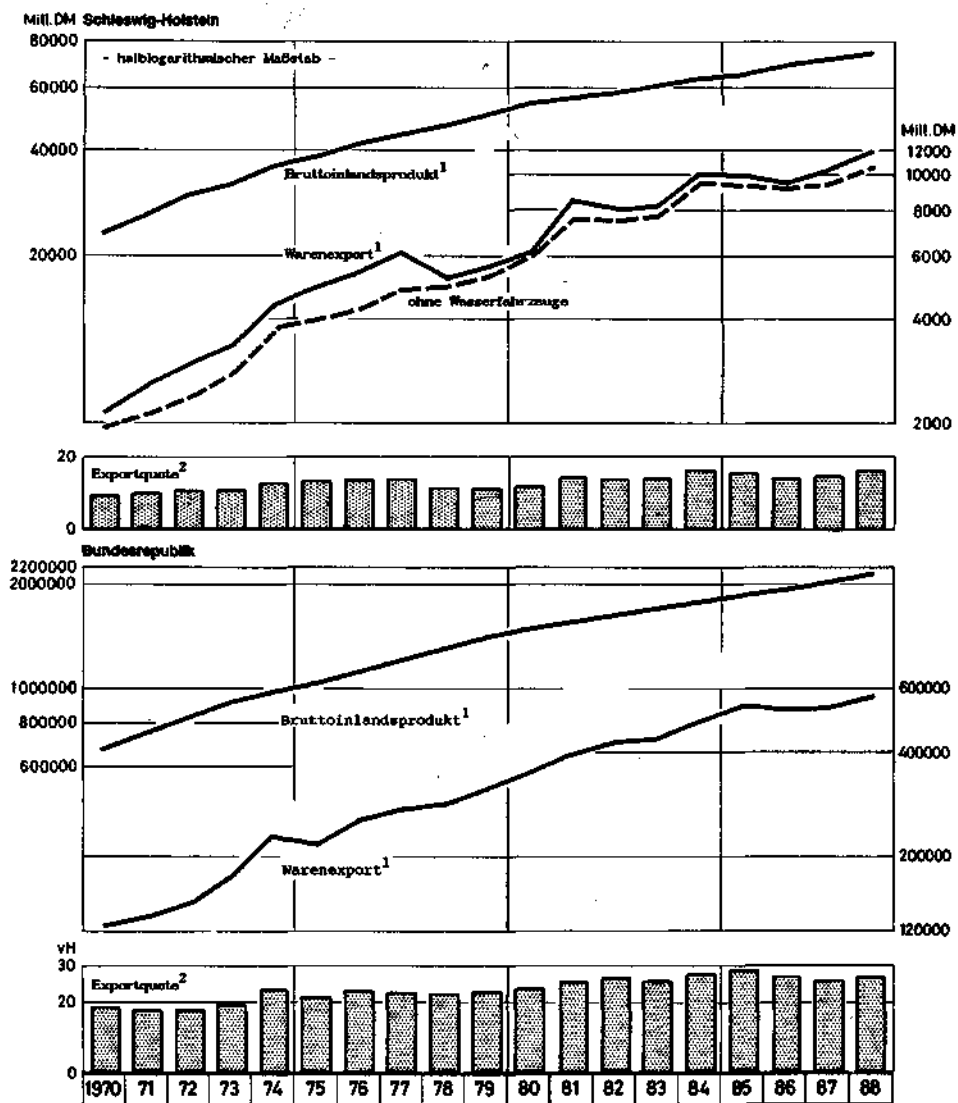
	Export		Durchschnittliche jährliche Zunahme		
	1970	1988	1970-77	1977-83	1983-88
Schleswig-Holstein	Mill. DM		vH		
Export insgesamt	2165	11087	15,9	5,0	6,4
Export je Beschäftigten	DM		15,4	3,9	6,0
	2097	9057(a)			
Anteil am Export der Bundesrepublik	vH		.	.	.
Durchschnittliche Exportquote	1,7	2,0			
Wirtschaft insgesamt(b)	9,4	16,2	.	.	.
Produzierendes Gewerbe(c)	13,4	24,0	.	.	.
Bundesrepublik	Mill. DM		vH		
Export insgesamt	125276	567750	11,8	7,9	5,6
Export je Beschäftigten	DM		12,2	7,5	6,6
	4728	21100(a)			
Durchschnittliche Exportquote	vH		.	.	.
Wirtschaft insgesamt(b)	18,6	26,9	.	.	.
Produzierendes Gewerbe(c)	19,3	30,4	.	.	.
(a) 1987. - (b) Anteil des Warenexports am BIP. - (c) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.					

Quelle: Statistisches Bundesamt [b]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [d; q]; eigene Berechnungen.

den Trend auf ein etwa ähnliches Ausmaß wie für die Bundesrepublik; die verbleibenden Schwankungen reflektierten vor allem die Konjunkturzyklen in den wichtigsten Abnehmerländern.

Obwohl die schleswig-holsteinischen Unternehmen ihre Exportanstrengungen in den siebziger und achtziger Jahren offensichtlich verstärkten und sich die Warenausfuhr des Landes zeitweise dynamischer entwickelte als die der Bundesrepublik, waren die ausländischen Absatzmärkte für Schleswig-Holstein auch zuletzt noch von deutlich geringerem

Schaubild 5 - Zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, des Warenexports und der Exportquote Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1970-1988



Quelle: Wie Schaubild 1.

Gewicht als für andere Bundesländer. Die durchschnittliche Exportquote - berechnet als Anteil des gesamten Warenexports am BIP (jeweils zu laufenden Preisen) - ist zwar im Untersuchungszeitraum beachtlich gestiegen, doch blieb sie im Jahre 1988 mit 16,2 vH immer noch um über 10 Prozentpunkte, d.h. kaum weniger als 1970, hinter der Bundesrepublik zurück; im Produzierenden Gewerbe belief sich 1988 der Rückstand auf immerhin noch 6,4 Prozentpunkte. Ein weiteres Indiz für die im Vergleich zum Durchschnitt aller Bundesländer geringere Exportorientierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft ist in dem Warenexport je Beschäftigten zu sehen; dieser erreichte 1987 nur 43 vH des für die Bundesrepublik berechneten Wertes (Tabelle 32).

Die Gründe dafür, daß Schleswig-Holstein im vergangenen Jahrzehnt nicht in dem Ausmaß wie andere Bundesländer von der überdurchschnittlich stark expandierenden Nachfrage auf den internationalen Märkten profitierte, sind vielfältig. Im gewerblichen Bereich entsprach zeitweise die Angebotspalette, insbesondere an industriellen Fertigwaren mit hohem Technologiegehalt nicht ausreichend den Nachfragetrends auf den internationalen Märkten; in Teilbereichen vollzog sich die Anpassung an die Veränderungen der Absatzbedingungen, die aus dem weltwirtschaftlichen Strukturwandel resultierten, nicht schnell genug. Bei einer im Vergleich zu anderen Bundesländern insgesamt schmalen industriellen Basis haben in Schleswig-Holstein zu wenige Unternehmen mit hohem Exportpotential und Spezialisierung auf die im Ausland vorrangig nachgefragten Erzeugnisse ihren Standort. Es gibt im Lande zwar eine Reihe relativ großer, sehr exportorientierter und international wettbewerbsfähiger Unternehmen mit beachtlichen Weltmarktanteilen, so u.a. im Maschinenbau, in den Bereichen Antriebs- und Regeltechnik, Feinmechanik und Optik und im Druckgewerbe. Dem steht jedoch eine Vielzahl von mittelständischen Unternehmen (mit einem insgesamt höheren Umsatzanteil als im Bundesgebiet) gegenüber [vgl. dazu auch Scheithauer, 1989], die z.T. nicht über leistungsfähige Exportabteilungen und Verkaufsniederlassungen im Ausland verfügen und denen es oft nicht möglich ist, Kooperationen mit ausländischen Unternehmen zur Absatzförderung einzugehen. Diese institutionellen Voraussetzungen müssen aber weitgehend erfüllt sein, wenn verstärkt neue Auslandsmärkte erschlossen oder Marktanteile erhalten werden sollen. Zu vermuten ist auch, daß die von schleswig-holsteinischen Unternehmen durchgeführten ausländischen Di-

rektinvestitionen bisher nicht ausreichen (vgl. dazu die Ausführungen in Abschnitt D. II), den Export des Landes nachhaltig zu fördern.¹

Analysiert man die Entwicklung des Warenexports Schleswig-Holsteins nach Sektoren und Branchen, so wird deutlich, daß die in den achtziger Jahren zu verzeichnenden Änderungen in der warenmäßigen Zusammensetzung des Exportangebots in ihrer Grundtendenz der Richtung des Nachfragewandels auf den internationalen Märkten entsprachen. Nachdem in den siebziger Jahren die ernährungswirtschaftlichen Ausfuhren am schnellsten zugenommen hatten, wurde danach das Exportwachstum stärker von den Lieferungen der gewerblichen Wirtschaft getragen (vgl. Tabellen 33 und 34), wobei sich das Schwergewicht zunehmend von den Rohstoffen und Halbwaren zu den Fertigwaren verlagerte (innerhalb dieser Produktgruppe waren in den achtziger Jahren die Anbieter von Vorerzeugnissen im Export erfolgreicher als die von Enderzeugnissen; vgl. Tabelle 34). Dennoch blieb im Jahre 1988 der Anteil des Fertigwarenexports (77,3 vH) am Gesamtexport Schleswig-Holsteins um rund 10 Prozentpunkte hinter dem der Bundesrepublik zurück.

Anhaltspunkte für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Unternehmen lassen sich mit Einschränkungen aus der Entwicklung der Exportwerte und Exportquoten der einzelnen Industrien und Branchen gewinnen (vgl. Schaubild 6 und Tabelle 35):

- In den beiden vergangenen Jahrzehnten nahm zwar die Bedeutung der Investitionsgüterindustrie als dominierende Exportindustrie tendenziell etwas ab, wozu allein die rückläufigen Schiffsexporte beitrugen; doch entfielen 1988 auf die Investitionsgüterhersteller noch fast 60 vH des gesamten Auslandsumsatzes des Produzierenden Gewerbes,² d.h. ein kaum geringerer Anteil als im Durchschnitt aller Bundesländer. Ein Vergleich der einzelnen Branchen zeigt, daß die Ausfuhrdynamik und z.T. auch die Ausfuhrintensität erheblich differierten. So konnte die schleswig-holsteinische Wirtschaft - überwiegend angebotsbedingt - nur

¹ Im Jahre 1987 lagen die Direktinvestitionen im Ausland nur bei reichlich 6 vH der Warenausfuhr Schleswig-Holsteins, verglichen mit rund 25 vH in der Bundesrepublik. Dieser Unterschied könnte darauf hindeuten, daß die Ausfuhr Schleswig-Holsteins zu wenig von dieser Seite stimuliert worden ist.

² Ohne Schiffsexporte ergibt sich ein Anteil der Investitionsgüterindustrie für 1976 von rund 40 vH und für 1986 von rund 48 vH.

Tabelle 33 - Exporte der Bundesländer (a) nach Warengruppen 1970, 1980 und 1988 (b)

		Bundesrepublik	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Mill. DM													
Ausfuhr insgesamt	1970	125476	2166	3535	12506	1426	41333	10895	4794	22641	15834	2689	2434
	1980	350328	6137	8543	32846	4488	100423	27835	21678	59678	47179	7436	5314
	1988	567750	11087	10835	46627	9400	149970	39867	32745	100621	88630	10384	9301
vH													
darunter: Ernährungswirtschaft	1970	3,5	13,2	8,7	6,2	12,1	1,4	1,2	3,3	1,5	7,3	1,4	1,8
	1980	5,3	19,1	13,5	8,4	18,7	2,7	1,9	5,7	2,7	8,9	2,1	8,6
	1988	5,1	16,3	11,6	9,4	13,6	2,8	2,1	6,0	2,4	6,9	2,6	9,3
Lebende Tiere	1970	0,3	0,2	0	0,3	0	0	0,1	0,2	0,1	1,9	0	0
	1980	0,2	0,1	0	0,2	0	0,1	0	0	0,1	0,8	0	0
	1988	0,1	0,3	0	0,4	0	0,1	0	0	0,1	0,2	0	0
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	1970	1,1	4,6	1,6	2,1	5,3	0,3	0,2	0,3	0,6	2,8	0,5	0,8
	1980	2,1	9,9	2,1	3,6	6,2	0,8	0,5	0,6	1,3	5,5	1,3	0,3
	1988	2,1	8,4	1,6	4,3	2,8	1,0	0,4	1,2	1,1	4,3	1,3	0,7
pflanzlichen Ursprungs	1970	2,6	6,5	5,7	3,8	2,2	1,0	0,6	1,0	0,7	1,4	0,7	0,7
	1980	3,2	6,5	10,1	4,0	3,6	1,7	1,3	1,9	1,2	1,8	0,6	6,3
	1988	2,1	6,3	8,4	4,1	2,7	1,6	1,5	1,5	1,2	1,2	1,1	5,6
Genusmittel	1970	0,5	1,9	1,5	0,1	4,5	0,1	0,1	1,9	0,1	1,2	0,3	0,2
	1980	0,8	2,6	1,3	0,2	8,9	0,1	0,2	3,3	0,1	1,4	0,2	2,0
	1988	0,8	1,4	1,6	0,7	8,1	0,1	0,2	3,3	0,1	1,1	0,2	3,0
Gewerbliche Wirtschaft	1970	95,9	86,8	91,3	93,8	87,9	98,5	98,8	96,7	98,5	92,7	98,6	98,3
	1980	94,0	80,9	86,5	91,6	81,3	97,3	98,1	94,3	97,3	91,1	97,9	91,4
	1988	94,6	83,7	88,4	90,6	86,4	97,2	97,9	94,0	97,6	93,1	97,4	90,7
Rohstoffe	1970	2,5	2,1	1,2	1,2	4,5	4,3	1,5	1,5	0,6	2,1	5,6	0,6
	1980	1,9	2,0	0,9	2,2	3,2	3,2	1,2	1,0	0,6	1,4	3,8	1,1
	1988	1,2	1,4	1,0	1,4	3,6	1,6	0,8	0,8	0,5	0,9	1,0	0,9
Halbwaren	1970	7,6	7,1	21,0	4,0	8,6	10,0	5,3	5,2	4,2	7,6	15,3	2,0
	1980	8,7	12,0	23,3	8,0	12,1	9,8	9,2	5,4	4,3	6,3	12,6	2,1
	1988	5,7	5,9	12,1	4,1	13,9	8,0	6,0	4,4	3,5	4,7	5,2	3,1
Fertigwaren	1970	85,6	77,6	69,1	89,6	73,5	84,3	92,1	89,8	93,7	83,0	77,7	95,6
	1980	83,4	66,8	62,3	81,4	65,9	84,3	87,7	87,9	92,4	83,4	81,5	88,2
	1988	87,7	77,3	75,3	85,1	68,6	87,6	91,2	88,4	93,6	87,5	91,2	86,7
Vorzugszeugnisse	1970	18,4	7,9	6,1	10,7	21,0	27,9	19,7	24,6	8,3	9,6	44,9	5,0
	1980	17,9	7,7	11,0	14,3	11,3	28,6	20,1	29,7	8,9	10,8	29,7	4,9
	1988	17,1	11,4	10,3	15,3	7,9	27,1	19,5	35,8	8,4	10,2	18,5	4,9
Enderzeugnisse	1970	67,4	69,7	63,0	77,9	52,5	56,5	72,4	55,2	85,3	73,4	32,9	90,7
	1980	65,5	59,1	51,3	67,1	54,7	55,7	67,6	58,2	83,6	72,6	51,8	83,1
	1988	70,6	62,9	65,1	68,8	60,7	60,5	71,6	52,9	84,8	77,3	72,7	81,8

(a) Herstellungsländer. - (b) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt [b]; eigene Berechnungen.

in relativ geringem Umfang von der bisher stark zunehmenden Weltmarktnachfrage nach Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugen profitieren; diese Produktgruppe trug im Jahre 1988 nur mit knapp 3 vH zum gesamten Auslandsumsatz des Produzierenden Gewerbes bei, verglichen mit 23 vH im Durchschnitt aller Bundesländer (Exportquote 1988: 13,1 vH gegenüber 48,3 vH; vgl. Tabelle 35). Der Hauptgrund für diese Diskrepanz ist darin zu sehen, daß in Schleswig-Holstein nur wenige Unternehmen dieser Branchen, die sich auf die Herstellung von Fahrzeugteilen spezialisiert haben, angesiedelt sind. Daneben ist die Elektrotechnische Industrie insgesamt bisher im Export deutlich weniger erfolgreich gewesen als in anderen Bundesländern; darauf weist die

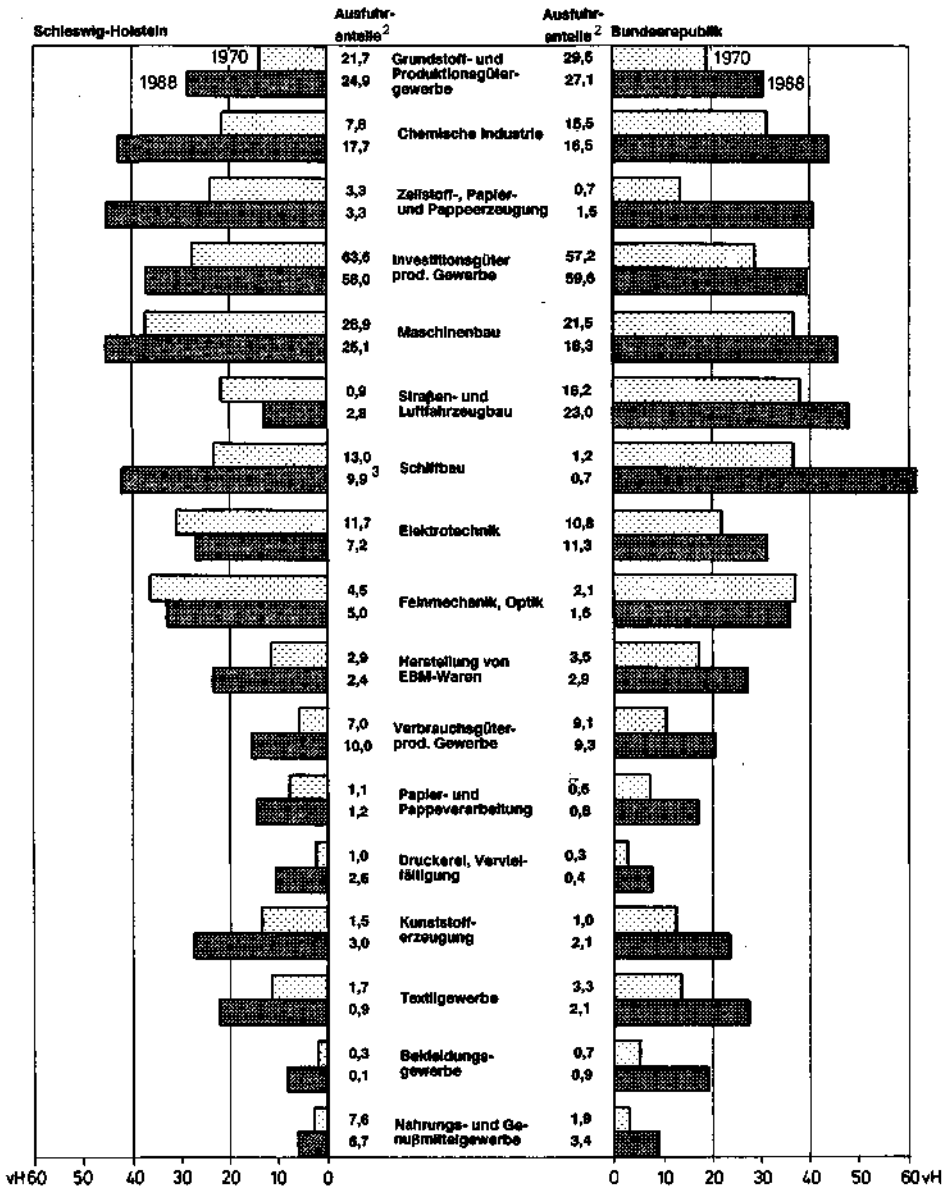
Tabelle 34 - Exporte Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik nach Warengruppen 1970-1988

	Exporte		Durchschnittliche jährliche Veränderung			Anteil	
	1970	1988	1970-77	1977-83	1983-88	1970	1988
	Mill. DM		vH				
Schleswig-Holstein							
Ernährungswirtschaft	285,3	1809,2	17,9	7,3	5,5	13,2	16,3
Lebende Tiere	5,1	27,5	-1,0	57,4	-17,6	0,2	0,2
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	98,9	928,7	21,7	6,8	9,9	4,6	8,4
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	139,6	695,5	14,8	8,2	3,3	6,4	6,3
Genußmittel	41,7	157,4	19,2	0	2,0	1,9	1,4
Gewerbliche Wirtschaft	1880,4	9278,0	15,6	4,5	6,5	86,8	83,7
Rohstoffe	46,2	158,0	13,6	5,3	0,5	2,1	1,4
Halbwaren	153,4	657,4	11,7	12,9	-0,9	7,1	5,9
Fertigwaren	1680,7	8462,5	16,0	3,8	7,4	77,6	77,3
Vorerzeugnisse	171,2	1487,9	10,4	14,6	14,0	7,9	13,4
Enderzeugnisse	1509,5	6974,6	16,5	2,6	6,3	69,7	62,9
Wasserfahrzeuge	214,5	341,0	27,5	-21,2	3,9	9,9	3,1
Sonstige Fahrzeuge	39,3	134,8	15,0	-2,7	8,7	1,8	1,2
Enderzeugnisse ohne Wasserfahrzeuge(a)	1255,7	6498,8	13,9	7,4	6,4	58,0	58,6
Insgesamt	2165,7	11087,0	15,9	5,0	6,4	100	100
Bundesrepublik							
Ernährungswirtschaft	6379,6	28954,9	17,7	9,5	4,2	3,5	5,1
Lebende Tiere	432,3	735,5	0,8	11,7	-3,6	0,3	0,1
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	1330,0	11830,9	20,7	10,6	5,5	1,1	2,1
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	1992,1	11836,3	18,0	7,4	4,0	1,6	2,1
Genußmittel	625,1	4552,2	17,8	12,5	2,7	0,5	0,8
Gewerbliche Wirtschaft	120194,1	536847,2	11,5	7,8	5,8	95,9	94,6
Rohstoffe	3187,8	6734,4	8,5	4,1	-1,3	2,5	1,2
Halbwaren	9576,7	32225,7	9,7	11,1	-1,3	7,6	5,7
Fertigwaren	107429,7	497887,2	11,8	7,6	6,5	85,8	87,7
Vorerzeugnisse	23034,2	96858,3	10,6	7,6	6,0	18,4	17,1
Enderzeugnisse	84395,5	401028,9	12,1	7,6	6,6	67,4	70,6
Wasserfahrzeuge	1107,6	1767,4	19,4	-7,0	-6,5	0,9	0,3
Sonstige Fahrzeuge	442,2	2243,5	17,9	6,2	2,2	0,4	0,4
Enderzeugnisse ohne Wasserfahrzeuge(a)	82845,7	397018,0	11,9	7,9	6,7	66,1	69,9
Insgesamt	125276,2	567750,1	11,8	7,9	5,6	100	100

(a) Sowie ohne sonstige Fahrzeuge.

Quelle: Statistisches Bundesamt [b]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [d]; eigene Berechnungen.

Schaubild 6 - Exportquoten¹ der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1970 und 1988 (vH)



¹ Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der einzelnen Branchen. - ² Anteil an der Gesamtausfuhr der gewerblichen Wirtschaft. - 3 1986.

Quelle: Wie Schaubild 1.

Tabelle 35 - Auslandsumsatz und Exportquoten des Produzierenden Gewerbes in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1988

Auslandsumsatz	Schleswig-Holstein (SH)						Bundesrepublik (BR)						Relation Exportquote SH/BR
	durchschnittliche jährliche Zunahme			Exportquote			Auslandsumsatz	durchschnittliche jährliche Zunahme			Exportquote		
	1970-77(a)	83	1983-88	1970	1980	1988		1970-77	1977-83	1983-88	1970	1988	
Mill. DM	%						Mill. DM	%					
Bergbau/Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	9218,6	16,9	6,6	7,7	13,4	24,0	474749,9	12,1	7,7	6,0	19,3	30,4	0,79
Bergbau	35,4	7,1	19,2	62,5	9,8	30,0	3269,5	7,0	1,5	-4,9	20,5	10,2	2,92
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2295,2	10,3	12,3	9,0	13,8	28,5	128709,8	11,3	8,7	4,3	19,2	30,5	0,94
Mineralverarbeitung	146,2	-	-2,4	-	9,6	9,6	2876,0	10,0	23,1	-16,4	3,9	3,1	3,10
Steine und Erden	111,3	50,6	2,6	9,8	0,6	8,5	3767,2	15,9	5,2	5,9	3,6	11,6	0,72
NP-Metallerzeugung, Gießerei	44,9	-	-12,9	6,4	-	15,4	31343,9	8,4	8,6	3,6	20,1	31,7	0,49
Chemische Industrie	1632,4	11,7	21,7	11,6	21,7	42,5	78172,9	12,4	9,5	4,9	31,0	43,6	0,97
Holzverarbeitung	5,3	-	-20,6	23,9	-	6,0	1461,4	13,2	4,0	10,6	6,4	15,2	0,80
Kellerei-, Papier- und Pappeverarbeitung	308,0	-	-	4,9	28,1	45,1	7062,2	15,6	14,1	9,6	13,2	40,7	1,11
Gummiverarbeitung	31,1	-9,5	11,7	9,4	14,5	17,3	4739,8	21,7	4,8	7,3	16,3	27,0	0,68
Investitionsgütergewerbe	5341,4	17,6	1,4	7,5	27,7	37,1	282786,4	12,5	7,2	6,9	28,7	39,6	0,94
Stahlverformung	-	-	-	-	-	-	3673,2	8,9	5,8	9,9	11,4	15,2	-
Stahl- und Leichtmetallbau	15,7	-	-	4,7	-	3,2	4311,9	14,5	5,5	2,1	10,3	16,3	0,20
Maschinenbau, Düsenmaschinen	2316,3	18,4	9,8	2,9	37,5	45,1	87959,8	11,9	5,8	6,1	36,3	48,3	1,00
Landwirtschaftliche Maschinen, Ackertraktoren	143,4	-	3,3	18,6	-	33,1	3745,2	-	8,8	-1,3	-	49,5	0,67
Metallbearbeitungsmaschinen	97,9	-	10,0	3,2	-	37,2	8957,8	-	0,8	8,6	-	39,8	0,93
Maschinen für NP-Gewerbe	385,9	-	3,5	16,2	-	59,1	11375,4	-	7,5	6,0	-	52,2	1,13
Richtmaschinen, Gleitstrahlmaschinen	316,4	-	31,8	-0,2	-	45,6	4958,1	-	4,5	3,6	-	37,7	2,21
Bau-, Baustoffmaschinen	88,1	-	-	6,9	-	49,6	4086,0	-	5,8	2,7	-	52,7	0,94
Zahnräder, Getriebe, Lager	49,4	-	-	13,7	-	35,1	4992,2	-	5,3	7,6	-	40,1	0,88
Maschinen für weiterverarbeitende Wirtschaftszweige	-	-	-	-	-	-	10910,8	-	9,4	12,7	-	63,1	-
Sonstige Maschinenbau	752,7	-	12,7	-1,9	-	35,4	20410,3	-	3,6	5,8	-	34,3	1,04
Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbau	253,9	29,8	7,4	11,2	21,9	13,1	109175,8	13,7	10,7	7,9	38,8	48,3	0,27
Teile für Kraftwagen und -motoren	47,6	-	-	25,8	-	17,2	12517,1	-	7,6	13,3	-	33,3	0,52
Reparatur von Kraftfahrzeugen	5,5	-	-	-	-	0,6	156,6	-	7,1	6,0	-	1,4	0,32
Schiffbau	-	30,3	-16,2	-	23,8	-	3515,7	19,3	-3,7	1,9	36,2	61,6	-
Elektrotechnik	644,4	9,8	8,0	2,9	30,7	27,3	53372,1	12,7	7,5	6,5	21,6	31,3	0,87
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung	32,3	-	7,4	-4,9	-	8,0	21667,5	-	10,3	5,2	-	29,6	0,27
Zähler, Fernmelde-, Meß-, Regeltechnik, elektromechanische Geräte	326,3	-	11,1	10,8	-	27,6	17836,9	-	12,0	7,6	-	35,2	0,79
Rundfunk-, Fernseh-, phonotechnische Geräte	11,5	-	-	-13,3	-	7,3	6813,9	-	-3,8	6,3	-	35,6	0,20
Montage von elektrotechnischen Erzeugnissen	12,5	-	-	-17,7	-	4,3	178,9	-	16,7	-3,7	-	3,6	1,21
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	465,0	12,8	9,0	7,9	36,9	33,1	7727,2	10,1	3,7	8,0	36,6	35,0	0,92
Feinmechanik	71,7	-	-	1,8	-	41,7	1763,7	-	3,6	9,6	-	35,4	1,18
medizinische, orthopädisch-mechanische Erzeugnisse	129,9	-	-	4,0	-	32,4	1573,2	-	8,4	10,3	-	25,2	1,29
Büro-, Blech- und Metallwaren	224,9	12,7	3,0	8,9	11,6	23,7	13929,8	9,4	6,6	8,8	16,9	26,9	0,88
Werkzeuge und Geräte für die Landwirtschaft	18,1	-	-	-1,7	-	18,7	2021,8	8,4	4,0	8,5	9,8	18,9	0,99
Stahlblechwaren	3,9	7,2	-0,5	-1,3	15,1	12,7	435,4	16,5	7,4	5,0	8,2	17,2	0,73
NP-Metallblechwaren	47,8	-	-	15,4	-	17,5	3287,7	-	-	-	3,8	13,8	2,20
Verpackungsgütergewerbe	917,8	9,4	10,9	16,7	6,1	16,8	43999,4	11,4	4,6	7,4	10,3	20,3	0,78
Multiplexkunststoffe, Spielwaren	56,4	-	-	-	18,9	34,7	2278,8	12,3	2,2	4,7	27,7	30,8	1,13
Feinkeramik, Glas	90,3	-	-	15,6	6,2	20,2	5303,4	7,1	7,7	6,9	21,2	31,6	0,64
Holzverarbeitung	43,7	21,7	2,9	7,6	2,6	7,9	4359,1	16,5	4,2	8,3	6,7	14,6	0,87
Papier- und Pappeverarbeitung	106,8	1,6	10,5	22,0	7,7	14,6	3683,3	12,5	14,3	6,7	7,3	17,6	0,96
Brockerei, Vervielfältigung	243,9	-9,9	44,0	28,1	2,8	10,4	2041,0	11,3	15,2	8,3	2,9	7,3	1,43
Herstellung von Kunststoffwaren	280,9	14,0	13,6	14,7	13,8	27,5	10287,3	17,2	10,3	19,4	12,6	23,4	1,16
Leidervorarbeitung	80,0	10,0	4,6	1,1	11,2	22,6	10280,5	7,9	9,3	5,9	13,6	27,5	0,82
Textilgewerbe	13,8	14,3	4,3	-4,3	2,3	8,3	4666,5	16,3	7,2	7,6	9,8	19,1	0,43
Bekleidungs- und Textilgewerbe	621,7	20,5	6,8	-1,0	3,2	6,2	15984,6	21,7	10,5	3,1	2,8	9,8	0,69
Wolltextil-, Kleider	119,0	-	-0,3	5,6	-	6,6	3196,4	39,7	14,3	9,0	1,0	13,6	0,49
Schleiftextilien	46,2	-	-	-7,7	-	3,6	484,3	-	21,1	-1,8	-	5,9	0,62
Fleischwarenindustrie	27,5	12,9	2,2	11,6	0,8	3,2	265,4	13,3	7,4	7,0	1,0	2,5	1,28
Herstellung von Pflanzmitteln	44,0	-	34,8	-5,4	-	4,8	779,1	30,6	9,7	4,3	2,7	8,0	0,60

(a) Bis 1976 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; danach Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.

Quelle: Statistisches Bundesamt [b]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [q]; eigene Berechnungen.

geringe Zunahme der Auslandsumsätze hin (eine wichtige Ausnahme bildeten dabei die Hersteller von Geräten der Fernmelde-, Meß- und Regeltechnik).

- Dagegen haben Unternehmen des Maschinenbaus, d.h. eines industriellen Kernbereichs, der für Schleswig-Holstein als Exportbranche bedeutsamer ist als in anderen Bundesländern, ihre Exportanstrengungen wesentlich verstärkt (Anstieg der Exportquote von 37,5 vH (1970) auf 45,1 vH im Jahre 1988). Während sich in den achtziger Jahren der Anstieg der Ausfuhren von Ausrüstungen und Maschinen für das Nahrungsmittelgewerbe sowie von Landmaschinen beschleunigte, stagnierten die Exporte von Hütteneinrichtungen und Gießereimaschinen. Als international sehr wettbewerbsfähig dürften sich u. a. die Hersteller von medizin-orthopädietechnischen Geräten und Ausrüstungen erwiesen haben; darauf deuten die im Vergleich zu anderen Bundesländern größeren Exportanteile und höheren Exportquoten hin. Was die Ausfuhren der Werftindustrie betrifft, so überwog in den vergangenen beiden Jahrzehnten eine stark rückläufige Entwicklung; diese reflektierte sowohl die zeitweilige Nachfrageflaute, die erst in jüngerer Zeit endete, als auch die mangelnde Konkurrenzfähigkeit vor allem gegenüber den Anbietern aus Schwellenländern [Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, d].
- Die Unternehmen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes sowie des Verbrauchsgüterproduzierenden Gewerbes drängten etwa ab Mitte der siebziger Jahre mit erweiterter Produktpalette auf die Auslandsmärkte. In dem zuerst genannten Bereich spielte die vergleichsweise kräftige Steigerung der Exportlieferungen der Chemischen Industrie eine wesentliche Rolle; diese Branche, die eine überdurchschnittlich hohe Exportquote aufweist, rangierte 1988 - mit einem Anteil an der gesamten Ausfuhr des Produzierenden Gewerbes von 17,7 vH - in der Skala der schleswig-holsteinischen Exportbranchen an zweiter Stelle (nach dem Maschinenbau). In der Verbrauchsgüterindustrie sorgten vor allem die in Schleswig-Holstein gelegenen großen Druckereien sowie die Hersteller von Kunststoffwaren für ein überproportionales Exportwachstum; sowohl die Umsatzanteile als auch die Exportquoten, die 1988 deutlich über denen des Bundesgebiets lagen, dürften auf eine vergleichsweise hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit und feste Marktpositionen dieser Branchen schließen lassen.

- Bei den Exporten des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes, die zunächst überdurchschnittlich schnell ausgeweitet worden waren (wobei sich stimulierend auswirkte, daß mit der zunehmenden Agrarmarktintegration die Nahrungsmittelmärkte in anderen EG-Ländern leichter zugänglich waren), kam es in den achtziger Jahren zu einer tendenziell rückläufigen Entwicklung. Gleichwohl trug diese vorwiegend rohstofforientierte Branche zuletzt noch mit 6,7 vH und damit wesentlich stärker zum gesamten Auslandsumsatz des Produzierenden Gewerbes Schleswig-Holsteins bei als in anderen Bundesländern (3,4 vH; vgl. Tabelle 35). Das überaus umfangreiche Exportangebot der schleswig-holsteinischen Nahrungsmittelindustrie - vor allem von Milcherzeugnissen und Fleisch - basiert auf den hohen Produktionsüberschüssen der heimischen Landwirtschaft, die auf rund 50 vH der Gesamterzeugung veranschlagt werden.¹ Wenn in Schleswig-Holstein der Anteil des Exports am Gesamtumsatz des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes im Bundesländervergleich - mit rund 6 vH im Jahre 1988 - etwas niedriger ist, so dürfte dies u. a. daran liegen, daß im Exportsortiment Standardprodukte überwiegen, die auf den Weltmärkten weniger stark nachgefragt werden. Außerdem könnte auch die EG-Agrarpreisstützung und Exportförderung, in die auch Verarbeitungserzeugnisse einbezogen sind, Zusammensetzung und Richtung der Exportströme mit beeinflußt haben. Angesichts der vielfältigen Marktinterventionen im Agrarbereich sind keine Aussagen über die internationale Wettbewerbsfähigkeit des schleswig-holsteinischen Nahrungs- und Genußmittelgewerbes möglich.

Was die Entwicklung der regionalen Exportstruktur der schleswig-holsteinischen Wirtschaft betrifft (vgl. Tabelle 36), so spiegelt diese bedingt die gegebenen räumlichen Lagevorteile Schleswig-Holsteins zu den skandinavischen Handelspartnern wider. Auffallend ist, daß im Jahre 1988: 15,8 vH der Warenausfuhr, d. h. ein gegenüber dem Bundesländerdurchschnitt wesentlich höherer Anteil, an die skandinavischen Länder

¹ Von der Nahrungsmittelerzeugung werden etwa 20 vH ausgeführt und etwa 30 vH in anderen Bundesländer abgesetzt [vgl. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei des Landes Schleswig-Holstein, 1989]. Der Anteil der gesamten ernährungswirtschaftlichen Ausfuhr an der Ausfuhr Schleswig-Holsteins insgesamt belief sich 1988 auf über 16 vH und lag damit über dem aller anderen Bundesländer (vgl. Tabellen 33 und 34).

Tabelle 36 - Exporte Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik nach Bestimmungsregionen 1970-1988

Bestimmungsregion	Exporte		Durchschnittliche jährliche Veränderung			Anteil	
	1970	1988	1970-77	1977-83	1983-88	1970	1988
	Mill. DM		vH				
Schleswig-Holstein							
Westeuropa	1472,3	7849,2	13,6	6,3	8,7	68,0	70,8
EG-12	1026,6	5491,6	13,3	6,9	8,3	47,4	49,5
Skandinavische Länder	365,0	1749,1	15,9	4,7	5,3	16,9	15,8
ohne Dänemark	230,3	818,7	14,2	2,2	4,3	10,6	7,4
Österreich, Schweiz	160,6	882,9	10,3	9,3	10,1	7,4	8,0
Osteuropa	101,9	439,9	17,9	2,4	3,4	4,7	4,0
Sowjetunion	21,4	175,9	27,8	-2,1	10,8	1,0	1,6
Vereinigte Staaten	153,6	857,1	0,5	13,8	19,9	7,1	7,7
Japan	38,5	243,8	11,1	5,3	17,2	1,8	2,2
Asiatische							
Schwellenländer	20,6	225,9	19,4	10,1	12,3	0,9	2,0
Indien	24,9	130,1	5,0	23,0	1,4	1,2	1,2
Volksrepublik China	4,2	128,7	19,8	39,5	3,4	0,2	1,2
Welt insgesamt	2165,7	11087,1	15,9	5,0	6,4	100	100
Bundesrepublik							
Westeuropa	86933,5	413538,9	11,0	8,3	7,3	69,4	72,8
EG-12	62380,6	308231,9	11,2	8,8	7,2	49,8	54,3
Skandinavische Länder	10992,9	39335,9	9,6	5,6	6,2	8,8	6,9
ohne Dänemark	8082,3	28053,2	9,2	5,4	6,5	6,5	4,9
Österreich, Schweiz	13358,3	66313,2	10,6	8,6	8,3	10,7	11,7
Osteuropa	4747,7	19648,4	18,3	4,2	-0,1	3,8	3,5
Sowjetunion	1546,5	9423,8	22,6	9,7	-3,5	1,2	1,7
Vereinigte Staaten	11437,1	45679,2	6,9	10,3	6,8	9,1	8,0
Japan	1956,7	13117,7	6,4	10,9	18,6	1,6	2,3
Asiatische							
Schwellenländer	1091,1	11751,8	13,7	13,7	15,2	0,9	2,1
Indien	571,2	2934,4	10,4	10,9	6,7	0,5	0,5
Volksrepublik China	612,1	4919,0	9,5	15,5	12,3	0,5	0,9
Welt insgesamt	125276,2	567750,1	11,8	7,9	5,6	100	100

Quelle: Wie Tabelle 34.

gingen¹ (darunter allein 8,4 vH an Dänemark), wobei dafür sowohl die Marktnähe als auch die traditionell engen Handelsbeziehungen zwischen schleswig-holsteinischen und skandinavischen Unternehmen eine Rolle spielten. In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat die relative Bedeutung dieser Märkte für die schleswig-holsteinische Exportwirtschaft etwas abgenommen. Ursächlich dafür war u.a., daß die gesamte Importnachfrage der skandinavischen Länder zeitweise langsamer stieg als die anderer westeuropäischer Länder; zudem deutet ein Vergleich der Zunahmeraten der Importnachfrage einzelner skandinavischer Länder mit denen der Exporte Schleswig-Holsteins darauf hin, daß die Marktanteile Schleswig-Holsteins vermutlich etwas zurückgingen. Als Absatzmärkte in dieser Region hatten zuletzt - neben Dänemark - Schweden und Norwegen ein größeres Gewicht als Finnland, wobei sich allerdings in den vergangenen Jahren die Nachfrage auf den finnischen Märkten dynamischer entwickelte.

Auch bei den Ausfuhren Schleswig-Holsteins nach Osteuropa zeigt sich, daß diese etwa ab Ende der siebziger Jahre nicht mit der Ausfuhr in andere Regionen Schritt halten konnte. Wichtigste Handelspartner Schleswig-Holsteins waren hier die Sowjetunion und Polen, die zuletzt Ausfuhranteile von 1,6 bzw. 1,1 vH verzeichneten (Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, d).

Der vergleichsweise stärkeren Orientierung der schleswig-holsteinischen Exportwirtschaft zu den skandinavischen und osteuropäischen Absatzmärkten steht ein nicht so hoher Anteil der EG als Bestimmungsregion der Exporte gegenüber. Ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre haben die schleswig-holsteinischen Unternehmen ihre Warenausfuhr in die EG-Länder zwar überdurchschnittlich schnell ausgeweitet, doch verlief die Intensivierung des innergemeinschaftlichen Handels im Durchschnitt der Bundesländer in schnellerem Tempo; damit vergrößerte sich bis 1988 der Abstand beim EG-Aufuhranteil (49,5 gegenüber 54,3 vH). Als wichtigste regionale Absatzmärkte innerhalb der EG sind Dänemark, die Niederlande und Frankreich zu nennen. Zu beobachten ist außerdem, daß

¹ Vgl. dazu auch Peschel und Schnöring [1983, S. 82 f.], die in ihrer Untersuchung der internationalen Absatzverflechtung der Bundesrepublik feststellen, daß alle Bundesländer einen höheren Anteil ihrer Exporte in direkt benachbarte Länder liefern als die Bundesrepublik insgesamt.

schleswig-holsteinische Unternehmen ihre Exporte nach Österreich und in die Schweiz überproportional steigerten, wenngleich auch zuletzt diese Märkte für Schleswig-Holstein nicht die Bedeutung hatten wie für andere Bundesländer.

Bemerkenswert dürfte auch sein, daß die schleswig-holsteinischen Exporteure auf überseeischen Märkten - so in den Vereinigten Staaten, Japan und einigen asiatischen Schwellenländern - ihre Marktpositionen offensichtlich ausbauen konnten; dies gilt insbesondere für industrielle Vorerzeugnisse und Fertigwaren. Die regionalen Ausfuhranteile unterschritten zuletzt kaum die der Bundesrepublik insgesamt. Dies deutet mit darauf hin, daß eine ganze Reihe von schleswig-holsteinischen Unternehmen aufgrund ihres Angebotssortiments und ihrer Preise international wettbewerbsfähig sind (Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, d).

Die Entwicklung der Wareneinfuhr nach Schleswig-Holstein im Zeitraum 1970-1988 (Tabelle 37) war dadurch gekennzeichnet, daß

- die ernährungswirtschaftlichen Erzeugnisse (bei abnehmenden Anteilen) auf der Importseite ein wesentlich größeres Gewicht als bei den Ausfuhrungen haben, wobei Schleswig-Holstein in dieser Hinsicht nahezu alle Flächenländer übertrifft;
- die Einfuhr von gewerblichen Erzeugnissen infolge der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung und Intensivierung des Handels mit anderen Industrieländern überdurchschnittlich schnell ausgeweitet wurde, so daß 1988 auf diese Produktgruppe 81,5 vH aller Importe, d.h. aber immer noch weniger als in den meisten anderen Bundesländern, entfielen (wobei der Abstand zum Länderdurchschnitt aber wesentlich geringer als auf der Exportseite war) und
- innerhalb der Gruppe der gewerblichen Erzeugnisse sich die Einfuhren zunehmend auf Käufe von Enderzeugnissen konzentrierten, während die Bedeutung der Rohstoff- und Halbwarenimporte abnahm.

Eine Analyse der regionalen Importstruktur Schleswig-Holsteins kann indessen keine Anhaltspunkte für Veränderungen der Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Unternehmen liefern, da sich die in den Importstatistiken ausgewiesenen Daten auf die gesamte Wareneinfuhr Schleswig-Holsteins - ungeachtet des weiteren Verbleibs der importierten Produkte - beziehen.

Tabelle 37 - Importstruktur der Bundesländer nach Warengruppen 1970, 1980 und 1988 (a)

	Bundesrepublik	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Mill. DM												
Einfuhr insgesamt	1970 111023	2325	12627	7210	4197	34649	10452	4692	15156	12266	2538	1725
	1980 350590	7905	37833	28679	9329	103250	36216	16947	46540	46973	5850	4346
	1988 449589	10609	37803	30042	15902	130969	51452	18927	62021	64807	6873	7473
vB												
darunter:												
Grundnahrungswirtschaft	1970 19,3	28,3	37,6	23,4	43,5	16,2	9,7	15,9	13,7	15,6	26,8	26,7
	1980 13,1	17,5	27,0	13,6	43,4	11,8	6,1	11,9	9,7	7,9	14,3	35,4
	1988 12,2	18,5	23,5	16,9	29,0	11,7	6,7	11,6	4,4	7,5	14,5	26,8
Lebende Tiere	1970 0,3	5,6	0,2	0,6	0	0,3	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2
	1980 0,2	0,7	0	0,4	0	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
	1988 0,2	0,1	0	0,4	0,1	0,3	0	0,3	0,1	0,1	0,1	0
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	1970 4,4	6,5	5,9	6,0	7,2	4,6	2,4	1,5	3,0	3,2	14,8	7,9
	1980 3,0	5,2	3,6	3,9	5,4	3,8	1,6	1,1	1,6	2,0	7,8	4,3
	1988 3,0	7,7	4,9	3,9	5,3	3,6	1,9	1,7	1,5	1,9	7,3	2,8
pflanzlichen Ursprungs	1970 11,7	13,6	22,8	16,0	12,4	11,1	6,0	8,0	9,4	10,8	9,3	16,8
	1980 7,8	8,6	17,2	8,7	12,9	7,3	3,6	6,2	6,2	4,9	5,1	25,0
	1988 7,1	8,2	14,8	10,7	9,3	7,3	3,7	5,9	6,1	4,7	5,6	12,4
Gewürzmittel	1970 2,9	2,6	8,6	0,9	23,9	0,4	1,3	6,3	1,1	1,4	2,5	1,8
	1980 2,2	3,1	6,1	0,6	25,1	0,5	0,8	4,4	0,7	0,9	1,3	5,9
	1988 1,9	2,5	3,7	1,8	14,5	0,6	1,1	3,8	0,7	0,8	1,5	11,6
Gewerbliche Wirtschaft	1970 79,4	71,7	62,4	76,4	56,5	43,8	50,3	64,1	86,3	84,4	73,1	73,3
	1980 85,6	82,5	73,0	86,4	56,6	44,2	53,9	88,1	91,3	92,1	85,7	64,6
	1988 86,1	81,5	76,5	83,2	71,0	48,3	53,3	88,4	91,6	92,5	85,5	73,2
Anhaltstoffe	1970 13,4	20,0	13,3	15,9	21,0	15,0	8,8	14,6	11,2	14,0	18,6	3,8
	1980 17,3	28,1	18,5	20,0	14,1	17,0	6,8	24,6	16,4	22,9	25,4	2,3
	1988 6,3	37,5	8,1	6,6	10,3	6,6	1,7	7,9	7,0	6,8	7,8	1,8
Halbwaren	1970 16,0	14,2	13,8	20,8	7,9	21,0	18,8	17,3	12,3	11,0	9,1	20,6
	1980 17,4	12,9	12,9	28,1	10,9	23,1	19,8	16,2	13,7	11,7	9,0	15,4
	1988 11,8	8,6	7,8	15,2	13,1	16,7	11,1	13,0	9,4	9,8	7,5	8,5
Fortigwaren	1970 49,9	37,5	35,3	39,9	27,5	47,4	62,7	52,3	62,8	59,4	45,5	48,9
	1980 51,0	41,5	41,6	38,3	31,6	49,1	67,3	45,7	61,2	57,6	51,3	46,9
	1988 68,1	63,9	60,7	61,4	47,4	65,9	80,5	67,4	75,2	75,9	70,2	62,9
Vorzeugnisse	1970 15,4	12,5	8,8	16,2	6,6	17,8	16,4	18,7	19,5	16,0	12,1	17,2
	1980 13,1	9,6	8,3	10,4	7,2	15,4	14,2	16,5	15,4	12,3	13,0	15,4
	1988 15,0	12,9	9,0	14,8	6,5	18,1	15,8	23,0	14,5	13,8	11,8	12,1
Endzeugnisse	1970 34,5	25,0	26,5	23,8	20,3	30,0	46,3	33,6	43,3	43,5	33,4	31,7
	1980 37,9	31,9	33,3	27,9	24,4	33,7	51,2	26,7	45,8	45,3	38,3	35,5
	1988 53,0	51,0	51,7	46,6	40,9	47,9	64,7	44,4	58,7	62,1	58,4	50,8

(a) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt [b]; eigene Berechnungen.

IX. Die Beschäftigtenstruktur nach Tätigkeitsbereichen und Berufsgruppen

Mit der bisherigen Analyse der sektoralen Beschäftigtenstruktur konnte eine Reihe von Charakteristika der schleswig-holsteinischen Wirtschaft zutage gefördert werden; dennoch lassen sich mit ihrer Hilfe nicht alle Strukturstärken und -schwächen der Wirtschaft des Landes aufdecken.

Das liegt vor allem daran, daß mit fortschreitender Diversifizierung der Unternehmen deren sektorale Einordnung nach dem bisherigen

Haupterwerbszweck zunehmend fragwürdiger wird - moderne Unternehmen sind vielfach innerhalb mehrerer Branchen tätig.¹ Dabei ver- schwimmt das sektorale Muster auch zwischen den großen Bereichen: Dienstleistungsfunktionen werden auch von vertikal diversifizierten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wahrgenommen. So geht der Trend zu hochwertigen Dienstleistungen nicht nur im Dienstleistungs- sektor selbst voran, sondern auch im Verarbeitenden Gewerbe; derartige Entwicklungen lassen sich beispielsweise mit Hilfe einer Analyse der Be- schäftigtenstruktur nach der Funktion der Arbeitnehmer in den Betrieben erfassen.

Daher soll im folgenden die sektorale Analyse durch eine Untersu- chung der funktionalen Struktur der Beschäftigten ergänzt werden. Im Vordergrund steht dabei die Eingruppierung der Beschäftigten nach Be- rufsgruppen und Tätigkeitsbereichen anhand der Beschäftigtenstatistik. Anders als bei der sektoralen Gliederung, bei der Unternehmen und ihre Beschäftigten anhand ihres Haupterwerbszwecks zugeordnet werden, wird bei der funktionalen Gliederung das Augenmerk darauf gerichtet, welcher Art die Tätigkeit der Beschäftigten ist - unabhängig von ihrer Bran- chenzugehörigkeit - und welchen Berufsgruppen sie angehören.²

Dabei lassen sich folgende Tätigkeitsbereiche unterscheiden [vgl. Herrmann, 1989a, S. 5]:

- die Fertigung und Herstellung (alle unmittelbar am Produktionsprozeß beschäftigten Personen);
- die Wartung (im wesentlichen Mechaniker und Maschinisten);
- die technischen Dienste (Ingenieure, Physiker, Techniker);
- Tätigkeiten im Bereich der Lagerhaltung und des Verkehrs (einschließ- lich Versand);
- die kaufmännischen Dienste und Verwaltungsdienste (Handel, Dienst- leistungsbereiche, Organisations- und Bürotätigkeiten);

¹ Vgl. März [1988, S. 250 ff.] und Donges und Schmidt et al. [1988, S. 16 ff. und 41 ff.]. Hier wird das Beispiel eines der Eisenschaf- fenden Industrie zugeordneten Unternehmens angeführt, das mittler- weile ein moderner Technologiekonzern mit Sparten in der Investitions- güterindustrie und im Dienstleistungsbereich ist.

² Die Analyse der Beschäftigtenstruktur nach Tätigkeitsbereichen wurde für die Bundesrepublik erstmals von Bade et al. [1984] durchgeführt. Für Schleswig-Holstein hat Herrmann [1989a] eine entsprechende Ana- lyse unternommen.

- die sozialen Dienste (Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe) und
- sonstige Dienste (traditionelle Dienstleistungsberufe, aber auch künstlerische sowie Ordnungs- und Sicherheitsberufe).

In hochentwickelten Volkswirtschaften ist ein zunehmender Trend zu humankapitalintensiver Produktion zu beobachten [Donges, Schmidt et al., 1988, S. 31]; Tätigkeiten, in denen das Humankapital der Beschäftigten eine besondere Rolle spielt, sind deshalb zunehmend wichtig geworden. Das betrifft vor allem die produktionsorientierten Dienstleistungen im technischen Bereich, also die Tätigkeit von Ingenieuren und Technikern im weitesten Sinne. Technische Dienste sind derjenige Tätigkeitsbereich, der mit bundesweit rund drei Zehnteln den höchsten Anteil besonders hochqualifizierter Arbeitnehmer beschäftigt. Zunehmend relevant werden bei verstärkter Arbeitsteilung auch die Tätigkeiten im Bereich des Vermarktens, also kaufmännische Aktivitäten.¹ Auf diese beiden Gruppen muß also das Hauptaugenmerk gerichtet werden.

Die Analyse der Beschäftigungsentwicklung nach Berufsgruppen zeigt zunächst, daß in den achtziger Jahren in Schleswig-Holstein die Abnahme der Fertigungstätigkeiten, also der ursprünglichen Haupterwerbsaktivitäten im Verarbeitenden Gewerbe, deutlich prononcierter verlief als im Bundesgebiet, im Mittel um jährlich 0,8 Prozentpunkte rascher. Der Anteil dieser Aktivitäten bleibt inzwischen mit 25,7 vH um mehr als 4 Prozentpunkte hinter dem im Bundesgebiet zurück (Tabellen 38 und 39).² Auffällig ist, daß dieser Abstand deutlich geringer ist, als derjenige zwischen den Beschäftigtenanteilen des Verarbeitenden Gewerbes, also nach sektoraler Betrachtungsweise. Hier betrug er 1987 genau

¹ Diese werden allerdings nur gemeinsam mit Verwaltungstätigkeiten, die großenteils im öffentlichen Dienst ablaufen, ausgewiesen [Herrmann, 1987, S. 229]. Ein Zuwachs bei den kaufmännischen Tätigkeiten muß daher nicht notwendigerweise ein Mehr an Beschäftigten im Bereich des Marketing bedeuten.

² Gegenüber 1980 zugenommen hat im Fertigungsbereich nur die Anzahl der Chemiarbeiter und Elektriker; erstere hat rascher zugenommen als im Bundesgebiet, letztere langsamer. Ansonsten sind bei allen Fertigungstätigkeiten mehr oder minder große Einbußen zu verzeichnen. Besonders stark sind die Rückgänge bei Berufen, die mit Bautätigkeiten in Verbindung stehen. Dies korrespondiert mit dem deutlichen Rückgang des Baugewerbes in Schleswig-Holstein. Vergleichsweise geringe Einbußen verzeichneten dagegen Papierhersteller und Drucker sowie Ernährungsberufe (vgl. Tabelle 39).

Tabelle 38 - Anteil der Beschäftigten nach funktionalen Tätigkeitsbereichen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1987 (vH)

	Anteil an den Beschäftigten insgesamt	
	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Fertigung	25,7	29,9
Wartung	3,4	3,1
Technische Dienste	5,3	6,8
Lager, Verkehr	9,3	9,0
Kaufmännische und Verwaltungsdienste	31,3	30,6
Sozialdienste	9,5	8,1
Sonstige Dienste	11,9	9,4
Insgesamt(a)	100,0	100,0

(a) Einschließlich landwirtschaftlicher Arbeitskräfte, Bergleute, Hilfsarbeiter und sonstiger Arbeitskräfte.

Quelle: Herrmann [1989a, Tabellen 1 und 3]; eigene Berechnungen.

10 Prozentpunkte: 28,9 vH in Schleswig-Holstein und 38,9 vH im Bundesgebiet (vgl. Quelle zu Tabelle 7).

Das läßt Rückschlüsse auf unterschiedliche Tätigkeitsstrukturen im Verarbeitenden Gewerbe im Land und im Bundesgebiet zu. Offensichtlich ist in Schleswig-Holstein im Verarbeitenden Gewerbe ein weitaus größerer Anteil der Beschäftigten im manuellen bzw. direkt produzierenden Bereich tätig. Folglich wäre der Anteil der Beschäftigten in dispositiven, entwickelnden und kaufmännischen Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins weitaus niedriger als im Bundesgebiet insgesamt.

Betrachtet man die vermutlich wachstumsrelevanten technischen Dienste, so sind diese in den achtziger Jahren im Bundesgebiet in schnellerem Tempo (um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr) als in Schleswig-Holstein gewachsen;¹ der Beschäftigtenanteil im Lande unterschritt daher im Jahre 1987 den Bundesdurchschnitt um 1,5 Prozentpunkte oder um mehr als ein Viertel.² Das Zurückbleiben zeigt sich bei der Beschäfti-

¹ In Baden-Württemberg ist die Beschäftigung bei den technischen Berufen sogar um 1,3 Prozentpunkte rascher gewachsen als in Schleswig-Holstein [Märtz, 1988, S. 250].

² Gegenüber Baden-Württemberg ist der Anteil sogar um 5 Prozentpunkte niedriger [Märtz, 1988, S. 250].

Tabelle 39 - Zur Entwicklung der funktionalen Beschäftigtenstruktur in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1980-1987 (vH)
(a)

	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Fertigung	-1,9	-1,1
Steinbearbeiter	-7,6	-3,1
Keramiker, Glasmacher	-4,6	-2,2
Chemiearbeiter	0,5	0,0
Papierhersteller, Drucker	-0,5	-0,7
Holzaufbereiter, Tischler	-2,2	-1,2
Metallbearbeiter	-2,1	-1,7
Schlosser, Werkzeugmacher	-0,8	0,1
Elektriker	0,3	0,8
Montierer, Metallberufe	-2,7	-0,8
Textil-, Bekleidungsberufe	-3,7	-3,9
Lederverarbeiter	-4,5	-4,5
Ernährungsberufe	-0,3	-0,1
Bauberufe	-4,6	-3,1
Bau-, Raumausstatter	-4,1	-1,4
Maler u.a.	-0,8	0,1
Wartung	-0,5	-0,8
Technische Dienste	0,9	1,4
Ingenieure, Physiker	2,1	2,4
Techniker	0,4	0,9
Lager, Verkehr	-1,2	-1,1
Warenprüfer, Versandbereiter	-2,0	-1,5
Verkehrs-, Lagerberufe	-1,1	-1,1
Kaufmännische- und Verwaltungsdienste	0,9	0,8
Warenkaufleute	0,4	0,5
Dienstleistungskaufleute	1,7	2,0
Organisations-, Büroberufe	1,1	0,7
Sozialdienste	4,0	3,5
Gesundheitsberufe	3,7	3,8
Sozial-, Erziehungsberufe	4,7	2,9
Sonstige Dienste	0,5	0,2
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	1,5	1,1
Allgemeine Dienstleistungsberufe	0,3	0,0
Künstlerische Berufe	1,4	0,9
(a) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate.		

Quelle: Herrmann [1989a, Tabellen 3, 7 und 10]; eigene Berechnungen.

gung von Ingenieuren und Physikern ebenso wie bei der von Technikern (Tabellen 38 und 39). Der Strukturwandel hin zu höherwertigen produktionsorientierten Dienstleistungen ist in Schleswig-Holstein offensichtlich nicht im gleichen Maße vorangekommen. Das gilt insbesondere für die frühen achtziger Jahre. Seit 1984 hat das Land dann im Durchschnitt mit der Entwicklung im Bundesgebiet in etwa Schritt halten können.¹

Bei den kaufmännischen Tätigkeiten, die sich in Schleswig-Holstein weitgehend parallel zum Bundesgebiet entwickelt haben und die 1987 sogar einen etwas höheren Anteil erreichten (Tabelle 38),² fällt vor allem auf, daß die Beschäftigung von Dienstleistungskaufleuten in Schleswig-Holstein weniger stark zugenommen hat als im Bundesgebiet: um 1,7 vH pro Jahr versus 2,0 vH (Tabelle 39).³ Insofern hat sich dieser sowohl für Dienstleistungen per se als auch für das Verarbeitende Gewerbe relevante Bereich ebenfalls weniger gut entwickelt.

Insgesamt ist damit der Strukturwandel weg von Fertigungs-, hin zu hochwertigen Dienstleistungstätigkeiten in Schleswig-Holstein in den achtziger Jahren weniger ausgeprägt gewesen als in anderen Bundesländern. Insbesondere hat die Entwicklung der produktionsorientierten Dienstleistungen nicht mit derjenigen bei den sozialen Diensten Schritt halten können: In Schleswig-Holstein ist bei der Beschäftigung in sozialen Diensten eine um 0,5 Prozentpunkte höhere Wachstumsrate als im Bundesgebiet zu beobachten; deren Anteil ist mittlerweile in Schleswig-Holstein um 1,4 Prozentpunkte oder mehr als ein Sechstel größer. Dabei geht der überproportionale Zuwachs allein auf das Konto der Sozial- und Erziehungsberufe (Tabellen 38 und 39).

Erschwerend kommt noch hinzu, daß bei den Beschäftigten in den beiden Bereichen der technischen Dienste und der kaufmännischen und Verwaltungsdienste der Ausbildungsstand im Vergleich zum Durchschnitt

¹ Die jeweiligen durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten betragen bei Ingenieuren und Physikern im Lande 3,8, im Bundesgebiet 3,7 vH, bei Technikern 2,0 respektive 2,1 vH [berechnet nach Herrmann, 1989a, Tabelle 11].

² Dieser ist vermutlich auf den höheren Staatsanteil im Lande zurückzuführen, denn die Bediensteten in der öffentlichen Verwaltung werden zu einem großen Teil bei den Organisations- und Büroberufen erfaßt.

³ Genau umgekehrt ist es bei Organisations- und Büroberufen, bei denen aber der Effekt des öffentlichen Dienstes durchschlägt.

Tabelle 40 - Zur Qualifikationsstruktur der Beschäftigten bei hochwertigen produktionsorientierten Dienstleistungen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1980 und 1987 vH (a)

	Schleswig-Holstein		Bundesrepublik	
	1980	1987	1980	1987
Technische Dienste	23,1	27,4	26,2	30,5
Kaufmännische und Verwaltungsdienste	3,1	4,5	5,2	7,3

(a) Anteil der Beschäftigten mit Hochschul-, Fachhochschul- oder Fachschulabschluss oder Hochschulreife und Berufsausbildung an allen Beschäftigten.

Quelle: Herrmann [1989a, Tabelle 12].

der Bundesländer geringer ist: Der Anteil der Beschäftigten mit Hochschul-, Fachhochschul- oder Fachschulabschluß oder mit Hochschulreife und Berufsausbildung war bei den Technischen Diensten im Lande 1987 um 3,1 Prozentpunkte, bei den kaufmännischen Diensten und Verwaltungsdiensten um 2,8 Prozentpunkte niedriger (Tabelle 40). Das zahlenmäßige Defizit bei den technischen Diensten wird also noch durch ein qualifikatorisches bei beiden Gruppen verstärkt [vgl. Herrmann, 1989a, S. 25]. Die Humankapitalintensität in diesen Berufsgruppen war damit niedriger.

X. Regionale Schwerpunkte der wirtschaftlichen Aktivität sowie räumliche Unterschiede im Wirtschaftswachstum und der Beschäftigungsentwicklung

In Schleswig-Holstein konzentrieren sich die wirtschaftlichen Aktivitäten zum einen auf die kreisfreien Städte Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster, zum anderen auf die an Hamburg angrenzenden Kreise Pinneberg und Stormarn. Die Städte weisen - gemessen an der Bruttowertschöpfung je km² - eine wesentlich höhere Wirtschaftsdichte auf als alle Landkreise, und auch Pinneberg und Stormarn heben sich hinsichtlich dieses Indikators deutlich von den übrigen Landkreisen ab. Im engen

Zusammenhang mit der Wirtschaftsdichte steht die Wirtschaftskraft: In Kreisen, die eine hohe Wirtschaftsdichte aufweisen (wie z. B. die kreisfreien Städte), ist in der Regel die Bruttowertschöpfung je Einwohner hoch und umgekehrt (vgl. Tabelle 41 und Schaubild 7).¹

In den siebziger und achtziger Jahren haben sich die einzelnen Regionen hinsichtlich Beschäftigung und Wachstum unterschiedlich entwickelt. Dabei kann zwischen drei verschiedenen Gebieten unterschieden werden: den kreisfreien Städten, dem Hamburger Umland mit den Kreisen Pinneberg, Stormarn, Segeberg und dem Herzogtum Lauenburg² sowie den übrigen Landkreisen (vgl. Tabellen 42 und 43):

- In der ersten Hälfte der siebziger Jahre trugen zum Aufholprozeß der schleswig-holsteinischen Wirtschaft maßgeblich die Hamburger Randkreise Segeberg, Stormarn und auch das Herzogtum Lauenburg bei. Auch in einigen Landkreisen war das Wachstum überdurchschnittlich: Ostholstein, Rendsburg-Eckernförde, Steinburg. In den kreisfreien Städten war nur in Kiel die Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung höher als im Landesdurchschnitt.
- In den späten siebziger und frühen achtziger Jahren, als das Land im wirtschaftlichen Wachstum mit dem Durchschnitt aller Bundesländer nicht Schritt halten konnte, verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum nahezu in allen Kreisen (Ausnahme: Dithmarschen). Das Wirtschaftswachstum der kreisfreien Städte lag bis auf Flensburg unter dem Landesdurchschnitt. Auch die Beschäftigung nahm in den Städten stark ab. Im Hamburger Umland nahm die Bruttowertschöpfung teils über-, teils unterdurchschnittlich zu;³ ähnliches gilt für die Beschäftigung.

¹ Von diesem Grundmuster gibt es einige Ausnahmen. So ist z. B. im Kreis Dithmarschen die Wirtschaftsdichte gering, während die Wirtschaftskraft je Einwohner recht hoch ist. Dies dürfte an der recht sachkapital- und wertschöpfungsintensiven Produktion (Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien) im Raum Brunsbüttel liegen.

² Zum Hamburger Umland im ökonomischen Sinne können allerdings nur Teile dieser Kreise gerechnet werden. Weite Teile dieser Kreise sind überwiegend landwirtschaftlich geprägt und weisen deshalb Strukturmerkmale der übrigen Landkreise auf. Dieser Umstand bedingt, daß sich die ökonomischen Unterschiede zwischen verschiedenen Gebietstypen auf der Basis von Kreisdaten nicht immer deutlich aufzeigen lassen.

³ Eine auffällig niedrige Veränderungsrate weist für diesen Zeitraum der Kreis Stormarn auf, zurückzuführen auf einen starken Rückgang der

Tabelle 41 - Wirtschaftsdichte (a) und Wirtschaftskraft (b) der Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins 1970-1986

	Bruttowertschöpfung je qkm				Bruttowertschöpfung je Einwohner			
	1970	1976	1982	1986	1970	1976	1982	1986
	1000 DM				DM			
Flensburg	20759	37083	53052	60415	12269	22829	34526	39725
Kiel	27390	51660	70855	81776	11234	22139	31668	37315
Lübeck	12043	20571	27489	31760	10752	19127	27110	32530
Neumünster	12283	21031	27278	31973	10205	17935	24475	29380
Dithmarschen	962	1510	2515	2985	10095	16282	26981	32631
Herzogtum Lauenburg	729	1341	1805	2362	6429	11172	14468	18919
Nordfriesland	633	1112	1555	1739	8239	14162	19686	22161
Ostholstein	845	1560	2254	2588	6609	11593	16193	18369
Pinneberg	3481	5343	7510	9372	9584	13940	19089	23689
Plön	575	1014	1433	1669	5775	9629	13265	15292
Rendsburg-Eckernförde	763	1469	2149	2538	7406	13466	19021	22398
Schleswig-Flensburg	638	1138	1548	1728	7658	13262	17534	19601
Segeberg	910	1866	2820	3498	7276	12711	17777	21532
Steinburg	1046	2044	2711	3157	8337	16643	22300	26329
Stormarn	2189	4288	5079	6965	10538	18602	20160	27005
Schleswig-Holstein	1420	2554	3549	4225	8898	15550	21319	25433

(a) Bruttowertschöpfung (zu Marktpreisen; jeweilige Preise) je qkm. -
(b) Bruttowertschöpfung (zu Marktpreisen; jeweilige Preise) je Einwohner.

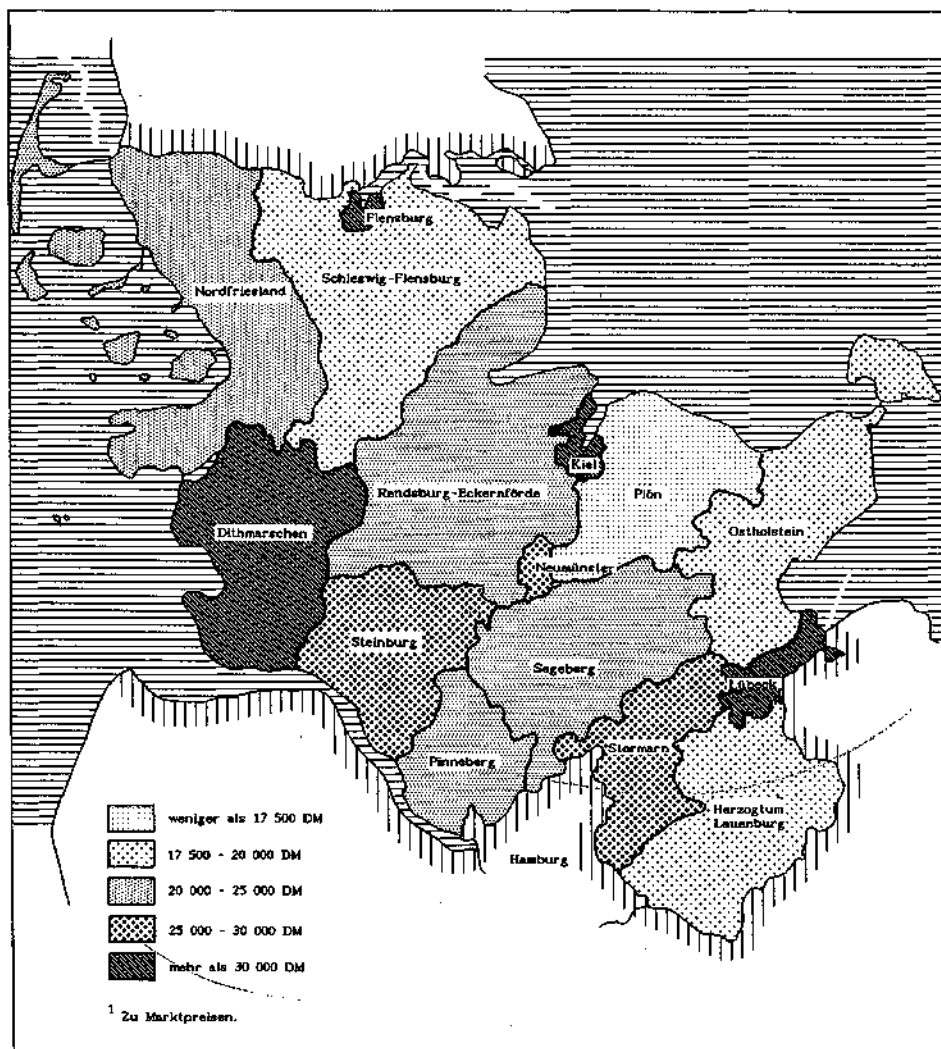
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [g]; eigene Berechnungen.

Vergleichsweise gut entwickelten sich die meisten übrigen Landkreise, und zwar sowohl hinsichtlich der Beschäftigung als auch hinsichtlich des Wirtschaftswachstums.

- Auch im Wirtschaftsaufschwung nach 1982 blieben die kreisfreien Städte im Wirtschaftswachstum z.T. weit hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Ebenso wurde die Beschäftigung, mit Ausnahme von Neumünster,

Wertschöpfung zwischen 1976 und 1978 um mehr als 7 vH pro Jahr [Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, g]. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich dabei nicht nur um einen realen Vorgang handelt, sondern daß statistische Meß- und Zuordnungsprobleme eine Rolle spielen.

Schaubild 7 - Die Bruttowertschöpfung¹ je Einwohner der Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins 1986 (DM)



Quelle: Vgl. Tabelle 41.

nur vergleichsweise wenig ausgeweitet. Die Hamburger Randkreise entwickelten sich in dieser Zeit sehr dynamisch; das Wirtschaftswachstum lag hier teilweise erheblich über dem Landesdurchschnitt und die Beschäftigung stieg insbesondere in den Kreisen Segeberg und Stormarn sehr rasch an. In allen übrigen Landkreisen war wie in den Städten

Tabelle 42 - Entwicklung der Bruttowertschöpfung (a) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1970-1986

	Bruttowertschöpfung				Bruttowertschöpfung je Einwohner			
	1986	1970-76	1976-82	1982-86	1986	1970-76	1976-82	1982-86
	Mill.DM	durchschnittliche jährliche Veränderungsrate (vH)			DM	durchschnittliche jährliche Veränderungsrate (vH)		
Flensburg	3405	10,2	6,2	3,3	39725	10,9	7,1	3,6
Kiel	9091	11,2	5,4	3,6	37315	12,0	6,1	4,2
Lübeck	6804	9,3	5,0	3,7	32530	10,1	6,0	4,7
Neumünster	2288	9,4	4,4	4,1	29380	9,9	5,3	4,7
Dithmarschen	4195	7,8	8,9	4,4	32631	8,3	8,8	4,9
Herzogtum Lauenburg	2992	10,7	5,1	7,0	18919	9,6	4,4	6,9
Nordfriesland	3561	9,8	5,8	2,8	22161	9,4	5,6	3,0
Ostholstein	3599	10,8	6,3	3,5	18369	9,8	5,7	3,2
Pinneberg	6206	7,4	5,8	5,7	23689	6,4	5,4	5,5
Plön	1805	9,9	5,9	3,9	15292	8,9	5,5	3,6
Rendsburg-Eckernförde	5547	11,5	6,5	4,3	22398	10,5	5,9	4,2
Schleswig-Flensburg	3580	10,1	5,3	2,8	19601	9,6	4,8	2,8
Segeberg	4702	12,7	7,1	5,5	21532	9,7	5,7	4,9
Steinburg	3335	11,8	4,8	3,9	26329	12,2	5,0	4,2
Stormarn	5337	11,9	2,9	8,2	27005	9,9	1,4	7,6
Schleswig-Holstein	66448	10,3	5,6	4,5	25433	9,8	5,4	4,5

(a) Zu Marktpreisen; jeweilige Preise.

Quelle: Wie Tabelle 41.

das Wirtschaftswachstum geringer als im Landesdurchschnitt; die Beschäftigung nahm jedoch in den meisten Landkreisen stärker zu.

Die Arbeitslosigkeit ist außer in den kreisfreien Städten in den Regionen am höchsten, die am weitesten vom Zentrum Hamburg entfernt liegen: an der Westküste und in den Grenzregionen zu Dänemark sowie in Ostholstein (Tabelle 43). Wesentlich besser dagegen ist die Beschäftigungslage im Hamburger Umland. Vergleichsweise günstig hat sich die Arbeitsmarktsituation in den letzten Jahren auch in einigen anderen Landkreisen wie Plön und Rendsburg-Eckernförde entwickelt. Seit Mitte der siebziger Jahre hat vor allem in den kreisfreien Städten die Arbeits-

Tabelle 43 - Entwicklung der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1970-1989

	Beschäftigte (a)	Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate			Arbeitslosenquote(b)				
		Beschäftigte (a)	versicherungspflichtig Beschäftigte						
	1987	1970-87	1978-83	1983-88	1974	1977	1983	1987	1989
Flensburg	46287	0,2	-0,5	0,6	3,9	6,6	15,4	16,2	15,6
Kiel	133760	0,2	-0,4	0,5	3,0	6,0	11,5	12,8	13,3
Lübeck	102148	0,3	-1,3	0,1	3,2	5,5	13,5	14,2	13,1
Neumünster	35696	0,2	-0,7	1,8	3,4	6,0	13,2	13,1	12,2
Dithmarschen Herzogtum	43488	0,7	0,9	0,8	4,9	5,2	14,2	16,1	12,0
Lauenburg	41613	0,9	0,6	0,7	3,7	5,3	9,8	10,0	7,2
Nordfriesland	55472	1,1	1,1	1,3	4,3	5,3	13,4	14,0	11,5
Ostholstein	60548	1,1	-0,0	1,2	3,3	5,0	11,0	12,0	10,3
Pinneberg	88695	1,1	-0,1	1,1	2,6	3,8	9,0	9,3	7,5
Plön	28449	1,5	0,5	0,8	3,6	6,3	14,4	13,2	8,8
Rendsburg- Eckernförde	73500	1,1	0,6	1,7	3,2	5,8	13,7	14,2	9,6
Schleswig- Flensburg	49432	1,4	0,9	1,3	3,8	6,1	14,8	15,5	10,2
Segeberg	75340	3,1	2,2	2,5	3,5	5,7	12,0	10,7	6,8
Steinburg	42223	0,3	0,8	-0,1	3,5	5,7	13,5	13,5	9,3
Stormarn	66717	2,6	1,7	2,2	2,0	3,4	6,9	7,0	6,0
Schleswig- Holstein	943368	0,9	0,3	1,1	3,2	5,2	10,5	10,3	9,5

(a) Auf der Basis der Arbeitsstättenzählungen 1970 bzw. 1987. - (b) 1974-1987 durchschnittliche Arbeitslosenquote der den Kreisen annähernd zuzurechnenden Dienststellenbezirke des Arbeitsamtes.

Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein-Hamburg [b]; 1989; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [a; b; p, 1989; r]; eigene Berechnungen.

losigkeit stark zugenommen. Hier wird sichtbar, daß sich in Schleswig-Holstein die strukturellen Probleme der Wirtschaft hauptsächlich auf die großen Städte konzentrieren.

Die sektorale Wirtschaftsstruktur bietet regional ein sehr unterschiedliches Bild. Im *Hamburger Umland* fällt vor allem das vergleichsweise große Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes auf, das teilweise sogar den Bundesdurchschnitt übertrifft (Tabelle 44).¹ Relativ große Beschäftigungsanteile entfallen auf die Chemische Industrie (außer im Herzogtum Lauenburg), sowie in Pinneberg auf die Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, in Segeberg auf die Kunststoff- und Gummiverarbeitung, in Stormarn ebenfalls auf die Kunststoff- und Gummiverarbeitung und auf das Holz-, Papier- und Druckgewerbe, im Herzogtum Lauenburg auf das Leder- und Textilgewerbe, die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden und den Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (Tabellen 45 und 46). Im Handel und im Dienstleistungsbereich waren es nur wenige einzelne Branchen, in denen diese Kreise ein herausragendes Gewicht hatten: im Bereich Bildung, Kunst und Wissenschaft das Herzogtum Lauenburg, beim Großhandel die Kreise Pinneberg und Stormarn, bei der Handelsvermittlung der Kreis Segeberg.

Die Wirtschaftsstruktur der *kreisfreien Städte* ist dadurch gekennzeichnet, daß die Dienstleistungsbereiche einen wesentlich höheren Anteil an Wertschöpfung und Beschäftigung haben als der Durchschnitt aller Kreise: Flensburg, Lübeck und Neumünster haben Schwerpunkte im Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung, in Kiel ist der Bereich Organisationen ohne Erwerbscharakter stark vertreten. Kiel ist als Landeshauptstadt außerdem ein Zentrum für den Sektor Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe (Tabelle 44). Das Verarbeitende Gewerbe hat eine etwas geringere Bedeutung als in den Kreisen des Hamburger Umlands. Schwerpunkte liegen bei den Branchen Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik in allen vier Städten und beim Stahl- und Fahrzeugbau (Schiffbau) in Flensburg, Kiel und Lübeck. In Lübeck und Neumünster spielt auch der Bereich Metallerzeugung, Gießerei eine wichtige Rolle. In Neumünster dominieren außerdem die Chemische Industrie, das Textilgewerbe und die Metallbearbeitung.

In den *Landkreisen*, die nicht zum Hamburger Umland gehören, spielt die Landwirtschaft durchweg noch eine recht große Rolle, insbesondere in den Kreisen Nordfriesland, Plön und Schleswig-Flensburg

¹ Dagegen spielt die Landwirtschaft, außer in Pinneberg (Baumschulen), keine große Rolle in diesen Kreisen.

Tabelle 44 - Bruttowertschöpfung (a) der Kreise Schleswig-Holsteins nach Wirtschaftszweigen 1970 und 1986 - Standortquotienten (b)

	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr	Sonstige Dienstleistungen	
1970						
Flensburg	0,06	0,88		1,41		1,18
Kiel	0,12	0,79		1,19		1,36
Lübeck	0,12	1,10		1,37		0,93
Neumünster	0,15	1,01		1,10		1,15
Dithmarschen	1,77	1,19		0,75		0,71
Herzogtum Lauenburg	1,42	0,93		0,91		1,02
Nordfriesland	2,30	0,64		0,89		1,14
Ostholstein	1,51	0,68		0,96		1,26
Pinneberg	0,62	1,36		0,99		0,69
Flön	2,12	0,77		0,66		1,15
Rendsburg-Eckernförde	1,69	0,94		0,88		0,96
Schleswig-Flensburg	2,29	0,72		0,70		1,14
Segeberg	1,44	1,21		0,92		0,69
Steinburg	1,50	1,01		0,99		0,87
Stormarn	0,59	1,40		0,66		0,80
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr	Sonstige Dienstleistungen	
		Bergbau, Energie, Baugewerbe	Verarbeiten-des Gewerbe		Dienstleistungs-unternehmen	Staat, Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbs-charakter
1986						
Flensburg	0,02	0,54	1,09	1,30	0,78	1,42
Kiel	0,02	0,59	0,95	1,07	0,97	1,49
Lübeck	0,07	1,35	0,95	1,19	1,05	0,88
Neumünster	0,08	0,87	1,12	1,15	0,79	1,30
Dithmarschen	1,45	1,13	1,72	0,78	0,64	0,60
Herzogtum Lauenburg	1,36	1,92	0,74	0,84	0,97	0,93
Nordfriesland	2,50	0,76	0,37	1,02	1,14	1,34
Ostholstein	1,57	0,72	0,63	1,09	1,15	1,18
Pinneberg	0,70	1,01	1,19	1,04	1,17	0,55
Flön	2,51	0,85	0,53	0,85	1,18	1,17
Rendsburg-Eckernförde	1,68	2,06	0,74	0,88	0,77	1,03
Schleswig-Flensburg	2,77	0,74	0,61	0,81	0,82	1,60
Segeberg	1,09	0,85	1,36	1,02	1,00	0,59
Steinburg	1,44	1,09	0,76	0,96	1,19	0,92
Stormarn	0,55	0,53	1,59	0,82	1,29	0,36

(a) Jeweilige Preise. - (b) Anteil des Wirtschaftszweigs in jeweiligen Kreis bezogen auf den Anteil des Wirtschaftszweigs in Schleswig-Holstein.

Quelle: Wie Tabelle 41.

(Tabelle 44). Das Verarbeitende Gewerbe ist dagegen mit Ausnahme der Kreise des Hamburger Umlands und Dithmarschen überall weniger stark

Tabelle 45 - Beschäftigte (a) im Verarbeitenden Gewerbe in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1971-1988 - Standortquotienten (b)

	Verarbeitendes Gewerbe	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				Investitionsgütergewerbe			
	1988	1971	1977	1983	1988	1971	1977	1983	1988
Flensburg	9020	0,55	0,57	0,53	0,64	1,39	1,34	1,38	1,34
Kiel	22847	0,23	0,21	0,18	0,16	1,67	1,59	1,60	1,58
Lübeck	21295	0,79	0,69	0,36	0,40	1,23	1,15	1,19	1,18
Neumünster	10505	1,37	1,66	1,57	1,50	0,86	1,04	1,06	1,08
Dithmarschen	6767	1,78	1,78	2,34	3,00	0,37	0,50	0,52	0,42
Herzogtum Lauenburg	8786	1,07	1,10	0,89	0,90	0,78	0,81	0,88	0,91
Nordfriesland	3436	0,23	0,27	0,36	0,18	0,95	1,01	0,92	0,86
Ostholstein	6711	1,18	1,04	0,92	0,70	0,58	0,76	0,74	0,80
Pinneberg	22216	1,08	1,10	1,11	1,04	0,93	0,93	0,97	1,00
Plön	2986	1,03	.	0,83	0,54	0,52	0,86	0,81	1,00
Rendsburg-Eckernförde	10972	1,83	.	0,99	0,94	0,97	1,13	1,17	1,22
Schleswig-Flensburg	5610	0,86	0,98	0,84	1,02	0,21	0,43	0,43	0,45
Segeberg	18764	1,33	1,36	1,47	1,26	0,58	0,77	0,75	0,83
Steinburg	9771	1,36	1,17	1,88	1,52	0,50	0,59	0,53	0,61
Stormarn	19443	1,46	1,76	1,66	1,70	0,78	0,62	0,63	0,65
		Verbrauchsgütergewerbe				Nahrungs- und Genußmittelgewerbe			
		1971	1977	1983	1988	1971	1977	1983	1988
Flensburg		0,60	0,46	0,46	0,48	0,81	0,91	0,81	0,84
Kiel		0,37	0,35	0,37	0,41	0,58	0,56	0,53	0,55
Lübeck		0,85	0,94	0,99	0,98	0,71	0,85	1,01	1,03
Neumünster		1,51	0,73	0,76	0,87	0,30	0,51	0,46	0,31
Dithmarschen		1,45	1,44	1,14	0,71	1,53	1,41	1,11	1,30
Herzogtum Lauenburg		1,96	2,05	1,91	1,73	0,20	0,25	0,39	0,47
Nordfriesland		1,38	1,30	1,37	1,56	1,45	1,32	1,56	1,72
Ostholstein		0,90	0,89	1,14	1,24	2,35	1,93	1,87	1,77
Pinneberg		0,73	0,84	0,80	0,69	1,56	1,35	1,26	1,39
Plön		0,78	.	0,85	1,03	2,90	2,21	2,10	1,50
Rendsburg-Eckernförde		0,64	.	0,53	0,46	0,72	0,83	0,99	0,98
Schleswig-Flensburg		0,89	0,76	0,77	0,68	3,95	3,35	3,62	3,53
Segeberg		1,73	1,50	1,48	1,40	0,91	0,80	0,76	0,79
Steinburg		2,04	2,23	1,88	1,93	0,69	0,74	0,60	0,63
Stormarn		1,09	1,31	1,40	1,50	1,07	1,17	1,10	0,83

(a) Anzahl; jeweils am 30.9. des Jahres, einschließlich der Industriebetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten. - (b) Anteil des Wirtschaftszweigs im jeweiligen Kreis bezogen auf den Anteil des Wirtschaftszweigs in Schleswig-Holstein.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [e].

vertreten als im Landesdurchschnitt. Die industriellen Schwerpunkte liegen zumeist im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich, in Verbrauchsgüterindustrien oder im Bereich der Nahrungs- und Genussmittelgüter, kaum aber bei Investitionsgüterindustrien (Tabellen 45 und 46). Eine große Bedeutung hatte in den meisten Landkreisen (außer Steinburg) das Baugewerbe. Was den Dienstleistungsbereich betrifft, spielt in den Kreisen Nordfriesland, Ostholstein und Plön das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe eine wichtige Rolle; dort ist der Fremdenverkehr besonders bedeutsam [Hoffmeyer et al., 1987].

Was die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe anlangt, so ging diese in den Städten Kiel und Lübeck seit 1970 stark zurück, während es in den Hamburger Umlandkreisen Segeberg und Stormarn zu einer gegenläufigen Entwicklung kam (Tabelle 47). Auch in einigen anderen Landkreisen waren zeitweise recht hohe Beschäftigungszunahmen (oder weniger ausgeprägte Beschäftigungsabnahmen als im Landesdurchschnitt) insbesondere in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zu verzeichnen: Nordfriesland, Ostholstein, Schleswig-Flensburg. Diese Kreise haben offensichtlich von dem räumlichen Dekonzentrationsprozeß der Industrie, der bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre in der Bundesrepublik zu beobachten war, profitiert. Damals siedelten sich noch vergleichsweise viele Industriebetriebe in ländlich geprägten Räumen an oder expandierten dort stärker als anderswo. Auf Industrieansiedlungen ist auch die vergleichsweise günstige Beschäftigungsentwicklung in Dithmarschen (Brunsbüttel) in den Jahren 1977-1983 zurückzuführen. Nur in den Kreisen Ostholstein und Schleswig-Flensburg setzte sich die vergleichsweise positive Beschäftigungsentwicklung im Industriebereich in den achtziger Jahren fort. In Nordfriesland und Dithmarschen hingegen nahm die Industriebeschäftigung nicht weiter oder nur unterdurchschnittlich zu. Auffällig ist der starke Rückgang der Anzahl der Industriebeschäftigten in Steinburg seit 1983; Steinburg ist der einzige Landkreis mit einer negativen Beschäftigungsentwicklung in diesem Zeitraum.

Auch ein Blick auf die Beschäftigungsstrukturen nach Berufsgruppen und deren Entwicklung in den einzelnen Regionen Schleswig-Holsteins [vgl. auch Herrmann, 1989a] vermittelt für die achtziger Jahre den Eindruck, daß zwischen dem prosperierenden Hamburger Umland und dem Rest des Landes und hier wiederum zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen unterschieden werden muß.

Tabelle 46 - Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1988 - Standortquotienten (a)

	Flens- burg	Kiel	Lübeck	Nea- münster	Dith- marschen	Herzogtum Lauenburg
Insgesamt	1,000	1,000	1,000	1,000	1,000	1,000
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,151	0,066	0,231	0,181	1,465	1,270
Energiewirtschaft, Wasserversorgung	0,667	1,280	1,361	0,883	1,157	1,220
Verarbeitendes Gewerbe und ohms						
Angabe	0,882	0,821	1,090	1,171	1,006	1,199
Chemische Industrie	0,107	0,453	0,289	2,249	4,378	0,559
Kunststoff-, Gummiverarbeitung	0,784	0,121	0,516	0,978	.	0,835
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	0,140	0,159	1,927	0,809	0,631	2,076
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei	0,253	0,309	1,097	3,431	0,488	1,900
Stahl- und Fahrzeugbau	1,050	1,232	0,993	1,082	0,727	1,541
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	1,562	1,356	1,557	1,037	0,411	0,482
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	0,600	0,283	0,933	0,632	1,097	1,561
Leder-, Textilgewerbe	0,451	0,196	1,138	3,985	.	3,364
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	0,612	0,423	1,090	0,617	1,292	0,783
Baugewerbe	0,571	0,565	0,740	0,926	1,362	1,072
Bauhauptgewerbe	0,483	0,450	0,683	0,960	1,520	1,065
Ausbaugewerbe	0,742	0,788	0,853	0,860	1,055	1,084
Handel	1,073	0,935	1,014	1,196	0,787	0,728
Großhandel	1,179	0,946	0,921	1,040	0,507	0,549
Handelsvermittlung	0,981	0,313	0,939	0,768	0,344	0,681
Einzelhandel	1,030	0,975	1,062	1,300	0,950	0,815
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,685	0,991	1,459	1,667	1,013	0,431
Eisenbahnen	1,759	0,632	.	9,807	.	.
Verkehr (ohne Eisenbahn und DB)	1,642	0,793	1,477	.	0,927	0,574
DBP	1,780	1,753
Kreditinstitute, Versicherungs- gewerbe	0,958	1,716	1,135	0,716	0,946	0,897
Kreditinstitute	0,940	1,431	1,037	0,733	1,089	1,051
Versicherungsgewerbe	1,030	2,908	1,548	0,641	0,346	0,248
Dienstleistungen	1,001	1,216	0,971	0,771	0,832	1,118
Gaststätten- und Beherbergungs- gewerbe	0,792	0,795	0,865	0,473	0,979	1,077
Reinigung, Körperpflege	1,078	1,057	1,136	1,030	1,178	0,930
Bildung, Kunst, Wissenschaft	1,416	1,934	0,676	0,958	0,815	1,658
Gesundheits- und Veterinärwesen	0,975	1,120	1,100	0,812	0,565	1,106
Rechts- und Wirtschaftsberatung	0,849	1,193	0,984	0,812	0,948	0,847
Sonstige Dienstleistungen	1,068	1,614	1,267	0,765	0,822	0,828
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	1,693	1,416	0,753	0,932	1,273	0,673
Kirchen, Orden	0,473	0,895	0,837	0,611	1,223	1,074
Übrige Organisationen ohne Erwerbs- charakter	2,350	1,787	0,709	1,150	1,358	0,390
Private Haushalte	0,956	0,415	0,791	0,395	0,802	1,432
Staat	1,327	1,302	0,933	0,819	1,214	0,823
Gebietskörperschaften	1,297	1,294	1,845	0,750	1,225	0,842
Sozialversicherungen	1,658	1,395	1,878	1,565	1,098	0,520

(a) Anteil des Wirtschaftszweigs im jeweiligen Kreis bezogen auf den Anteil des

noch Tabelle 46

Nord- friesland	Ost- holstein	Pinna- berg	Plön	Rendsburg- Eckernförde	Schleswig- Flensburg	Sege- berg	Stein- burg	Stormarn
1,000	1,000	1,000	1,000	1,000	1,000	1,000	1,000	1,000
1,298	1,302	1,917	2,469	1,548	2,188	0,955	1,294	0,806
0,589	1,034	1,060	0,514	1,798	0,575	0,423	1,174	0,354
0,506	0,676	1,263	0,744	0,849	0,791	1,218	1,210	1,464
.	0,162	1,677	.	.	0,361	2,166	1,124	2,276
.	1,448	1,068	0,679	.	0,189	2,183	0,692	4,886
0,265	0,646	0,414	0,917	1,206	1,490	1,992	2,686	0,545
0,201	0,490	1,367	0,596	1,940	0,701	1,196	0,652	1,047
0,696	0,475	0,829	0,591	1,144	0,638	1,300	0,885	1,215
0,174	0,698	1,788	0,958	0,800	0,354	0,671	0,794	0,840
0,750	0,435	1,143	0,834	0,555	0,479	1,217	3,171	2,485
0,597	0,521	1,826	.	0,256	1,350	1,062	0,620	0,465
0,807	1,345	1,508	1,145	0,831	2,058	0,931	0,935	1,173
1,135	1,223	0,872	1,565	1,654	1,333	1,008	1,044	0,990
1,168	1,164	0,815	1,662	1,886	1,393	1,036	1,098	0,951
1,071	1,337	0,983	1,376	1,204	1,214	0,954	0,939	1,066
1,027	0,887	1,122	0,902	0,898	0,840	1,334	0,846	1,130
0,801	0,498	1,639	0,469	0,908	0,650	1,246	0,719	1,870
0,984	0,938	1,450	0,874	1,551	1,061	1,770	0,994	1,208
1,135	1,064	0,857	1,105	0,846	0,912	1,343	0,894	0,780
0,845	1,049	0,867	0,708	0,844	0,766	0,896	0,854	0,684
1,305	1,136	0,170	.	.	.	0,485	.	.
0,799	1,206	0,762	1,025	1,100	0,957	1,162	.	0,814
0,779	0,535	1,586	0,066	.	.	0,275	0,646	.
1,014	0,841	0,733	0,862	0,926	1,007	0,635	1,182	0,562
1,131	0,961	0,824	1,020	0,918	1,183	0,725	0,975	0,633
0,524	0,337	0,351	0,303	0,956	0,265	0,257	2,050	0,266
1,313	1,416	0,740	1,176	0,950	1,088	0,835	0,700	0,797
2,115	2,237	0,659	1,462	1,017	1,084	0,690	0,625	0,816
0,764	0,950	1,026	1,521	0,814	0,910	0,716	1,645	0,750
1,044	0,634	0,514	1,398	0,939	1,148	0,599	0,370	0,647
1,109	1,572	0,630	0,920	1,008	1,395	1,005	0,701	0,762
1,142	1,014	1,223	1,053	0,732	0,763	1,102	0,691	1,075
1,111	1,230	0,646	0,571	1,138	0,565	0,760	0,588	0,695
0,760	0,689	1,038	0,843	1,150	0,771	0,842	1,435	0,496
1,131	1,195	1,152	1,111	0,992	1,098	1,046	1,914	0,660
0,407	0,420	1,024	0,621	1,154	0,527	0,740	1,230	0,395
2,145	0,969	0,738	1,592	1,671	1,488	0,903	1,325	0,762
1,660	1,023	0,630	0,961	1,011	1,301	0,547	1,073	0,528
1,774	1,072	0,567	0,985	1,056	1,366	0,555	1,127	0,489
0,423	0,485	1,094	0,708	0,522	0,586	0,468	0,482	0,950

Wirtschaftszweigs in Schleswig-Holstein.

Quelle: Wie Tabelle 7.

Tabelle 47 - Entwicklung der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1970-1988 (vH) (a)

	1970-77	1977-83	1983-88
Flensburg	0,8	-1,4	0,6
Kiel	-2,1	-1,7	-2,1
Lübeck	-2,5	-1,6	-1,7
Neumünster	-0,4	-1,7	1,1
Dithmarschen	-0,9	0,9	0,2
Herzogtum Lauenburg	0,0	-1,4	0,0
Nordfriesland	1,4	-0,3	0,0
Ostholstein	1,0	-1,3	1,7
Pinneberg	-1,2	-1,8	0,6
Plön	-0,1	-0,9	0,7
Rendsburg-Eckernförde	0,1	-2,3	0,6
Schleswig-Flensburg	2,3	-1,2	1,2
Segeberg	1,7	-0,2	4,1
Steinburg	-0,8	-0,6	-1,9
Stormarn	1,0	0,4	3,4
Schleswig-Holstein	-0,6	-1,4	-0,5

(a) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate.

Quelle: Wie Tabelle 45.

Zunächst zeigt sich im Fertigungsbereich, daß sich im Hamburger Umland die Beschäftigung in weit mehr Berufsgruppen als im Bundesdurchschnitt positiv entwickelt hat, nämlich nicht nur bei Chemiearbeitern und Elektrikern wie im Lande, sondern auch bei Metallbearbeitern, Papierherstellern und Druckern; insgesamt hat die Beschäftigung im Fertigungsbereich mit der gleichen Rate abgenommen wie im Bundesdurchschnitt (Tabelle 48). Im übrigen Lande war der allgemeine Rückgang der Fertigungstätigkeiten wesentlich stärker ausgeprägt. Weiterhin kann man im Hamburger Umland beobachten, daß nach 1984 die Beschäftigung im Fertigungsbereich - ähnlich wie in anderen Bundesländern - wieder zugenommen hat (Tabelle 49).

Ein beachtenswerter Unterschied zwischen dem Hamburger Umland (ROR 5a) und den übrigen Regionen des Landes besteht auch darin, daß hier die Zunahme der Beschäftigten in den hochwertigen produktionsorientierten technischen Dienstleistungen nicht unter-, sondern vielmehr

Tabelle 48 - Zur Entwicklung der funktionalen Beschäftigtenstruktur im Hamburger Umland, in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1980-1987 (vH) (a)

	Hamburger Umland	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Fertigung	-1,1	-1,9	-1,1
Steinbearbeiter	-7,7	-7,6	-3,1
Keramiker, Glasmacher	-1,0	-4,6	-2,2
Chemiearbeiter	1,5	0,5	0,0
Papierhersteller, Drucker	0,4	-0,5	-0,7
Holzaufbereiter, Tischler	-1,9	-2,2	-1,2
Metallbearbeiter	0,1	-2,1	-1,7
Schlosser, Werkzeugmacher	-0,3	-0,8	0,1
Elektriker	2,7	0,3	0,8
Montierer, Metallberufe	-2,0	-2,7	-0,8
Textil-, Bekleidungsberufe	-6,0	-3,7	-3,9
Lederverarbeiter	-5,1	-4,5	-4,5
Ernährungsberufe	-0,2	-0,3	-0,1
Bauberufe	-4,4	-4,6	-3,1
Bau-, Raumausstatter	-4,3	-4,1	-1,4
Maler u.a.	0,6	-0,8	0,1
Wartung (Mechaniker, Maschinisten)	0,6	-0,5	-0,8
Technische Dienste	2,2	0,9	1,4
Ingenieure, Physiker	2,9	2,1	2,4
Techniker	1,9	0,4	0,9
Lager, Verkehr	0,0	-1,2	-1,1
Warenprüfer, Versandbereiter	-0,9	-2,0	-1,5
Verkehrs-, Lagerberufe	0,3	-1,1	-1,1
Kaufmännische und Verwaltungsdienste	1,9	0,9	0,8
Warenkaufleute	1,3	0,4	0,5
Dienstleistungskaufleute	2,5	1,7	2,0
Organisations-, Büroberufe	2,2	1,1	0,7
Soziale Dienste	4,3	4,0	3,5
Gesundheitsberufe	4,0	3,7	3,8
Sozial-, Erziehungsberufe	4,7	4,7	2,9
Sonstige Dienste	0,6	0,5	0,2
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	2,1	1,5	1,1
Allgemeine Dienstleistungsberufe	0,2	0,3	0,0
Künstlerische Berufe	3,4	1,4	0,9

(a) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate.

Quelle: Herrmann [1989a, Tabellen 3, 7 und 10]; eigene Berechnungen.

weit überdurchschnittlich war: Die Beschäftigung in diesem Bereich wuchs pro Jahr um 0,8 vH schneller als im Durchschnitt aller Bundesländer und um 1,3 vH schneller als in Schleswig-Holstein insgesamt. Von

Tabelle 49 - Zur Entwicklung der Fertigungstätigkeiten im Hamburger Umland, in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1984-1987 (vH) (a)

	Hamburger Umland	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Fertigung	0,5	-0,5	0,8
Steinbearbeiter	-4,0	-5,7	-2,2
Keramiker, Glasmacher	1,8	-2,0	0,1
Chemiearbeiter	4,1	2,2	2,0
Papierhersteller, Drucker	2,1	1,5	1,3
Holzaufbereiter, Tischler	-1,7	-1,6	-0,5
Metallbearbeiter	2,6	0,7	2,1
Schlosser, Werkzeugmacher	0,7	-0,3	1,5
Elektriker	3,5	1,2	1,9
Montierer, Metallberufe	1,6	0,5	4,7
Textil-, Bekleidungsberufe	-0,2	-0,4	-1,0
Lederverarbeiter	-7,4	-3,1	-2,9
Ernährungsberufe	0,8	0,8	0,2
Bauberufe	-3,3	-3,1	-2,3
Bau-, Raumausstatter	-4,4	-2,1	-1,2
Maler u.a.	-0,2	-0,8	1,2

(a) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate.

Quelle: Herrmann [1989a, Tabellen 4, 7 und 11]; eigene Berechnungen.

den übrigen Regionen des Landes konnte hier nur Dithmarschen (ROR 3) einigermaßen Schritt halten (Tabelle 50). Andererseits stagnierte die Beschäftigung in den kreisfreien Städten (insbesondere im Dienstleistungszentrum Kiel mit seinem traditionell hohen Anteil von Beschäftigten im Bereich der Technischen Dienste) in den achtziger Jahren; in den Landkreisen außerhalb des Hamburger Umlands zusammengenommen zeigten sich Beschäftigtenzuwächse, aber deutlich niedrigere Zuwachsraten als im Bundesdurchschnitt (Tabelle 51). Das Hamburger Umland hat aufgrund der raschen Entwicklung bis zum Ende der achtziger Jahre in bezug auf den Beschäftigtenanteil technischer Dienste nur noch einen geringen Abstand zum Durchschnitt aller Bundesländer.

Entsprechendes gilt im wesentlichen für die kaufmännischen und Verwaltungsdienstleistungen. Im Hamburger Umland waren weitaus größere Zuwächse zu verzeichnen als im Bundesgebiet insgesamt (Tabelle 50). Die Entwicklung in den kreisfreien Städten stagnierte, während die Landkreise außerhalb des Hamburger Umlands sogar eine etwas größere

Tabelle 50 - Zur Entwicklung der Beschäftigung bei hochwertigen produktionsorientierten und sozialen Dienstleistungen in den Raumordnungsregionen (a) Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1980-1987 (vH) (b)

	ROR 1	ROR 2	ROR 3	ROR 4	ROR 5a	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Technische Dienste	0,5	0,0	1,2	0,2	2,2	0,9	1,4
Ingenieure,							
Physiker	1,1	1,6	2,5	1,8	2,9	2,1	2,4
Techniker	0,3	-0,6	1,1	-0,4	1,9	0,4	0,9
Kaufmännische und Verwaltungsdienste							
Warenkaufleute	1,0	0,3	0,9	0,4	1,9	0,9	0,8
Dienstleistungskaufleute	0,5	-0,5	0,4	0,2	1,3	0,4	0,5
Organisations-, Büroberufe	1,7	0,8	3,3	1,3	2,5	1,7	2,0
Soziale Dienste	1,2	0,5	0,6	0,3	2,2	1,1	0,7
Gesundheitsberufe	3,6	4,4	4,2	3,6	4,3	4,0	3,5
Sozial-, Erziehungsberufe	3,7	3,8	3,0	3,3	4,0	3,7	3,8
	3,4	5,3	6,4	4,3	4,7	4,7	2,9

(a) ROR 1 = Schleswig; ROR 2 = Mittelholstein; ROR 3 = Dithmarschen; ROR 4 = Ostholstein; ROR 5 = Hamburg; ROR 5a = Hamburger Umland. -
 (b) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate.

Quelle: Herrmann [1989a, Tabellen 3, 7 und 10]; eigene Berechnungen.

Beschäftigungszunahme verzeichnen konnten als es im Durchschnitt aller Bundesländer der Fall war (Tabelle 51).

Dagegen fand die rasche Zunahme der Beschäftigung im Bereich der sozialen Dienste weitaus gleichmäßiger in den Regionen des Landes statt (Tabellen 50 und 51).

Zusammenfassend läßt sich die regionale Entwicklung in Schleswig-Holstein folgendermaßen charakterisieren:

- Die Kreise des *Hamburger Umlands*, insbesondere Stormarn und Segeberg, haben sich seit 1970 bis heute sehr dynamisch entwickelt. Dies gilt insbesondere seit dem Wirtschaftsaufschwung nach 1982. Die Beschäftigung im Industriebereich entwickelte sich günstig, und es gab kräftige Zuwächse der Beschäftigtenzahl bei hochwertigen Dienstleistungen im technischen und kaufmännischen Bereich. Das Hamburger Umland ist eine Wachstumsregion auch im Vergleich zu anderen Regionen in der Bundesrepublik.

Tabelle 51 - Zur Entwicklung der Beschäftigtenstruktur in Schleswig-Holstein im Vergleich zur Bundesrepublik 1980-1987 (vH)
(a)

	Schleswig-Holstein				Bundesrepublik
	Hamburger Umland	kreisfreie Städte	übrige Landkreise	insgesamt	
Fertigung	-1,1	-2,4	-2,1	-1,9	-1,1
Wartung	0,6	-1,6	-0,4	-0,5	-0,8
Technische Dienste	2,2	0,0	0,8	0,9	1,4
Lager, Verkehr	0,0	-2,2	-1,4	-1,2	-1,1
Kaufmännische und Verwaltungsdienste	1,9	0,1	1,1	0,9	0,8
Soziale Dienste	4,3	4,0	4,0	4,0	3,5
Sonstige Dienste	0,6	-0,3	1,1	0,5	0,2

(a) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate.

Quelle: Herrmann [1989a, Tabelle 3]; eigene Berechnungen.

- In den *kreisfreien Städten*, insbesondere in Lübeck und Kiel, verlief dagegen die wirtschaftliche Entwicklung über den gesamten Zeitraum gesehen recht ungünstig: das Wachstum blieb zumeist schwach, und die Beschäftigung nahm stärker ab oder geringer zu als im Landesdurchschnitt. Besonders auffällig ist der starke Rückgang der Industriebeschäftigten in Lübeck und Kiel und nur eine unterdurchschnittliche Zunahme der Beschäftigung bei hochwertigen Dienstleistungen im technischen und kaufmännischen Bereich (dies betrifft alle kreisfreien Städte). Die Städte Flensburg, Lübeck und Kiel sind Standorte einer "alten" Industrie (Schiffbau); die sektoralen Anpassungsprobleme waren hier besonders spürbar.
- Die *übrigen Landkreise* haben sich hinsichtlich Wachstum und Beschäftigung recht unterschiedlich entwickelt, wenngleich zumeist günstiger als die kreisfreien Städte. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre waren diese Kreise z.T. Nutznießer räumlicher Dekonzentrationsprozesse in der Industrie. Zwar blieben die Landkreise in den achtziger Jahren im Wachstum zurück, die Beschäftigung entwickelte sich doch zumeist recht günstig, insbesondere im Vergleich zu Kiel und Lübeck.

Die wirtschaftliche Entwicklung von Schleswig-Holstein ist innerhalb des Landes somit recht unterschiedlich verlaufen. Der Rückstand des

Landes gegenüber dem Bundesgebiet im Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum ist nicht auf das Hamburger Umland, sondern auf die vergleichsweise ungünstige Entwicklung in den weiter von Hamburg entfernten Gebieten und hier in erster Linie auf die mangelnde Dynamik in den kreisfreien Städten an der Ostseeküste zurückzuführen.

C. Standortfaktoren der Wirtschaft Schleswig-Holsteins

Für die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins im Vergleich zu anderen Bundesländern - insbesondere im Hinblick auf das Zurückbleiben im Wirtschaftswachstum nach 1977 - sind wahrscheinlich, wie die Analyse in Kapitel B gezeigt hat, neben sektoralen Einflüssen auch andere Faktoren verantwortlich. Eine wichtige Rolle dürften Standortfaktoren spielen. Im Vordergrund steht im folgenden die Frage, ob sich die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts¹ Schleswig-Holstein seit Ende der siebziger Jahre vermindert hat bzw. ob sich vorhandene Standortnachteile verstärkt auswirken.

Von den Standortfaktoren ist zunächst die relativ periphere Lage des Landes zu den wirtschaftlichen Zentren in der Bundesrepublik und in Europa zu nennen. Wenn dieser Faktor von Bedeutung ist, müßte sich nachweisen lassen, daß sich die geographische Lage Schleswig-Holsteins zu den wichtigsten Absatz- und Bezugsmärkten gerade in den vergangenen zehn bis zwölf Jahren nachhaltig verschlechtert hat.

Weiterhin dürften folgende Faktoren relevant sein:

- Lagenachteile können abgebaut oder verstärkt werden, je nachdem, ob sich die Verkehrsanbindung und die Kommunikationsinfrastruktur im Vergleich zu anderen Regionen verbessert oder verschlechtert.
- Von der Ausstattung mit Forschungs- und Technologieinfrastruktur können die Entwicklungsaktivitäten ortsansässiger Unternehmen positiv beeinflußt werden, so daß die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf den Weltmärkten zunimmt.
- Für die Attraktion von Unternehmen und Investitionen sind die Lohn- und Gehaltsniveaus sowie Preise für Boden, Energie und Umwelt ebenso von Bedeutung wie die Verfügbarkeit von Ansiedlungsflächen.
- Staatliche Vorgaben wie Steuern, Subventionen oder Regulierungen, können die relative Attraktivität eines Standorts beeinflussen, soweit sie regional unterschiedlich wirksam sind.

Ebenfalls von Bedeutung können "weiche" Standortfaktoren sein, wie das Image einer Region und die Ausstattung mit verbrauchernaher

¹ Die Wettbewerbsfähigkeit einer Region im Standortwettbewerb hängt nicht zuletzt davon ab, ob es der Region gelingt, komplementäre mobile Faktoren, insbesondere Sach- und Humankapital, an sich zu ziehen und zu binden [vgl. z.B. Giersch, 1988, S. 11; Paqué, 1989, S. 32].

Infrastruktur, wie z. B. das kulturelle Umfeld oder der Freizeitwert einer Region. Diese dürften dann eine Rolle spielen, wenn es darum geht, zusätzliche nichtpekuniäre Anreize für das Anwerben mobiler hochqualifizierter Arbeitskräfte zu setzen. Solche Faktoren entziehen sich aufgrund der Vielfalt individueller Präferenzen freilich weitgehend einer generalisierenden Bewertung und bleiben daher hier außer Betracht.

I. Zur Relevanz der einzelnen Standortfaktoren

Unter den aufgezählten Standortfaktoren einschließlich der Lage selbst gibt es vermutlich eine Hierarchie hinsichtlich ihres Einflusses auf die wirtschaftliche Entwicklung, die im Zeitablauf Veränderungen unterliegt.¹ Welches Gewicht den einzelnen Standortfaktoren dabei zukommt, läßt sich allerdings nicht eindeutig bestimmen.

Unternehmen selbst schätzen den Einfluß der einzelnen Faktoren sehr unterschiedlich ein. Übersicht 2 gibt einen Überblick über die Ergebnisse verschiedener in der Literatur dokumentierter Unternehmensbefragungen und die Bedeutung der Faktoren für die befragten Unternehmen (gemessen an der Häufigkeit der Nennung). Es zeigt sich, daß die Befragungen nicht zu übereinstimmenden Ergebnissen führen. Daher ist eine Gewichtung - etwa in Form eines numerischen Standortindikators - nicht möglich; auch eine ordinale Rangfolge bleibt mit großen Unsicherheiten behaftet.

Dennoch läßt sich feststellen, daß zur Gruppe der wichtigen Faktoren

- die Lage insbesondere zu den Absatz-, aber auch zu den Bezugsmärkten, und zwar in Verbindung mit der Qualität und Leistungsfähigkeit der Verkehrsanbindung,

¹ Dabei kommt es weniger auf den Beitrag jedes einzelnen Faktors, als vielmehr auf das Zusammenwirken und die Interaktion des gesamten Faktorenbündels an. Aus diesem Grund erscheint das methodische Vorgehen von Geppert et al. (1987), die im Rahmen einer Querschnittsanalyse jeden einzelnen Standortfaktor für sich genommen mit dem Wachstum des BIP in den einzelnen Regionen der Bundesrepublik korrelieren, wenig problemadäquat. Ihr Resultat, daß die einzelnen Faktoren keinen signifikanten Einfluß ausüben, überrascht wenig. Denn erst der simultane Einfluß aller Faktoren bestimmt, ob ein Standort wettbewerbsfähig ist oder nicht.

Übersicht 2 - Rangfolge der wichtigsten Standorteigenschaften in verschiedenen empirischen Untersuchungen

Quelle	Wolff [1974]	Brede [1971]	Fährst et al. [1973]	Ballestron [1974]	IKK-Koblenz [1973]	Kaiser, Hörner [1976]	Freund, Zabel [1978]	Brinkmann, Schliebe [1975]
Ansiedlungszeitraum der befragten Unternehmen	1945-71	1955-64	1966-70	1966-71	1967-72	nicht eingegrenzt	1970-75	
Ansiedlungsregionen der befragten Unternehmen	Hessen	Bundesrepublik	Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Bayern, Hessen	Nordrhein-Westfalen	IKK-Bezirk Koblenz	Stadtregion Köln	Saarland, Westpfalz	Bundesrepublik
Rangfolge der wichtigsten Standortanforderungen	<ol style="list-style-type: none"> 1. quantitativ und qualitativ ausreichendes Betriebsgelände 2. ausreichendes Arbeitskräftepotential 3. niedrige Grundstückspreise 4. öffentliche Finanzierungsbeihilfen 5. vorhandene Betriebsgebäude 6. günstige Verkehrslage zu Absatzmärkten 7. sonstige Standortentscheidungsgründe 8. günstige Verkehrslage zu Bezugsmärkten 9. Sonderabschreibungen 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Arbeit 2. Möglichkeiten der räumlichen Ausdehnung 3. Boden 4. Absatz 5. Steuern und Öffentliche Vergünstigungen 6. Transportkosten 7. Führungsvorteile 8. persönliche Präferenzen 9. natürliche Bedingungen 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Anschluß an überregionales Verkehrsnetz 2. Grundstücksreserven 3. preiswerte Grundstücke 4. Angebot ungelerner Arbeitskräfte 5. Angebot von Fachkräften 6-8. niedrige Erschließungskosten 6-8. Investitionsbeihilfen, Sonderabschreibungen 6-8. Kredithilfen 9. gemeinsindliches Interesse an Problemen der Unternehmer 	<ol style="list-style-type: none"> 1. verfügbare Arbeitskräfte 2. Grundstücksreserven 3. Grundstückspreis 4. Verkehrslage 5. erschlossenes Grundstück 6. vorhandene Gebäude und Anlagen 7. Hilfe bei Grundstückserwerb 8. Baukosten 9. Hilfe bei Grundstückserschließung 	<ol style="list-style-type: none"> 1. fehlende Ausdehnungsmöglichkeiten am alten Standort 2. Arbeitskräfte-reserven 3. sonstige Gründe (Rohstoffvorkommen, Übernahmen) 4. zentralere Lage zu den Hauptabsatzgebieten 5. Verkehrsverhältnisse 6. private Gründe 7. sonstige Faktoren 8. öffentliche Förderung 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Arbeitsmarkt 2. Verkehr und Transport 3. Boden und Gebäude 4. allgemeine Infrastruktur 5. Absatz und Beschaffung 6. industrielle Ballungen 7. niedrige Erschließungskosten 9. starkes Interesse der Gemeinden an Problemen der Unternehmen 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Grundstücksreserven für Erweiterungs-möglichkeiten 2. guter Anschluß an Autobahnen und Bundesstraßen 3. Investitionsbeihilfen des Staates 4. preiswerte Grundstücke 5. ausreichendes Angebot an gut ausgebildeten Facharbeitern 6. Kundennähe 7. niedrige Erschließungskosten 8. ausreichendes Angebot an ungelerten Arbeitskräften 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Flächen und Gebäude 2. Arbeitskräfteangebot 3. Absatz und Transport 4. private Gründe 5. Öffentliche Förderung 6. Rohstoffe

Quelle	Lammers, Soltvedel [1986, S. 63]	Baum, Graf [1987, S. 36 ff., 153 ff.]	Ruppert [1989, S. 22]	Wirtschaftswoche [1989, S. 53]
Ansiedlungszeitraum der befragten Unternehmen	1980-84	nicht eingegrenzt		
Ansiedlungsregionen der befragten Unternehmen	Schleswig-Holstein	Großraum Köln	Bundesrepublik	
Rangfolge der wichtigsten Standortanforderungen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ansiedlungsflächen 2. Verhalten der Behörden 3. Sonderabschreibungen 4. Investitionszulagen 5. Straßenanbindung, Investitionszuschuß 6. ERP-Regionalkredite 7. Mittelstandsstrukturprogramm 	<ol style="list-style-type: none"> 1. ausreichende Grundstücksfläche 2. Nähe zu Fernverkehrswegen 3. Bodenpreise, Immobilien-Kaufpreise, Miete, Pacht 4. An- und Abfuhr von Gütern im Straßennetz 5. Nähe zum Absatzmarkt 6. positive Erwartungen über die verkehrsmäßige Anbindung 7. Angebot an Arbeitskräften 8. geringe Transportkosten der abgesetzten Güter 9. geringe Transportkosten von Beschaffungsgütern 10. Nähe zu Roh-, Grundstoffen und anderen Beschaffungsgütern 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Qualifikation der Mitarbeiter 2. Stückkosten 3. Personalsatzkosten 4. Arbeitsproduktivität 5. Direktlohn 6. Kundennähe 7. Unternehmensbesteuerung 8. Verfügbarkeit von Arbeitskräften 9. Infrastruktur 10. Behördliche Vorschriften 11. Betriebsanstellungszeit 12. Arbeitszeit, -regelungen 13. Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften, sozialer Konsum 14. Energieversorgung, -kosten 15. Nähe zum Vorlieferanten 16. Staatliche Industriepolitik 17. Arbeitsrechtliche Bestimmungen 18. Betriebsklima, Arbeitsmotivation 19. Kapitalbeschaffung 	<ol style="list-style-type: none"> 1. positive Einstellung der Bevölkerung zur Wirtschaft 2. keine zu großen Auflagen der Behörden 3. schnelle Erreichbarkeit von Autobahnen 4. hohe Servicefreundlichkeit der Behörden 5. wenig Staus auf der Autobahn in der Nähe 6. hohe Planungssicherheit bei Behörden 7. Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften 8. hohe Entscheidungskompetenz der Stadt 9. hoher Freizeit- und Wohnwert 10. kurze Bearbeitungszeit bei Bauvorhaben 11. gute Sozialstruktur der Bevölkerung 12. gutes kulturelles Angebot 13. hohe Qualität der Arbeitsämter 14. ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen 15. Nähe zum Flughafen 16. kurze Wege zu Behörden 17. Pünktlichkeit der Bahn 18. Pünktlichkeit von Flugzeugen 19. geringes Effektivlohn-niveau

- die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen und die Bodenpreise, sowie
- die Qualifikation der Arbeitskräfte und die Arbeitskosten im weitesten Sinne gehören.

Die Rangfolge bemißt sich letztlich danach, in welchem Ausmaß die Kosten der an einem Standort tätigen Unternehmen von den einzelnen Standortfaktoren beeinflußt werden. Im Hinblick auf den Strukturwandel der Wirtschaft wird man hinzufügen müssen, daß auch die Nähe zu Forschungseinrichtungen und damit ein erleichterter Technologietransfer noch zu den wichtigen Faktoren zählt. Angesichts gestiegener Realeinkommen und eines höheren Anteils der Freizeit kann man annehmen, daß auch "weiche" Standortfaktoren (wie z.B. die Ausstattung mit kulturellen und Freizeiteinrichtungen) an Bedeutung gewonnen haben.

Wie stark die wirtschaftsgeographische Lage für sich genommen die wirtschaftliche Entwicklung fördert oder behindert, hängt davon ab, welchen Anteil Transportkosten im weitesten Sinne am Produktionswert einnehmen. Raumüberwindung ist stets mit Informations-, Transaktions- und Beförderungskosten verbunden. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung ist deren Anteil am gesamtwirtschaftlichen Produktionswert zurückgegangen.¹ Die steigende Humankapitalintensität hat die Bedeutung der Transportkosten zurückgehen lassen. Zudem sind diese Kosten selbst im Laufe des Entwicklungsprozesses stark gefallen, d.h., daß periphere Standorte damit in wirtschaftlicher Hinsicht näher an die Zentren herangerückt sind.

Als hemmend für das regionale Wachstum können sich jedoch Mängel in der großräumigen *Verkehrsanbindung* erweisen. Wenn die externen Verkehrsverbindungen einer Region nur schwach ausgeprägt sind, werden natürliche Lagenachteile verstärkt. Zu den eigentlichen Transportkosten treten Opportunitätskosten aus Zeitverzögerungen; die Einbindung der Region in die Arbeitsteilung auf nationaler und internationaler Ebene

¹ Gewichtsabhängige Transportkosten spielten eine relativ bedeutende Rolle bei rohstoffintensiven Produkten und bei Erzeugnissen der Schwerindustrie. So ist die Standorttheorie Alfred Webers geprägt von der Suche eines Industrieunternehmens nach dem transportkostenminimalen Standort [vgl. Schätzl, 1988].

wird beeinträchtigt.^{1,2} Insbesondere dann, wenn durch eine abnehmende Fertigungstiefe in den Unternehmen [vgl. hierzu Klodd, Schmidt et al., 1989] die Arbeitsteilung zunimmt, ergeben sich für diejenigen Regionen Wettbewerbsnachteile, die sich mangels guter Erreichbarkeit von Abnehmern und Zulieferern nicht als Standort in dieser intensivierten Arbeitsteilung anbieten. Ist eine Region dagegen rasch erreichbar, werden natürliche Lagenachteile ausgeglichen. Die in Übersicht 2 dokumentierten Unternehmensbefragungen zur Relevanz der verschiedenen Standortfaktoren für die Ansiedlungsentscheidungen von Unternehmen zeigen, daß die Marktnähe, d.h. die Lage zu Abnehmern und Zulieferern im Zusammenhang mit der verfügbaren Verkehrsinfrastruktur für die Standortentscheidung als wichtig angesehen wird.³

Innerhalb der verschiedenen Kategorien der Verkehrsanbindung spielt vermutlich die Eisenbahn zumindest im Flächenverkehr heutzutage nicht mehr dieselbe Rolle wie früher. Für die großräumige Anbindung ist sie indes immer noch von Bedeutung.⁴ Der Straßenverkehr ist nunmehr in der Fläche das raumprägende Verkehrsmittel [vgl. Müller, Drude, 1971]. In der großräumigen Anbindung sind vor allem die Autobahnen von Belang, ebenso die Erreichbarkeit von Flughäfen, nachdem der Luftverkehr in den letzten Jahrzehnten einen starken Aufschwung genommen hat. Für Schleswig-Holstein in seiner Küstenlage sind darüber hinaus auch die Häfen von besonderer Bedeutung.

Zur Verkehrserschließung im weitesten Sinne gehört auch die Ausstattung und Nutzung der *Telekommunikationsinfrastruktur*. Insbesondere

¹ Bastiat [1880, S. 145 f.] zieht den plakativen Vergleich zwischen institutionellen Handelshemmnissen wie Zöllen und unpassierbaren Verkehrswegen.

² Die Transportkosten selbst werden dabei auch von der bislang strengen Regulierung im gewerblichen Verkehrswesen beeinflusst; sie waren stets höher, als sie es unter Wettbewerbsbedingungen sein müßten.

³ Die Verkehrsinfrastruktur für sich genommen nimmt einen mittleren Rang in der Skala der relevanten Faktoren ein, gewinnt aber im Zusammenhang mit der Lage beträchtlich an Gewicht.

⁴ Der Rückgang der Anteile der Eisenbahn am Transportvolumen im Personen- und Güterverkehr ist zu einem guten Teil durch eigene Versäumnisse der Bahn bedingt - zurückzuführen auf fehlende Anreize zu effizienter Produktion wegen der langjährigen Abschirmung vor den Folgen des Wettbewerbs [vgl. Soltwedel et al., 1986, Kapitel G].

im Zusammenhang mit dem Wachstum des Dienstleistungssektors, der zunehmend das Angebot von Informationsbeschaffung, -bündelung und -vermittlung umfaßt, hat die Bedeutung der Kommunikationsinfrastruktur als standortbildender Faktor - auch im Verhältnis zur Verkehrsinfrastruktur - in den letzten Jahren zugenommen. Die Anbindung an neue Medien und Übertragungsnetze verringert die Kosten der Raumüberwindung und mildert räumliche Randlagen [Giersch, 1984, S. 147 f.; Soltwedel, 1986, S. 56].¹

Eine Region kann auch attraktiv für Investoren sein, wenn sie z. B. besonders günstige Voraussetzungen für die Ansiedlung technologieintensiver Produktionszweige bietet. Solche Voraussetzungen können in einer dichten *Forschungs- und Technologieinfrastruktur*, in einer hohen Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsintensität der einheimischen Unternehmen und in einem hohen Ausbildungsstand der Arbeitskräfte bestehen.

Man mag hiergegen einwenden, die Existenz von Lehr- und Forschungseinrichtungen begründe keinen Standortvorteil mehr, weil Hochschul- und Fachhochschulabsolventen sehr mobil seien und weil Forschungsergebnisse angesichts der hochentwickelten Kommunikationsinfrastruktur auch von nicht in unmittelbarer Nähe der Forschungseinrichtungen gelegenen Unternehmen verwertet werden könnten [Geppert et al., 1987, S. 420]. Hierbei kommt es aber auf ein innovations- und forschungsintensives Klima innerhalb einer Region an. Als Standort für forschungsintensive Unternehmen kommt eine Region in Betracht, die über einen attraktiven Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Arbeitskräfte verfügt, d. h. ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochqualifizierte bietet. Hier können öffentliche Forschungseinrichtungen dazu beitragen, die Attraktivität des Arbeitsmarktes zu steigern. Hinzu kommen die gegenseitigen Fühlungsvorteile, insbesondere dann, wenn ein Technologietransfer von der öffentlichen Grundlagen- zur privaten Anwendungsforschung erfolgt. In dem Maße, in dem sich Unternehmen ansie-

¹ Die Bedeutung der Kommunikationsinfrastruktur wird auch daran deutlich, daß 95 vH aller in Schleswig-Holstein von den Industrie- und Handelskammern befragten Unternehmenangaben, von funktionierenden Telefonverbindungen und anderen Kommunikationsnetzen abhängig zu sein [Verband der Industrie- und Handelskammern des Landes Schleswig-Holstein, o. J.].

deln, die selbst technologieintensiv produzieren und Arbeitsplätze für Hochqualifizierte schaffen, steigt die regionale Produktivität insgesamt.

Zumindest ebenso wichtig wie die Lage und Erreichbarkeit sind im Urteil ansiedlungswilliger Unternehmen die lokalen Faktorkosten. Auch marktferne und periphere Regionen können als Standort für Unternehmenserweiterungen, Betriebsstättenverlagerungen oder neugegründete Unternehmen attraktiv sein, wenn die Kosten lokaler und immobiler Produktionsfaktoren so weit unter denen in zentraleren Regionen liegen, daß Lage- und Transportkostennachteile kompensiert werden [Eekhoff, 1988, S. 668]. Dazu zählen die *Arbeitskosten* (unter Berücksichtigung der Produktivität und der regionalen Terms of trade [vgl. Donges, Schmidt et al., 1988, S. 103 ff.]) sowie Grundstücks- und Immobilienpreise.

Ist ein Standort von den Lohnkosten her hinreichend attraktiv, so zieht er mobiles Kapital als komplementären Faktor an sich.^{1,2} So hat beispielsweise das Saarland seine Lagenachteile noch Ende der sechziger Jahre durch ein weit unterdurchschnittliches Lohnniveau ausgleichen und beträchtliche Ansiedlungserfolge erzielen können [Eekhoff, 1988, S. 668]. Arbeit muß relativ zu anderen Standorten um so billiger sein, je

- höher die regionale Arbeitslosigkeit ist,
- peripherer die Region liegt und
- unattraktiver die Region insgesamt für Investoren ist.

Das wird um so wichtiger, wenn sich andere Standortfaktoren im Zeitablauf verschlechtern oder wenn struktureller Anpassungsbedarf entsteht, also angestammte Arbeitsplätze ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Soll einem Anstieg der regionalen Arbeitslosigkeit durch das Attrahieren komplementären Kapitals vorgebeugt werden, ist ein Gleichschritt des Lohnanstiegs nicht mehr durchzuhalten [Soltwedel, 1987, S. 135].

Niedrige oder fallende *Boden- und Immobilienpreise sowie Mieten* haben in diesem Zusammenhang eine doppelte Funktion: Einerseits ver-

¹ Die Bedeutung der Arbeitskosten wird anhand des Anteils der Personalkosten am Bruttoproduktionswert im Verarbeitenden Gewerbe von mehr als einem Viertel deutlich [Statistisches Bundesamt, b, 1989, S. 166].

² Die "List des (marktwirtschaftlichen) Systems" [SVR, 1967, Tz. 254] besteht darin, daß regional relativ reichlich vorhandene Faktoren - wie Arbeit bei überdurchschnittlicher regionaler Arbeitslosigkeit - zusätzliche Nachfrage auf sich ziehen, indem sie sich verbilligen und so komplementär zu knappen Faktoren machen [Soltwedel, 1987, S. 135].

bessern sie die Standortqualität für die Unternehmen direkt. Auf der anderen Seite geben sie auch Spielraum für niedrigere Löhne, weil sie niedrigere lokale Lebenshaltungskosten nach sich ziehen.¹

Nicht zu vernachlässigen als Standortfaktor sind weiterhin die *Energiekosten*. Allein die Stromkosten, die rund 60 vH der gesamten Energiekosten ausmachen, entsprechen im Durchschnitt der Industrie etwa der Umsatzrendite [Necker, 1989a, S. 6 f.]. Vergleichsweise hohe Energiekosten können deshalb die Qualität eines Standorts vor allem für die Industrie spürbar beeinträchtigen.² In eingeschränkterem Maße dürfte das auch für die Kosten vergleichbarer Vorleistungen - wie Brauch- und Abwasser - gelten.

Positiv wie negativ kann die Standortqualität durch *Umweltschutzkosten* beeinflusst werden. Auf der einen Seite wird die Attraktivität eines Standorts beeinträchtigt, wenn hier (anders als an konkurrierenden Standorten) Umwelt tatsächlich als das behandelt wird, was es mittlerweile ist: als knapper Produktionsfaktor. Denn mobiles Kapital geht bei derartigen Unterschieden in der Umweltpolitik dorthin, wo die Erträge nicht mit Kosten des Umweltschutzes belastet werden. Auf der anderen Seite wird die Qualität eines Standorts verbessert - vor allem für Unternehmen, die eine intakte Umwelt als Produktionsfaktor einsetzen und denen durch Umweltverschmutzung Kosten entstehen -, wenn für den Einsatz von Umwelt ein Entgelt zu entrichten ist. In jedem Fall bedeutet praktizierter Umweltschutz eine Einbuße an verteilbarem Produktivitätsfortschritt. Dem steht als positiver Faktor eine bessere regionale Umweltqualität gegenüber. Je mehr die Umwelt an einem Standort geschützt wird, desto geringer müssen die Kosten immobiler Faktoren sein, denn mobile Faktoren könnten abwandern, wenn ihnen die Kosten angelastet würden. Die Standortqualität hinsichtlich der Umweltkosten wird per saldo davon abhängen, inwieweit Mehrkosten für den Umweltschutz durch

¹ "Was der Boden in strukturschwachen Regionen durch niedrige Grundstückspreise und billiges Wohnen an Attraktion zur Geltung bringt, sollte sich auch am Arbeitsmarkt niederschlagen, damit mehr Arbeitsplätze zu den Arbeitslosen wandern und nicht die Arbeit zum Kapital gehen muß" [Giersch, 1988, S. 18].

² Vor allem im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe schlagen sie mit rund 5 vH vom Produktionswert zu Buche [Statistisches Bundesamt, b, 1989, S. 166].

geringere Kosten bei den immobilien Faktoren kompensiert werden können.

Schließlich können auch noch staatliche Rahmendaten im fiskalischen Bereich die Standortwahl beeinflussen, soweit sie regional unterschiedlich sind. Bei den Steuern trifft dies vor allem auf die Grund- und Gewerbesteuern zu, auf der Ausgabenseite auf die Angebote regionaler Wirtschaftsförderung. Die Belastung der Unternehmen mit Grund- und Gewerbesteuern¹ hängt von der Höhe der kommunal festzulegenden Hebesätze ab. Aus der Höhe der jeweiligen Hebesätze läßt sich ein Bild über die relative Attraktivität eines Standorts ableiten. Gemeinden mit hohen Realsteuerhebesätzen sind als Unternehmensstandorte tendenziell weniger attraktiv, weil sie die Erträge und die eingesetzten Produktionsfaktoren (Boden und Kapital) stärker belasten.

Dagegen könnte grundsätzlich eingewendet werden, daß über die Attraktivität eines Standorts erst eine synoptische Betrachtung von belastenden Hebesätzen und den Unternehmen gewährten öffentlichen Leistungen entscheiden kann. Freilich fragt sich, ob man aus der Höhe von Gewerbesteuerhebesätzen auch tatsächlich auf ein entsprechendes Angebot öffentlicher Leistungen, die für Unternehmen relevant sind, schließen darf. Ein nicht unbedeutender Teil der kommunalen Leistungen liegt im sozialen Bereich.² Insbesondere die Belastung mit Sozialhilfezahlungen, auf deren Höhe die Kommunen keinen Einfluß haben, trifft die kommunalen Haushalte stark. Weiterhin kann nicht ausgeschlossen werden, daß viele Gemeinden sehr viel sparsamer sein könnten, als sie es tatsächlich sind, ohne daß dadurch die Qualität der von ihnen angebotenen Leistungen beeinträchtigt würde.³ Dies zeigt, daß keine enge Korrelation zwischen kommunal festgelegten Hebesätzen und dem Angebot der Ge-

¹ Der Anteil der Realsteuern am Bruttoproduktionswert des Unternehmenssektors betrug 1987 reichlich 0,9 vH. Die aufgrund der durchschnittlichen Hebesätze im Bundesgebiet errechneten effektiven Steuersätze betragen 1988 für die Gewerbeertragssteuer 14,3 vH vom Gewinn, für die Gewerbekapitalsteuer 8,4 vH und für die Grundsteuer 2,1 vH [Boss, 1988, S. 20 und 28, Tabelle 13].

² 1980-1983 betrug der Anteil der sozialen Leistungen an den gesamten kommunalen Ausgaben 17 vH, der Bereich Gesundheit, Sport, Erholung machte 16 vH aus. [Boss, Bothe, 1987, S. 147, Tabelle 51].

³ Vgl. hierzu Boss und Bothe [1987], die das Ausgabeverhalten von Gemeinden in der Bundesrepublik und in der Schweiz untersuchten.

meinden an Leistungen für Unternehmen bestehen muß und daß es deshalb angezeigt ist, die Grund- und Gewerbesteuerbelastung isoliert als Standortfaktor zu betrachten.

Soweit unter *Wirtschaftsförderung* ein wirtschaftsfreundliches Verhalten der Behörden, die rasche und unbürokratische Abwicklung von Genehmigungsverfahren und eine umfassende Beratung ansiedlungswilliger wie angestammter Unternehmen oder das Bereitstellen von Daten über die wirtschaftliche Entwicklung und sich abzeichnende Tendenzen verstanden wird, handelt es sich um einen positiven Standortfaktor. Denn durch entsprechende Aktivitäten werden die Transaktionskosten der Unternehmen im weitesten Sinne gesenkt. Diese Form von Wirtschaftsförderung nimmt für betroffene Unternehmen einen zunehmend wichtiger werdenden Platz in der Palette der Standortfaktoren ein.¹ Die Wirtschaftsförderung über *finanzielle Hilfen des Staates* (selektive Steuererleichterungen, Finanzhilfen), die in einer Region vergeben werden, ist hingegen ein ambivalenter Standortfaktor. Auf der einen Seite entlasten sie die Kostenseite der Unternehmen und helfen auch kurzfristig Arbeitsplätze zu erhalten. Ein hoher Grad an gewährten finanziellen Hilfen wäre demnach als positiver Standortfaktor zu interpretieren.² Auf der anderen Seite sind derartige Subventionen auf lange Sicht aber negativ zu beurteilen. Vielfach stellen sie Erhaltungssubventionen dar, sorgen dafür, daß nicht mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze bestehen

¹ In der Studie von Lammers und Soltwedel [1986] rangiert dieser Standortfaktor an zweiter Stelle bei den in Schleswig-Holstein zwischen 1980 und 1984 angesiedelten Unternehmen (Übersicht 2). Eine im Auftrag des Bundesverbandes junger Unternehmer und der Wirtschaftswoche durchgeführte Umfrage aus dem Jahre 1989 ergab, daß rund 80 vH der befragten Unternehmen den verschiedenen Aspekten dieses Standortfaktors eine große oder sehr große Bedeutung zumäßen [Wirtschaftswoche, 1989, S. 38].

² In den verschiedenen Befragungen nahmen Finanzhilfen zwar mittlere Positionen in der Bewertung der Standortfaktoren durch die Unternehmen ein (Übersicht 2). Hierbei muß man allerdings berücksichtigen, daß die Inanspruchnahme öffentlicher Hilfen für die Unternehmen kurzfristig ohne Opportunitätskosten ist und daß daher Mitnahmeeffekte eine große Rolle spielen. So ergab sich in der Untersuchung von Lammers und Soltwedel [1986] anhand einer Kontrollfrage, daß fast die Hälfte derjenigen Unternehmen, für die eine derartige Wirtschaftsförderung eine Rolle spielt, auch ohne diese Hilfen nach Schleswig-Holstein gekommen wäre. Zudem waren die Hilfen nur für ein knappes Achtel dieser Unternehmen wirklich ausschlaggebend [ibid., S. 54].

bleiben und daß die Ressourcenallokation in sektoraler und anderer Hinsicht verzerrt erfolgt. Dadurch wird der Strukturwandel verzögert und die Wachstumsdynamik vermindert. Doch auch dort, wo sogenannte zukunftssträchtige Aktivitäten gefördert werden, wie im Technologiebereich, ist zweifelhaft, ob staatliche Planer die Richtung des Strukturwandels richtig einschätzen können. Die Gefahr, daß damit die Überkapazitäten der Zukunft gefördert werden, ist groß [Klodt, Schmidt et al., 1989]. Aus dieser Sichtweise ist ein hoher Grad an direkter Wirtschaftsförderung eher ein Standortnachteil, zumal in der betreffenden Region die Anpassungsbereitschaft an geänderte Rahmenbedingungen nachläßt und die Eigeninitiative erlahmt.¹ Hinzu kommt, daß die Wirtschaftsförderung finanziert werden muß; dies führt zu einer höheren Steuerbelastung der Privaten oder schränkt die Finanzkraft der Gebietskörperschaften an anderer Stelle ein. Die Folge können geringere Infrastrukturausgaben sein.

Die Entwicklung der oben genannten einzelnen Standortfaktoren in den siebziger und achtziger Jahren soll nunmehr für Schleswig-Holstein näher untersucht werden. Dabei werden als Referenz die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt oder in geeigneten anderen Bundesländern herangezogen. Was Standortvor- oder -nachteile gegenüber anderen europäischen Regionen angeht, so gelten für Schleswig-Holstein analog die Vor- und Nachteile des Standorts Bundesrepublik insgesamt.²

II. Die Standortfaktoren im einzelnen

1. Lage zu den wichtigsten Absatz- und Bezugsmärkten

Innerhalb der Bundesrepublik nimmt Schleswig-Holstein eine Randlage ein. In welchem Ausmaß dies der Fall ist, läßt sich mit Hilfe eines synthetischen Lageindicators³ zeigen: Dazu wird das Absatz- und Liefer-

¹ Dies wird auch als das "Samariter-Dilemma" bezeichnet [Giersch, 1986].

² Vgl. hierzu Boss [1988]; Donges, Schatz [1986]; Klodt, Schmidt et al. [1989]; Soltwedel et al. [1986; 1987].

³ Vgl. Adlung et al. [1979, S. 37 ff.]; Keeble et al. [1981, S. 38 f.]. Der Indikator stellt eine ökonomische Analogie zum physikalischen Gra-

potential der für Schleswig-Holstein relevanten regionalen Märkte mit ihren jeweiligen realen BIP gemessen und mit den Entfernungen Schleswig-Holsteins zu den anderen Regionen gewichtet; entsprechende Kalkulationen werden für Vergleichsregionen angestellt (Tabelle 52).^{1,2} Die durchgeführten Berechnungen zeigen, daß sich die Randlage Schleswig-Holsteins in den siebziger und achtziger Jahren verstärkt hat: Das Lagepotential der zum Vergleich herangezogenen Bundesländer hat deutlich rascher zugenommen. Eine ähnliche Randlage nimmt Schleswig-Holstein danach auch innerhalb Westeuropas ein.

Die Norderweiterung der EG im Jahre 1973 um Dänemark, das Vereinigte Königreich und Irland hat Schleswig-Holsteins so gemessene wirtschaftsgeographische Lage zwar relativ verbessert: Schleswig-Holsteins Indikatorwert ist zwischen 1970 und 1980 von 77 auf fast 82 vH des Durchschnitts gestiegen, diejenigen der anderen Länder sind relativ zum Durchschnitt gefallen (Tabelle 53).

Dieser Integrationsvorteil Schleswig-Holsteins³ wäre jedoch noch stärker ausgefallen, wäre er nicht von einem Trend der Südverlagerung der wirtschaftlichen Aktivität in der Bundesrepublik und in Westeuropa überlagert worden, der bereits in den siebziger Jahren zu beobachten war [Giersch, 1979, S. 633] und der sich in den achtziger Jahren fortgesetzt hat [Donges, Schmidt et al., 1988, S. 102]. Innerhalb der Bun-

ditionsgesetz dar, wonach die wirtschaftlichen Beziehungen um so intensiver sein werden, je näher zwei Regionen zueinander liegen und je bedeutender ihre jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkte sind. Zur Konstruktion des Lageindicators vgl. Anhang I.1.

- ¹ Zum Vergleich mit Schleswig-Holstein wurden Hessen als zentrales Bundesland sowie Baden-Württemberg und Bayern herangezogen, alle Bundesländer mit einer hohen Wachstumsdynamik.
- ² Allerdings sollte man den verwendeten Indikator nicht überinterpretieren. So dominiert die Entfernungskomponente, die Transportkosten werden dadurch überschätzt. Darüber hinaus blendet er wichtige überseeische Handelspartner aus, damit so wichtige Absatz- und Bezugsmärkte wie Nordamerika, Japan und Südostasien. Schließlich soll der Indikator nur Marktpotentiale messen; er sagt also weder etwas darüber aus, ob die Unternehmen eines Standorts Lagevorteile durch tatsächliche Handelsbeziehungen nutzen, noch darüber, ob Lagenachteile durch andere Standortvorteile kompensiert werden können.
- ³ Dieser Vorteil wurde bis Mitte der siebziger Jahre auch genutzt: Die Exporte in das Vereinigte Königreich und nach Skandinavien zeigten noch hohe Zuwachsraten. Dies änderte sich jedoch nach 1976 (vgl. Tabelle 34).

Tabelle 52 - Zur wirtschaftsgeographischen Lage Schleswig-Holsteins und anderer ausgewählter Bundesländer 1970, 1980 und 1987 - Lageindikatoren (a)

In bezug auf	Schleswig-Holstein			Hessen			Baden-Württemberg			Bayern		
	Lage-indikator	1970 =100	relativ (b)	Lage-indikator	1970 =100	relativ (b)	Lage-indikator	1970 =100	relativ (b)	Lage-indikator	1970 =100	relativ (b)
Bundesrepublik												
1970	2,81	100	77,56	4,67	100	128,67	4,07	100	112,54	2,95	100	81,23
1980	3,62	128,8	75,95	6,13	131,3	128,54	5,41	132,9	113,30	3,92	132,8	82,21
1987	3,97	141,3	74,84	6,76	147,7	127,56	6,05	148,6	114,10	4,43	150,2	83,50
EG												
EG-6												
1970	4,49	100	77,36	7,28	100	125,49	6,48	100	111,73	4,96	100	85,42
1980	5,96	132,7	76,27	9,79	134,5	125,32	8,78	135,5	112,29	6,73	135,7	86,12
1987	6,59	146,8	75,54	10,86	149,2	124,59	9,83	151,7	112,80	7,59	153,0	87,07
EG-9												
1970	5,59	100	83,14	8,31	100	123,68	7,33	100	109,00	5,66	100	84,18
1980	7,31	130,8	81,77	11,06	133,1	123,65	9,81	133,8	109,69	7,59	134,1	84,89
1987	8,17	146,2	81,37	12,34	148,5	122,95	11,04	150,6	110,02	8,60	151,9	85,66
EG-12												
1970	5,72	100	83,26	8,47	100	123,30	7,48	100	108,95	5,80	100	84,48
1980	7,50	131,1	81,94	11,28	133,2	123,23	10,04	134,2	109,62	7,80	134,1	85,21
1987	8,38	146,5	81,54	12,59	148,6	122,55	11,30	151,1	109,54	8,83	151,9	85,96
EG und EFTA(c)												
1970	6,23	100	82,59	9,21	100	122,00	8,23	100	109,10	6,51	100	86,31
1980	8,17	131,1	81,59	12,20	132,5	121,88	10,96	133,2	109,56	8,70	133,6	86,97
1987	9,14	146,7	81,32	13,63	148,0	121,22	12,35	150,1	109,82	9,85	151,3	87,64

(a) Mrd. DM/km; vgl. Anhang I.1. - (b) In vH des Durchschnitts der betrachteten Bundesländer. - (c) Ohne Island.

Quelle: DB [a]; IMF [1988]. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg [1986]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, unveröffentlichtes Material; eigene Berechnungen.

desrepublik zeigt sich dies recht deutlich anhand der Entwicklung der regionalen Pro-Kopf-Einkommen (BIP/Einwohner, Tabelle 54). Nordrhein-Westfalen und hier insbesondere die Region um Düsseldorf, die früher das wirtschaftliche Zentrum innerhalb der Bundesrepublik bildete¹, hat

¹ Als gesamtes Bundesland lag Nordrhein-Westfalen nicht an der Spitze. Wohl aber zeigt sich dies bei kleinräumigerer Betrachtung für die Region um Düsseldorf [Giersch, 1979, S. 634, Abbildung 1].

Tabelle 53 - Zur Veränderung der wirtschaftsgeographischen Lage Schleswig-Holsteins und ausgewählter anderer Bundesländer infolge der europäischen Integration 1970, 1980 und 1987 - Veränderung der Lageindikatoren

In Bezug auf die	Schleswig-Holstein			Hessen			Baden-Württemberg			Bayern		
	Lageindikator	EG =100	relativ(a)	Lageindikator	EG =100	relativ(a)	Lageindikator	EG =100	relativ(a)	Lageindikator	EG =100	relativ(a)
	Mrd. DM/km			Mrd. DM/km			Mrd. DM/km			Mrd. DM/km		
EG-6 (1970)	4,49	100	77,36	7,28	100	123,49	6,48	100	111,73	4,96	100	85,42
Veränderung beim Übergang zur Gemeinschaft												
EG-9 (1980)(b)	+2,82	162,8	81,77	+3,78	131,9	123,65	+3,33	131,4	109,69	+2,63	153,0	84,89
EG-9 und EFTA(c)	+0,86	111,8	81,37	+1,14	110,3	122,95	+1,15	111,7	110,02	+1,11	114,6	85,66
EG-12 und EFTA(c) (1987)(b)	+0,97	111,9	81,32	+1,43	111,7	121,22	+1,39	111,2	109,82	+1,15	113,2	87,64

(a) In Vñ des Durchschnitts der betrachteten Bundesländer. - (b) Veränderung gegenüber dem Wert der Vorserie. - (c) Ohne Island.

Quelle: Wie Tabelle 52.

Tabelle 54 - Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (a) nach Bundesländern 1970-1988

	1970	1971	1972	1975	1976	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Schleswig-Holstein	84	85	85	85	87	88	87	87	86	84	85	84	84	84	84	82	83	84(b)	84
Hamburg	170	171	171	172	173	174	172	173	172	172	176	177	179	180	180	179	182	174	174
Wiedersachsen	86	83	84	85	85	84	85	85	85	84	83	85	85	84	83	84	85	85	85
Bremen	193	129	131	132	133	135	135	136	134	134	133	136	136	135	131	130	130	130	128
Wortrhein-																			
Westfalen	103	102	101	102	102	101	101	100	100	99	99	99	98	98	97	97	96	95	95
Hessen	104	105	106	106	105	105	107	107	108	108	108	106	106	107	107	109	109	110	112
Rheinland-																			
Pfalz	86	87	88	87	88	88	89	90	89	90	90	90	91	91	90	89	89	88	88
Baden-Württemberg	105	105	107	107	106	105	105	105	105	104	104	104	104	104	104	105	106	105	106
Bayern	92	92	93	92	92	92	93	94	95	95	95	96	97	97	98	99	100	100	100
Saarland	82	84	84	83	85	87	86	85	85	85	87	90	89	88	87	88	87	87	88
Berlin (West)	116	117	116	115	115	118	115	115	116	115	117	117	117	119	123	124	123	122	112

(a) In Preisen von 1980. - (b) Auf der Basis der vor der Volkszählung 1987 seit 1970 fortgeschriebenen Daten ergibt sich für Schleswig-Holstein für 1987 ein Wert von 83. Dementsprechend sind auch die Werte der Vorjahre etwas höher als hier ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt [t]; eigene Berechnungen.

im Vergleich zu anderen Regionen in der Einkommensentwicklung nicht Schritt halten können; die mittleren und südlichen Bundesländer dagegen haben ihre relative Einkommensposition ausgebaut (Hessen, Bayern) bzw. behauptet (Baden-Württemberg).

In den achtziger Jahren hat sich infolge der fortschreitenden Südverlagerung der wirtschaftlichen Aktivität und der einsetzenden Südinte-

Tabelle 55 - Bedeutung der skandinavischen Länder, der Schweiz und Österreichs für die wirtschaftsgeographische Lage Schleswig-Holsteins und ausgewählter Bundesländer 1987 (Beiträge zu den Lageindikatoren (Mrd. DM/km))

	Schleswig-Holstein	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern
Dänemark	0,37	0,15	0,12	0,12
Schweden	0,25	0,16	0,14	0,14
Norwegen	0,13	0,08	0,07	0,07
Finnland	0,07	0,05	0,05	0,05
Schweiz	0,19	0,54	0,56	0,43
Österreich	0,12	0,19	0,22	0,33

Quelle: Wie Tabelle 52.

gration in der EG die relative Lage Schleswig-Holsteins zu den Absatz- und Bezugsmärkten in Westeuropa tendenziell verschlechtert; das Marktpotential der südlichen Bundesländer hat sich dagegen verstärkt [Soltwedel, 1986, S. 51].

Andererseits weisen die Unterschiede der Pro-Kopf-Einkommen und der Lagepotentiale der Länder darauf hin, daß Schleswig-Holstein mit seiner Nähe zu Hamburg und Skandinavien auch einige Lagevorteile besitzt. In der Nähe zum Dienstleistungszentrum Hamburg, das hinsichtlich der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in den siebziger und achtziger Jahren eine ähnlich dynamische Entwicklung genommen hat wie die süddeutschen Zentren,¹ liegt einer der wichtigsten Standortvorteile Schleswig-Holsteins begründet.² In bezug auf Skandinavien hat Schleswig-Holstein lagemäßig naturgegeben einen Vorteil gegenüber anderen Regionen (Tabelle 55).³ Gleichwohl sollte dabei aber auch nicht

¹ Die Werte der Pro-Kopf-Einkommen von Hamburg sind vermutlich wegen der Einwohner-Wanderungsverluste etwas überhöht.

² Soweit es das Hamburger Umland angeht, ist dieser Vorteil auch gerade in den achtziger Jahren genutzt worden, wie die dortige Entwicklung zeigt.

³ Grundsätzlich gilt das aufgrund der Seewege über die Ostsee auch für das nördliche Osteuropa. In die Berechnung des Lageindicators wurden diese Länder nicht einbezogen, weil für die meisten von ihnen verlässliche Daten über das jeweilige BIP fehlen. Angesichts des geringen Anteils des Außenhandels mit diesen Ländern (4 vH der Exporte Schleswig-Holsteins, 3,5 vH der der Bundesrepublik gehen in die

übersehen werden, daß die südlichen EFTA-Länder Österreich und die Schweiz für Schleswig-Holstein im Vergleich zu Skandinavien ebenfalls bedeutende Marktpotentiale bieten.¹

Insgesamt dürfte Schleswig-Holstein in bezug auf die Lage zu wichtigen Märkten ungünstigere Ausgangsbedingungen gehabt haben als andere Bundesländer. Diese verbesserten sich mit der Nordintegration in Europa Anfang der siebziger Jahre, verschlechterten sich dann aber wieder mit der Südwanderung des wirtschaftlichen Zentrums in Europa. Gleichwohl ist es Schleswig-Holstein in den achtziger Jahren trotz seiner natürlichen Randlage gelungen, seine Handelsbeziehungen gerade mit weiter entfernt liegenden Märkten zu intensivieren. Die Entwicklung der tatsächlichen Lieferverflechtungen Schleswig-Holsteins mit den übrigen Regionen deutet in diese Richtung. Die Entwicklung der Exporte Schleswig-Holsteins nach Bestimmungsländern (vgl. Abschnitt B.VIII) seit Mitte der siebziger Jahre zeigt nämlich, daß die Exporte in weiter entfernt liegende Länder wie etwa die Schweiz oder Österreich deutlich stärker expandieren konnten als im Bundesdurchschnitt.

Diese Beobachtung wird auch durch die Transportstatistik gedeckt, die man hilfswise heranziehen kann, um die binnenländische Absatz- und Lieferverflechtung abzuschätzen und die Entwicklung der Außenbeziehungen abzubilden.² Hier zeigt sich für die achtziger Jahre im Gegensatz zu den siebziger Jahren, daß der Anteil

RGW-Staaten (vgl. Tabelle 34) dürfte diese Auslassung den Indikator kaum verfälschen.

¹ Welche Marktchancen sich aufgrund der Öffnungstendenzen in Osteuropa bieten, kann aufgrund der Unsicherheit über die weitere Entwicklung noch nicht abgeschätzt werden.

² Auch die Transportverflechtungsstatistik ist nur unter Vorbehalt zu verwenden (vgl. hierzu Anhang C.2). Für die Absatz- und Lieferverflechtung Schleswig-Holsteins liegt nur für das Jahr 1970 eine komplette Schätzung vor (Bröcker, 1983). Das relative Muster der Schätzung von Bröcker entspricht dabei in etwa dem, das sich ergibt, wenn man die Transportverflechtungsstatistik für alle binnenländischen Verkehrsträger zusammenfaßt. Verzerrungen ergeben sich nur bei Transporten über kurze Entfernungen, weil hier die Entfernungskomponente bei gewichtsabhängigen Rohstoffen dominiert, sowie bei Transporten nach dem Ausland, weil die Seeverkehrsstatistik aus methodischen Gründen außer Betracht bleibt. Das insgesamt übereinstimmende Muster läßt es aber gerechtfertigt erscheinen, hier mit der Transportverflechtungsstatistik zu arbeiten.

Tabelle 56 - Zur Güterverkehrsverflechtung Schleswig-Holsteins mit Bahn, Lkw (a) und Binnenschiffen 1970, 1980 und 1987 (vH) (b)

	1970		1980		1987	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
Schleswig-Holstein	23,3	20,3	25,9	21,3	21,6	18,2
Hamburg	27,2	21,5	15,5	19,4	14,4	12,0
Niedersachsen	14,7	17,1	20,7	18,7	17,1	17,3
Bremen	2,1	1,3	1,7	1,4	1,9	1,5
Nordrhein- Westfalen	9,7	20,6	9,8	17,9	11,9	17,2
Hessen	2,7	2,5	2,7	1,8	3,4	2,8
Rheinland-Pfalz	1,2	2,1	1,1	2,8	1,3	2,8
Baden- Württemberg	3,1	1,6	3,0	1,8	3,8	2,5
Bayern	3,7	2,3	2,9	2,4	3,7	3,1
Saarland	0,2	0,3	0,3	0,5	0,2	0,4
Berlin (West)	3,8	0,8	2,8	0,9	3,8	1,4
Bundesrepublik (ohne Schleswig- Holstein)	68,4	70,1	60,6	67,4	61,6	60,9
DDR und Berlin (Ost)	1,2	2,2	3,5	1,8	1,2	4,2
Ausland	7,1	7,4	9,9	9,5	15,6	16,7

(a) Fernverkehr über 50 km, ohne Straßengüternahverkehr. - (b) Anteil der einzelnen Regionen am Versand und Empfang Schleswig-Holsteins (alle Gütergruppen).

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [f; i; j]; eigene Berechnungen.

- des Güterversands und -empfangs innerhalb des Landes nach und von nahen Zielen deutlich zurückgegangen ist;
- der Transporte von und nach weiter entfernten Inlandsmärkten deutlich zugenommen hat, und zwar insbesondere von und nach den wachstumsstarken Bundesländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern;
- der Transporte von und nach dem Ausland stark gestiegen ist.

Dies gilt sowohl für die Transporte aggregiert über alle Gütergruppen als auch für die Gütergruppe 9 (Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Halb- und Fertigwaren), die hier stellvertretend ausgewählt wurde (Tabellen 56 und 57 sowie Schaubild 8).

Tabelle 57 - Zur Güterverkehrsverflechtung Schleswig-Holsteins mit Bahn, Lkw (a) und Binnenschiffen 1970, 1980 und 1987 (vH) (b) - Anteile der Regionen am Versand und Empfang Schleswig-Holsteins an Fahrzeugen, Maschinen und sonstigen Halb- und Fertigwaren (Gütergruppe 9)

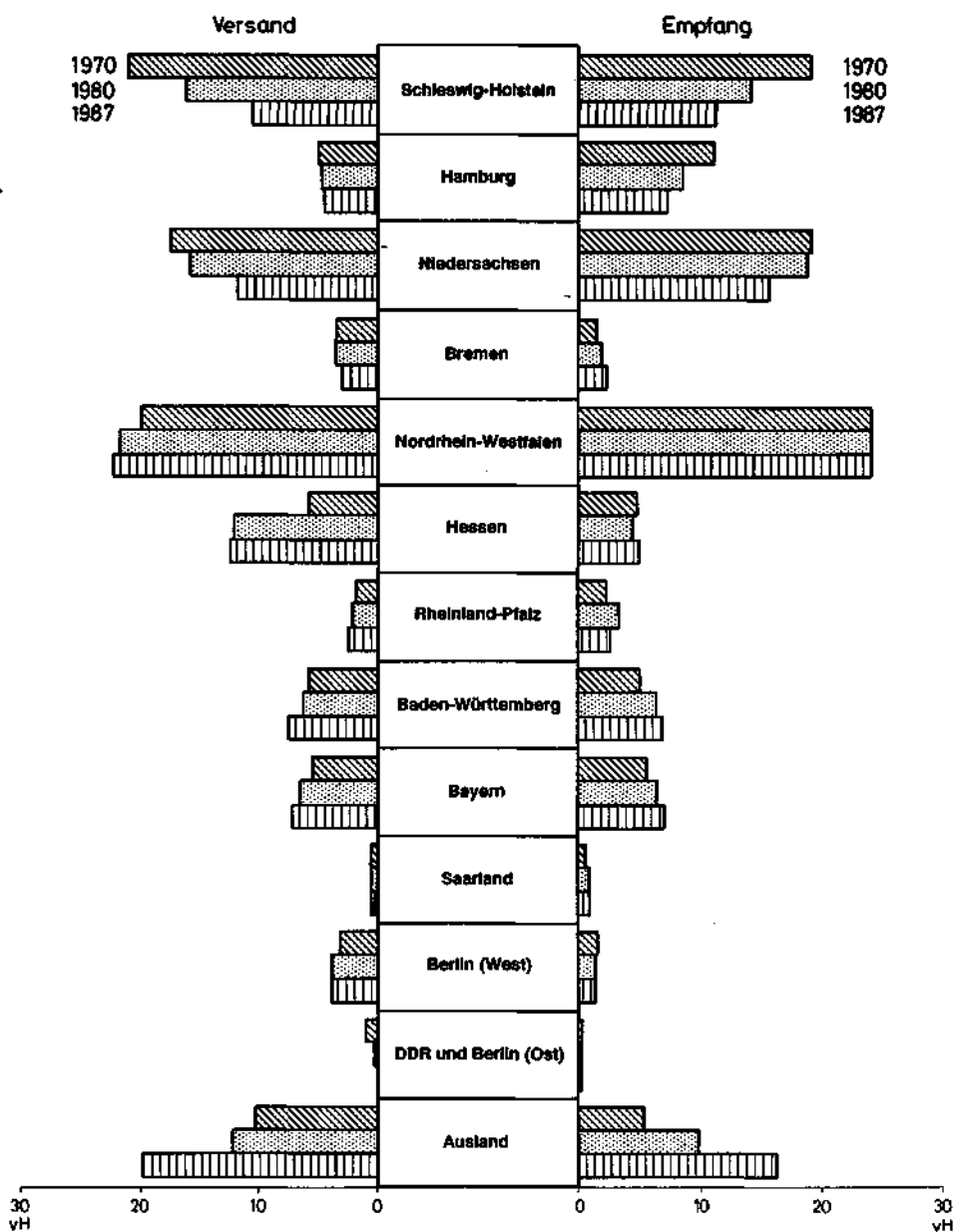
	1970		1980		1987	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
Schleswig-Holstein	20,9	18,9	16,2	14,0	10,5	11,1
Hamburg	5,0	10,8	4,9	8,7	4,5	7,6
Niedersachsen	17,4	19,2	15,7	18,9	11,8	15,6
Bremen	3,6	1,7	3,6	1,9	3,1	2,3
Nordrhein- Westfalen	19,9	24,0	21,5	24,0	22,0	24,0
Hessen	5,8	4,9	7,1	4,5	7,3	4,9
Rheinland-Pfalz	1,9	2,3	2,3	3,3	2,5	2,7
Baden-Württemberg	5,8	5,1	6,0	6,4	7,4	6,8
Bayern	5,6	5,6	6,4	6,5	6,9	6,9
Saarland	0,4	0,6	0,4	0,7	0,4	0,7
Berlin (West)	3,1	1,4	3,8	1,3	3,8	1,3
Bundesrepublik (ohne Schleswig- Holstein)	68,3	75,5	71,7	76,2	69,7	72,6
DDR und Berlin (Ost)	0,8	0,2	0,1	0,1	0	0,1
Ausland	10,1	5,5	12,1	9,8	19,8	16,2

(a) Fernverkehr über 50 km, ohne Straßengüternahverkehr. - (b) Anteil der einzelnen Regionen am Versand und Empfang Schleswig-Holsteins (Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Halb- und Fertigwaren, Gütergruppe 9.

Quelle: Wie Tabelle 56.

Schleswig-Holstein hat somit in den achtziger Jahren verstärkt auch weiter entfernte Märkte erschlossen. Dies spricht dafür, daß eine Randlage für sich genommen durchaus überwindbar ist. Es fragt sich allerdings, ob angesichts der sich seit Mitte der siebziger Jahre anbahnenden Strukturprobleme andere Standortfaktoren die Nachteile aus der Randlage angemessen kompensieren konnten.

Schaubild 8 - Zur Güterverkehrsverflechtung Schleswig-Holsteins mit Bahn,¹ Lkw¹ und Binnenschiffen 1970, 1980 und 1987 (vH)²



¹ Fernverkehr über 50 km, ohne Straßengüterverkehr. - ² Anteile der einzelnen Regionen an Versand und Empfang Schleswig-Holsteins (Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Halb- und Fertigwaren, Gütergruppe 9).

Quelle: Wie Tabelle 56.

2. Verkehrserschließung und -anbindung

Die Verkehrserschließung einer Region und ihre Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz sind Standortfaktoren, die relativ eng mit der Lage selbst zusammenhängen. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur kann natürliche Lagenachteile überbrücken, wie umgekehrt Kapazitätsengpässe oder überhöhte Kosten der Inanspruchnahme der Infrastruktur Lagenachteile verstärken können.

Die *Verkehrsinfrastruktur innerhalb des Landes* war zwar sowohl in den siebziger als auch in den achtziger Jahren relativ dicht, wenn man das Straßen- und Schienennetz (vgl. Tabellen A4 und A5) auf die hierzulande geringere Bevölkerungsdichte bezieht;¹ die flächenmäßige Erschließung war hierdurch bedingt jedoch geringer als im Bundesdurchschnitt (Tabellen 58 und 59; vgl. auch Tabelle A5). Das gilt - in den siebziger Jahren mit Ausnahme der Autobahnen - für das überörtliche Straßennetz² ebenso wie für das Schienennetz.³ Der Westen und der Norden des Landes wiesen aber stets einen Anbindungsrückstand auf.⁴

¹ 1986 betrug die durchschnittliche Bevölkerungsdichte in Schleswig-Holstein 166 Einwohner/qkm, im Bundesdurchschnitt 246 und im Durchschnitt der Flächenländer 231 [berechnet nach Statistisches Bundesamt, b, 1988].

² In den Raumordnungsregionen (ROR) Mittel- und Ostholstein sowie im Hamburger Umland liegt der Anteil der Einwohner, die innerhalb von 30 Minuten ihr nächstgelegenes Oberzentrum erreichen, zwischen 70 und 100 vH. Schleswig und Dithmarschen liegen demgegenüber relativ abseits, so daß die genannte Fahrzeit nach Kiel oder Hamburg stets überschritten wird [Geppert et al., 1987, S. 405, Abbildung 7.5].

³ Selbst in den achtziger Jahren war - wie Tabelle 59 zeigt - das Schienennetz noch relativ dicht in bezug auf die Bevölkerungszahl, obwohl in den siebziger Jahren die Streckenstilllegungen in Schleswig-Holstein wesentlich mehr forciert wurden als im Bundesgebiet: In den siebziger Jahren betrafen 9,4 vH der Streckenstilllegungen im Personenverkehr im Bundesgebiet Schleswig-Holstein, von 1980 bis 1986 nur mehr 3,5 vH.

⁴ In den ROR Schleswig und Dithmarschen liegt der Anteil der in der Nähe eines Autobahnanschlusses wohnenden Einwohner mit 63,6 (ROR 1, Schleswig) bzw. 50,9 (ROR 3, Dithmarschen) deutlich unter dem Landes- (88,8) und Bundesniveau (93,8) [vgl. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, 1988]. Außerdem ist gerade hier die Eisenbahninfrastruktur stark ausgedünnt worden.

Tabelle 58 - Dichte des Straßenverkehrsnetzes in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970, 1980 und 1988 (a)

	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik	Schleswig-Holstein (Bundesrepublik=100)
	m/km²		
Bundesautobahnen			
1970	5	17	29
1980	20	29	69
1988	25	35	71
Bundesstraßen			
1970	128	130	98
1980	126	130	97
1988	125	125	100
Landstraßen			
1970	229	263	87
1980	223	263	85
1988	224	255	88
Kreisstraßen			
1970	211	244	86
1980	245	267	92
1988	253	283	89
	m/1000 Einwohner		
Bundesautobahnen			
1970	30	67	45
1980	120	118	102
1988	151	141	107
Bundesstraßen			
1970	796	528	151
1980	759	524	145
1988	766	510	150
Landstraßen			
1970	1432	1072	134
1980	1344	1062	127
1988	1375	1035	133
Kreisstraßen			
1970	1317	995	132
1980	1473	1077	137
1988	1549	1150	135

(a) Länge der Straßen des überörtlichen Verkehrs.

Quelle: Der Bundesminister für Verkehr [b]; Landesamt für Straßenbau und Straßenverkehr Schleswig-Holstein [lfd. Jgg.]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [q]; eigene Berechnungen.

Profitiert hat das Land hinsichtlich der *großräumigen Verkehrsanbindung* in den siebziger Jahren

Tabelle 59 - Zur Verkehrsinfrastruktur der Eisenbahnen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1986

	Schleswig-Holstein			Bundesrepublik		
	DB	nicht-bundes-eigene Eisenbahnen	insgesamt	DB	nicht-bundes-eigene Eisenbahnen	insgesamt
	m/km²					
Streckenlänge	84	5	89	111	12	122
darunter:						
elektrifiziert	3	-	3	46	1	47
mit Personenverkehr	67	.	.	85	5	89
mit Güterverkehr	83	.	.	108	11	119
Hauptbahnen	54	-	54	72	0	72
Nebenbahnen	30	5	35	38	12	50
	je 1000 km²					
Bahnhöfe	10	1	11	11	2	13
Haltepunkte und Haltestellen	3	1	4	7	1	8
	m/1000 Einwohner					
Streckenlänge	502	32	534	450	48	498
darunter:						
elektrifiziert	19	-	19	187	4	191
mit Personenverkehr	403	.	.	344	18	362
mit Güterverkehr	500	.	.	440	46	486
Hauptbahnen	323	-	323	294	-	294
Nebenbahnen	179	32	211	155	48	203
	je Mill. Einwohner					
Bahnhöfe	60	7	67	44	9	53
Haltepunkte und Haltestellen	20	2	21	29	3	32

Quelle: DB [b, 1987; d, 1986]; Statistisches Bundesamt [e, 1987]; eigene Berechnungen.

- vom fortschreitenden Autobahnbau einschließlich des Elbtunnels in Hamburg, der die Verkehrsanbindung zum übrigen Bundesgebiet deutlich verbessert hat,¹

¹ Der Anteil der Einwohner, die innerhalb von 30 Minuten den nächsten Autobahnanschluß erreichen, entsprach in ganz Schleswig-Holstein mit

- vom Aufschwung des Ostseefährverkehrs nach Skandinavien über die schleswig-holsteinischen Ostseehäfen,¹
- von der räumlichen Nähe zum Hamburger Hafen, die auch in bezug auf den übrigen Seeverkehr einen Standortvorteil darstellt,
- davon, daß das Land im Personenschienenverkehr an das Ende der siebziger Jahre grundlegend erweiterte Intercitynetz der Deutschen Bundesbahn zumindest durch einige direkte ICs und häufigere Eilzugverbindungen nach einem annähernden Taktfahrplan angeschlossen wurde, so daß die Wartezeiten in Hamburg kürzer wurden (Tabellen 60 und 61).

Demgegenüber kam es seit Beginn der achtziger Jahre zunehmend zu Kapazitätsengpässen sowie zu einem Zurückbleiben bei der Qualität des Verkehrsangebots im Lande gegenüber der Entwicklung in zentraleren Regionen. Die mittlerweile an sich gut ausgebaute Infrastruktur des Landes konnte sich nicht entsprechend auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken, weil die Kosten zu ihrer Inanspruchnahme - insbesondere zeitabhängige Kosten - stark zunahmen und sich andererseits das Angebot gewerblicher Verkehrsanbieter in Schleswig-Holstein weit weniger als im übrigen Bundesgebiet verbesserte:

- Die Elbe und die Durchfahrt durch Hamburg erwiesen sich mehr und mehr als Hindernis für den Verkehr von und nach Schleswig-Holstein. Die Kapazitätsauslastung der beiden Hauptautobahnverbindungen über die Elbe und durch Hamburg (Ostumgehung/A1 und Elbtunnel/A7)²

88,8 vH in etwa denjenigen in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern. Mittel- und Ostholstein sowie das Hamburger Umland mit Werten nahe bei 100 vH erreichten sogar den hohen Anschlußgrad von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland [Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, 1988].

¹ Die Ostseehäfen waren stets ein Aktivposten in der Infrastrukturausstattung des Landes. Ihr Ausbau ist bis in die jüngste Zeit fortgeschritten, ihre Bedeutung für den Skandinavienverkehr hat noch zugenommen. Ihrerseits haben sie in den siebziger Jahren aus dem Ausbau der Autobahnen Nutzen gezogen [vgl. zur Rolle der Ostseehäfen ausführlich Böhme und Sichel Schmidt, 1989; vgl. außerdem Anhang I.4 und Tabelle A1.

² Daneben existieren noch die Elbbrücken im Innenstadtbereich von Hamburg (B4/75) sowie die weniger bedeutenden Brücken Geesthacht (B404) und Lauenburg (B209). Westlich Hamburgs gibt es nur die Elbfähre Glückstadt-Wischhafen.

Tabelle 60 - Reisezeiten mit der Deutschen Bundesbahn von Norddeutschland nach west- und süddeutschen wirtschaftlichen Zentren 1970, 1980 und 1989

	Reisezeiten			Veränderungen der Reisezeiten		
	1970	1980	1989	1970/ 89	1970/ 80	1980/ 89
	Std.:Min(a)			vH		
nach Köln Hbf.						
Flensburg Hbf.	7:30	6:28	6:21	-15,3	-13,7	-1,9
Kiel Hbf.	6:20	5:50	5:25	-14,5	-8,0	-7,0
Lübeck Hbf.	5:40	5:13	4:47	-15,7	-7,9	-8,4
Hamburg Hbf.	4:36	4:18	3:58	-13,7	-6,5	-7,7
Bremen Hbf.	3:24	3:15	3:01	-11,4	-4,7	-7,1
Hannover Hbf.	3:22	2:59	2:43	-19,3	-11,6	-8,7
nach Frankfurt/M. Hbf. von						
Flensburg Hbf.	8:49	7:15	7:06	-19,4	-17,8	-1,9
Kiel Hbf.	7:20	6:29	6:11	-15,8	-11,7	-4,6
Lübeck Hbf.	6:32	5:52	5:33	-15,0	-10,1	-5,5
Hamburg Hbf.	5:35	4:47	4:37	-17,2	-14,3	-3,4
Bremen Hbf.	4:58	4:31	4:19	-13,1	-9,1	-4,4
Hannover Hbf.	3:37	3:21	3:19	-8,0	-7,2	-0,9
nach München Hbf. von						
Flensburg Hbf.	11:37	10:10	9:34	-17,7	-12,4	-6,0
Kiel Hbf.	9:45	9:24	8:39	-11,3	-3,5	-8,0
Lübeck Hbf.	9:09	8:46	7:55	-13,4	-4,2	-9,7
Hamburg Hbf.	7:55	7:41	6:41	-15,5	-2,9	-13,0
Bremen Hbf.	7:41	7:23	6:51	-10,8	-3,9	-7,2
Hannover Hbf.	6:09	6:10	5:21	-13,0	0,0	-13,3
nach Stuttgart Hbf. von						
Flensburg Hbf.	9:57	9:36	9:25	-5,3	-3,5	-1,9
Kiel Hbf.	8:53	8:49	8:32	-3,9	-0,7	-3,3
Lübeck Hbf.,	8:22	8:12	7:51	-6,2	-2,0	-4,3
Hamburg Hbf.	7:13	7:07	6:55	-4,2	-1,4	-2,8
Bremen Hbf.	6:50	6:48	6:37	-3,1	-0,4	-2,6
Hannover Hbf.	5:33	5:41	5:37	+1,3	+2,3	-1,1

(a) 1970 im Durchschnitt aller Fernzüge, 1980 und 1989 im Durchschnitt aller IC-Züge; nur Nord-Süd-Richtung.

Quelle: DB [a, Sommer 1970; 1980; 1989]; eigene Berechnungen.

Tabelle 61 - Durchschnittliche Fahrzeiten mit der Deutschen Bundesbahn nach Streckenabschnitten 1970, 1980 und 1989

	Durchschnittliche Fahrzeit je 100 km Streckenabschnitt(a)			Veränderung der durchschnittlichen Fahrzeit je 100 km Streckenabschnitt		
	1970	1980	1989	1970/89	1970/80	1980/89
	Min.			vH		
nach Köln Hbf.						
Flensburg Hbf.-Hamburg Hbf.	96	72	79	-17,9	-25,2	+9,7
Kiel Hbf.-Hamburg Hbf.	94	82	79	-16,7	-12,1	-5,2
Lübeck Hbf.-Hamburg Hbf.	81	80	70	-1,1	-10,8	-12,0
Hamburg Hbf.-Bremen Hbf.	62	55	50	-20,2	-11,8	-9,5
Bremen Hbf.-Köln Hbf.	57	55	51	-11,4	-4,7	-7,1
Hannover Hbf.-Köln Hbf.	63	56	51	-19,3	-11,6	-8,7
nach Frankfurt/M. Hbf.						
Flensburg Hbf.-Hamburg Hbf.	107	82	83	-23,1	-23,5	+0,4
Kiel Hbf.-Hamburg Hbf.	95	92	84	-11,4	-2,9	-8,8
Lübeck Hbf.-Hamburg Hbf.	83	96	81	-2,1	+15,8	-14,5
Hamburg Hbf.-Hannover Hbf.	66	48	44	-33,9	-27,4	-9,1
Bremen Hbf.-Hannover Hbf.	66	57	49	-26,5	-14,0	-8,5
Hannover Hbf.-Frankfurt/M. Hbf.	62	58	57	-8,0	-7,2	-0,9
nach München Hbf.						
Flensburg Hbf.-Hamburg Hbf.	123	83	95	-22,2	-32,7	+15,6
Kiel Hbf.-Hamburg Hbf.	99	93	106	+7,1	-6,5	+14,5
Lübeck Hbf.-Hamburg Hbf.	108	95	108	0,0	-12,1	+13,8
Hamburg Hbf.-Hannover Hbf.	59	51	45	-24,4	-14,2	-11,9
Bremen Hbf.-Hannover Hbf.	75	59	73	-2,0	-20,9	+24,0
Hannover Hbf.-München Hbf.	58	58	51	-13,0	+0,3	-13,3
nach Stuttgart Hbf.						
Flensburg Hbf.-Hamburg Hbf.	91	82	83	-8,4	-9,2	+0,8
Kiel Hbf.-Hamburg Hbf.	90	92	87	-3,0	+2,4	-5,3
Lübeck Hbf.-Hamburg Hbf.	100	94	81	-19,1	-6,0	-13,9
Hamburg Hbf.-Hannover Hbf.	56	49	44	-22,2	-13,8	-9,7
Bremen Hbf.-Hannover Hbf.	62	55	49	-21,9	-12,5	-10,7
Hannover Hbf.-Stuttgart Hbf.	61	62	62	+1,3	+2,3	-1,1
(a) Einschließlich aller Halte auf Unterwegsbahnhöfen und Wartezeiten auf Umsteigebahnhöfen bis zur Abfahrt des Anschlusszuges.						

Quelle: Wie Tabelle 60.

Tabelle 62 - Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärken, maßgebliche stündliche Verkehrsstärken und Kapazitätsauslastung der Autobahnverbindungen Schleswig-Holsteins mit der übrigen Bundesrepublik 1987

	Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärken (DTV) in beiden Richtungen				Maßgebliche stündliche Verkehrsstärken (MSV) in beiden Richtungen(a)				Kapazitätsauslastung in bezug auf DTV(b)			
	alle Tage	Verk- tage	Ferien- werk- tage	Sonn- und Feiertage	alle Tage	Verk- tage	Ferien- werk- tage	Sonn- und Feiertage	alle Tage	Verk- tage	Ferien- werk- tage	Sonn- und Feiertage
	Kfz/24 Std.				Kfz/Std.				vH			
Autobahn A 1												
Hennstedt/B.	15752	11629	20358	19471	3080	1868	2764	2964	26,3	19,4	33,9	32,5
Bad Schwesau	43225	38323	51321	42655	3441	4286	5331	4810	72,0	65,9	95,5	71,1
Bad Oldesloe	37005	31663	43501	40582	4953	3694	4796	4718	43,1	35,2	48,4	45,1
Barthel	48965	44248	56916	43811	5350	4568	5193	4594	54,4	51,4	62,2	48,7
Hamburg-Südost	48530	42133	56985	40796	5171	4830	5077	5154	53,9	52,4	61,1	45,3
Glüdingen (Niederschlesn.)	69805	67054	78617	61242	7320	6739	7170	5982	77,6	74,5	87,4	68,0
Autobahn A 7/A 215/A 23												
Oveschlag	22240	18662	26971	24046	3425	2453	3425	2837	37,1	31,1	43,0	40,1
Bumhoj (A 215)	23145	23529	24595	19256	2319	2286	2183	1936	38,6	39,2	41,0	32,1
Einfeld	64472	40135	59938	45468	5306	4592	5253	4781	74,1	66,9	84,7	75,8
Quickborn	54700	32013	61364	49782	6002	5269	5879	5096	81,2	86,7	102,8	82,9
Hochsee (A 23)	15495	14521	20990	18507	1609	1562	1636	1779	25,8	24,5	28,3	25,8
Kruppendar (A 23)	47285	51469	41787	35827	4144	4344	2866	2876	78,8	85,8	69,7	58,4
Elbtunnel	87793	87237	93977	78021	8138	8068	7748	7040	97,6	96,9	104,4	86,7
Bundesrepublik	35599								39,3			

(a) 30-höchster Stundenwert innerhalb eines Zeitabschnitts, hier des Jahres 1987. - (b) Vollauslastung mit 100 vH (Erfahrungswerte); auf 4-spurigen Straßen 60000 Kfz/24 Std., auf 5-spurigen 90000 Kfz/24 Std. (Der Bundesminister für Verkehr, a).

Quelle: Bundesanstalt für Straßenwesen [1988]; Der Bundesminister für Verkehr [a]; Der Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, unveröff. Angaben; eigene Berechnungen.

stieg seit Beginn der achtziger Jahre stark an und erreichte Ende der achtziger Jahre Werte, die über 100 vH¹ hinausgehen (Tabelle 62)²; die Zahl der Stautunden pro Jahr ist seit 1980 kontinuierlich auf zuletzt über 400 pro Jahr gestiegen [Tabelle 63; Clausen, Haupt, 1989, S. 2 und 6]. Da aber zugleich im Verarbeitenden Gewerbe wegen hoher Realzinsen die Fertigungstiefe und Lagerhaltung von Vor- und Zwischenprodukten abgenommen [Klodt, Schmidt et al., 1989, S. 79 ff.] und die "Just-in-time"-Logistik an Bedeutung gewonnen hat [Läpple,

¹ 100 vH sind als die Menge von Fahrzeugen zu verstehen, bei der eben noch ein stockungsfreier Verkehr möglich ist.

² Der Auslastungsgrad hängt dabei ab von der angesetzten maximalen Kapazität. Nimmt man - wie Clausen und Haupt [1989, S. 2 und 6] in Anlehnung an die Hamburger Baubehörde die maximale Kapazität des Elbtunnels mit 75000 Kfz in beiden Richtungen je 24 Std. an, so ergibt sich für 1987 sogar ein Auslastungsgrad des Elbtunnels von 117,1 vH an allen Tagen.

Tabelle 63 - Verkehrsstaus im Elbtunnel 1981-1989

	Anzahl der Staustunden pro Jahr		Anzahl der Staustunden pro Jahr
1981	30	1986	170
1982	85	1987	300
1983	100	1988	400
1984	130	1989(a)	460
1985	135		

(a) Geschätzt.

Quelle: Clausen, Haupt [1989, S. 6].

1989, S. 224 f.], die vor allem den Straßengüterverkehr mit einbezieht, sind diese Engpässe gravierend geworden. Schleswig-Holsteins Gunst als Standort für Glieder einer arbeitsteiligen Kette im modernen Verarbeitenden Gewerbe ist dadurch nachhaltig beeinträchtigt worden.

- Infrastrukturmängel haben auch die Anbindung des Landes an den Luftverkehr mehr und mehr beeinträchtigt. Mangels eines eigenen, international bedeutenden Flughafens (zur Ausstattung vgl. Anhang I.3) war Schleswig-Holstein stets auf Hamburg-Fuhlsbüttel ausgerichtet. Von dessen Lage zu den Wirtschaftszentren innerhalb Schleswig-Holsteins her gesehen war das Land zwar besser angebunden als manch andere Region am südlichen Rand der Bundesrepublik [vgl. Kluczka, Röhl, 1983, S. 101]. Da Fuhlsbüttel aber mitten im Stadtgebiet Hamburgs liegt und weder über einen Eisenbahn- noch über einen kapazitätsmäßig ausreichenden Straßenanschluß verfügt, sind die Zeitverzögerungen teilweise erheblich. Dies war insbesondere für den Geschäftsreiseverkehr und die Attraktivität des Standorts Schleswig-Holstein insgesamt nachteilig, zumal der Luftverkehr gerade in den achtziger Jahren starke Zunahmen erzielt hat.¹

¹ Schleswig-Holstein teilt damit trotz seiner peripheren Lage hinsichtlich der Zeitkosten die Probleme von Agglomerationsgebieten. Der Verzicht auf den Bau des Flughafens Kaltenkirchen wiegt daher von der Anbindungsqualität schwer. Das gilt im übrigen auch hinsichtlich der Wachstumsimpulse, die von Flughäfen als Dienstleistungszentren mit zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen ausgehen können [vgl. z. B. Rosskamp, 1988, S. 50 f.; Ahuja und Reynolds, 1979]. Im Zuge des weiteren Aufschwungs des Luftverkehrs und der zunehmenden Kapazitätsengpässe

- Kapazitätsengpässe haben sich auch im Eisenbahnnetz bemerkbar gemacht. Das betrifft (i) die Vogelfluglinie und (ii) die Eisenbahnlinien durch Hamburg, letzteres sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr.¹
- Sowohl als ein Problem der Kapazität insgesamt als auch der Anbindungsqualität im hochwertigen Personenverkehr hat sich in den achtziger Jahren die fehlende Elektrifizierung der Hauptstrecken in Schleswig-Holstein herausgestellt.² Aufgrund der Betriebsverhältnisse der DB in Hamburg werden durchlaufende Züge von und nach Schleswig-Holstein behindert: Wegen der fehlenden Elektrifizierung muß jeweils ein Lokwechsel erfolgen.³ In Hamburg Hbf. lassen dies die beengten Verhältnisse nach Aussage der DB nicht zu.⁴ Daher muß der Verkehr von und nach dem Norden und Nordwesten über Hamburg-Altona geführt werden. Genau dies verlängert die Fahrzeiten derzeit am meisten.⁵ Mehr durchlaufende Züge nach Schleswig-Holstein unter Umge-

auf den bisherigen Drehscheiben-Flughäfen sind die Chancen für andere Flughäfen gestiegen, zu Alternativ-Drehscheiben zu werden, wie z. B. für den neuen Flughafen München-Erding.

- ¹ Der gesamte Güterverkehr aus Schleswig-Holstein durch Hamburg, der zum Rangierbahnhof Maschen geführt wird, muß im ohnehin überlasteten Hamburger Hauptbahnhof Kopf machen. Die geplante Umgehungskurve soll erst 1996 fertiggestellt sein. Daneben erweist sich für den Verkehr aus dem Norden und Nordwesten der Abschnitt Elmshorn-Pinneberg mehr und mehr als Engpaß, und zwar sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr: Die zweigleisige Strecke muß den Verkehr von und nach Westerland (Kursbuchstrecke 120), Kiel (130), Flensburg und Jütland (131) aufnehmen, dazu noch die Hamburger S-Bahn.
- ² Die gesamte Leistungsfähigkeit einer elektrifizierten Strecke liegt um rund die Hälfte höher als die einer nichtelektrifizierten [Adlung et al., 1979, S. 55].
- ³ Für die Zukunft bedeutet das zudem, daß Schleswig-Holstein von direkten Verbindungen mit dem für die Neubaustrecken entwickelten elektrischen Schnelltriebwagen ICE ausgeschlossen sein wird.
- ⁴ Vgl. Der Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein [1982, S. 42].
- ⁵ Die Fahrzeitgewinne aufgrund einer Elektrifizierung für ICs zwischen Hamburg und Kiel würden aufgrund besserer Beschleunigung 3 Minuten, aufgrund der sicherheitstechnisch möglichen höheren Höchstgeschwindigkeit von 160 km/h weitere 5 Minuten, bei einer Umfahrung Altonas sogar zusätzlich 10 Minuten betragen [DB, unveröff. Angaben].

hung von Altona würden eine Elektrifizierung bedingen; gegenüber 1980 hat sich deren Zahl kaum verändert.¹ Der Zwang zum Lokwechsel und die Führung der Züge über Altona haben bewirkt, daß die südlich Hamburgs in den achtziger Jahren erzielten Fahrzeitgewinne durch Neu- und Ausbaustrecken sich für Schleswig-Holstein (mit Ausnahme von Lübeck) nicht im gleichen Maße ausgewirkt haben wie für die übrigen norddeutschen Städte.² Wie sehr Schleswig-Holstein in bezug auf den hochwertigen Schienenpersonenverkehr trotz der taktmäßigen Anschlüsse benachteiligt ist, zeigen Schaubild 9 und Tabelle 64. Ergänzend ist auf die insgesamt geringere Bedienungsdichte hinzuweisen (Tabelle 65).

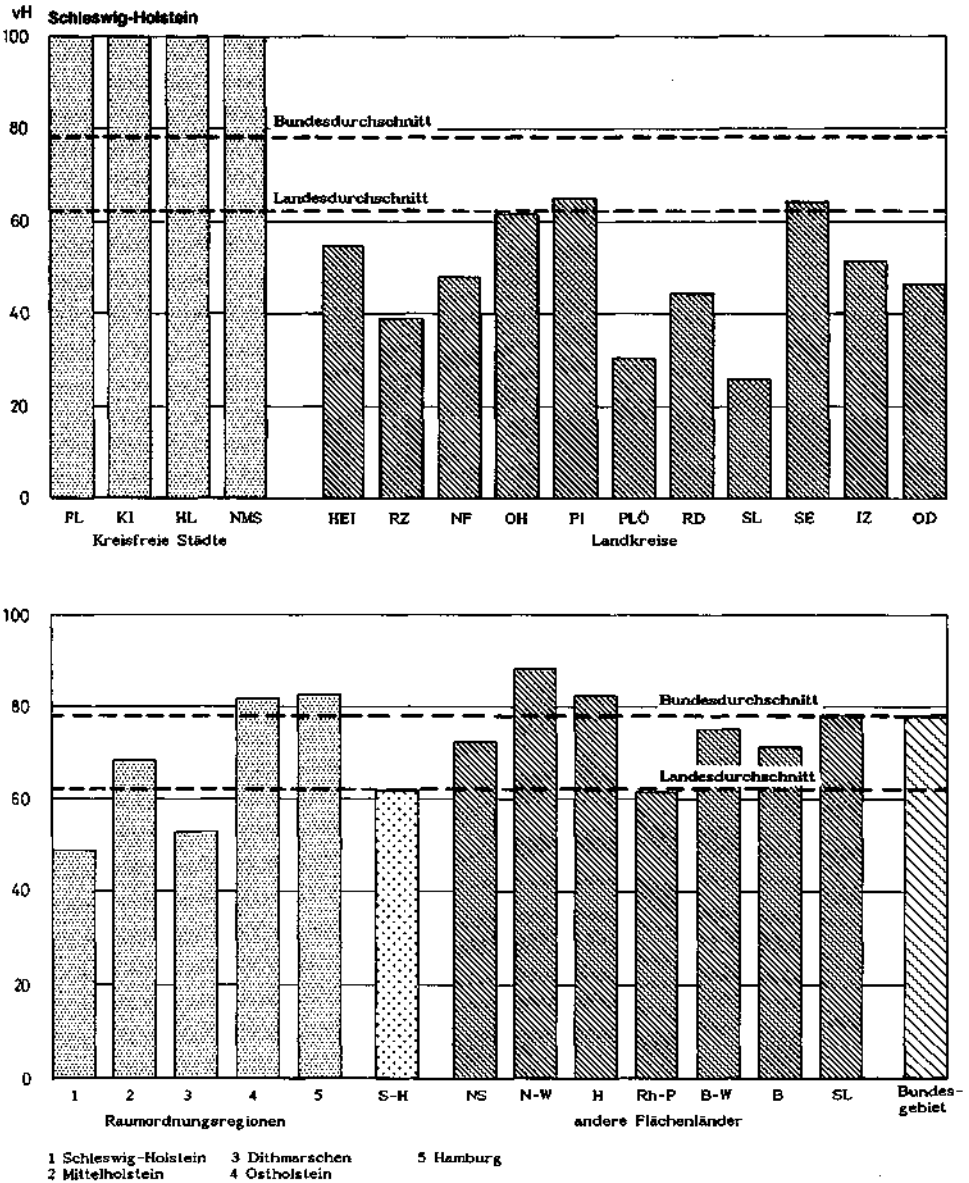
- Relativ verschlechtert hat sich im Eisenbahnverkehr in den achtziger Jahren auch das Angebot im Güterverkehr; die Angebotsdichte neu eingeführter hochwertiger Beförderungsdienste blieb in Schleswig-Holstein niedriger als in zentraler gelegenen Regionen [vgl. Anhang I.5].

In diesem Zusammenhang ist schließlich zu berücksichtigen, daß Schleswig-Holstein aufgrund seiner Randlage besonders von den Folgen der bislang strengen *Regulierung im gewerblichen Verkehrswesen* betroffen war. Die Regulierung hat beispielsweise dazu geführt, daß im Straßengüterverkehr die Transporttarife weit überhöht sind [Soltwedel et al., 1986, Kapitel G]. Dadurch wurde die Randlage akzentuiert. Der fehlende Wettbewerbsdruck auf der Anbieterseite unter dem System der Marktzutritts- und Preisregulierung sowie das Prinzip der Tarifeinheit im

¹ Die Westküste hatte 1989 wie 1980 zwei werktägliche IC-Verbindungen, Kiel mit vier im Jahre 1989 eine mehr als 1980. Lediglich Lübeck und Puttgarden sind mit vier Verbindungen deutlich besser angebunden als 1980 mit einer.

² Vgl. Tabelle 61. Die Fahrzeitverlängerungen nach München zwischen 1980 und 1989 auf den Streckenabschnitten Flensburg-, Kiel- und Lübeck-Hamburg sowie Bremen-Hannover beruhen auf den um jeweils 30 Minuten späteren Abfahrtszeiten der ICs nach München in Hamburg und Hannover. Mit dieser Fahrplanänderung gibt die DB seit 1988 die Fahrzeiteinsparungen auf dem bereits eröffneten Teilstück Fulda-Würzburg der Neubaustrecke Hannover-Würzburg weiter und bietet zwischen Hamburg und Fulda einen Halbstundentakt an. Dadurch kommen zwar Fahrgäste aus Hamburg und Hannover in den Genuß dieser Fahrzeitverkürzungen; für Fahrgäste aus Flensburg, Kiel, Lübeck und Bremen verlängern sich aber die Anschlußwartezeiten um diese 30 Minuten, weil die Anschlüsse weiterhin auf die ICs Richtung Frankfurt-Basel ausgerichtet sind, die 30 Minuten vor den Münchener ICs Hamburg und Hannover verlassen.

Schaubild 9 - Anteil der Einwohner in Gemeinden mit mindestens einem im Personenverkehr bedienten Bahnhof oder Haltepunkt 1985 (vH)



Quelle: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung [1987].

Tabelle 64 - Anschluß der Gemeinden in Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern an das IC-Netz 1986 (vH)

	Anteil der Einwohner in Gemeinden					
	ohne Anschluß	mit Anschluß	davon mit			
			hoher Qualität(a)	mittlerer Qualität(b)	S-Bahnen	Nahverkehrszügen
Schleswig-Holstein						
ROR						
1 Schleswig	41,1	58,9	0,0	100,0	0,0	0,0
2 Mittelholstein	29,6	70,4	82,5	17,5	0,0	0,0
3 Dithmarschen	18,5	81,5	3,5	96,5	0,0	0,0
4 Ostholstein	40,2	59,8	100,0	0,0	0,0	0,0
5 Hamburg(c)	40,2	75,8	83,9	3,5	4,6	8,0
Insgesamt	43,6	56,4	53,9	37,6	6,6	1,9
Andere Flächenländer						
Niedersachsen	34,1	65,9	61,7	31,2	0,0	7,1
Nordrhein-Westfalen	16,2	83,8	65,0	16,5	2,5	16,0
Hessen	28,9	71,1	72,9	6,2	11,9	9,0
Rheinland-Pfalz	42,7	57,3	57,1	34,0	0,0	8,9
Baden-Württemberg	23,3	76,7	65,8	22,9	5,4	5,9
Bayern	39,0	61,0	59,2	26,2	9,6	4,9
Saarland	46,2	53,8	62,6	37,4	0,0	0,0
Bundesrepublik	26,8	73,2	62,9	24,1	4,4	8,7
(a) Direktanbindung mit Halten von IC-Zügen. - (b) Anschluß mit D- und Eilzügen. - (c) Einschließlich Hamburg und Niedersachsen; ROR 5a (Hamburger Umland in Schleswig-Holstein) nicht getrennt ausgewiesen.						

Quelle: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung [1988].

Raum haben dazu geführt, daß sich Anbieter auf Haupttrouten, auf denen die Verdienstspanne am größten ist, konzentrieren und Verbindungen in periphere Regionen vernachlässigen [Rüter, 1987, S. 144 f.]. Hinzu kommt, daß die Tarife im Nahverkehr bis 50 km wegen geringerer Regulierungsdichte niedriger sind als im Fernverkehr über 50 km. Schleswig-Holstein in seiner Randlage kommt dadurch in weitaus geringerem Maße in den Genuß der niedrigeren Nahverkehrstarife als nahe bei den wirtschaftlichen Zentren gelegene Regionen [Laaser, 1987, S. 101].

Tabelle 65 - Reise- und Güterzüge der Deutschen Bundesbahn je 100 Strecken-km in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1986

	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Reisezüge je 100 km im Personenverkehr bedienter Strecken	81	98
Güterzüge je 100 km im Güterverkehr bedienter Strecken	46	35

Quelle: Wie Tabelle A4.

Doch nicht nur im Straßengüterverkehr ist das Land durch die Regulierung benachteiligt worden, sondern auch durch die schon mehrfach erwähnten Effizienz Nachteile der DB. Wäre die DB nicht durch die Regulierung vor den Folgen des Wettbewerbs im Verkehrswesen isoliert worden, hätte sie effizienter ihre Dienste anbieten und sich nicht im selben Maße aus der Fläche zurückziehen müssen. Welche Potentiale hier noch vorhanden gewesen wäre, machen Vergleiche mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen deutlich: Diese haben im Durchschnitt selbst bei vergleichsweise unattraktiven Dienstleistungen eine höhere Produktivität als die DB [Laaser, 1987, S. 101] und einen wesentlich höheren Kostendeckungsgrad. Derjenige der DB im Flächenpersonenverkehr beträgt gerade 27 vH [DB, 1987, S. 29]. Eine der schleswig-holsteinischen nichtbundeseigenen Eisenbahnen, die Eisenbahn-Aktiengesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster (AKN), weist demgegenüber einen Kostendeckungsgrad von 60 vH auf [Eisenbahn-Aktiengesellschaft, 1989]. Wäre die Regulierung im Verkehrswesen nicht so sehr auf die Protektion der DB ausgerichtet gewesen, hätte gerade ein Flächenland wie Schleswig-Holstein profitieren können. Dadurch wirkt sich auch die Entfernungsstaffel im Gütertarif und die ab mittleren Entfernungen aufgehobene Entfernungskomponente des ab 1987 geltenden Personenverkehrstarifs der DB nicht so vorteilhaft für Schleswig-Holstein aus, wie es isoliert betrachtet der Fall wäre (vgl. zu den Tarifen der DB Anhang I.5).

Insgesamt zeigen sich somit hinsichtlich der interregionalen Verkehrsanbindung Schleswig-Holsteins in den achtziger Jahren qualitative

Mängel im Vergleich zu zentraler gelegenen Regionen der Bundesrepublik. Gerade weil die Verkehrsverbindung der wirtschaftlichen Zentren Schleswig-Holsteins mit wichtigen Absatz- und Bezugsmärkten in anderen Bundesländern und in Westeuropa wieder relativ an Attraktivität verloren haben, liegen die Nachteile - auch bei der Eisenbahn - nicht im marginalen Bereich. Die eigentlich weniger wichtig gewordenen Lagenachteile sind dadurch wieder verstärkt worden.

3. Kommunikationsinfrastruktur

Im Hinblick auf das Angebot und die Gebühren zur Nutzung der Kommunikationsinfrastruktur, die in der Bundesrepublik von der Deutschen Bundespost (DBP) im Rahmen ihres weiter bestehenden Leitungsmonopols für die verschiedenen Medien und Übertragungsnetze bereitgestellt wird, ist zu klären, ob bei den verschiedenen Netzen Unterschiede gegenüber anderen Bundesländern bestehen.

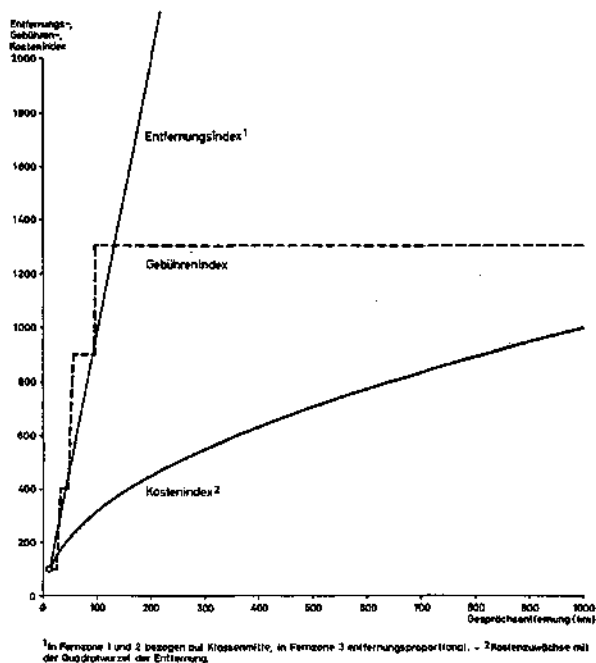
Dichte und Kapazität des Fernsprechnetzes sowie das Angebot der über dieses Netz abgewickelten Dienstleistungen¹ hat in der Vergangenheit im wesentlichen der von den Unternehmen entfalteten Nachfrage nach Kommunikationsmöglichkeiten entsprochen. Die jeweilige Infrastruktur und die Teilnehmereinrichtungen sind - soweit ersichtlich - in angemessener Zeit bereitgestellt worden [Höring et al., 1987, S. 32].² Von der Gebührensseite im Telefonverkehr her dürfte Schleswig-Holstein als peripher gelegenes Bundesland mit relativ geringer Bevölkerungsdichte bisher sogar begünstigt worden sein, weil den Fernsprechteilnehmern die von ihnen verursachten Kosten nicht immer in vollem Umfang angelastet wurden:

- In dünn besiedelten Gegenden liegen die Anschlußkosten höher als in Agglomerationsgebieten, die Anschlußgebühren sind aber einheitlich;

¹ Neben dem eigentlichen Fernsprechdienst sind im Laufe der Zeit hinzugekommen: Datenübertragung im Fernsprechnet, Fernkopieren (Telefax) und Daten- und Textkommunikation über Bildschirmtext (BTX).

² Unterschiede in den Wartezeiten je nach Bundesland sind nicht erkennbar. Allerdings differieren die Wartezeiten - bundeseinheitlich - zwischen Stadt (2 Wochen) und Land (8 Wochen).

Schaubild 10 - Entfernungsabhängigkeit der Fernsprechgebühren und -kosten in der Bundesrepublik



Quelle: Busch [1986, S. 108 f.].

- die Kosten der Gespräche sind in dünn besiedelten Gebieten höher als in Agglomerationsgebieten, weil sich bei geringerer Gesprächszahl der Einsatz kostensparender hochkanaliger Übertragungstechniken nicht lohnt, die Gebühren sind jedoch überall gleich;
- der Telefentarif ist nicht mehr im selben Maße entfernungsabhängig wie früher - ab 100 km bleibt die Gebühr für eine Gesprächseinheit konstant - und
- die Gebühren für Ferngespräche liegen zwar in allen Entfernungsbereichen über den Kosten, der Abstand ist aber im mittleren Entfernungsbereich um 100 km am größten und nimmt mit steigender Entfernung ab (Schaubild 10; vgl. hierzu im einzelnen Anhang I.6).

Aus der geringen Bevölkerungsdichte des Landes resultieren allerdings auch einige Nachteile, wie längere Wartezeiten auf Einrichtungen auf dem Land oder ein geringerer Teilnehmerkreis in Nahbereichen, die nach geographischen Kriterien (mit einem Radius von 20 km, in Randregionen von 30 km) bemessen werden. Diese den Fernsprechverkehr be-

treffenden Feststellungen gelten im Prinzip auch für die anderen über dieses Netz abgewickelten Dienste.

Neben dem Fernsprechnetz dürfte auch das integrierte Fernschreib- und Datennetz in ausreichendem Umfang verfügbar sein.¹ Auch hier sind in der Vergangenheit keine wesentlichen Mängel im Ausbauzustand erkennbar. Von der Gebührensseite her haben die in diesem Netz abgewickelten Dienste meist weniger entfernungsabhängige Tarife als der Fernsprechdienst (zu den Einzelheiten vgl. Anhang C.6).

Wohl aber lassen sich angesichts der peripheren Lage Schleswig-Holsteins tarifmäßige Nachteile beim Zugang zum paketvermittelten Datex-P-Dienst, der insbesondere für die immer wichtiger werdende Informationsübermittlung aus Datenbanken von Bedeutung ist [Busch, 1988], feststellen, und zwar für Teilnehmer, die sich mittels Telefon in dieses Netz einwählen. Dies ist für gelegentliche Nutzer von Datex-P-Diensten, die über keinen Direktanschluß verfügen, relevant. In Ballungsgebieten - so in Hamburg - können die (dort angesiedelten) Datex-P-Knotenvermittlungsstellen zum Ortstarif erreicht werden, während von Schleswig-Holstein aus die wesentlich höheren Telefon-Ferngesprächsgebühren anfallen. Da diese im für das Land relevanten Entfernungsbereich (20-180 km) besonders stark gegenüber den Kosten überhöht sind (Schaubild 10), liegt hier eine deutliche Benachteiligung Schleswig-Holsteins gegenüber Nutzern in Ballungsgebieten vor. Das dürfte insbesondere die hier stärker vertretenen mittelständischen und kleineren Betriebe betreffen.

Insgesamt lassen sich damit für die Infrastruktur im Kommunikationsbereich für den Standort Schleswig-Holstein nur wenige Nachteile feststellen: Die Ausgestaltung der Tarife dürfte mittlere Entfernungsbereiche (um 100 km) benachteiligen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Datex-P-Dienst. Es könnte der Eindruck entstehen, Schleswig-Holstein als relativ periphere Region habe in der Vergangenheit insgesamt von der Regulierung im Telekommunikationsbereich der Bundesrepublik, die u. a. das Prinzip der Tarifeinheit im Raum (gleiche Tarife für alle Regionen unabhängig von den tatsächlich anfallenden Kosten) garantiert, profitiert [Kordey, 1988, S. 34]. Da die Kosten der einzelnen Dienste trotz technischen Fortschritts noch nicht völlig entfernungsunabhängig

¹ In ihm werden Texte über Telex (Fernschreiben) und Teletex (Bürokommunikation) sowie Daten über Wählleitungen (Datex-L) paketvermittelt (Datex-P) und über Standleitungen (Direktrufnetz) vermittelt.

sind (Schaubild 10), würde eine Aufhebung des Postmonopols in der Tat zu kostenadäquaten und damit höheren Gebühren führen als unter den gegebenen Rahmenbedingungen. Andererseits ist aber auch zu berücksichtigen, daß das Postmonopol zu überhöhten Kosten und verzögertem technischem Fortschritt im Kommunikationsbereich geführt hat [Soltwedel et al., 1986, Kapitel E]. Unter Wettbewerbsbedingungen wären die Kosten vermutlich absolut niedriger, neue Dienste wären rascher eingeführt worden, und die Palette möglicher Dienste wäre größer. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, daß für das Land in seiner Lage per saldo das Postmonopol im Kommunikationsbereich möglicherweise nachteilig gewesen ist [Soltwedel, 1986, S. 56 f.].

4. Forschung und Entwicklung

a. Öffentliche Forschungs- und Technologieinfrastruktur

Anhaltspunkte über die Leistungsfähigkeit der Forschungs- und Technologieinfrastruktur - Qualität der Forschungsergebnisse, deren Eignung als Grundlage der von Unternehmen durchgeführten Zweckforschung und damit der potentielle Beitrag zum Wirtschaftswachstum (durch Spill-over-Effekte) - lassen sich nur durch eine Analyse wichtiger Inputgrößen gewinnen; im Vordergrund stehen dabei die Anzahl der Einrichtungen, deren Personalausstattung und Haushaltsmittel.

Vergleicht man Anzahl und Ausstattung der großen Forschungseinrichtungen¹ in Schleswig-Holstein mit dem Durchschnitt der Bundesländer, so fällt auf, daß Schleswig-Holstein insgesamt in den achtziger Jahren ein Defizit bei diesen Einrichtungen aufzuweisen hat. Bis auf die Institute der "Blauen Liste" sind die verschiedenen Einrichtungen im

¹ Öffentliche Forschung wird im wesentlichen betrieben in den Hochschulen und Fachhochschulen sowie den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, darunter vor allem in (i) den Großforschungseinrichtungen, (ii) den Max-Planck-Instituten, (iii) den Fraunhofer-Instituten, (iv) den gemeinsam von Bund und Ländern geförderten Instituten von überregionaler Bedeutung im Rahmen der sogenannten Blauen Liste und (v) den Bundesforschungsanstalten. Hinzu kommen noch weitere kleinere Forschungseinrichtungen in Trägerschaft der Länder, Kommunen oder Kammern.

Tabelle 66 - Öffentliche Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1987

	Hochschulen, Fachhochschulen(a)	Großforschungseinrichtungen(b)	Institute der Max-Planck-Gesellschaft (c, d)	Institute der Fraunhofer-Gesellschaft	Institute der "Blauen Liste" (e)	Forschungseinrichtungen des Bundes(d)
Anzahl						
in Schleswig-Holstein	10	1	1	-	5	4
in der Bundesrepublik	192	13	57	34	49	41
Anteil Schleswig-Holsteins (vH)						
an der Zahl der Einrichtungen	5,2	7,7	1,8	-	10,2	9,8
am wissenschaftlichen Personal(f)	3,4	3,5	1,1	-	12,9(g)	3,2
an den Haushaltsausgaben(h)	2,7	3,2	.	-	16,7(g)	2,7
(a) Medizinische Hochschuleinrichtungen getrennt gezählt. - (b) Einschließlich Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in München. - (c) Ohne Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in München. - (d) Ohne Einrichtungen im Ausland. - (e) Gemeinsam von Bund und Ländern geförderte selbständige Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung und gesamtwirtschaftlich wissenschaftlichem Interesse. - (f) Ohne Drittmittel-Personal. - (g) 1988. - (h) Ohne Drittmittel.						

Quelle: Wie Tabelle A6; eigene Berechnungen.

Land in geringerem Maße vertreten, wobei sich dies weniger an der Anzahl der Einrichtungen, als vielmehr an der Personal- und Mittelausstattung zeigt (vgl. Tabellen 66 und A6). Das gilt für die Anzahl der Wissenschaftler auch dann, wenn man sie auf die Einwohner- bzw. Erwerbstätigenzahl insgesamt bezieht (Tabelle 67).

Deutlicher noch als die geringere Ausstattung mit Forschungseinrichtungen insgesamt fällt gerade die weitaus niedrigere Zahl der im technischen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich tätigen Einrichtungen und Beschäftigten auf. Bei den Hochschulen und Fachhochschulen war der Anteil der Wissenschaftler in diesem Bereich 1987 um 10 Prozentpunkte oder drei Fünftel niedriger als im Bundesdurchschnitt (Tabelle 68).¹ Das Gleiche läßt sich für den Bereich der außeruniversitären For-

¹ Schwerpunkte waren in Schleswig-Holstein dagegen die Humanmedizin und die Agrarwissenschaften. Nicht berücksichtigt bei den Naturwissenschaften ist das Zentrum für marine Geowissenschaften (Geomar) als Institut der Universität Kiel.

Tabelle 67 - Öffentliche Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik sowie Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter je Mill. Einwohner und Erwerbstätige 1987

	Hochschulen, Fachhochschulen(a)	Großforschungseinrichtungen(b)	Institute der Max-Planck-Gesellschaft(c, d)	Institute der Fraunhofer-Gesellschaft	Institute der "Blauen Liste"(e)	Forschungseinrichtungen des Bundes(d)
Einrichtungen je Mill. Einwohner						
Schleswig-Holstein	3,8	0,4	0,4	-	1,9	1,5
Bundesrepublik	3,1	0,2	0,9	0,6	0,8	0,7
Einrichtungen je Mill. Erwerbstätige						
Schleswig-Holstein	10,4	1,0	1,0	-	5,2	4,1
Bundesrepublik	7,4	0,5	2,2	1,3	1,9	1,6
Wissenschaftler(f) je Mill. Einwohner						
Schleswig-Holstein	1057	55	8	-	86(g)	48
Bundesrepublik	1332	67	29	24	29(g)	63
Wissenschaftler(f) je Mill. Erwerbstätige						
Schleswig-Holstein	2859	148	21	-	234(g)	131
Bundesrepublik	3148	159	68	58	67(g)	149

(a) Medizinische Hochschuleinrichtungen getrennt gezählt. - (b) Einschließlich Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in München. - (c) Ohne Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in München. - (d) Ohne Einrichtungen im Ausland. - (e) Gemeinsam von Bund und Ländern geförderte selbständige Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung und gesamtwirtschaftlich wissenschaftlichem Interesse. - (f) Ohne Drittmittel-Personal. - (g) 1988.

Quelle: Wie Tabelle A6; eigene Berechnungen.

sorgungseinrichtungen feststellen. Hier sind es vor allem die Großforschungseinrichtungen, wie die Max-Planck- und die Fraunhofer-Institute, die im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich tätig sind. Gerade diese sind aber im Lande unterrepräsentiert oder bislang überhaupt nicht vertreten.¹

¹ Künftig wird sich hieran einiges ändern, nachdem (i) das JESSI-Institut für Siliziumtechnologie in Itzehoe in Trägerschaft der Fraunhofer-Gesellschaft in Betrieb gehen wird, (ii) nunmehr eine Technische Fakultät an der Universität Kiel mit den Studiengängen Elektrotechnik, Werkstofftechnologie und Informatik eingerichtet wird, (iii) im Zuge letzterer Maßnahme die Medizinische Universität Lübeck zusätzliche technische Lehrstühle erhält und (iv) auch die Fachhochschulen im Lande ausgebaut werden.

Tabelle 68 - Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen nach Fächergruppen und Ländern 1987

	Per- sonen	Sprach- und Kulturwis- senschaften	Sport	Rechts-, Wirtschafts- und Sozial- wissenschaf- ten	Mathematik, Naturwis- senschaften	Human- medizin	Veteri- närmedi- zin	Agrar-, Forst-, Ernährungs- wissen- schaften	Ingenieur- wissen- schaften	Kunst-, Musikwis- senschaf- ten	Zentrale Einrich- tungen
	Anzahl										
	vH										
Schleswig-Holstein	3192	10,1	0,8	7,7	22,2	30,7	0,0	5,4	6,9	2,7	5,5
Hamburg	4668	15,2	0,5	14,9	23,1	22,2	0,0	0,5	17,9	4,2	1,4
Niedersachsen	10406	12,9	0,4	11,1	19,0	19,4	2,6	5,0	20,7	1,5	6,6
Bremen	1274	14,4	1,1	21,1	27,9	0,0	0,0	0,6	22,7	5,2	7,1
Wortrhein-Westfalen	23541	15,0	1,6	12,4	22,7	17,7	0,0	1,2	19,6	3,6	5,2
Hessen	9657	12,2	1,0	14,0	26,9	20,0	1,4	3,5	25,1	2,7	2,5
Rheinland-Pfalz	4392	18,2	0,9	14,9	24,2	18,0	0,0	0,6	23,5	2,9	6,9
Baden-Württemberg	16295	11,6	0,6	11,2	24,0	21,2	0,4	2,6	18,9	5,9	5,7
Bayern	15317	13,8	0,2	1,5	24,4	20,4	1,3	2,0	14,0	1,0	6,3
Saarland	1824	17,1	1,1	11,1	21,4	35,9	0,0	0,5	6,5	2,7	3,8
Berlin (West)	7955	14,4	0,3	12,5	22,1	18,3	3,1	3,1	18,1	4,3	3,9
Bundesrepublik	98400	13,9	0,8	12,2	23,0	20,9	0,9	2,6	17,2	3,3	5,2
	vH										
Anteil Schleswig- Holsteins an der Bundesrepublik	3,2	2,3	3,4	2,0	3,1	6,0	0,0	6,9	1,3	2,7	1,4

(a) Anteil der Fächergruppen an wissenschaftlichen Personal insgesamt.

Quelle: Statistisches Bundesamt [m]; eigene Berechnungen.

Dieses Bild wird bestätigt, wenn man die Zahl und Ausstattung der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bewilligten und geförderten Sonderforschungsbereiche (SFBs) als zusätzlichen Indikator heranzieht.¹ Unter den in Schleswig-Holstein seit 1968 geförderten SFBs [vgl. Tabellen A7 und A8; Bulmahn et al., 1988, S. 94, Tabelle 20], findet sich im technischen Bereich nur bei der Meeresforschung ein aus- gesprochener Schwerpunkt. Der sonstige natur- sowie der gesamte ingenieurwissenschaftliche Bereich war dagegen überhaupt nicht vertreten.

Die Forschungs- und Technologieinfrastruktur Schleswig-Holsteins wies somit in den achtziger Jahren vor allem im technischen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich Lücken auf. Im Hamburger Umland ist das nicht so gravierend, weil dort die Unternehmen von der ungleich

¹ Dieser läßt insofern einen Rückschluß auf die vorhandene Infrastruktur zu, als die DFG mit ihren SFBs nur die Ergänzungsausstattung finanziert, von den beantragenden Forschungseinrichtungen aber verlangt, daß sie im Rahmen der Grundausrüstung selbst Personal und Mittel für das jeweilige Forschungsprojekt einbringen. SFBs werden deshalb dort in geringerem Maße beantragt und gefördert, wo es an dieser Grundausrüstung mangelt.

dichteren Forschungs- und Technologieinfrastruktur Hamburgs profitieren können.¹

b. Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der Unternehmen

Was für die Forschungs- und Technologieinfrastruktur festzustellen ist, zeigt sich in ähnlicher Weise bei der anwendungsbezogenen Forschung in den schleswig-holsteinischen Unternehmen.

Soweit sich die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der schleswig-holsteinischen Unternehmen zurückverfolgen lassen,² hatte das Land gegenüber den südlichen Bundesländern schon relativ früh Entwicklungs- und Innovationsdefizite aufzuweisen. In den siebziger Jahren dürften die Unternehmen in nahezu allen Regionen Schleswig-Holsteins - mit Ausnahme des Hamburger Umlands und Ostholsteins - ausgesprochen wenig innovationsfreudig gewesen sein; Ende der siebziger Jahre lag die Innovationsdichte unter 15 vH.³ Der Anteil der Unternehmen, die externe FuE-Aufträge vergeben, an allen innovierenden Unternehmen im Investitionsgütergewerbe war in ganz Schleswig-Holstein - mit Ausnahme Ostholsteins - weit unterdurchschnittlich.⁴ Neben dem Mangel an eigenen Aktivitäten kommt darin auch zum Ausdruck, daß in den Unternehmen offenbar wenig Anlaß bestand, im FuE-Bereich mit spezialisierten Einrichtungen zu kooperieren.

¹ Die Forschungs- und Technologieinfrastruktur in der Bundesrepublik ist stark auf die Agglomerationsgebiete konzentriert, so auch auf Hamburg [Geppert et al., 1987, S. 418, Abbildung 7.9].

² Die in diesem Zusammenhang zuverlässigste Quelle - die FuE-Statistik des Stifterverbandes - verzeichnet zwar seit 1979 im Zweijahresrhythmus die Beschäftigten im FuE-Bereich für die größeren Bundesländer (die FuE-Ausgaben liegen allerdings nicht regionalisiert vor), doch lassen sich Werte für Schleswig-Holstein für 1979 und 1981 aus den Restwerten nicht rückrechnen. Das ist erst für 1983 und 1985 möglich. Daher ist man für die Zeit davor auf Sekundärliteratur angewiesen.

³ Die Innovationsdichte ist das Verhältnis innovierender Unternehmen zu allen Industriebetrieben in der Region [Meyer-Krahmer et al., 1984, S. 105].

⁴ Dies ergibt die Clusteranalyse des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung [vgl. Meyer-Krahmer et al., 1984, S. 122 f., S. 202 ff.].

Tabelle 69 - FuE-Personal in Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1983 und 1985

	FuE-Personal				Anteil des FuE-Personals an den Beschäftigten insgesamt			
	1983		1985		1983		1985	
	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
	Anzahl				‰			
Verarbeitendes Gewerbe	4134	237964	3803	262811	2,5	3,6	2,3	3,9
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	1208(a)	54833	454	53739	10,2(a)	9,4	3,8	9,5
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	69	4810	51	5620	1,3	1,7	0,9	1,9
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	34	3078	28	3343	0,4	1,1	0,3	1,2
Metallerzeugung und -verarbeitung	12	6284	3	6861	0,3	1,1	0,1	1,2
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	2803	86137	2060	97384	3,1	4,1	3,6	4,6
Maschinenbau	1518	34417	1709	38391	5,1	3,6	5,7	4,0
darunter:								
Elektrotechnik, Feinmechanik, ERM-Waren	897	76038	1027	85801	2,9	5,7	3,1	6,1
Elektrotechnik	382	65981	442	75077	2,4	7,6	2,6	8,1
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	38	2619	56	3479	0,2	0,5	0,3	0,6
Leder, Textil und Bekleidung		1265	7	1500		0,2	0,2	0,3
Ernährung, Tabakverarbeitung	73	2899	117	3084	0,3	0,6	0,5	0,7

(a) Ungesicherter Wert wegen andersgearteter Regionazuteilung der FuE-Beschäftigten in der Chemischen Industrie.

Quelle: Echterhoff-Severitt et al. [1986; 1988b]; eigene Berechnungen.

Als ab Mitte der siebziger Jahre der strukturelle Anpassungsbedarf zunahm, alte Industrien in Bedrängnis gerieten und neue Arbeitsplätze in wettbewerbsfähigen modernen Bereichen geschaffen werden mußten, hatte Schleswig-Holstein daher eine schlechtere Ausgangsposition als andere Bundesländer, in denen auch in den Unternehmen schon in den siebziger Jahren entsprechende Kapazitäten vorhanden waren.

In den achtziger Jahren blieb Schleswig-Holstein in dieser Hinsicht dann hinter den anderen Bundesländern zurück (Tabellen 69 und 70): Gemessen an den Beschäftigten im FuE-Bereich waren die schleswig-holsteinischen Unternehmen insgesamt fast durchweg als deutlich weniger forschungsintensiv einzustufen als die Unternehmen im Durchschnitt der Bundesländer. Der Unterschied im Verarbeitenden Gewerbe betrug 1983: 1,1 Prozentpunkte und 1985 sogar 1,6 Prozentpunkte, das entspricht

Tabelle 70 - Anteil der FuE-Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau an den Gesamtbeschäftigten nach Bundesländern 1983 und 1985 (vH)

	1983	1985
Schleswig-Holstein	2,5	2,3
Hamburg	5,3	5,4
Niedersachsen	2,5	2,5
Bremen	4,4	5,3
Nordrhein-Westfalen	2,7	2,8
Hessen	4,1	5,3
Rheinland-Pfalz	3,1	4,0
Baden-Württemberg	4,3	4,5
Bayern	4,4	4,8
Saarland	0,6	0,6
Berlin (West)	3,1	3,9
Bundesrepublik ohne Bergbau	3,5 3,6	3,8 3,9

Quelle: Echterhoff-Severitt et al. [1986; 1988b].

einem Rückstand von rund einem Drittel.¹

Unter den einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewebes² ist allein der Maschinenbau in Schleswig-Holstein forschungsintensiver als im Bundesdurchschnitt, dies allerdings deutlich. Diese Branche hat sich auch in Kapitel B als einer der Aktivposten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft herausgestellt; zudem ist sie die einzige, die im Bereich der Direktinvestitionen eine nennenswerte Rolle sowohl als Kapitalimporteur als auch als -exporteur spielt (vgl. hierzu Abschnitt D. II).

¹ Der gemessene Rückstand im Jahre 1983 unterzeichnet die Situation. Denn in der Chemischen Industrie und in der Mineralölverarbeitung war der ausgewiesene Anteil der im FuE-Bereich Beschäftigten in Schleswig-Holstein überhöht: Bis 1983 wurde die regionale Zuordnung vom Stifterverband aufgrund globaler Angaben des Verbands der Chemischen Industrie vorgenommen, erst ab 1985 wurden die Beschäftigten von den befragten Unternehmen selbst ihren verschiedenen Betriebsstätten zugeordnet [Echterhoff-Severitt et al., 1988a, S. 28].

² Eine noch tiefergehende Disaggregation als auf Zweisteller-Ebene der Systematik der Wirtschaftszweige ist aufgrund von Geheimhaltungslücken nicht möglich.

Überraschend ist, daß die Bereiche Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren so deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleiben, obgleich in den zusammengefaßten Branchen einige im europäischen Maßstab als hochinnovativ geltende Unternehmen in Schleswig-Holstein angesiedelt sind.¹ Offensichtlich hat sich hier wie in anderen Wirtschaftsbereichen eine ausgesprochen duale Struktur herausgebildet: Die Streuung der Forschungsaktivitäten zwischen den Unternehmen in Schleswig-Holstein ist offenbar hoch; wenigen FuE-intensiven Unternehmen steht eine große Zahl mittelständischer Unternehmen gegenüber, die nur wenig forschen und entwickeln. In vielen Branchen ist der Besatz mit hochinnovativen Unternehmen im Lande geringer als in anderen Bundesländern, selbst wenn diese Branchen hier durchaus eine große Bedeutung haben. Das gilt etwa auch für die Chemische Industrie, die in Schleswig-Holstein vorwiegend Grundstoffe, also standardisierte Produkte, herstellt.

Einige andere Bereiche, die insgesamt zum High-tech-Sektor gezählt werden, wie die Biotechnologie sowie die Informations- und Kommunikationstechnik (IuK),² sind in Schleswig-Holstein in geringerem Maße vertreten; darüber hinaus ist auch der Anteil der FuE-Aktivitäten niedriger (Tabelle 71). Bei den IuK-Unternehmen gibt es beispielsweise in Schleswig-Holstein kaum solche mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung [Henckel, 1989, S. 241].

Ein weiterer Grund für die geringere FuE-Intensität in Schleswig-Holstein könnte schließlich noch in der Betriebsgrößenstruktur zu finden sein. Es gibt im Lande vergleichsweise wenige Verwaltungen von Großunternehmen [Höring et al., 1987, S. 31]. FuE-Abteilungen sind jedoch häufig als Stabsabteilungen am Sitz der Konzernverwaltungen tätig.

Insgesamt werden somit in Schleswig-Holstein im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation weniger Ressourcen eingesetzt als in anderen Bundesländern. Geht man von der Betrachtung der Inputseite zur Out-

¹ Dies gilt für die Bereiche Meerestechnik und Medizintechnik [Süverkrüp, 1988, S. 9].

² In der Abgrenzung von Henckel [1989, S. 240 ff.] zählen zum IuK-Bereich alle Aussteller auf der CeBit-Messe Hannover. Daher vermischen sich hier sowohl Unternehmen aus dem Bereich "Herstellung von ADV-Geräten" als auch aus dem Dienstleistungsbereich.

Tabelle 71 - Räumliche Verteilung der Unternehmen der Biotechnologie sowie der Informations- und Kommunikationstechnik nach Bundesländern 1987

	Anteil an den Biotechnologieunternehmen	Anteil an IuK(a)-Unternehmen	Darunter mit Schwerpunkt im FuE-Bereich	Biotechnologieunternehmen	IuK(a)-Unternehmen
		vH		Anzahl(b)	
Schleswig-Holstein	1,9	1,3	0	6	17
Hamburg	8,0	5,4	6,5	39	114
Niedersachsen	11,9	10,7	19,6	13	49
Bremen	0,6	0,8	0	8	41
Nordrhein-Westfalen	18,7	23,5	32,6	9	47
Hessen	17,6	17,6	15,2	25	105
Rheinland-Pfalz	3,2	1,4	0	7	13
Baden-Württemberg	21,0	16,4	6,5	17	58
Bayern	11,3	18,9	15,2	8	57
Saarland	0,1	0,3	0	1	10
Berlin (West)	5,6	3,6	4,3	23	64
Bundesrepublik	100	100	100	13	54
		Anzahl			
Bundesrepublik	772	3313	.	.	.

(a) Informations- und Kommunikationstechnik. - (b) Je Mill. Einwohner.

Quelle: Henckel (1989, Tabellen 4 und 5); eigene Berechnungen.

putseite über, so bietet sich als Indikator die Patentstatistik an.¹ Leider klappt zwischen 1965 und 1985 eine Lücke in der regionalisierten Statistik des Deutschen Patentamtes; 1965 stammten nur 1,5 vH aller Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt von Einwohnern aus Schleswig-Holstein, 1985 und 1986 rund 4 vH und 1987 und 1988 rund 2,5 vH [Deutsches Patentamt, lfd. Jgg.].²

Bezieht man die Zahl der Patentanmeldungen auf die Zahl der Einwohner und der Arbeitsstätten (Arbeitsstätten nach Arbeitsstättenzäh-

¹ Zu den Problemen der Patentstatistik als Indikator für den Erfolg von Forschung, Entwicklung und Innovation siehe Grilliches [1984].

² Seit 1978 können Patente, die europaweit gelten sollen, auch direkt beim Europäischen Patentamt angemeldet werden. Diese Anmeldungen erscheinen nicht in den Zahlen des Deutschen Patentamtes. Es liegen jedoch keine Anhaltspunkte dafür vor, daß der dadurch bedingte Fehler in der Statistik regional ungleich verteilt wäre.

Tabelle 72 - Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt nach Bundesländern 1985-1988

	1985		1986		1987		1988	
	je Einwohner	je Arbeitsstätte	je Einwohner	je Arbeitsstätte	je Einwohner	je Arbeitsstätte	je Einwohner	je Arbeitsstätte
Schleswig-Holstein	51	11	49	11	29	6	31	7
Hamburg	64	14	65	14	54	12	55	12
Niedersachsen	30	7	31	7	29	7	29	7
Bremen	25	6	23	5	21	4	24	6
Nordrhein-Westfalen	48	9	48	10	48	10	50	10
Hessen	67	11	65	11	68	11	69	12
Rheinland-Pfalz	39	6	40	6	41	7	42	7
Baden-Württemberg	76	10	76	10	76	10	76	10
Bayern	59	8	59	8	60	8	58	8
Saarland	20	4	19	4	17	4	17	3
Berlin (West)	33	8	34	8	37	9	39	9
Bundesrepublik	53	9	53	9	53	9	62	9

Quelle: Deutsches Patentamt [lfd. Jgg.]; eigene Berechnungen.

lung 1987), so schneidet Schleswig-Holstein im Vergleich der Bundesländer zumindest für 1985 und 1986 recht gut ab. Je Einwohner wurden aus Schleswig-Holstein mehr Patente angemeldet als aus Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Berlin; hinsichtlich der Patente je Arbeitsstätte lag Schleswig-Holstein gleichauf mit Hessen und Baden-Württemberg. Angesichts der dualen Struktur des Ressourceneinsatzes im Bereich Forschung und Entwicklung in Schleswig-Holstein (vgl. S. 138) ist jedoch anzunehmen, daß die insgesamt positive Bilanz nur auf die Aktivitäten weniger sehr forschungsintensiver Unternehmen im Lande zurückzuführen ist. Bemerkenswert ist der Rückgang in 1987 und 1988. Schleswig-Holstein rutscht hinsichtlich beider Bezugsgrößen fast an das Ende der Skala der Bundesländer ab (Tabelle 72).

Vergleicht man diese Werte mit den Anteilswerten für 1965 [Deutsches Patentamt, lfd. Jgg.], dann kann nicht ausgeschlossen werden, daß es sich hierbei um den Normalzustand handelt und die Werte für 1985 und 1986 überhöht sind. Dafür würde auch der insgesamt niedrigere Ressourceneinsatz sprechen.

c. Qualifikation der Arbeitskräfte

Betrachtet man den Ausbildungsstand der Arbeitskräfte in Schleswig-Holstein, so fällt auf, daß traditionell der Anteil der Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung an allen Arbeitnehmern hoch ist.¹ Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe war der Abstand zum Bundesdurchschnitt und etwa auch zu Baden-Württemberg sowohl 1970 als auch 1987 deutlich;² dies gilt vor allem für den Anteil der Facharbeiter an allen Arbeitern (vgl. Tabelle A9).

Nimmt man etwa den Anteil der in der Verdienststatistik in Leistungsgruppe 1³ eingruppierten Arbeiterinnen und Arbeiter als Maßstab, so zeigen sich besonders hohe Anteile in der Investitionsgüterindustrie, darunter auch im Maschinenbau, die bei Arbeitern im Zeitablauf relativ stabil sind, und bei Arbeiterinnen - bei absolut niedrigeren Anteilen - gegenüber dem Bundesdurchschnitt aufholen. Recht hohe Anteile - Arbeiterinnen und Arbeiter zusammengenommen - weisen auch die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und die Verbrauchsgüterindustrie auf (Tabelle 74).⁴

Nun ist ein - gegenüber anderen Bundesländern - hoher Anteil von Facharbeitern zweifellos ein Standortvorteil. Nimmt man jedoch die Angestellten hinzu, insbesondere jene, die sowohl über einen hohen Ausbildungsstand verfügen als auch aufgrund ihrer Fähigkeiten ein vergleichsweise hohes Gehalt beziehen, so ändert sich das Bild: In den achtziger Jahren lag in Schleswig-Holstein der Anteil der Angestellten in der Lei-

¹ Vgl. Tabelle 73 sowie Tabelle A9, die den Ausbildungsstand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1988 dokumentiert.

² Dies zeigt sich auch in den meisten Wirtschaftszweigen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes (vgl. Tabelle A10).

³ Arbeiterinnen und Arbeiter, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse mit schwierigen und verantwortungsvollen Arbeiten beschäftigt sind (Facharbeiter und besonders qualifizierte Facharbeiter).

⁴ Sehr niedrig lagen dagegen stets die Nahrungs- und Genussmittelindustrie und unter den Produktionsgüterindustrien die Chemische Industrie. Die Ergebnisse der Verdienststatistik (Tabelle 74) decken sich mit denen der Arbeitsstättenzählung (Tabelle A10).

Tabelle 73 - Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung (a) nach Wirtschaftszweigen in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und der Bundesrepublik 1970 und 1987 (vH) (b)

	1970			1987		
	Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg	Bundesrepublik	Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg	Bundesrepublik
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	47,2	40,0	44,7	58,5	47,6	48,8
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	77,3	77,4	70,8	83,7	83,6	83,7
Verarbeitendes Gewerbe	56,5	48,9	52,3	63,9	58,4	60,4
Baugewerbe	67,7	63,3	66,7	74,5	73,6	75,5
Handel	66,8	69,2	69,5	74,4	75,8	76,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	65,9	64,2	66,0	74,3	71,3	73,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	81,2	84,7	85,8	83,7	85,1	87,4
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	52,3	59,2	59,3	56,0	58,6	58,3
Organisationen ohne Erwerbszweck	69,2	71,8	70,5	71,7	73,7	73,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	78,8	78,1	79,8	81,6	81,6	83,2
Insgesamt	64,6	58,5	62,3	70,5	67,1	69,5

(a) Beamte, Angestellte, Facharbeiter, Gesellen; jeweils ohne noch in der Ausbildung befindliche Arbeitnehmer. - (b) Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer.

Quelle: Statistisches Bundesamt [e; s]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [a; b]; eigene Berechnungen.

stungsgruppe II¹ - mit Ausnahme der männlichen Angestellten in der Verbrauchsgüter-, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie im Bereich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe - überall deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, wenn auch noch häufig über dem entsprechenden Anteil in Baden-Württemberg (Tabelle 75).

¹ Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsverfügung und Verantwortung für die Tätigkeit anderer Arbeitnehmer.

Tabelle 74 - Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Leistungsgruppe 1 in der Industrie in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und der Bundesrepublik 1970-1988 (a) (vH)

	Anteil der Arbeiter in Leistungsgruppe M1(b) an allen Arbeitern					Anteil der Arbeiterinnen in Leistungsgruppe W1(b) an allen Arbeiterinnen				
	1970	1975	1980	1985	1988	1970	1975	1980	1985	1988
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie										
Schleswig-Holstein	37,8	43,9	43,0	43,9	41,2	-	2,0	1,0	4,5	5,1
Baden-Württemberg	37,0	42,3	43,7	49,0	49,6	3,3	1,8	2,0	5,2	5,5
Bundesrepublik	36,1	40,2	42,3	45,1	46,3	1,7	2,5	3,4	4,3	4,5
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	104,7	109,2	101,7	97,3	87,8	-	80,0	29,4	104,7	113,3
darunter: Chemische Industrie										
Schleswig-Holstein	31,9	38,2	34,3	37,8	31,4	-	2,8	-	2,1	1,9
Baden-Württemberg	37,7	39,2	42,7	47,1	49,5	3,0	0,7	0,9	3,4	4,1
Bundesrepublik	39,2	42,2	45,9	48,6	49,9	1,7	2,0	3,6	3,9	4,6
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	81,4	90,5	74,7	77,8	62,9	-	-	-	-	41,3
Investitionsgüterindustrie										
Schleswig-Holstein	70,9	72,1	75,6	78,4	78,5	1,2	1,4	1,6	2,9	4,9
Baden-Württemberg	47,5	54,6	58,1	62,5	63,6	1,6	1,3	1,4	3,1	3,9
Bundesrepublik	54,5	59,4	61,7	62,2	62,4	1,9	2,8	2,9	3,6	4,3
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	130,1	121,4	122,5	127,1	125,8	63,2	50,0	62,1	80,6	114,0
darunter: Maschinen- und Lokomotivbau										
Schleswig-Holstein	68,0	72,0	75,0	82,5	83,2	-	1,5	1,9	2,6	6,2
Baden-Württemberg	55,8	60,3	64,1	70,1	71,3	1,8	1,4	2,0	5,8	6,3
Bundesrepublik	59,6	62,9	67,5	71,4	72,6	2,1	3,2	3,0	5,8	6,6
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	114,1	114,5	111,1	115,5	114,6	-	46,9	63,3	44,8	93,9
Verbrauchsgüterindustrie										
Schleswig-Holstein	48,5	46,0	46,6	52,0	52,8	13,1	12,8	11,6	11,9	10,9
Baden-Württemberg	49,2	49,5	47,7	51,5	50,9	8,2	6,4	5,7	6,8	8,8
Bundesrepublik	49,4	48,9	48,9	50,2	49,0	10,4	10,2	9,3	10,3	10,9
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	98,2	92,9	95,3	103,6	107,8	126,0	125,5	124,7	115,5	100,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie										
Schleswig-Holstein	47,2	46,4	48,0	53,4	51,0	2,2	1,6	1,5	1,7	1,6
Baden-Württemberg	52,5	53,9	53,9	58,1	55,0	10,5	2,9	1,2	2,8	2,9
Bundesrepublik	53,1	53,8	53,8	56,9	56,5	4,3	2,7	2,6	3,0	3,5
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	88,9	86,2	89,2	93,8	90,3	51,2	59,3	55,6	56,7	45,7
(a) Jeweils Januar. - (b) Arbeiterinnen und Arbeiter, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse mit schwierigen und verantwortungsvollen Arbeiten beschäftigt sind (Facharbeiter und besonders qualifizierte Facharbeiter).										

Quelle: Statistisches Bundesamt [o]; eigene Berechnungen.

Tabelle 75 - Anteil der Angestellten in der Leistungsgruppe II in Industrie und Handel in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und der Bundesrepublik 1970-1988 (a) (vH)

	Anteil der männlichen Angestellten in Leistungsgruppe II (b) an allen männlichen Angestellten					Anteil der weiblichen Angestellten in Leistungsgruppe II (b) an allen weiblichen Angestellten				
	1970	1975	1980	1985	1988	1970	1975	1980	1985	1988
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (technische Angestellte)										
Schleswig-Holstein	30,9	28,3	33,9	35,0	37,3	10,3	-	-	4,2	5,4
Baden-Württemberg	24,3	27,5	28,3	30,4	35,0	3,2	5,5	6,5	6,2	9,8
Bundesrepublik	34,3	35,7	37,7	39,8	40,7	6,2	7,9	7,7	8,3	10,1
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	89,3	79,3	89,9	92,8	91,6	166,1	-	-	50,6	53,5
darunter: Chemische Industrie (technische Angestellte)										
Schleswig-Holstein	33,5	27,8	26,5	31,5	32,6	13,8	-	-	-	5,3
Baden-Württemberg	24,9	29,0	28,6	28,8	36,4	3,7	6,5	7,2	6,5	10,4
Bundesrepublik	27,7	29,2	30,8	33,4	35,3	6,3	7,5	7,2	7,6	9,6
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	120,9	95,2	86,0	94,3	92,4	219,0	-	-	-	55,2
Investitionsgüterindustrie (technische Angestellte)										
Schleswig-Holstein	19,0	24,7	27,6	32,8	35,6	-	-	-	2,1	3,5
Baden-Württemberg	20,0	20,4	23,9	26,9	26,7	1,1	0,8	1,6	3,0	3,6
Bundesrepublik	33,0	41,8	45,6	49,5	49,1	2,5	5,7	6,4	9,1	10,7
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	57,6	59,1	60,5	66,3	72,5	-	-	-	23,1	32,7
darunter: Maschinenbau (technische Angestellte)										
Schleswig-Holstein	16,6	23,5	23,2	35,3	36,7	-	-	-	-	3,0
Baden-Württemberg	19,5	17,6	18,7	20,0	20,4	0,7	-	-	0,5	0,4
Bundesrepublik	33,3	41,5	45,3	48,1	47,2	1,9	4,4	4,6	5,2	5,8
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	49,8	71,1	64,5	73,4	77,8	-	-	-	-	51,7
Verbrauchsgüterindustrie (technische Angestellte)										
Schleswig-Holstein	23,0	27,4	25,3	39,0	37,0	-	11,0	11,9	6,3	6,0
Baden-Württemberg	31,3	23,4	22,6	23,2	24,7	6,9	5,8	5,3	6,3	7,1
Bundesrepublik	30,5	27,6	28,0	28,9	29,4	9,1	10,4	10,2	10,0	9,9
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	75,4	99,3	90,4	134,9	125,9	-	105,8	116,7	63,0	60,6
Nahrungs- und Genussmittelindustrie (technische Angestellte)										
Schleswig-Holstein	33,3	33,9	32,8	41,0	44,0	-	-	-	-	-
Baden-Württemberg	27,1	28,0	31,0	34,1	33,3	-	2,6	4,9	7,3	5,1
Bundesrepublik	31,9	34,9	34,4	35,6	35,9	4,2	5,5	4,9	6,6	7,9
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	104,4	97,1	95,3	115,2	122,6	-	-	-	-	-
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe (kaufmännische Angestellte)										
Schleswig-Holstein	26,4	31,6	33,3	35,7	31,5	3,6	6,9	6,6	6,0	6,5
Baden-Württemberg	23,1	28,7	30,3	33,3	31,6	2,7	3,9	4,9	4,9	5,7
Bundesrepublik	25,2	30,9	32,3	32,0	31,9	4,3	6,5	7,4	6,5	6,7
Schleswig-Holstein in vH des Bundesdurchschnitts	104,8	102,3	103,1	111,6	98,7	83,7	106,2	89,2	92,3	97,0

(a) Jeweils Januar. - (b) Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständiges Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis und Verantwortung für die Tätigkeit anderer Arbeitnehmer.

Quelle: Statistisches Bundesamt [p]; eigene Berechnungen.

Noch deutlicher wird der Rückstand Schleswig-Holsteins bei den besonders hoch qualifizierten Arbeitnehmern, wenn man den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschulabschluß oder mit Hochschulreife und beruflicher Ausbildung als Indikator heranzieht. In den achtziger Jahren hatte Schleswig-Holstein bei dieser Gruppe von Arbeitnehmern den niedrigsten Anteil aller Bundesländer aufzuweisen und lag - ganz abgesehen von den Dienstleistungszentren der Stadtstaaten -

auch weit hinter den wachstumsträchtigen Bundesländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern zurück (Tabelle 76).¹

Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch auf die bereits im Abschnitt B. IX erwähnten Defizite bei den schleswig-holsteinischen Arbeitsplätzen für wachstumsrelevante produktionsorientierte Dienstleistungen zu verweisen. Abgesehen davon, daß in diesem Bereich in Schleswig-Holstein - mit Ausnahme des Hamburger Umlands - in den achtziger Jahren weniger Arbeitsplätze vorhanden waren, zeigten sich bei diesen Beschäftigten sowie bei kaufmännischen Tätigkeiten in allen Branchen auch Rückstände in bezug auf den Ausbildungsstand (Tabelle 40).

Dieses Ergebnis überrascht insofern, als in Abschnitt B. V festgestellt wurde, daß in Schleswig-Holstein der Anteil humankapitalintensiver Branchen höher ist als im Durchschnitt der Bundesländer. Die Diskrepanz beider Ergebnisse läßt aber Rückschlüsse auf die Humankapitalintensität innerhalb der Branchen in Schleswig-Holstein zu: Offenbar ist sie niedriger als anderswo.

Zusammenfassend kann man daher festhalten: Einen Rückstand weist Schleswig-Holstein nicht nur in der Forschungs- und Technologieinfrastruktur und in geringeren Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsaktivitäten der meisten Unternehmen auf, sondern auch im Hinblick auf das am Markt verwertbare Humankapital der Beschäftigten. Als Mitte der siebziger Jahre der strukturelle Anpassungsdruck spürbar wurde, wären für die schleswig-holsteinische Wirtschaft grundsätzlich zwei Entwicklungslinien denkbar gewesen, um im Wachstum mit anderen Regionen mithalten:² Entweder hätte es eine stärkere Ausrichtung auf FuE-Aktivitäten geben müssen, um mit Produkten auf den Markt zu kommen, die sich einer hohen Einkommenselastizität der Nachfrage gegenübersehen. Oder die Wachstumschancen hätten darin gesucht werden müssen, Produktionen zu attrahieren, die andernorts faktorkostenbedingt nicht mehr wettbewerbsfähig waren. Für mehr FuE-Aktivitäten in der Wirtschaft war

¹ Innerhalb Schleswig-Holsteins zeigt sich dabei eine Konzentration der Arbeitsplätze für Hochqualifizierte auf die Städte Kiel (als Landeshauptstadt) und Lübeck sowie auf die Kreise des Hamburger Umlands. Letztere scheinen auch in dieser Hinsicht eine gewisse Ausnahme vom Landesdurchschnitt zu bilden (Tabelle 76).

² Möglich wäre auch eine Kombination der beiden skizzierten Entwicklungslinien gewesen.

Tabelle 76 - Anteil der gering- (a) und der hochqualifizierten (b) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein und nach Bundesländern 1983 und 1986 (je 1000 Beschäftigte)

	1983		1986	
	gering-qualifizierte	hochqualifizierte	gering-qualifizierte	hochqualifizierte
Kreisfreie Städte				
Flensburg	346	27	338	32
Kiel	293	58	282	68
Lübeck	366	34	361	38
Neumünster	362	28	356	31
Landkreise.				
Dithmarschen	374	19	367	24
Herzogtum Lauenburg	389	30	363	36
Nordfriesland	376	17	367	21
Ostholstein	389	20	379	25
Pinneberg	378	35	369	39
Plön	367	25	357	27
Rendsburg-Eckernförde	360	25	356	29
Schleswig-Flensburg	374	19	367	20
Segeberg	364	25	350	30
Steinburg	407	21	412	24
Stormarn	383	32	369	35
Bundesländer				
Schleswig-Holstein	361	31	352	36
Hamburg	334	56	323	63
Niedersachsen	367	35	355	39
Bremen	332	52	325	58
Nordrhein-Westfalen	365	43	355	49
Hessen	333	55	322	63
Rheinland-Pfalz	384	34	359	38
Baden-Württemberg	389	46	371	50
Bayern	381	43	359	49
Saarland	373	38	347	43
Berlin (West)	437	58	427	65
Bundesrepublik	371	44	356	49
(a) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Ausbildung (einschließlich derjenigen, die keine Ausbildung benannt haben). - (b) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschulabschluß oder Hochschulreife und beruflicher Ausbildung.				

Quelle: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung [1984; 1987].

die Ausgangslage nicht günstig; sie hat sich auch in der folgenden Zeit nicht wesentlich - insbesondere im Vergleich zu anderen Regionen - verbessert. Denn die Infrastrukturdefizite wurden nicht abgebaut; zugleich nahm aber die Bedeutung von Forschung, Entwicklung, Innovationen und hochqualifizierten Arbeitskräften für das wirtschaftliche Wachstum zu. Zu fragen ist nunmehr, ob Schleswig-Holstein zumindest von den Faktorkosten her hinreichend attraktiv war, Produktionen aufzunehmen, deren Standortbedingungen sich anderenorts verschlechtert hatten.

5. Preise lokaler Produktionsfaktoren

Regionen mit Strukturproblemen oder Lagenachteilen können dauerhaft nur dann vorankommen, wenn die regionalen Produktionsfaktoren marktgerecht bewertet werden [Soltwedel, 1986, S. 58]. Marktgerecht bedeutet dabei, daß Überangebots- oder Übernachfragesituationen, die nicht durch Faktorwanderungen ausgeglichen werden können, in entsprechenden Faktorpreissenkungen oder -erhöhungen zum Ausdruck kommen müssen.¹

a. Arbeitskosten

Die Arbeitskosten für Unternehmen an einem Standort werden einerseits bestimmt von der Produktivität der lokalen Faktoren - bereinigt um Veränderungen in den Terms of trade - und andererseits durch die Löhne und Gehälter, die für Arbeit am jeweiligen Standort gezahlt werden müssen. In Schleswig-Holstein ist die Arbeitsproduktivität in der ersten Hälfte der siebziger Jahre durchweg rascher gestiegen als im Bundesgebiet insgesamt; zwischen 1977 und 1983 blieb der Produktivitätsanstieg jedoch hinter der Entwicklung im Durchschnitt aller Bundesländer zu-

¹ Das Instrument der ausgleichenden Wechselkursanpassung steht Regionen, die sich im Nachteil gegenüber anderen Regionen desselben Landes und damit Währungsgebietes befinden, im allgemeinen nicht zur Verfügung. Theoretisch wäre ansonsten über eine Abwertung der (lokalen) Währung ein Ausgleich von Faktorpreis- und Standortnachteilen möglich [vgl. Siebert, 1988; 1989].

rück. Davon waren praktisch alle Wirtschaftsbereiche im Lande betroffen (vgl. Tabellen A2 und A11), das Verarbeitende Gewerbe nicht ganz so stark wie das Warenproduzierende Gewerbe insgesamt. Dennoch zeigte sich auch im Verarbeitenden Gewerbe in dieser Phase mit 4,5 vH eine um einen Prozentpunkt niedrigere Zunahme der Arbeitsproduktivität (Tabelle A11). Auch nach 1983 hat die Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein weniger rasch zugenommen als im Bundesdurchschnitt. Einen stärkeren Anstieg nach 1983 verzeichnen aber die Dienstleistungsunternehmen.

Das Niveau der Arbeitsproduktivität lag im Warenproduzierenden Gewerbe Schleswig-Holsteins stets über dem Bundesdurchschnitt, im Handels- und Dienstleistungssektor stets darunter.¹ Der Vorsprung im Warenproduzierenden Gewerbe war noch 1977 in allen Teilbereichen zu beobachten. Bis 1983 büßte jedoch das Verarbeitende Gewerbe seinen Produktivitätsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt aller Bundesländer ein. Die höhere Produktivität im Warenproduzierenden Gewerbe war danach allein auf den Energiebereich zurückzuführen [vgl. ähnlich Gundlach, 1986, S. 83, Fußnote 15]; das Verarbeitende Gewerbe blieb weiter zurück. Insofern war von seiten der Arbeitsproduktivität für Lohnsteigerungen in Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in Schleswig-Holstein vor allem in der Phase von 1977 bis 1983 weniger Spielraum gegeben als im Durchschnitt der Bundesländer.^{2,3}

Auf der Seite der Arbeitsentgelte ist zu unterscheiden zwischen den Tariflöhnen und -gehältern⁴ auf der einen Seite und den Effektivlöhnen

¹ Vgl. Tabelle A2; die deutlich geringere Zunahme der Arbeitsproduktivität im Dienstleistungssektor Schleswig-Holsteins in der ersten Hälfte der achtziger Jahre ist zum Teil auf die Kumulation einiger statistischer Sondereffekte zurückzuführen und überzeichnet daher die tatsächliche Entwicklung.

² Wie sich die Terms of trade von Schleswig-Holstein entwickelt haben, ist nicht direkt festzustellen. Man kann hier nur vermuten, daß sie angesichts der aufkommenden Strukturprobleme kaum günstiger waren als im Bundesgebiet insgesamt.

³ Nach 1983 stieg die Produktivität im Dienstleistungsbereich Schleswig-Holsteins etwas stärker als im Bundesdurchschnitt.

⁴ Die Tariflöhne sind aufgrund der Vorgaben der Arbeitsmarktregulierung die unabdingbaren Mindestlöhne, die im Regelfall nicht unterschreitbare Grenze [vgl. z.B. Soltwedel, 1988; Donges, Schmidt et al., 1988, S. 86 ff.].

und -verdiensten¹ auf der anderen Seite. Was die *Tariflöhne* in der Industrie angeht, so weist die amtliche Statistik in denjenigen Branchen, für die auch die in Schleswig-Holstein gültigen Tarifverträge veröffentlicht werden,² eine schon in den frühen siebziger Jahren einsetzende interregionale Nivellierungstendenz aus; ab Mitte der siebziger Jahre sind die Tariflöhne in den Bundesländern - mit Ausnahme von Bayern, das stets nach unten abwich - nahezu vollständig nivelliert, ein Zustand, der seitdem unverändert fortbesteht [Soltwedel, 1988, S. 177 ff.]. Dies ist bei praktisch allen Branchen der Fall (Tabellen A12 und A13), und zwar besonders ausgeprägt bei den untersten Lohngruppen sowie bei den Facharbeitern.³ Die Tariflöhne waren damit im Beobachtungszeitraum sowohl vom Niveau als auch von den Zuwachsraten her im Bundesgebiet (außer Bayern) nahezu gleich; damit war aufgrund ihres Mindestlohncharakters kein Spielraum gegeben, um in Schleswig-Holstein durch ein Zurückbleiben der Tariflohnentwicklung attraktive Bedingungen für Investitionen zu schaffen, mit deren Hilfe die sich herausbildenden Strukturprobleme hätten überwunden werden können.

Bei den *Effektivverdiensten* (den Bruttoverdiensten der Arbeiter in der Industrie) zeigt sich eine gewisse regionale Differenzierung; je nach Industriezweig und hier wiederum je nach Lohngruppe nimmt Schleswig-Holstein jedoch eine unterschiedliche Position ein (Tabelle 77): Niedrigere

¹ Die Effektivlöhne sind diejenigen Löhne, die die Arbeitnehmer tatsächlich erhalten. Die (positive) Differenz zwischen Effektiv- und Tariflöhnen ist die Lohndrift [vgl. z.B. Gundlach, 1986, S. 84 f.]. Sie läßt sich auch regional darstellen. Eine regionale Lohndrift liegt vor, wenn in einer Region der Abstand zwischen Effektivlöhnen und Tariflöhnen größer ist als in einer anderen [Eekhoff, 1988, S. 688].

² Dies sind die Metallbe- und -verarbeitende Industrie, die Chemische Industrie, die Kunststoffherzeugende Industrie, die Holz- und Kunststoffverarbeitende Industrie, die Zellstoffindustrie und mehrere Nahrungs- und Genußmittelindustrien (vgl. Tabellen A12 und A13). Für einige Branchen, wie die Feinmechanik und Optik, die Druckerei und Vervielfältigung, die Lederherzeugung und die Schuhindustrie existieren sogar bundeseinheitliche Tarifverträge [Gundlach, 1986, S. 85, Fußnote 19].

³ Bei den höchsten Lohngruppen ist die Differenzierung auch zwischen den Bundesländern noch etwas größer. Offenbar ist hier die Lohndrift in den Tarifverträgen abgesichert und damit um ihre Pufferfunktion bei schlechten Ertragslagen gebracht worden [Donges, Schmidt et al., 1988, S. 87].

Tabelle 77 - Entwicklung der Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie Schleswig-Holsteins 1970-1988 (Bundesrepublik = 100)

	1970	1975	1980	1985	1987	1988
Bruttostundenverdienste(a) der Arbeiter in Lohngruppe						
	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie					
männlich 1	90,0	100,5	102,6	98,9	99,1	97,8
weiblich 1	.	92,5	103,1	83,1	82,3	82,8
männlich 2	89,2	93,9	97,2	101,1	98,1	98,3
weiblich 2	97,9	96,7	96,7	96,8	96,8	94,1
männlich 3	98,3	97,5	99,6	93,2	92,8	82,0
weiblich 3	98,2	97,7	101,3	95,9	96,1	97,1
	darunter: Chemische Industrie					
männlich 1	89,9	91,6	92,8	94,8	93,1	86,8
weiblich 1	.	86,4	.	83,5	91,3	88,5
männlich 2	88,1	91,1	89,3	105,3	101,2	101,0
weiblich 2	100,0	90,2	92,1	94,9	94,2	91,3
männlich 3	104,9	101,8	95,8	97,4	96,2	98,4
weiblich 3	100,5	98,4	98,6	95,6	96,2	96,3
	Investitionsgüterindustrie					
männlich 1	94,5	94,3	95,6	96,8	95,1	94,9
weiblich 1	94,4	103,4	100,8	96,2	97,7	97,9
männlich 2	87,5	91,6	91,3	89,6	88,7	89,1
weiblich 2	101,8	99,5	97,9	96,1	95,2	95,2
männlich 3	87,9	91,7	89,1	86,2	87,4	88,1
weiblich 3	94,3	93,4	93,4	96,5	95,0	95,0
	darunter: Maschinen- und Lokomotivbau					
männlich 1	93,9	100,8	100,6	100,6	99,6	99,7
weiblich 1	.	121,4	116,6	104,7	104,1	107,5
männlich 2	88,6	94,7	93,0	92,7	90,1	90,6
weiblich 2	108,4	107,5	103,0	103,1	102,5	102,6
männlich 3	87,6	94,5	87,8	82,4	85,0	86,2
weiblich 3	90,6	93,8	92,5	94,8	94,6	94,9
	Verbrauchsgüterindustrie					
männlich 1	110,8	113,0	111,6	110,2	111,7	111,8
weiblich 1	98,5	102,8	104,9	108,8	106,7	111,3
männlich 2	105,2	107,2	109,3	107,4	104,6	104,1
weiblich 2	102,2	104,0	102,1	101,5	101,8	101,3
männlich 3	105,4	113,7	100,7	104,3	107,5	107,5
weiblich 3	104,5	101,4	103,4	104,1	100,3	99,7

noch Tabelle 77

	1970	1975	1980	1985	1987	1988
Eruttostundenverdienste(a) der Arbeiter in Lohngruppe	Nahrungs- und Genußmittelindustrie					
männlich 1	97,4	100,3	98,0	100,4	98,8	98,8
weiblich 1	117,0	96,3	98,2	105,3	108,0	109,4
männlich 2	97,2	103,7	100,8	96,9	97,1	97,2
weiblich 2	96,9	95,8	103,9	101,0	103,5	107,8
männlich 3	96,8	98,1	99,5	98,2	97,6	97,4
weiblich 3	96,3	100,3	96,7	97,3	97,4	96,6
(a) In laufenden Preisen.						

Quelle: Statistisches Bundesamt [o]; eigene Berechnungen.

Effektivlöhne als im Durchschnitt aller Bundesländer bzw. aller Flächenländer wurden in Schleswig-Holstein vor allem in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie in der Investitionsgüterindustrie gezahlt - die Löhne im Maschinenbau, eine für Schleswig-Holstein nicht unbedeutende Branche dieses Bereichs, erreichten allerdings fast den Durchschnittswert. Meist nahe beim Bundesdurchschnitt, zuweilen auch darüber lagen die Effektivlöhne in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, stets eindeutig darüber in der Verbrauchsgüterindustrie.¹

Auffällig ist, daß Abweichungen nach unten in den allermeisten Lohngruppen nicht allzu stark waren.² Darüber hinaus zeigt sich ein dem Nord-Süd-Gefälle der Arbeitslosigkeit genau entgegengesetztes Süd-Nord-Gefälle der Effektivlöhne: In den meisten Industrien und Lohngruppen waren die Löhne in Bayern absolut niedriger als in Schleswig-Holstein; dort, wo sie darüberlagen, wie in der Investitionsgüterindustrie, war der Abstand nur gering.³ Bei einigen Industrien und Lohngruppen

¹ Vgl. Tabelle 77 und Tabelle A14. In dieser groben Gliederung sind allerdings immer noch strukturelle Differenzen verborgen.

² 1980 betrug die Abweichungen nach unten zwischen 0,4 und 12,2 vH mit einer Häufung bei 1 bis 8 vH und waren dabei fast immer geringer als 1970 (Tabelle 77).

³ Zwar könnte in Bayern die Durchschnittsproduktivität in verschiedenen Industriezweigen niedriger liegen als in Schleswig-Holstein. Aber selbst

gilt dies auch im Vergleich mit Hessen und Baden-Württemberg.¹

Im Zeitablauf haben sich die Niveauunterschiede nur wenig verändert. Es fällt aber auf, daß die Effektivlöhne in Schleswig-Holstein gerade ab Mitte der siebziger Jahre, als im Lande die strukturellen Probleme spürbar wurden, gegenüber dem Durchschnitt der Bundesländer in zahlreichen Branchen und Lohngruppen sogar relativ zunahm und in den übrigen kaum zurückgingen (Tabelle 77).

Ebenso deutlich wird dies, wenn man statt der Niveauunterschiede die durchschnittlichen Veränderungsraten betrachtet: Ab Mitte der siebziger Jahre nahm die Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein weniger rasch zu als im übrigen Bundesgebiet (Tabelle A11). Daher wäre für die Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins eine gewisse Lohnzurückhaltung angezeigt gewesen. Zugleich waren aber in etwa der Hälfte der Branchen und Lohngruppen gerade jetzt höhere oder mindestens ebenso hohe Reallohnsteigerungen zu verzeichnen wie im Durchschnitt aller Bundesländer (Tabelle 78).² Das heißt also, daß Schleswig-Holstein gerade dann von den Arbeitskosten her weniger attraktiv wurde - daß sich die interregionalen Effektivlohnunterschiede gerade dann abbauten -, als der Strukturanpassungsbedarf verstärkt spürbar wurde und es eindeutiger Signale von Seiten der Lohnkosten bedurft hätte, um mobiles Kapital zum Bewältigen des Strukturwandels anzulocken.

Seither weisen die Effektivlöhne im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein im Durchschnitt ähnliche Zuwachsraten auf wie im Bundesgebiet (Tabelle 78), allerdings haben sich in einigen Bereichen die Effektivlöhne nach 1985 wieder geringfügig vom Bundesdurchschnitt

unter diesen Umständen ist zu berücksichtigen, daß die hier verwendete Produktivitätskennziffer eine Durchschnittsgröße ist. Dadurch, daß in Bayern auch die meisten Tariflöhne niedriger liegen als im übrigen Bundesgebiet (Tabellen A12 und A13), ist es dort rentabler, auch in weniger produktiven Bereichen Arbeitsplätze zu schaffen und so Arbeitsmöglichkeiten für weniger qualifizierte Arbeitskräfte anzubieten, die gewöhnlich den größten Teil der regionalen Arbeitslosen ausmachen und zudem meist wenig mobil sind.

¹ Vgl. hierzu im einzelnen Tabelle A14; vgl. außerdem Donges, Schmidt et al. [1988, S. 103 ff., Tabelle 31].

² In diese Phase fällt zudem die Verschlechterung der Terms of trade der Bundesrepublik durch den zweiten Ölpreisschock, der den verteilbaren Produktivitätszuwachs einschränkte.

Tabelle 78 - Lohnsteigerungen in ausgewählten Industriezweigen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1987 (vH)
(a)

	Schleswig-Holstein				Bundesrepublik			
	1970-75	1975-80	1980-85	1985-87	1970-75	1975-80	1980-85	1985-87
Zunahme der Effektivverdienste(b) in Lohngruppe								
	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie							
männlich 1	6,8	2,1	0,2	4,2	4,3	1,7	1,0	4,1
weiblich 1	.	3,8	-2,6	3,9	5,1	1,5	1,9	4,4
männlich 2	5,3	2,4	1,5	2,3	4,1	1,7	0,7	3,9
weiblich 2	5,2	2,3	0,7	4,4	5,5	2,3	0,7	3,9
männlich 3	3,7	2,4	-0,9	3,3	3,9	1,9	0,5	3,6
weiblich 3	6,0	2,2	-0,4	3,7	6,1	1,4	0,8	3,6
	darunter: Chemische Industrie							
männlich 1	4,6	2,3	1,4	3,3	4,2	2,0	1,0	4,2
weiblich 1	.	.	.	-0,7	5,5	0,9	2,2	4,1
männlich 2	4,9	1,5	4,5	1,6	4,2	1,9	1,0	3,6
weiblich 2	3,7	2,6	1,3	4,0	6,0	2,2	0,7	4,4
männlich 3	3,7	0,9	0,6	3,1	4,3	2,1	0,3	3,8
weiblich 3	5,1	2,1	0,4	3,1	5,6	2,1	1,0	2,8
	Investitionsgüterindustrie							
männlich 1	4,0	2,5	0,7	4,1	4,0	2,2	0,5	5,0
weiblich 1	7,3	2,5	-0,2	5,8	5,2	3,1	0,8	5,0
männlich 2	4,5	2,4	0,6	4,7	3,5	2,5	1,0	5,2
weiblich 2	4,3	2,4	0,6	4,5	4,8	2,7	1,0	5,0
männlich 3	4,6	2,0	-0,1	5,8	3,7	2,6	0,6	5,1
weiblich 3	4,4	2,7	1,2	4,6	4,6	2,7	0,5	5,4
	darunter: Maschinen- und Lokomotivbau							
männlich 1	5,5	1,9	0,4	4,5	4,0	2,0	0,4	5,0
weiblich 1	.	1,9	-1,6	4,6	4,7	2,4	0,2	4,0
männlich 2	5,2	1,8	0,3	3,7	3,7	2,2	0,4	5,2
weiblich 2	4,7	1,4	0,7	4,7	5,2	2,1	0,3	3,7
männlich 3	5,9	0,7	-0,6	7,2	4,3	2,3	0,7	5,6
weiblich 3	5,6	2,0	1,2	4,9	5,4	2,3	0,4	4,2
	Verbrauchsgüterindustrie							
männlich 1	4,9	1,9	-0,2	4,9	4,5	2,1	0,1	4,2
weiblich 1	5,6	2,8	0,9	3,0	4,7	2,4	0,2	4,0
männlich 2	5,0	2,6	-0,2	2,4	4,6	2,2	0,2	3,8
weiblich 2	5,6	1,7	0,1	3,8	5,2	2,1	0,3	3,7
männlich 3	6,4	-0,0	1,2	6,2	4,7	2,5	0,5	4,6
weiblich 3	4,7	2,7	0,5	2,3	5,4	2,3	0,4	4,2

noch Tabelle 78

	Schleswig-Holstein				Bundesrepublik			
	1970- 75	1975- 80	1980- 85	1985- 87	1970- 75	1975- 80	1980- 85	1985- 87
Zunahme der Effektiv- verdienste(b) in Lohngruppe	Nahrungs- und Genußmittelindustrie							
männlich 1	5,8	1,7	1,0	2,8	5,2	2,2	0,5	3,6
weiblich 1	4,5	3,7	2,1	5,5	8,9	3,3	0,7	4,1
männlich 2	6,5	1,8	-0,3	3,1	5,0	2,4	0,5	3,0
weiblich 2	5,6	4,4	0,8	5,3	5,9	2,7	1,4	4,0
männlich 3	4,7	2,7	-0,1	2,7	4,4	2,4	0,2	3,1
weiblich 3	6,0	1,5	0,4	3,3	5,1	2,3	0,3	3,3
(a) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate. - (b) In Preisen von 1980.								

Quelle: Wie Tabelle 77.

entfernt (Tabelle 77). Daher ist Schleswig-Holstein von den Arbeitskosten her auch in den achtziger Jahren nur wenig attraktiver geworden. Standorte im Süden, wie Bayern, z.T. aber selbst Baden-Württemberg oder Hessen, haben in manchen Bereichen immer noch absolut niedrigere Effektivlöhne aufzuweisen. Angesichts der Lage- und sonstigen Standortvorteile sind diese Länder daher für Investoren vielfach immer noch attraktiver als Schleswig-Holstein [vgl. auch Donges, Schmidt et al., 1988, S. 103 ff., Tabelle 31].

Kaum größer war der Abstand zwischen den Lohnkosten in Schleswig-Holstein und den übrigen Bundesländern bei den Effektivverdiensten der Angestellten in der Industrie und im Handels-, Kredit- und Versicherungsgewerbe (Tabelle A15). Auch hier zeigt sich in den meisten Bereichen ein ähnliches zeitliches Muster wie bei den Löhnen der Arbeiter: Der Abstand der Effektivverdienste in Schleswig-Holstein zu denen in anderen Bundesländern verringerte sich Ende der siebziger Jahre und wurde erst nach 1985 wieder größer.

Zusammenfassend läßt sich daher sagen:

- Ab Mitte der siebziger Jahre nahm die interregionale Lohndrift stark ab, vermutlich bedingt durch die zuvor einsetzende Nivellierung der

Tariflöhne [Gundlach, 1986, S. 87]. Gerade in dieser Phase entstand aber struktureller Anpassungsbedarf, nahm die Produktivität in Schleswig-Holstein relativ zum Bundesdurchschnitt und teilweise auch absolut ab. Die Attraktivität des Landes hat sich also gerade zu einer Zeit verschlechtert, als es darauf ankam, durch Attrahieren von Kapital die strukturellen Probleme zu lösen.

- Standorte im Süden der Bundesrepublik bieten nach wie vor vielfach niedrige Effektivverdienste.

b. Boden- und Immobilienpreise

Die Boden- und Immobilienpreise zeigen in Schleswig-Holstein seit Mitte der siebziger Jahre im Vergleich zur Entwicklung im Bundesdurchschnitt eine günstige Entwicklung. Boden als Produktionsfaktor für die Unternehmen war im Lande vergleichsweise billig (Tabelle 79). Teilweise waren für die einzelnen Nutzungsarten, die den einzelnen Jahrgängen des Preisspiegels des Rings Deutscher Makler (RDM) entnommen sind, sogar absolute Rückgänge zu beobachten. Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf die Bodenpreise daher seit den siebziger, stärker aber in den achtziger Jahren ein günstiger Standort. Das gilt insbesondere gegenüber den Agglomerationsgebieten, in geringerem Maße gegenüber den anderen Flächenländern.¹ Seit kurzem ziehen die Immobilienpreise in Schleswig-Holstein aber - absolut und relativ zum Bundesdurchschnitt - wieder an. Bemerkenswert ist trotz dieser Entwicklung der nach wie vor große Abstand zum Bundesdurchschnitt bei Eigentumsobjekten und beim Bauland.² Das gilt insbesondere für Bauland für Gewerbe- und Indu-

¹ Dies zeigt beispielsweise die amtliche Statistik der Kaufwerte für Bauland [Statistisches Bundesamt, t; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, m]. Gegenüber den anderen Flächenländern lagen diese in Schleswig-Holstein Anfang der achtziger Jahre sogar über dem ungewogenen Durchschnitt. Baulandpreise sind freilich unter den in Tabelle 79 vorgestellten Boden- und Immobilienpreisen vergleichsweise hohen erratischen Schwankungen ausgesetzt, je nachdem, in welchem Maße Baugebiete ausgewiesen und daher Grundstücke tatsächlich transferiert werden.

² Der Abstand wäre vermutlich noch größer, wenn auch mehr Mittelstädte in den Vergleich einbezogen werden könnten. Möglicherweise ist in Tabelle 79 der Wert für 1989 durch den Einbezug von Norderstedt als attraktiver Hamburger Umlandgemeinde überzeichnet.

Tabelle 79 - Boden- und Immobilienpreise sowie Mieten in Städten Schleswig-Holsteins im Vergleich zur Bundesrepublik 1975-1989

	Baugrundstücke für freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser, mittlere Wohnfläche				Freistehende Eigenheime, ca. 125 m ² , mittlerer Wert				Reihenhäuser, ca. 100 m ² , mittlerer Wohnwert				
	DM/m ²				1000 DM								
	1975	1979	1987	1989	1975	1979	1987	1989	1975	1979	1987	1989	
Flensburg	35	105	100	80	215	230	190	250	135	170	155	150	
Sosum	.	90	.	.	.	185	.	.	.	150	.	.	
Kiel	60	100	120	125	140	225	240	270	150	200	190	205	
Lübeck	83	130	140	150	200	220	225	240	130	170	170	180	
Neumünster	63	.	60	.	180	.	180	.	115	.	110	.	
Worderstedt	.	.	.	180	.	.	.	290	.	.	.	185	
Durchschnitt(a) der einbezogenen Städte	
in Schleswig-Holstein	60	105	105	134	196	223	209	263	133	173	156	188	
in der Bundesrepublik(b)	108	156	219	217	218	275	306	331	166	214	241	262	
Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt(c) (vH)	60	68	48	62	90	81	68	79	80	81	65	72	
	Verkaufter Wert für Eigentumswohnungen, mittlerer Wohnwert				Wohnungsmieten (d) (Fertigstellung der Wohnungen nach 1949), mittlerer Wohnwert				Wohnungsmieten (d) (Fertigstellung der Wohnungen im Berichtsjahr), mittlerer Wohnwert				
	DM/m ²												
	1975	1979	1987	1989	1975	1979	1987	1989	1975	1979	1987	1989	
Flensburg	1400	1700	1500	1400	5,50	6,50	6,50	8,00	7,00	.	7,00	12,00	
Sosum	.	1300	.	.	.	5,50	
Kiel	1700	1600	1500	1900	5,00	6,00	6,80	7,50	6,50	7,00	7,80	9,00	
Lübeck	1350	1700	1400	1500	5,00	6,50	8,00	9,50	5,50	.	9,00	.	
Neumünster	1100	.	1200	.	5,00	.	6,50	.	5,70	.	7,50	.	
Worderstedt	.	.	.	1650	.	.	.	9,50	.	.	.	11,00	
Durchschnitt(a) der einbezogenen Städte	
in Schleswig-Holstein	1388	1575	1400	1588	5,13	6,08	6,95	8,38	6,43	7,00	7,83	10,67	
in der Bundesrepublik(b)	1463	1777	1723	1800	4,47	5,66	7,13	7,54	5,88	6,87	8,38	9,31	
Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt(c) (vH)	95	89	81	88	115	107	97	111	109	102	93	115	
	Ladensmieten Lage in Geschäftskern (1a), kleine Ladenfläche				Büromieten, mittlerer Nutzungswert				Baugrundstücke				
									Geschäftshäuser, Lage im Geschäftskern (1a)		Gewerbe- und Industriebauten, mittlerer Nutzungswert		
	DM/m ²												
1975	1979	1987	1989	1975	1979	1987	1989	1975	1987	1979	1987	1989	
Flensburg	40	60	150	135	13,00	7,00	7,50	10,00	1000	3250	35	28	30
Sosum	.	45	.	.	.	6,00
Kiel	50	80	120	130	8,00	8,00	9,50	11,00	.	.	50	50	65
Lübeck	70	60	150	165	5,50	7,00	8,00	8,50	.	.	45	50	50
Neumünster	45	.	60	.	5,50	.	7,00	.	1250	1400	23	20	.
Worderstedt	.	.	.	55	.	.	.	10,00	100
Durchschnitt(a) der einbezogenen Städte
in Schleswig-Holstein	51	61	120	121	8,50	7,00	8,00	9,88	1125	2325	38	40	61
in der Bundesrepublik(b)	68	84	123	116	6,94	7,86	9,75	10,57	3145	5344	74	100	120
Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt(c) (vH)	76	73	98	105	122	89	82	93	36	44	52	39	51

(a) Ungeachteter Durchschnitt. - (b) Neuere RDM-Preispiegel beziehen über 100 Städte ein, früher nur 40-50. Neuere Durchschnittswerte bieten deshalb einen zuverlässigeren Überblick über die Situation in der Bundesrepublik. - (c) Abweichungen durch Rundung. - (d) Setztokalmieten; für Kiel ursprünglich ausgewiesene Bruttokalmieten, um die Differenz bereinigt.

Quelle: RDM [lfd. Jgg.]; eigene Berechnungen.

striegebauten sowie für Geschäftshäuser. Dementsprechend reichhaltig war in den achtziger Jahren auch das Angebot an Gewerbeflächen in Schles-

wig-Holstein, zuletzt allerdings mit Ausnahme des Hamburger Umlands [Lammers, Soltwedel, 1986].

Auffällig ist, daß die Mieten für Wohnraum in den in den Preisvergleich einbezogenen Städten in Schleswig-Holstein - bis auf 1987 - stets oberhalb des Bundesdurchschnitts lagen, während die Preise für Eigentumsobjekte immer deutlich niedriger waren. Vermutlich sind die hohen Mieten aber auf einen Struktureffekt zurückzuführen:

- Durchgängig sind nur die Städte Flensburg, Kiel und Lübeck vertreten; sobald - wie in anderen Bundesländern in stärkerem Maße der Fall - auch Mittelstädte einbezogen wurden, liegen die Mieten fast immer unter dem Durchschnitt;
- in Flensburg, Kiel und Lübeck sind die Mieten vermutlich auch deshalb höher, weil sie hier von der Wohnraumnachfrage der hohen Anzahl von Angehörigen des öffentlichen Dienstes und der Bundeswehr sowie von Studenten nach oben getrieben werden. Würden auch für Schleswig-Holstein mehr Mittelstädte ohne diese Struktureffekte einbezogen, dürfte das durchschnittliche Mietenniveau im Land nicht so hoch liegen, wie es hier ausgewiesen wird.

Tabelle 79 ist weiter zu entnehmen, daß die Büromieten auf ein unterdurchschnittliches Niveau zurückgegangen sind und erst seit kurzem wieder relativ anziehen. Die Ladenmieten in hervorragenden Geschäftslagen sind dagegen im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt deutlich gestiegen.

Insgesamt liegt Schleswig-Holstein von den Bodenpreisen her dennoch günstig im Vergleich mit anderen Bundesländern, etwa Hessen und Baden-Württemberg. Dies hat für sich genommen den Standort begünstigt, hätte zugleich aber auch die Möglichkeit geboten, bei den Lohnkosten noch stärker zu differenzieren, ohne die Arbeitnehmer im Lande real über Gebühr zu belasten [Deutsche Bundesbank, a].

c. *Energieversorgung*

a. Elektrische Energie

Die Versorgung mit elektrischer Energie ist eine Ubiquität. Bei den Strompreisen gibt es jedoch erhebliche regionale Unterschiede. Die Ener-

gieversorgungsunternehmen (EVUs) dürfen untereinander und mit Gebietskörperschaften Demarkations-, Verbund- und Konzessionsverträge abschließen, die im Zusammenhang mit dem Wegemonopol der Gemeinden für Versorgungsleitungen dazu führen, daß Energieerzeuger und -lieferanten geschlossene Versorgungsgebiete bedienen und lokale Monopolstellungen innehaben [Soltwedel et al., 1986, S. 170 f.]. Die unterschiedlichen regionalen Preise resultieren daher aus Kostenunterschieden bei den lokalen EVUs, aus tatsächlichen Kostenunterschieden,¹ aber auch daraus, daß Wettbewerb fehlt.²

Betrachtet man unter diesem Aspekt die Strompreise für Endabnehmer, so zeigt sich, daß Schleswig-Holstein stets zu den teuersten Standorten in dieser Hinsicht gezählt hat. Die drei im Lande vorherrschenden EVUs³ verlangten insbesondere in den siebziger Jahren mit die höchsten Preise im Bundesgebiet; auch zu Beginn der achtziger Jahre lagen sie noch über dem Bundesdurchschnitt, und zwar sowohl bei den Sondervertragskunden (Industrieunternehmen mit hinreichender Abnahmemenge), die ihre Verträge mit den EVUs frei aushandeln können [Soltwedel et al., 1986, S. 171], als auch teilweise noch bei den privaten und gewerblichen Kunden, die der Preisregulierung unterliegen (Tabelle 80). Das Land hatte daher lange Zeit hinsichtlich der Strompreise einen Standortnachteil, der erst in jüngster Zeit nahezu abgebaut wurde.

β. Erdgasversorgung

Etwas anders ist die Situation bei den Abgabepreisen für Erdgas. Innerhalb der Spanne der Preise für große und kleine Sondervertrags-

¹ Dazu mögen in dünnbesiedelten Gebieten geringere Skalenerträge wegen kleinerer Kraftwerksgrößen und höhere Leitungsverluste im Verteilernetz gehören [Kluczka, Röhl, 1983, S. 104 f.]. Auch die Kosten der verwendeten Primärenergieträger sind unterschiedlich [Necker, 1989b, S. 2 f. und S. 18].

² So läßt sich für die Vereinigten Staaten zeigen, daß trotz der Existenz von Skalenerträgen in der Energieerzeugung solche EVUs, die auf lokaler Ebene im Wettbewerb anbieten, niedrigere Kosten aufzuweisen haben als EVUs, die ein lokales Monopol innehaben [Soltwedel et al., 1986, S. 216].

³ Stadtwerke Kiel, Stadtwerke Lübeck und - mit dem größten Versorgungsgebiet - Schleswig Rendsburg.

Tabelle 80 - Strompreise für industrielle Sondervertragskunden sowie gewerbliche und private Tarifkunden in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1978-1989 (a)

EVU	Sondervertragskunden(b)					Gewerbliche Tarifkunden(c)			Private Tarifkunden(d)		
	1978	1983	1986	1988	1989	1978	1983	1988	1978	1983	1988
	Pfg/kWh(e)										
Stadtwerke Kiel	15,4	21,0	21,0	21,0	21,0	21,9	29,0	29,0	16,4	22,4	22,4
Stadtwerke Lübeck	15,3	21,3	21,3	21,0	21,0	23,4	29,2	29,2	17,3	22,3	22,3
Schleswig Rendsburg	16,6	20,8	20,5	20,5	20,0	23,3	31,7	30,3	17,4	23,8	23,8
zum Vergleich: HEW Hamburg	15,9	22,5	23,3	21,9	22,2	24,3	32,3	32,3	15,9	21,7	21,7
Bundesrepublik											
Durchschnitt aller EVUs(f)	14,4	19,6	20,4	20,4	20,4	22,9	29,9	31,0	16,1	22,0	23,0
teuerstes EVU	16,6	22,8	25,4	24,2	24,2	24,6	36,5	36,0	17,7	24,3	24,4
billigstes EVU	12,0	16,8	18,9	19,2	19,2	20,2	26,8	27,1	13,6	18,8	21,6
	in % des Bundesdurchschnitts										
Stadtwerke Kiel	106,9	107,1	102,9	102,9	103,1	95,6	97,0	93,6	101,9	101,8	97,4
Stadtwerke Lübeck	106,3	108,7	104,2	102,9	102,8	102,2	97,7	94,2	107,5	101,4	97,0
Schleswig Rendsburg	115,3	106,1	100,4	100,5	98,2	101,8	106,0	97,7	108,1	108,2	103,5
Zum Vergleich: HEW Hamburg	110,4	114,8	113,8	107,4	108,9	106,1	108,0	104,2	98,8	98,6	94,4
(a) 1978, 1988 und 1989 zum 1. Januar, 1983 und 1988 zum 1. Juli. - (b) Ungewichtetes Mittel der 15 Abnahmefälle des VEA-Bundesstrompreisvergleichs. - (c) Abnahme von 6000 kWh/Jahr, 1 Tarif-kW für Beleuchtungsanlagen, 2 Tarif-kW für Kraft- und sonstige Anlagen. - (d) Abnahme von 3500 kWh/Jahr, 4 Tarifräume. - (e) Ohne MWSt und ohne Ausgleichsabgabe. - (f) Durchschnitt aller in den VEA-Bundesstrompreisvergleich einbezogenen EVUs.											

Quelle: Bundesverband der Energieabnehmer [b]; Maack [1983]; Maack, Panitz [1988]; eigene Berechnungen.

kunden¹ liegen die schleswig-holsteinischen EVUs in unterschiedlichen Positionen. Bei den niedrigsten Tarifen, die für besonders große Abnehmer gelten, lagen sie bis Mitte der achtziger Jahre nur leicht über dem Bundesdurchschnitt, haben sich aber 1988 deutlich von diesen entfernt. Die höchsten Tarife für kleinere industrielle Abnehmer unterschritten stets den Bundesdurchschnitt und haben sich diesem erst 1988 angenähert bzw. diesen überschritten (Tabelle 81). Aufgrund der im Lande insgesamt vorherrschenden geringeren Betriebsgrößen (Tabelle

¹ Anders als bei den Strompreisen, bei denen die hier verwendete Quelle - der Preisvergleich des Bundesverbandes der Energieabnehmer - ein Mittel aus 15 typischen Abnahmefällen für Sondervertragskunden ausweist, werden bei Erdgaspreisen sämtliche Einzeltarife veröffentlicht.

Tabelle 81 - Erdgaspreise für industrielle Sondervertragskunden in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1979, 1984 und 1988 (a)

GVU	1979	1984	1988
	Höchster Tarif(b) in Pfg/kWh/Ho(c)		
Stadtwerke Kiel	.	5,24	3,41
Schleswig Rendsburg	2,70	5,06	3,15
zum Vergleich:			
HGW Hamburg	2,90	5,45	3,02
Bundesrepublik			
Durchschnitt aller GVUs(d)	3,07	5,73	3,30
teuerstes GUV	4,55	6,61	4,45
billigstes GUV	2,41	4,50	2,30
	vH des Bundesdurchschnitts		
Stadtwerke Kiel	.	91,4	103,3
Schleswig Rendsburg	87,9	88,3	95,5
zum Vergleich:			
HGW Hamburg	94,5	95,1	91,5
	Niedrigster Tarif(e) in Pfg/kWh/Ho		
Stadtwerke Kiel	.	5,06	2,82
Schleswig Rendsburg	2,44	5,00	3,15
zum Vergleich:			
HGW Hamburg	2,23	4,55	2,67
Bundesrepublik			
Durchschnitt aller GVUs(d)	2,38	4,96	2,57
teuerstes GUV	3,01	5,84	3,21
billigstes GUV	1,90	4,20	1,51
	vH des Bundesdurchschnitts		
Stadtwerke Kiel	.	102,0	109,7
Schleswig Rendsburg	102,5	100,8	122,6
zum Vergleich:			
HGW Hamburg	93,7	91,7	103,9
(a) Jeweils zum 1. Juni. - (b) Im allgemeinen für Kunden mit einer Abnahmemenge von unter 0,5 Mill. kWh/Ho und 150 Benutzungstagen bzw. 1500 Benutzungsstunden im Jahr. - (c) Preis bezogen auf den Brennwert des Gases (Ho = 9,8 kWh/cbm). - (d) Durchschnitt aller in den VEA-Erdgaspreisvergleich einbezogenen GVUs. - (e) Im allgemeinen für Kunden mit einer Abnahmemenge von mindestens 50 Mill. kWh/Ho und 300 Benutzungstagen bzw. 5000 Benutzungsstunden im Jahr.			

Quelle: Bundesverband der Energieabnehmer [a]; eigene Berechnungen.

A16) dürfte der Preisvorteil bei den hohen Tarifen überwogen haben. Das Land hatte daher lange Zeit einen Preisvorteil bei den Erdgasstarifen,¹ scheint ihn aber in jüngster Zeit eingebüßt zu haben.

7. Trink- und Brauchwasser

Was die Tarife für Trink- und Brauchwasser betrifft, so lagen die Abgabepreise für Wasser in den Städten, die in den Preisvergleich einbezogen wurden, stets recht niedrig (zwischen 66 und 98 vH des Bundesdurchschnitts (Tabelle A18)). Zudem ist die in Schleswig-Holstein angebotene Wasserqualität besser als etwa in Ballungsgebieten [Geppert et al., 1987, S. 410 ff.]. Insofern bestand für Schleswig-Holstein hier ein Standortvorteil.

d. Umwelt als Produktionsfaktor

In Schleswig-Holstein ist die Umweltsituation verglichen mit anderen Regionen in der Bundesrepublik noch vergleichsweise gut. Bedingt durch den geringeren Anteil der Industrie, und hier insbesondere der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, war beispielsweise die Belastung der Luft mit Schadstoffen in Schleswig-Holstein in den achtziger Jahren geringer als in den Ballungsgebieten (Tabelle 82); auch die oben erwähnte bessere Trinkwasserqualität weist in dieselbe Richtung. Im Einklang mit der relativ besseren Umweltqualität lag 1977-1986 über alle Branchen hinweg der Anteil der für den Umweltschutz getätigten Investitionen in den Betrieben in Schleswig-Holstein niedriger als im Bundesgebiet insgesamt (Tabellen 83 und 84). Die im Rahmen der Ansiedlungsstudie des Instituts [Lammers, Soltwedel, 1986, S. 45] befragten neu angesiedelten bzw. ansiedlungswilligen Unternehmen beurteilten die aufgrund der (bundeseinheitlichen) Umweltgesetzgebung und behördlicher Auflagen erforderlichen Umweltschutzmaßnahmen überwiegend als nicht

¹ Zusätzlich ist zu berücksichtigen, daß der Anschlußgrad an das Erdgasnetz in Schleswig-Holstein - mit Ausnahme der Raumordnungsregionen Schleswig und Dithmarschen - deutlich höher ist als in den mittleren und südlichen Bundesländern (Tabelle A17).

Tabelle 82 - Umweltbelastungen nach Bundesländern 1980 und 1982
(t/1000 Einwohner)

	Emission der Industrie 1980		Emission der Haushalte und Kleinverbraucher 1982	
	SO ₂	NO _x	SO ₂	NO _x
Schleswig-Holstein	11,0	5,0	4,0	2,0
ROR 1 Schleswig	5,9	1,4	5,2	1,9
ROR 2 Mittelholstein	1,7	0,8	4,0	2,0
ROR 3 Dithmarschen	83,1	29,3	6,4	2,4
ROR 4 Ostholstein	5,6	4,2	3,6	1,9
ROR 5a Hamburger Umland	10,9	5,4	3,7	1,8
Andere Flächenländer				
Niedersachsen	22,0	10,0	4,0	2,0
Nordrhein-Westfalen	35,0	22,0	4,0	2,0
Hessen	12,0	5,0	4,0	2,0
Rheinland-Pfalz	19,0	12,0	4,0	2,0
Baden-Württemberg	14,0	6,0	4,0	2,0
Bayern	12,0	6,0	5,0	2,0
Saarland	71,0	39,0	6,0	2,0
Bundesrepublik	21,2	11,7	4,1	1,9

Quelle: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung [1987].

zu restriktiv. Es spricht auch manches dafür, daß die Kosten für die Entsorgung im Lande niedriger sind als im Bundesgebiet. So liegen die Abwassergebühren in den größeren Städten im Lande noch unter denen im Bundesgebiet (Tabelle A18). Gemessen an den Umweltkosten für Unternehmen dürfte Schleswig-Holstein innerhalb der Bundesrepublik einen Standortvorteil genießen.

Zugleich bringt die gegenüber anderen Regionen geringere Umweltbelastung in Schleswig-Holstein einen Kostenvorteil für alle jene Wirtschaftszweige mit sich, die auf eine intakte Umwelt als Vorleistung angewiesen sind; das gilt etwa für den Fremdenverkehr. Generell sind die allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen im Lande besser als in Regionen mit einem höheren Grad an Luft- und Gewässerverschmutzung. Die vergleichsweise intakte Umwelt stellt einen positiven Standortfaktor Schleswig-Holsteins dar. Daher ist die Frage nach den Umweltkosten für

Tabelle 83 - Umweltschutzinvestitionen insgesamt in Betrieben des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1977-1987

	Schleswig-Holstein			Bundesrepublik		
	Umweltschutzinvestitionen(a)	Anteil der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen an allen Betrieben(b)	Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Investitionen insgesamt(c)	Umweltschutzinvestitionen(a)	Anteil der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen an allen Betrieben(b)	Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Investitionen insgesamt(c)
	Mill.DM	vH		Mill.DM	vH	
1977	59,2	11,0	4,7	2183,8	13,3	4,2
1978	54,9	10,7	3,4	2110,8	11,8	3,9
1979	41,4	9,4	2,0	2055,7	11,6	3,4
1980	85,9	8,6	6,1	2587,2	11,3	3,7
1981	98,4	8,5	4,0	2898,7	10,6	4,2
1982	143,0	7,5	4,5	3541,0	9,4	4,9
1983	242,7	7,8	7,3	3620,0	9,5	4,8
1984	113,8	8,2	3,7	3470,9	9,9	4,6
1985	91,0	8,2	3,4	5275,4	10,6	6,3
1986	171,3	8,8	6,2	6969,2	11,4	7,5
1987	160,5	9,5	6,8	7501,3	11,4	7,8
1977-87	1262,1	8,9	4,6	42213,6	11,0	5,3

(a) In jeweiligen Preisen. - (b) Berichtspflichtige Betriebe im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe); von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit mehr als 20 Beschäftigten alle Betriebe; von Unternehmen außerhalb des Produzierenden Gewerbes Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten; alle Betriebe der Elektrizitäts- und Gasversorgung; Betriebe der Wasser- und Fernwärmeversorgung jenseits bestimmter Größen. - (c) Investitionen insgesamt in den Betrieben unter Fußnote (b).

Quelle: Statistisches Bundesamt [r]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [1]; eigene Berechnungen.

die Unternehmen nur eine Seite des Problems. Da Umwelt ein knappes Gut ist, muß ihr Gebrauch auch mit einem Preis belegt werden.¹

Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß Umweltschutz nicht kostenlos zu haben ist, nicht zuletzt deshalb, weil Umweltverschmutzung im Zuge der Produktion ansonsten nutzenstiftender Güter entsteht. In dem

¹ Hierbei ist zu beachten, daß das in der Bundesrepublik praktizierte System des Umweltschutzes in Form behördlicher Auflagen aufgrund vorgegebener Standards einer marktwirtschaftlichen Umweltpolitik - etwa über Verschmutzungslizenzen - unterlegen ist [Donges, Schatz, 1986, S. 53 ff.; Schatz, 1983; Siebert, 1978].

Tabelle 84 - Umweltschutzinvestitionen in Betrieben des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nach Wirtschaftszweigen 1977-1987

	Schleswig-Holstein			Bundesrepublik		
	Umweltschutzinvestitionen(a)	Anteil der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen an allen Betrieben(b)	Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Investitionen insgesamt(c)	Umweltschutzinvestitionen(a)	Anteil der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen an allen Betrieben(b)	Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Investitionen insgesamt(c)
	Mill. DM	vH		Mill. DM	vH	
Energie- und Wasserversorgung, Fernwärme	656,6	7,5	5,6	16370,5	5,4	8,7
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	605,6	9,0	3,8	25843,1	11,5	4,2
Bergbau und Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	438,9	12,7	7,7	17437,3	21,0	8,8
Investitionsgüterindustrie	46,3	7,9	0,9	4930,5	10,3	1,8
Verbrauchsgüterindustrie	45,5	6,0	1,8	1769,4	7,4	2,1
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	72,8	11,0	2,9	1705,8	12,8	3,1
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt	1262,1	8,9	4,6	42213,6	11,0	5,3

(a) In jeweiligen Preisen. - (b) Berichtspflichtige Betriebe im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe): von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit mehr als 20 Beschäftigten alle Betriebe; von Unternehmen außerhalb des Produzierenden Gewerbes Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten, alle Betriebe der Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Betriebe der Wasser- und Fernwärmeversorgung jenseits bestimmter Größen. - (c) Investitionen insgesamt in den Betrieben unter Fußnote (b).

Quelle: Wie Tabelle 83.

Maße, in dem sich die Produktionskosten erhöhen, weil Umwelt als knappes und nicht mehr als freies Gut behandelt wird, verschlechtern sich die Standortbedingungen für viele Unternehmen, insbesondere dann, wenn der Umweltverzehr an konkurrierenden Standorten mit geringeren Kosten belegt wird. In diesem Fall kommt es darauf an, daß der entsprechende Kostennachteil für die Unternehmen kompensiert wird. Denn mobiles Kapital wird an die Standorte gehen, an denen die Kosten komplementärer Faktoren niedrig (und sonstige Standortbedingungen günstig) sind. Eine Kompensation kann etwa dadurch erfolgen, daß - verglichen mit konkurrierenden Standorten - die immobilen Faktoren (Boden, Arbeit) entsprechend niedrigere Faktorentgelte erhalten.

6. Steuern und Subventionen

a. Realsteuerbelastung der Unternehmen

Die Hebesätze der Realsteuern - die Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer auf Ertrag und Kapital - stellen denjenigen Parameter dar, über den die Kommunen die Standortentscheidung von Unternehmen direkt beeinflussen können.¹ Anfang der siebziger Jahre entsprachen die Hebesätze der Gewerbesteuer in Schleswig-Holstein praktisch dem Bundesländerdurchschnitt, weder hier noch dort gab es nennenswerte Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen. Bei der Grundsteuer B waren die Hebesätze in Schleswig-Holstein insgesamt etwas höher, vor allem in den kreisfreien Städten (Tabelle 85).²

Danach war bei den Hebesätzen beider Steuerarten in den kreisfreien Städten und den Landkreisen eine unterschiedliche Entwicklung zu verzeichnen. Bundesweit sind die Hebesätze in den kreisfreien Städten weitaus schneller gestiegen als in den Landkreisen: um durchschnittlich 2 vH pro Jahr bzw. 0,9 vH bei der Gewerbesteuer und 1,6 vH bzw. 1,3 vH bei der Grundsteuer B. Deshalb erscheint es sinnvoll, die Hebesätze der kreisfreien Städte und der Landkreise in Schleswig-Holstein jeweils auf den Durchschnitt der kreisfreien Städte bzw. der Landkreise im Bundesgebiet zu beziehen.

Bei diesem Vergleich ergibt sich, daß in Schleswig-Holstein seit den siebziger Jahren die Hebesätze der Landkreise bei der Gewerbesteuer praktisch überhaupt nicht (mit lediglich 0,20 vH pro Jahr gegenüber 0,89 vH im Bundesgebiet) und bei der Grundsteuer B (mit 0,61 vH) deutlich geringer als im Bundesgebiet (mit 1,26 vH) gestiegen sind. Diese Entwicklung verlief kontinuierlich über die siebziger und achtziger Jahre hinweg. Die schleswig-holsteinischen Landkreise haben sich damit von durchschnittlichen zu vergleichsweise attraktiven Standorten hinsichtlich der Gewerbesteuerbelastung entwickelt: Die Relation der Hebesätze (Bundesgebiet = 100) sank von 101 auf 90 (Tabelle 86; vgl.

¹ Von der Grundsteuer A auf landwirtschaftlich genutzte Grundstücke wird im folgenden abgesehen.

² Einen ausführlichen Bundesländervergleich sowie einen Kreisvergleich innerhalb Schleswig-Holsteins bietet Tabelle A19.

Tabelle 85 - Realsteuerhebesätze in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1971-1988

	Schleswig-Holstein			Bundesrepublik		
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise
Gewerbsteuer vom Ertrag und vom Kapital						
1971	286	283	287	286	288	284
1975	298	310	292	316	333	299
1980	308	346	291	330	356	307
1985	310	351	293	356	393	322
1987	316	370	294	359	395	326
1988	320
Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate 1971-1988 (vH)	0,66	1,83	0,20	1,40	1,94	0,89
Grundsteuer B						
1971	247	299	222	245	274	215
1975	269	360	236	268	298	239
1980	272	359	239	274	308	248
1985	272	363	244	295	344	260
1987	273	363	245	299	350	264
1988	274	363	247	303	357	266
Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate 1971-1988 (vH)	0,61	1,15	0,63	1,26	1,57	1,26

Quelle: Wie Tabelle A19.

auch Tabelle A20). Entsprechendes gilt für die Grundsteuer B; hier sank die entsprechende Relation von 103 auf 93.

Für die kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein gilt das nur in sehr viel eingeschränkterem Maße: Zwar sind auch hier im Durchschnitt die Hebesätze weniger rasch angehoben worden als in den kreisfreien Städten im Bundesgebiet (bei der Gewerbesteuer mit 1,8 vH pro Jahr gegenüber 1,9 vH und bei der Grundsteuer B mit 1,2 vH gegenüber 1,6 vH). Im Zeitablauf war die Entwicklung aber nicht kontinuierlich, der

Tabelle 86 - Realsteuerhebesätze in Schleswig-Holstein 1971-1988 (Bundesrepublik = 100)

	Relation der Hebesätze			
	insgesamt(a)	kreisfreie Städte(b)	darunter: Kiel(b)	Landkreise(c)
Gewerbesteuer vom Ertrag und vom Kapital				
1971	100,0	98,3	99,0	101,1
1975	94,3	93,1	90,1	97,7
1980	93,3	97,2	98,3	94,8
1985	87,1	89,3	89,1	91,0
1987	88,0	93,7	101,3	90,2
1988	88,4	96,5	100,3	90,0
Grundsteuer B				
1971	100,8	109,1	109,5	103,3
1975	100,4	120,8	125,8	98,7
1980	99,3	116,6	121,8	96,4
1985	92,2	105,5	109,0	93,9
1987	91,3	103,7	107,1	92,8
1988	90,4	101,7	105,0	92,9

(a) In vH des Bundesdurchschnitts aller Kommunen. - (b) In vH des Bundesdurchschnitts kreisfreier Städte. - (c) In vH des Bundesdurchschnitts der Kommunen in Landkreisen.

Quelle: Wie Tabelle A20.

Abwärtstrend bei den Hebesätzen wurde immer wieder von Phasen unterbrochen, in denen die Hebesätze stärker heraufgesetzt wurden als im Bundesgebiet. Für die Unternehmen relativ günstige Hebesätze boten im übrigen nur Flensburg und Neumünster, während Kiel und seit 1988 auch Lübeck mit ihren Hebesätzen von 400 bei der Gewerbesteuer und 375 bzw. 360 bei der Grundsteuer B dagegen über dem Bundesdurchschnitt liegen (Tabelle 86). Ein zunehmender Standortvorteil Schleswig-Holsteins bei den Realsteuern kann daher nur für die Landkreise und die kreisfreien Städte Flensburg und Neumünster konstatiert werden.

b. Wirtschaftsförderung

Unter Wirtschaftsförderung sollen in diesem Abschnitt die finanziellen Hilfen des Staates (Subventionen) für private wirtschaftliche Aktivitäten verstanden werden. Sie umfassen im wesentlichen Steuererleichterungen sowie Finanzhilfen, sei es in der Form direkter Zuschüsse oder in der Form verbilligter Darlehen. Leider ist es nicht möglich, ein vollständiges Bild der Hilfen aufzuzeigen, die an schleswig-holsteinische Unternehmen von Bund, Ländern und Gemeinden gegeben werden. Dies liegt daran, daß für die Steuererleichterungen und Finanzhilfen des Bundes keine oder nur partielle Informationen über die regionale Zuteilung vorliegen. Dennoch soll im folgenden versucht werden, für einige wichtige Bereiche der Subventionspolitik einen Überblick über die Stellung Schleswig-Holsteins im Hinblick auf die Förderung seiner Wirtschaft durch Steuererleichterungen und Finanzhilfen zu geben.

a. Die regionale Dimension der Subventionen insgesamt

Im Abschnitt B.VII ist bereits versucht worden, aufgrund der Informationen über die sektorale Verteilung der Subventionen in der Bundesrepublik sowie der Branchenstruktur in Schleswig-Holstein Anhaltspunkte darüber zu gewinnen, wie die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins im Verhältnis zum Bundesgebiet durch Subventionen beeinflusst worden ist. Das Ergebnis war, daß in Schleswig-Holstein Wirtschaftszweige überrepräsentiert sind, die hoch subventioniert werden. Zumindest auf längere Sicht wirkt sich dies nachteilig für die Wirtschaft des Landes aus. Da der größte Teil der Subventionen der Strukturertaltung dient und solchen Wirtschaftszweigen zufließt, die im Strukturwandel zurückfallen und die deshalb ohne Subventionen noch stärker schrumpfen müßten, als sie es ohnehin tun, wird der Strukturwandel verzögert und die Wachstumsdynamik vermindert.

Nun sind nicht alle Subventionen auf einzelne Sektoren oder Branchen zugeschnitten, es gibt auch Subventionsprogramme, die von vergleichsweise vielen Branchen in Anspruch genommen werden. Dazu gehören Programme im Rahmen der gemeinsamen Bund-Länder-Regionalförderung sowie der Förderung von Forschung und Technologie, der Energie-

einsparung, des Schutzes der Umwelt sowie Förderprogramme für mittlere und kleine Unternehmen. Was die Bund-Länder-Regionalförderung angeht, so hat Schleswig-Holstein an diesen Programmen überdurchschnittlich partizipiert, weil das Land zum ganz überwiegenden Teil zum Fördergebiet gehört. So erhielt das Land in den achtziger Jahren etwa 12 bis 13 vH der Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sowie der Investitionszulagen für regionale Zwecke (Tabelle 87); dies entspricht gut dem Dreifachen des Anteils des Landes am BIP der Bundesrepublik.

Außer dem Saarland hat kein anderes Bundesland einen höheren Anteil an den Fördermitteln erreicht im Vergleich zu seinem Anteil an der Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik. Der Anteil des Landes an den Steuervergünstigungen, die im Rahmen der Zonenrandförderung gewährt werden, dürfte noch höher liegen, da Schleswig-Holstein mit Ausnahme der Kreise an der Westküste zum Zonenrandgebiet gehört, während in den anderen Zonenrandländern Niedersachsen, Hessen und Bayern die außerhalb des Zonenrandgebietes liegenden Teile des Landes z.T. erheblich umfangreicher sind.

Wenngleich die Regionalförderprogramme nicht primär sektoral ausgerichtet sind, so fließen die Zuschüsse und Zulagen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe aufgrund des Exportbasiskriteriums zum ganz überwiegenden Teil in das Verarbeitende Gewerbe [vgl. dazu und zum folgenden Lammers, 1989, insbesondere S. 80 ff.]. Im Zeitraum 1972-1986 entfielen fast 87 vH des durch Zuschüsse und Zulagen geförderten Anlageinvestitionsvolumens im Bundesgebiet auf das Verarbeitende Gewerbe. Der Dienstleistungssektor und innerhalb dieses Sektors insbesondere die sonstigen Dienstleistungen, die sich in diesem Zeitraum hinsichtlich der Investitionen und der Beschäftigten sehr dynamisch entwickelt haben, wurden demgegenüber diskriminiert. Hinzu kommt, daß sowohl die Investitionszuschüsse und die Investitionszulagen der Gemeinschaftsaufgabe als auch die Sonderabschreibungen im Rahmen der Zonenrandförderung Instrumente darstellen, mit denen der Einsatz des Faktors Sachkapital begünstigt wird. Zum Entwicklungsmuster hoch entwickelter Volkswirtschaften gehört aber, daß sich die Schwerpunkte der Produktion von rohstoff-, arbeits- und sachkapitalintensiven Bereichen zu humankapitalintensiven Bereichen verlagern (vgl. Abschnitt B.V). Indem im Rahmen der Regionalförderung der Einsatz des Faktors Sachkapital durch die

Tabelle 87 - Zur regionalen Verteilung von Investitionshilfen der Bund-Länder-Regionalförderung 1987

	Investitionszuschüsse der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (a)		Investitionszulagen nach § 1 Investitionszulagengesetz (b)		Anteil am BIP des Bundes
	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	
Baden-Württemberg	3,03	0,6	2,5	0,2	16,1
Bayern	131,32	23,8	235,1	23,1	18,0
Berlin (West)	-	-	-	-	3,8
Bremen	4,08	0,7	8,4	0,8	1,4
Hamburg	-	-	-	-	4,5
Hessen	45,44	8,2	93,4	9,2	10,0
Niedersachsen	140,08	25,4	278,5	27,3	9,7
Nordrhein-Westfalen	83,00	15,1	115,5	11,3	26,2
Rheinland-Pfalz	48,81	8,9	98,8	9,7	5,4
Saarland	27,08	4,9	58,5	5,7	1,5
Schleswig-Holstein	68,66	12,5	128,2	12,6	3,5
Insgesamt	551,50	100,0	1018,8	100,0	100,0

(a) Haushaltsansätze. - (b) Schätzungen der Länder aufgrund der in den Rahmenplänen angestrebten Arbeitsplatzziele.

Quelle: Deutscher Bundestag [1987]; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg [1986]; eigene Berechnungen.

Koppelung der Fördermittel an die Investitionssumme verbilligt wird, werden durch das Förderinstrumentarium Anreize gesetzt, eine Produktionsstruktur aufzubauen oder zu erhalten, die für das regionale Wachstum in den Fördergebieten nicht besonders günstig einzuschätzen ist. Wenn also Schleswig-Holstein zwar einen Fördervorteil aufgrund der Bund-Länder-Regionalförderprogramme gehabt hat, so ist zu bedenken, daß durch diese Maßnahmen auf längere Sicht nicht unbedingt die Weichen zugunsten des Strukturwandels und des Wachstums in Schleswig-Holstein gestellt worden sein dürften.

Positive Wachstumseffekte werden im allgemeinen von Förderprogrammen erwartet, die Forschung und Entwicklung stimulieren sollen.

Doch auch Subventionsprogramme zugunsten von Forschung und Entwicklung sind nur dann gerechtfertigt, wenn ein Marktversagen vorliegt [Klodt, 1987]. Dies ist z.B. der Fall, wenn die Erträge von FuE-Aufwendungen privater Wirtschaftssubjekte niedriger sind als der gesamtwirtschaftliche Nutzen. Nur wenn solche externen Erträge vorliegen, ist die staatliche Unterstützung von Forschung und Entwicklung angezeigt. Dies dürfte bei den meisten Maßnahmen der FuE-Förderung nicht der Fall sein, zumindest dann nicht, wenn Projekte gefördert werden, die dem Bereich der angewandten Forschung zuzurechnen sind. Staatlicher Handlungsbedarf im Rahmen der FuE-Förderung besteht eindeutig nur im Rahmen der Grundlagenforschung. Viele staatliche Programme zur FuE-Förderung erscheinen deshalb volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt [ibid., S. 69-88].

Betrachtet man die regionale Verteilung von FuE-Mitteln des Bundes, so zeigt sich, daß Schleswig-Holstein in geringerem Maße an diesen Ausgaben partizipiert, als es dem Anteil des Landes an der gesamten Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik entspricht (Tabelle 88). Daraus läßt sich aber kaum auf eine starke Benachteiligung des Landes schließen; z.B. erhalten Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz verglichen mit ihrem Anteil an der Wirtschaftsleistung erheblich weniger FuE-Mittel. Generell ist anzumerken, daß die regionale Verteilung der FuE-Mittel auch Reflex der FuE-Tätigkeit in den einzelnen Ländern ist. Dort, wo viel Forschung und Entwicklung betrieben wird, fließen - sofern sich staatliche Hilfen in diesem Bereich überhaupt rechtfertigen lassen - mehr FuE-Ausgaben hin, als in ein Land, in dem nicht so viel geforscht und entwickelt wird. Daß Schleswig-Holstein in diesem Bereich Defizite gegenüber dem Bundesgebiet und anderen dynamischen Bundesländern aufweist, ist an anderer Stelle gezeigt worden (vgl. Abschnitt C.4).

Über die regionale Verteilung anderer branchenübergreifender Programme (z.B. Steuervergünstigungen für Forschung und Entwicklung, Umweltschutz, mittlere und kleine Unternehmen) sind die Informationen sehr lückenhaft. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß die gleichzeitige Inanspruchnahme dieser Hilfen und regionaler Förderprogramme stark eingeschränkt ist [vgl. zum folgenden Lammers, 1989, S. 92 ff.]. Dies betrifft insbesondere die Sonderabschreibungen im Rahmen der Zonenrandförderung in Kombination mit anderen Steuervergünstigungen wie z.B. die Bewertungsfreiheit für abnutzbare Wirtschaftsgüter, die der

Tabelle 88 - Regionale Verteilung der FuE-Finanzhilfen des Bundes 1987 (vH)

	Forschung und Techno- logie	Verteidi- gung	Wirt- schaft	Insgesamt	Anteil am BIP des Bundes
Baden- Württemberg	18,7	29,7	13,3	23,3	16,1
Bayern	30,1	37,0	16,4	31,6	18,0
Berlin (West)	2,4	-	2,6	1,3	3,8
Bremen	4,0	3,9	12,4	5,1	1,4
Hamburg	4,3	5,9	20,8	7,2	4,5
Hessen	7,1	3,8	5,7	5,3	10,0
Niedersachsen	4,8	3,7	10,1	5,0	9,7
Nordrhein- Westfalen	24,4	11,8	16,5	17,4	26,2
Rheinland- Pfalz	1,5	0,3	1,2	0,9	5,4
Saarland	1,1	-	0,3	0,5	1,5
Schleswig- Holstein	1,7	3,9	0,6	2,6	3,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Bulmahn et al. [1988]; eigene Berechnungen.

Forschung und Entwicklung dienen (§ 82d ESTDV), die erhöhte Absetzung für Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen (§ 7d ESTG) sowie Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe (§ 7 ESTG). Solche Kumulierungsverbote haben für Schleswig-Holstein zweierlei Wirkungen: Zum einen wird der Fördervorteil, der durch die Zonenrandförderung eingeräumt wird, wertmäßig stark reduziert. Denn Investoren in Regionen, die nicht zum Zonenrandgebiet gehören, erhalten diese Hilfen uneingeschränkt, sofern sie dort diese Programme in Anspruch nehmen. Für Betriebe in Schleswig-Holstein müssen die Unternehmensleitungen hingegen entscheiden, ob sie die regional ausgerichtete Sonderabschreibung oder eine andere Sonderabschreibung in Anspruch nehmen. Zum anderen setzen die Kumulierungsbeschränkungen regionale Investitionsanreize in der Form, daß Investitionsvorhaben, die auf Forschung, Entwicklung oder Umweltschutz abstellen, oder Investitionsvorhaben mittlerer und kleiner Unternehmen verstärkt im übrigen Bundesgebiet vorgenommen werden und solche Investitionsvorhaben, die nicht den Kriterien der entsprechenden Förderprogramme genügen, im Zonen-

randgebiet durchgeführt werden. Das Fördersystem wirkt sich tendenziell also so aus, daß die Investitionen mittlerer und kleiner Unternehmen sowie Investitionsvorhaben für Forschung, Entwicklung und Umweltschutz innerhalb des Zonenrandgebiets und damit im überwiegenden Teil von Schleswig-Holstein weniger begünstigt werden als anderswo.

ß. Landeseigene Wirtschaftsförderung

Betrachtet man allein die Subventionen, die von den Ländern in eigener Verantwortung vergeben werden, so ist festzustellen, daß Schleswig-Holstein und die anderen Küstenländer sowie Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Berlin (West) mehr Subventionen gewähren als die süddeutschen Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern (Tabelle 89). Die höhere Subventionsrate in den norddeutschen Ländern sowie in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland ist vermutlich damit zu erklären, daß in diesen Ländern versucht wird, der Strukturschwäche einiger Sektoren mit Finanzhilfen entgegenzuwirken.¹ Schon aus diesem Grunde läßt sich - auch was die ländereigene Wirtschaftsförderung über Subventionen betrifft - bezweifeln, daß eine hohe Subventionsrate einen Standortvorteil darstellt.

Sofern aus Länderhaushalten nicht einzelne Sektoren besonders begünstigt werden, dürften wichtige ländereigene Wirtschaftsförderungsprogramme Ergänzungsfunktionen zu den Investitionszulagen und Zuschüssen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" erfüllen.² In jedem Bundesland wurden Hilfen aus zwei verschiedenen Typen von Programmen angeboten, die sich jeweils an einen unterschiedlichen Kreis von Betrieben oder Unternehmen richten. Der eine Typ von Programmen war in der Regel für Betriebe vorgesehen, die das Exportbasiskriterium erfüllten, also im wesentlichen für die gleichen Adressaten der Gemeinschaftsaufgabe. Dieser Programm-

¹ Welche ländereigenen Subventionen sektorale Hilfen oder solche Hilfen, die nicht auf einzelne Sektoren zugeschnitten sind, darstellen, läßt sich nicht exakt ermitteln.

² Vgl. zum folgenden Lammers [1989, S. 103 ff.]. Die folgenden Ausführungen behandeln die landeseigene Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein vor der Neugestaltung im Jahre 1989.

Tabelle 89 - Finanzhilfen nach Bundesländern 1973-1986 (vH) (a)

	1973-74 (b)	1979-81 (b)	1984-86 (b)
Baden-Württemberg	1,1	1,2	0,9
Bayern	1,8	1,6	1,3
Berlin (West)	3,9	5,8	6,6
Bremen	1,8	2,3	2,0
Hamburg	1,1	1,3	1,6
Hessen	1,2	0,9	0,9
Niedersachsen	2,0	1,5	1,5
Nordrhein-Westfalen	1,6	2,0	1,4
Rheinland-Pfalz	1,4	1,2	1,0
Saarland	1,3	1,2	2,0
Schleswig-Holstein	2,0	1,8	1,5

(a) Anteil an der Bruttowertschöpfung der Unternehmen, bereinigt, in jeweiligen Preisen (Subventionsrate). - (b) Durchschnitt der Jahre.

Quelle: Institut für Weltwirtschaft, Subventionsdatenbank; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg [1986]; eigene Berechnungen.

typ war aber schwerpunktmäßig auf landeseigene Fördergebiete außerhalb der Gebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe gerichtet.¹ Wenn eine Förderung im Rahmen dieser Programme in den Gemeinschaftsaufgabengebieten des jeweiligen Landes möglich war, dann wurde sie in der Regel auf solche Fälle beschränkt, für die eine Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe nicht erlaubt war, beispielsweise weil das Schwerpunktorteprinzip als nicht erfüllt galt. Diese ländereigenen Programme ergänzten also im wesentlichen wichtige spezifische Maßnahmen der Bund-Länder-Regionalförderung in regionaler Hinsicht.

Der andere Typ von Wirtschaftsförderprogrammen der Länder war nicht regional, sondern betriebsgrößenspezifisch bzw. sektoral ausgerichtet (in Schleswig-Holstein war dies das Mittelstandsstrukturprogramm). Die Hilfen aus diesen Programmen wurden zwar in allen Landesteilen gleichermaßen gewährt; doch auch sie hatten eine ergänzende Funktion zur Bund-Länder-Regionalförderung. Mit ihnen sollten ebenfalls solche Projekte gefördert werden, die nicht von den Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe profitieren konnten: kleine und mittlere gewerbliche

¹ In Schleswig-Holstein war dies das Landesprogramm Industrieförderung.

Unternehmen, die das Exportbasiskriterium nicht erfüllten, in einigen Bundesländern auch zusätzlich freie Berufe, die ebenfalls nicht durch Investitionszulagen gefördert wurden. Damit ergänzten diese Programme die Instrumente der Bund-Länder-Regionalförderung in sektoraler und betriebsgrößenmäßiger Hinsicht.

Die Tatsache, daß in allen Bundesländern neben der Bund-Länder-Regionalförderung mehr oder weniger gleich angelegte Förderprogramme existierten oder noch existieren, macht es fraglich, ob die Bund-Länder-Regionalförderung für Bundesländer mit großen Anteilen an der Fördergebietskulisse einen Standortvorteil darstellt. Durch die ergänzende Länderförderung wird das Fördergefälle zwischen Gemeinschaftsaufgabengebieten und anderen Fördergebieten reduziert. Auch die landeseigene Wirtschaftsförderung Schleswig-Holsteins konnte für die Unternehmen kaum Standortvorteile gegenüber anderen Bundesländern begründen. Da alle Länder mehr oder weniger auf gleiche Weise versuchen, Wirtschaftsförderung zu betreiben, wird lediglich ein Gleichstand zu den Förderbedingungen in anderen Bundesländern geschaffen.

7. Zusammenfassung

Die in Schleswig-Holstein durchgeführte Wirtschaftsförderung mittels Subventionen dürfte zumindest auf längere Sicht keinen Standortvorteil darstellen, obwohl im Lande mehr Subventionen gewährt werden, als es dem Anteil des Landes an der Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik entspricht. Dies beruht in erster Linie auf der großen Bedeutung der sektoralen Hilfen, die überwiegend der Strukturhaltung dienen. An FuE-Hilfen partizipiert das Land unterdurchschnittlich; die Maßnahmen der Bund-Länder-Regionalförderung haben zwar zur Folge, daß Schleswig-Holstein mehr Mittel aus diesen Programmen erhält als andere Bundesländer. Der Beitrag dieser Hilfen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ist aber zum einen deshalb nicht eindeutig, weil auch sie strukturelle Fehlallokationen begünstigen und weil sie in Verbindung mit Kumulierungsbeschränkungen bewirken, daß das Land an anderen nicht-sektoral orientierten Förderprogrammen weniger partizipiert als andere Regionen. Die ländereigene Wirtschaftsförderung schließlich führt deshalb zu keinem Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Regionen, weil

andere Bundesländer den Unternehmen dort ähnliche Förderkonditionen anbieten.

Es ist zu bezweifeln, daß durch Wirtschaftsförderung mittels Subventionen Standortvorteile erreicht werden können. Denn durch die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen wird die Finanzkraft der Bundesländer an anderer Stelle eingeschränkt. Maßnahmen z.B. im Infrastrukturbereich oder der Förderung von Bildung und Wissenschaft, die ansonsten möglich wären, können aber durchaus bedeutender für die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen sein. Wenn private Unternehmen finanziell entlastet werden sollen, so könnte dies durch eine allgemeine Steuersenkung geschehen. Diese Art der Wirtschaftsförderung hätte gegenüber der Subventionsgewährung den Vorteil, daß sie die Allokation weniger verzerrt, keinen großen bürokratischen Verteilungsapparat erfordert und transparenter ist, als die Vielzahl von Subventionsprogrammen, die kaum überschaubar sind. Allerdings müßten die einzelnen Bundesländer über eine entsprechende Steuerhoheit verfügen, wenn sie ihre Wirtschaft über Steuererleichterungen begünstigen wollen; dies ist bislang nicht der Fall.

III. Fazit

Versucht man, nach der Analyse der einzelnen standortbestimmenden Faktoren Bilanz zu ziehen, so läßt sich feststellen, daß Schleswig-Holstein in den frühen siebziger Jahren u.a. davon profitiert hat, daß

- sich seine Lage zu wichtigen Bezugs- und Absatzmärkten durch die Norderweiterung in der EG verbesserte und
- die großräumige Verkehrserschließung große Fortschritte machte.

Diese positiven Standorteinflüsse konnten sich um so mehr auswirken, als Schleswig-Holstein in der ersten Hälfte der siebziger Jahre noch überdurchschnittlich von dem bundesweit zu beobachtenden räumlichen Dekonzentrationsprozeß der Industrie profitierte. Dieser Prozeß hatte mit Beginn der sechziger Jahre eingesetzt und dazu geführt, daß periphere und eher landwirtschaftlich geprägte Räume im Industrialisierungsgrad und Pro-Kopf-Einkommen gegenüber den traditionellen Industrie- und Verdichtungsregionen aufholten. Die Ursache für das überdurchschnittliche Wachstum des Industriesektors in den ländlichen Regionen in dieser

Zeit war darin zu sehen, daß in den industriellen Zentren Boden und Arbeit zunehmend knapper wurden [vgl. dazu Nieth, 1980, und Lammer, 1985]. Diese Entwicklung kam Mitte der siebziger Jahre weitgehend zum Stillstand, als in der Bundesrepublik die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu einem großen strukturellen Anpassungsbedarf führten, der sich u. a. in einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit zeigte. Der Anreiz zur Ansiedlung und Erweiterung industrieller Fertigungsstätten in ländlichen Regionen mit Arbeitskraftreserven wie in Schleswig-Holstein ging spürbar zurück.

Aufgrund der veränderten Knappheitsrelationen auf dem Arbeitsmarkt wäre Schleswig-Holstein ab Mitte der siebziger Jahre attraktiv für Investoren gewesen, wenn die Arbeitskosten hier weniger stark gestiegen wären als in anderen Bundesländern.

Dies war aber nicht der Fall. Die Arbeitsproduktivität nahm nicht so rasch zu wie in anderen Bundesländern, während der Anstieg der Reallöhne in Schleswig-Holstein vielfach stärker war als anderswo. Gerade zu einer Zeit, als die Anpassungslasten zunahmen, stiegen die Arbeitskosten in Schleswig-Holstein;¹ dies beeinträchtigte die Standortattraktivität.

Mit Beginn der achtziger Jahre machten sich dann als weitere wichtige belastende Faktoren

- die Südverlagerung der ökonomischen Aktivitäten und
- zunehmende Infrastrukturengpässe und Angebotsdefizite in der großräumigen Verkehrsanbindung

bemerkbar, die die natürliche Randlage Schleswig-Holsteins wieder stärker spürbar werden ließen. Hinzu kam, daß Schleswig-Holstein im Bereich Forschung und Entwicklung, der zunehmend wichtig für das wirtschaftliche Wachstum wurde, sowohl bei der Infrastruktur als auch bei den Forschungs- und Innovationsaktivitäten der Unternehmen Defizite zu verzeichnen hatte. In Schleswig-Holstein war die Ausgangsposition schlechter als in anderen Bundesländern, neue Beschäftigungs- und Einkommenschancen in zukunftsträchtigen Produktionsfeldern zu erschließen.

¹ Bei den Arbeitskosten hat sich erst seit Mitte der achtziger Jahre wieder eine geringfügig stärkere regionale Auffächerung ergeben. Sie erscheint aber immer noch nicht hoch genug, um das Problem der hohen regionalen Arbeitslosigkeit zu lösen.

Damit war Schleswig-Holstein im strukturellen Wandel seit Beginn der achtziger Jahre in mehrfacher Hinsicht im Rückstand.

Dem hätten grundsätzlich die nach wie vor günstigen Boden- und Immobilienpreise, das dementsprechend reichhaltige Angebot an Gewerbeflächen, die vergleichsweise intakte Umwelt und die im Gegensatz zu anderen Bundesländern nur verhalten steigenden Realsteuerhebesätze entgegenwirken können. Von diesen positiven Faktoren wurden in den eingangs zitierten Unternehmensbefragungen allerdings nur die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen (und damit die Grundstücks- und Immobilienpreise) häufiger als für Standortentscheidungen wichtige Faktoren genannt (Übersicht 2).

Demgegenüber sind die in den achtziger Jahren verstärkt wirksamen Nachteile (Marktferne, qualitative Mängel der Verkehrsanbindung, keine Arbeitskostenvorteile, mangelnde Forschungs- und Technologieinfrastruktur) unter den als wichtig angesehenen Faktoren enthalten.

Wie der Standort Schleswig-Holstein in den achtziger Jahren tatsächlich von Investoren beurteilt worden ist, soll im folgenden Kapitel näher untersucht werden.

D. Zur Attraktivität Schleswig-Holsteins aus Unternehmenssicht - Ansiedlungen und Direktinvestitionen

Im vorangegangenen Kapitel sind die Standortfaktoren Schleswig-Holsteins detailliert im Vergleich zum Bundesgebiet und anderen Bundesländern untersucht worden. Die Analyse hat gezeigt, daß bei einigen Standortfaktoren Defizite zu verzeichnen sind, so vor allem bei der FuE-Infrastruktur und im Innovationsbereich. Auch das Ausbildungs-niveau der Arbeitskräfte ist weniger gut als anderswo. Nachteile bestehen überdies hinsichtlich der Verkehrsanbindung. Es liegt nahe, danach zu fragen, ob der Standort Schleswig-Holstein am Markt ähnlich bewertet wird. Solche Marktbewertungen nehmen Unternehmen vor, wenn sie sich für oder gegen eine Ansiedlung oder ein anderes Investitionsengagement in Schleswig-Holstein entscheiden. In diesem Kapitel werden deshalb das Ansiedlungsgeschehen im Lande sowie die ausländischen Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein analysiert. Im einzelnen werden untersucht:

- die Unternehmensansiedlungen in den Jahren 1980-1988 nach verschiedenen Strukturmerkmalen,
- die Gründe, die bei der Entscheidung der Unternehmen für oder gegen eine Ansiedlung maßgebend gewesen sind,
- die Direktinvestitionen, die von Ausländern in Schleswig-Holstein und die von schleswig-holsteinischen Unternehmen im Ausland getätigt worden sind.

I. Unternehmensansiedlungen in Schleswig-Holstein

Grundlage für eine Analyse der Ansiedlungen sind Aufstellungen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, die diese jährlich über von ihr mitbetreute Ansiedlungsprojekte erstellt.¹ Nicht einbezogen in die Analyse wurden solche Ansiedlungen, die in der Neu-

¹ Enthalten sind in diesen Aufstellungen "Ansiedlungsprojekte, die von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und den regionalen Förderungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft, Technik und Verkehr" erfolgreich abgeschlossen wurden [Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, 1989]. Es fehlen naturgemäß diejenigen Ansiedlungen, an denen die Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht mitgewirkt hat. Insofern ist das Bild des Ansiedlungs-

gründung von Unternehmen bestehen und Verlagerungen von Betrieben innerhalb von Schleswig-Holstein. Solche Ansiedlungsfälle wurden ausgeschlossen, weil vor allem ein Bild davon vermittelt werden soll, wie Investoren, die von außerhalb des Landes stammen, die Bedingungen in Schleswig-Holstein einschätzen.¹

1. Das Muster der Ansiedlungen in den Jahren 1980-1988

Im Zeitraum von 1980 bis einschließlich 1988 sind in Schleswig-Holstein 259 Betriebe von außerhalb angesiedelt worden. Diese Betriebe schufen nach Angaben der Unternehmen knapp 8200 Arbeitsplätze. In den frühen achtziger Jahren wurden mehr Betriebe angesiedelt und Arbeitsplätze geschaffen als danach; seit 1985 nehmen die Ansiedlungen aber wieder kontinuierlich zu (Tabelle 90).²

Eine weitere Auswertung der Angaben der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH über angesiedelte Unternehmen von außerhalb nach verschiedenen Strukturmerkmalen ergibt folgendes Bild (Schaubild 11):

Herkunft: Die ganz überwiegende Anzahl der angesiedelten Betriebe stammte aus Hamburg. Aus anderen Bundesländern kamen nur vergleichsweise wenig Unternehmen, und das Ausland spielte als Herkunftsregion praktisch keine Rolle. Die überragende Bedeutung Hamburgs als Herkunftsort angesiedelter Betriebe in Schleswig-Holstein hat sich wäh-

geschehens, das hier gezeichnet wird, nicht vollständig. Im großen und ganzen dürfte aber das Muster der Ansiedlungen zuverlässig wiedergegeben werden, weil anzunehmen ist, daß die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes in alle bedeutenden Ansiedlungsvorhaben eingeschaltet ist.

¹ Der Ausschluß von Neugründungen kann in einzelnen Fällen zur Folge haben, daß Investoren, die von außerhalb stammen, nicht erfaßt werden, nämlich dann, wenn sie in Schleswig-Holstein ein rechtlich selbständiges Unternehmen gründen. Soweit dies auf Investoren aus dem Ausland zutrifft, schlägt sich deren Investitionsengagement allerdings bei den Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein nieder, die in Abschnitt D. II dargestellt werden.

² Daneben sind etwa 80 neu gegründete Unternehmen von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft betreut worden. Diese Unternehmen schufen in der ersten Ausbaustufe etwa 2000 Arbeitsplätze.

Tabelle 90 - Entstandene Betriebe und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein durch Ansiedlungen von außerhalb 1980-1988

	Betriebe	Arbeitsplätze
1980	35	1158
1981	22	605
1982	33	1110
1983	33	1068
1984	21	788
1985	25	744
1986	25	702
1987	31	852
1988	34	1146
1980-88	259	8173

Quelle: Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH [lfd. Jgg.]; eigene Berechnungen.

rend der achtziger Jahre verstärkt. Knapp 89 vH der angesiedelten Unternehmen kamen in der Zeit von 1985-1988 aus Hamburg gegenüber gut 76 vH in den Jahren 1980-1984 (Tabelle 91).

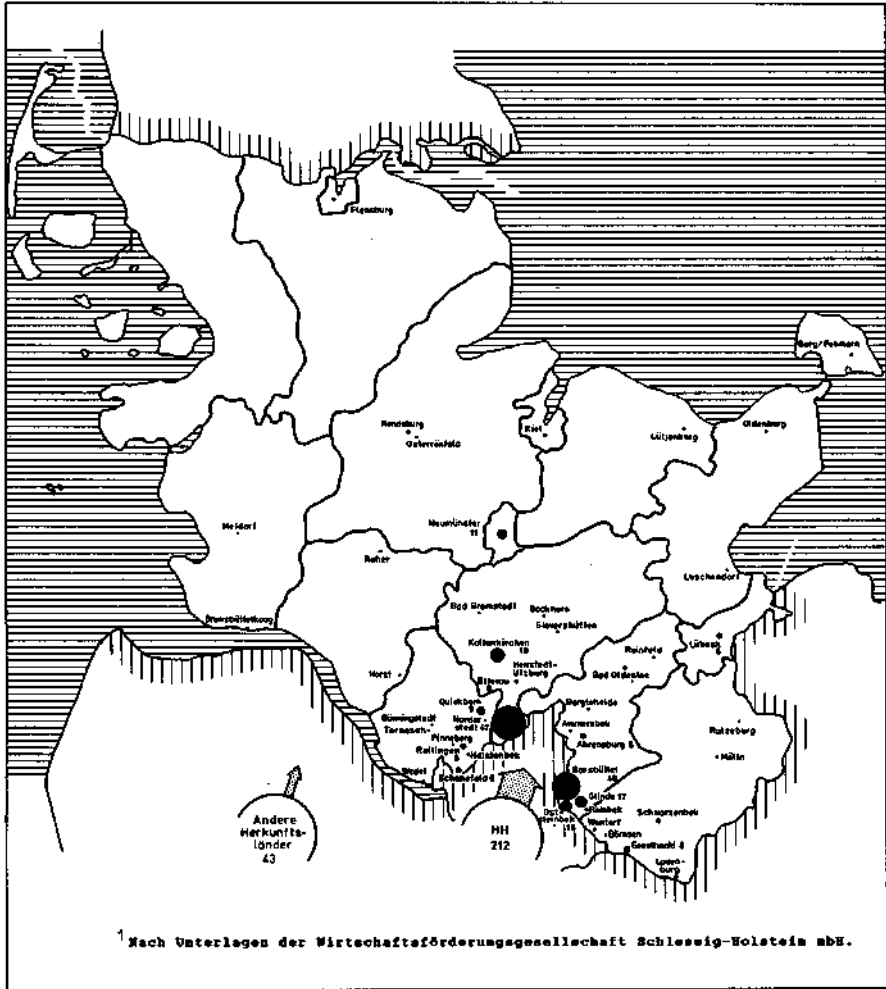
Ansiedlungsorte: Die angesiedelten Betriebe von außerhalb stammen nicht nur ganz überwiegend aus Hamburg, sie haben sich auch zumeist für einen Standort im Hamburger Umland entschieden. In den Jahren 1980-1984 entfielen knapp 85 vH der Ansiedlungen auf die an Hamburg angrenzenden Kreise Segeberg, Stormarn, Pinneberg und Herzogtum Lauenburg, von 1985-1988 waren es sogar 88 vH. Aus Hamburg stammende Unternehmen bevorzugten das Hamburger Umland in sehr viel stärker-

Tabelle 91 - Herkunft in Schleswig-Holstein angesiedelter Unternehmen 1980-1988

	Hamburg		Andere Bundesländer		Ausland		Insgesamt	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
1980-84	110	76,4	32	22,3	2	1,4	144	100,0
1985-88	102	88,7	13	11,3	0	0,0	115	100,0

Quelle: Wie Tabelle 90.

Schaubild 11 - Ansiedlungen von Unternehmen in Schleswig-Holstein
1980-1988¹



Quelle: Wie Tabelle 90.

rem Maße als die Unternehmen, die aus anderen Bundesländern kamen (Tabelle 92). In der ersten Teilperiode hatte außerhalb des Hamburger Umlands noch der Standort Neumünster eine gewisse Bedeutung als Ansiedlungsort gespielt; nach 1984 war dies in wesentlich geringerem Maße der Fall. Die kreisfreien Städte Flensburg, Kiel und Lübeck an der Ostseeküste sowie die übrigen Landkreise haben im gesamten Zeitraum

Tabelle 92 - Zur Bedeutung Hamburgs als Herkunftsort und des Hamburger Umlands als Standort für Unternehmensansiedlungen in Schleswig-Holstein 1980-1988 (vH)

	Anteil der angesiedelten Unternehmen, die aus Hamburg stammen	Anteil der angesiedelten Unternehmen, die einen Standort im Hamburger Umland(a) wählten	Anteil der angesiedelten Unternehmen aus Hamburg, die in das Umland gingen
1980	65,7	85,7	100,0
1981	86,4	90,9	100,0
1982	69,7	78,8	87,0
1983	84,9	81,8	85,7
1984	80,9	90,5	88,2
1985	92,0	100,0	100,0
1986	84,0	76,0	81,0
1987	83,9	90,3	92,3
1988	94,1	85,3	90,6
1980-84	76,4	84,7	91,8
1985-88	88,7	88,0	91,2

(a) Kreise Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn.

Quelle: Wie Tabelle 90.

nur sehr wenige Unternehmen für eine Ansiedlung gewinnen können (Tabelle 93).¹

Branchenzugehörigkeit: Schwerpunkte waren - gemessen an der Anzahl der Ansiedlungen und der bereitgestellten Arbeitsplätze in den angesiedelten Betrieben - der Stahl- und Leichtmetallbau, der Maschinenbau, die Elektrotechnik, die Chemische Industrie, Druckerei und Vervielfältigung, Kunststoffwarenherstellung, Gummiverarbeitung sowie das Ernährungs- und Genussmittelgewerbe. Darüber hinaus gehörten vergleichsweise viele angesiedelte Betriebe zum Baugewerbe und insbesondere zum Handelsbereich. In den Jahren 1980-1984 kam auch noch eine ganze Reihe von Betrieben aus den Bereichen Reinigung und Körperpflege sowie sonstige Dienstleistungen hinzu. Beim Vergleich der beiden Teilperioden fällt auf, daß der Anteil des Baugewerbes zurückgegangen ist und der des Maschinenbaus deutlich zugenommen hat (Tabelle 94).

¹ Neugegründete Unternehmen sind allerdings nicht so stark auf das Hamburger Umland orientiert. Von ihnen entscheidet sich ein deutlich höherer Anteil für einen Standort in den übrigen Landkreisen oder auch in den kreisfreien Städten.

Tabelle 93 - Unternehmensansiedlungen in den einzelnen Kreisen Schleswig-Holsteins 1980-1988

	1980-84		1985-88	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Dithmarschen	2	1,4	0	0,0
Herzogtum Lauenburg	13	9,0	10	8,7
Nordfriesland	0	0,0	0	0,0
Ostholstein	2	1,4	1	0,9
Pinneberg	12	8,3	15	13,0
Plön	2	1,4	0	0,0
Rendsburg-Eckernförde	2	1,4	2	1,7
Schleswig-Flensburg	0	0,0	0	0,0
Segeberg	36	25,0	40	34,8
Steinburg	1	0,7	1	0,9
Stormarn	60	41,6	36	31,3
Flensburg	2	1,4	1	0,9
Kiel	2	1,4	2	1,7
Neumünster	8	5,6	3	2,6
Lübeck	2	1,4	4	3,5
Alle Kreise und kreisfreien Städte	144	100,0	115	100,0
darunter: im Hamburger Umland(a)	121	84,7	101	87,8

(a) Kreise Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn.

Quelle: Wie Tabelle 90.

Die Anteile der Ansiedlungen und der mit den Ansiedlungen verbundenen Arbeitsplätze nach Branchen sagen relativ wenig darüber aus, in welchen Wirtschaftszweigen die tatsächlichen Ansiedlungsschwerpunkte lagen, weil die Größe der einzelnen Branchen in Schleswig-Holstein nicht berücksichtigt ist. Wird der Anteil der geschaffenen Arbeitsplätze in angesiedelten Betrieben nach Branchen auf die Anteile der bereits vorhandenen Arbeitsplätze in diesen Branchen im Lande bezogen, so ergibt sich ein aussagekräftigeres Bild (Tabelle 95). Schwerpunkte der Ansiedlung waren danach insbesondere die Druckerei, Vervielfältigung und die Gummiverarbeitung, daneben der Stahl- und Leichtmetallbau, die Kunststoffwarenherstellung sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Zur Diversifikation der Branchenstruktur in Schleswig-Holstein haben über beide Teilperioden gesehen daneben noch die Ansiedlungen in der Stahlbearbeitung, der Papierverarbeitung, dem Textilgewerbe und dem Handel

Tabelle 94 - Unternehmensansiedlungen in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen 1980-1988

	1980-84				1985-88			
	Betriebe		Arbeitsplätze		Betriebe		Arbeitsplätze	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Gewinnung von Steinen und Erden	3	2,1	51	1,1	-	-	-	-
Eisenschaffende Industrie	-	-	-	-	-	-	-	-
NE-Metalle, Gießereien	2	1,4	17	0,4	-	-	-	-
Stahlbearbeitung	1	0,7	50	1,1	1	0,9	20	0,6
Stahl- und Leichtmetallbau	6	4,1	218	4,6	5	4,4	119	3,4
Maschinenbau	6	4,1	148	3,1	7	6,1	357	10,4
Straßenfahrzeugbau, Kraftfahrzeug- reparaturen	2	1,4	22	0,5	1	0,9	67	1,9
Schiffbau	-	-	-	-	-	-	-	-
Luft- und Raumfahrzeugbau	-	-	-	-	-	-	-	-
Elektrotechnik	5	3,5	191	4,0	6	5,3	175	5,1
Feinmechanik, Optik	3	2,1	130	2,8	2	1,8	30	0,9
Metallwarenherstellung	1	0,7	15	0,3	1	0,9	6	0,2
Spielwaren- und Schmuckherstellung	-	-	-	-	-	-	-	-
Chemische Industrie	7	4,8	210	4,4	6	5,3	159	4,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungs- geräte	-	-	-	-	-	-	-	-
Feinkeramik	-	-	-	-	-	-	-	-
Glasherstellung und -verarbeitung	-	-	-	-	-	-	-	-
Holzbearbeitung	2	1,4	48	1,0	-	-	-	-
Holzverarbeitung	2	1,4	55	1,2	-	-	-	-
Papierherzeugung u.a.	-	-	-	-	-	-	-	-
Papierverarbeitung u.s.	1	0,7	70	1,5	1	0,9	18	0,5
Druckerei, Vervielfältigung	3	2,1	255	5,4	4	3,5	121	3,5
Kunststoffwarenherstellung	2	1,4	150	3,2	7	6,1	130	3,8
Gummiverarbeitung	1	0,7	250	5,3	1	0,9	50	1,5
Lederherzeugung und -verarbeitung	-	-	-	-	-	-	-	-
Textilgewerbe	3	2,1	45	0,9	1	0,9	35	1,0
Bekleidungs-gewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	8	5,6	451	9,5	14	12,2	608	17,7
Baugewerbe	12	8,3	256	5,4	4	3,5	121	3,5
Groß- und Einzelhandel	58	40,3	1587	33,5	46	40,2	1217	35,3
Verkehr	2	1,4	21	0,4	2	1,8	60	1,7
Kreditinstitute	-	-	-	-	-	-	-	-
Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-
Gaststättengewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-
Reinigung und Körperpflege	4	2,8	203	4,3	-	-	-	-
Bildung, Kunst, Wissenschaft	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesundheitswesen	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Dienstleistungen	10	6,9	286	6,1	5	4,4	151	4,4
Insgesamt	144	100,0	4729	100,0	114	100,0	3444	100,0

Quelle: Wie Tabelle 90.

beigetragen. Im Zeitraum 1980-1984 entfielen überdies überdurchschnittliche Anteile im Vergleich zur vorhandenen Branchenstruktur auf die Feinmechanik und Optik, die Holzbearbeitung, die Holzverarbeitung sowie die Reinigung und Körperpflege. In den Jahren 1985-1988 wurden außer-

Tabelle 95 - Zur Bedeutung von Arbeitsplätzen in angesiedelten Betrieben im Verhältnis zur Struktur der Beschäftigten nach Branchen (a) 1980-1988

	1980-84	1985-88
Gewinnung von Steinen und Erden	0,7	0
Eisenschaffende Industrie	0	0
NE-Metalle, Gießereien	0,5	0
Stahlbearbeitung	2,8	1,2
Stahl- und Leichtmetallbau	4,2	3,4
Maschinenbau	0,5	1,6
Straßenfahrzeugbau, Kraftfahrzeugreparaturen	0,3	1,2
Schiffbau	0	0
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0
Elektrotechnik	0,9	1,4
Feinmechanik, Optik	1,5	0,4
Metallwarenherstellung	0,2	0,2
Spielwaren- und Schmuckherstellung	0	0
Chemische Industrie	2,1	1,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte	0	0
Feinkeramik	0	0
Glasherstellung und -verarbeitung	0	0
Holzbearbeitung	10,0	0
Holzverarbeitung	1,3	0
Papiererzeugung u.a.	0	0
Papierverarbeitung u.a.	1,9	1,3
Druckerei, Vervielfältigung	2,6	17,5
Kunststoffwarenherstellung	3,6	3,8
Gummiverarbeitung	17,7	7,5
Ledererzeugung und -verarbeitung	0	0
Textilgewerbe	1,3	2,0
Bekleidungs-gewerbe	0	0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1,7	3,5
Baugewerbe	0,4	0,3
Groß- und Einzelhandel	1,7	1,8
Verkehr	0,1	0,5
Kreditinstitute	0	0
Versicherungsgewerbe	0	0
Gaststättengewerbe	0	0
Reinigung und Körperpflege	2,1	0
Bildung, Kunst, Wissenschaft	0	0
Gesundheitswesen	0	0
Sonstige Dienstleistungen	1,3	0,8

(a) Anteil der Arbeitsplätze in angesiedelten Betrieben in einer Branche i an den Arbeitsplätzen in angesiedelten Unternehmen insgesamt, dividiert durch den Anteil der Beschäftigten in dieser Branche an den Beschäftigten insgesamt. Ein Wert von über 1 zeigt auf, daß mehr Arbeitsplätze in einer Branche durch Ansiedlungen geschaffen wurden, als es dem Gewicht dieser Branche, gemessen an den Beschäftigten im Lande, entspricht. Der ersten Teilperiode wurde die Beschäftigtenstruktur des Jahres 1979 zugrundegelegt, der 2. Teilperiode die des Jahres 1983.

Quelle: Wie Tabelle 90.

Tabelle 96 - Investitionsvolumen und geschaffene Arbeitsplätze je Ansiedlungsfall in angesiedelten Betrieben 1980-1988

	Investitionsvolumen je Ansiedlungsfall	Arbeitsplätze je Ansiedlungsfall
	Mill. DM	Anzahl
1980	7,23	33,1
1981	2,14	33,6
1982	2,60	38,3
1983	3,20	32,4
1984	2,12	37,5
1985	1,50	29,8
1986	2,53	28,1
1987	2,61	28,4
1988	1,77	33,7
1980-84	2,46	33,8
1985-88	2,11	30,2

Quelle: Wie Tabelle 90.

dem überdurchschnittliche Ansiedlungserfolge im Maschinenbau, dem Straßenfahrzeugbau/Kraftfahrzeugreparatur sowie der Elektrotechnik erzielt (Tabelle 95).

Investitionsvolumen und Arbeitsplätze je Ansiedlungsfall: Das Investitionsvolumen je Ansiedlungsfall lag im Durchschnitt bei gut 2 Mill. DM (in jeweiligen Preisen), und durchschnittlich wurden je Ansiedlungsfall gut 30 Arbeitsplätze geschaffen. In den letzten Jahren ist gegenüber der ersten Teilperiode die Investitionssumme und die durchschnittliche Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze etwas zurückgegangen (Tabelle 96).

Investitionsvolumen je Arbeitsplatz: Je nach Berechnungsmethode wurden in den beiden untersuchten Zeiträumen pro geschaffenem Arbeitsplatz zwischen 70000 und 85000 DM investiert (Tabelle 97). Das Investitionsvolumen je neuem Arbeitsplatz in angesiedelten Betrieben in Schleswig-Holstein hat sich im Zeitablauf nicht wesentlich verändert. Im Vergleich zu den Investitionsaufwendungen je Arbeitsplatz in Betrieben, die durch die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" im Bundesgebiet insgesamt gefördert werden, scheinen zwei Dinge bemerkenswert: Zum einen liegt das Investitionsvolumen je neuem Arbeitsplatz in den durch die Gemeinschaftsaufgabe geförderten

Tabelle 97 - Investitionen je neu geschaffenen Arbeitsplatz in angesiedelten Betrieben in Schleswig-Holstein sowie in durch die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" geförderten Betrieben in der Bundesrepublik (DM)

	Angesiedelte Betriebe in Schleswig-Holstein		Geförderte Betriebe in der Bundesrepublik
	Berechnungsmethode 1(a)	Berechnungsmethode 2(b)	
1980	76460	61570	176090
1981	66020	63640	198680
1982	84370	68020	228320
1983	83750	92790	209700
1984	74810	56470	252520
1985	78840	50270	249630
1986	91880	90030	399230
1987	90220	91900	293930
1988	81480	52440	.
1980-84	76040	69550	209261
1985-88	85480	69400	289557(c)

(a) Einfaches arithmetisches Mittel aller Ansiedlungsfälle. - (b) Gewichtetes arithmetisches Mittel aller Ansiedlungsfälle. - (c) 1985-1987.

Quelle: Deutscher Bundestag [1988]; Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH [Ifd. Jgg.]; eigene Berechnungen.

Betrieben um ein Mehrfaches höher. In solchen Betrieben ist diese Größe zum anderen im Unterschied zu den Ansiedlungen in Schleswig-Holstein sehr stark gestiegen. Die Kapitalausstattung angesiedelter Betriebe in Schleswig-Holstein ist somit auffällig gering.¹

¹ Dies liegt auch nicht daran - wie man vermuten könnte -, daß in Schleswig-Holstein Ansiedlungen im Handelsbereich eine große Bedeutung zukommt, während bei der Gemeinschaftsaufgabe Unternehmen des Warenproduzierenden Gewerbes dominieren. Auf diesen Bereich entfielen 1981-1986 gut 91 vH des geförderten Anlageinvestitionsvolumens [Lammers, 1989]. Der Investitionsaufwand je Arbeitsplatz im Handel und Dienstleistungsbereich ist nur wenig geringer als in Betrieben des Produzierenden Gewerbes. Das Investitionsvolumen je Arbeitsplatz im Produzierenden Gewerbe in Schleswig-Holstein ist demnach tatsächlich niedriger als in im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe geförderten Betrieben.

Wenn es auch während der achtziger Jahre einige Veränderungen bei den Ansiedlungen in Schleswig-Holstein gegeben hat (so hinsichtlich der Branchenzugehörigkeit oder der Bedeutung einzelner Kreise als Standorte), so ist das Ansiedlungsmuster doch als recht stabil anzusehen. Herausragendes Merkmal ist, daß die Ansiedlungen von außerhalb stark auf Hamburg bezogen sind: Hamburg als Herkunftsort und das Hamburger Umland als Ansiedlungsort spielen eine überragende Rolle.

Weitere Strukturmerkmale angesiedelter Betriebe in Schleswig-Holstein lassen sich aus einer Unternehmensbefragung gewinnen, die das Institut für Weltwirtschaft für die Jahre 1980-1984 durchgeführt hat [Lammers, Soltwedel 1986; 1987]. Im Rahmen dieser Unternehmensbefragung wurde nach den Gründen gesucht, die Unternehmen bewogen haben, sich in Schleswig-Holstein anzusiedeln (Ansiedler). Ergänzend dazu wurden solche Unternehmen befragt, die früher einmal zu erkennen gegeben hatten, daß sie sich für den Standort Schleswig-Holstein interessierten. Sie sollten angeben, welche Gründe dafür maßgeblich waren, daß keine Investitionsentscheidung zugunsten des Standorts Schleswig-Holstein getroffen wurde (Nichtansiedler). Im folgenden werden die Strukturmerkmale, die für Ansiedler und Nichtansiedler aus den Antworten dieser Unternehmensbefragung zu entnehmen sind, dargestellt. Daraus können weitere Hinweise über die Ansiedlungsbedingungen in Schleswig-Holstein gegeben werden. Bemerkenswert sind folgende Ergebnisse [vgl. im einzelnen Lammers, Soltwedel, 1986, S. 16 ff.]:

Art der Ansiedlung: Knapp drei Viertel der Unternehmen, die sich in Schleswig-Holstein ansiedelten, nahmen zugleich eine Verlagerung des Unternehmenssitzes vor. Nur die Hälfte der interessierten, aber bis Ende 1984 nicht angesiedelten Unternehmen plante mit der Errichtung einer Betriebsstätte auch eine Verlagerung des Unternehmenssitzes.

Unternehmensgröße: Angesiedelte Unternehmen waren gemessen an Beschäftigtenzahl und Umsatz, vergleichsweise klein; die durchschnittliche Beschäftigtenzahl betrug 61 und der jährliche Umsatz lag bei 15 Mill. DM. Nichtangesiedelte Unternehmen waren demgegenüber um ein Vielfaches umsatzstärker, und die Beschäftigtenzahl lag erheblich höher.

Wirtschaftliche Dynamik: Die angesiedelten Unternehmen waren durch eine ausgeprägte wirtschaftliche Expansion gekennzeichnet: In den Jahren 1980-1984 wuchs der Umsatz um durchschnittlich gut 10 vH und die Anzahl der Beschäftigten sogar um fast 14 vH pro Jahr. Nichtange-

siedelte Unternehmen expandierten an ihren alten Standorten deutlich weniger stark.

Exportquote: Die Exportquote der befragten Unternehmen lag sowohl bei den angesiedelten als auch bei den nichtangesiedelten Unternehmen in der Größenordnung von etwa 20 vH (Landesdurchschnitt 1988: 16 vH).

Einsatz qualifizierter Arbeitskräfte: Angesiedelte Unternehmen beschäftigen vergleichsweise wenig Personal in Konstruktion, Forschung und Entwicklung, und der Anteil der Angestellten mit mittleren und gehobenen Managementfunktionen war ebenfalls vergleichsweise niedrig; Nichtansiedler hatten demgegenüber einen deutlich höheren Anteil qualifizierter Beschäftigter.

2. Gründe für Ansiedlungsentscheidungen

Weiteren Aufschluß über die Ansiedlungsbedingungen geben die Antworten der Unternehmen auf die Fragen nach den Gründen für eine Ansiedlung bzw. Nichtansiedlung. Was die angesiedelten Unternehmen anbelangt, so waren in ihrem Urteil für ihre Entscheidung folgende Gründe maßgeblich [Lammers, Soltwedel, 1986, S. 46 ff.] :

- An erster Stelle stand das umfangreiche Angebot an Ansiedlungsflächen.
- An zweiter Stelle rangierte das wirtschaftsfreundliche Verhalten von Behörden in Schleswig-Holstein.
- An dritter Stelle und folgenden Stellen standen verschiedene regionale Förderprogramme, die in Schleswig-Holstein in Anspruch genommen werden konnten.

Ansonsten wurden kaum Gründe genannt, die von den Unternehmen für ihre Ansiedlungsentscheidung als maßgeblich bezeichnet wurden.

Unternehmen, die sich gegen Schleswig-Holstein entschieden, nannten folgende Gründe für ihre Nichtansiedlung [vgl. im einzelnen *ibid.*] :

- Sie konnten keine geeigneten Flächen für ihr Ansiedlungsvorhaben finden.
- Die Qualität der Verbindungen mit Absatzmärkten außerhalb Schleswig-Holsteins wurde als zu schlecht eingeschätzt (die Transportkosten waren zu hoch, die Transportzeiten zu lang und die Möglichkeiten der Koordinierung mit Abnehmern war zu schwierig).

- Bisherige Mitarbeiter waren nicht in ausreichendem Maße zum Umzug nach Schleswig-Holstein bereit, und die Bedeutung Schleswig-Holsteins als Absatzmarkt war zu gering.
- Die Qualität der Verbindungen mit Zulieferern (Lohnfertigern) war zu schlecht (zu lange Transportzeiten und zu hohe Transportkosten).

Andere Gründe wurden kaum als vorrangig bezeichnet.

Die Befragung von Unternehmen, die Schleswig-Holstein als Standort einmal in Erwägung gezogen hatten, ihre Investitionsentscheidung aber nicht zugunsten dieses Bundeslandes trafen, kann nur Anhaltspunkte dafür liefern, weshalb Unternehmen die Ansiedlungsbedingungen für nicht ausreichend erachten. Befragt werden müßten auch solche Unternehmen, die noch nie in Erwägung gezogen haben, Schleswig-Holstein als Standort zu wählen, die aber aus der Sicht des Landes besondere Beschäftigungs- und Entwicklungsimpulse geben könnten. Im Rahmen der durchgeführten Unternehmensbefragung sind deshalb auch einige große Unternehmen - vornehmlich aus dem Automobilbau - direkt danach gefragt worden, ob und gegebenenfalls weshalb für sie Schleswig-Holstein als Produktionsstandort bislang noch nicht in Frage gekommen ist. Die Gründe, die dafür genannt wurden, lassen sich mit folgenden Stichworten umschreiben:

- Schleswig-Holstein hat Lagenachteile, die nicht durch geringere Faktorpreise ausgeglichen werden;
- Schleswig-Holstein weist Defizite im technischen Potential und der Qualifikation der Arbeitskräfte auf.

Die Nennung dieser Gründe, die allerdings nicht auf einer repräsentativen Befragung großer Unternehmen in der Bundesrepublik beruhen, verstärken das Urteil, daß die systematisch befragten Nichtansiedler abgegeben haben.¹

3. Schlußfolgerungen

Aus einer zusammenfassenden Betrachtung der Strukturmerkmale von Ansiedlern und Nichtansiedlern sowie der maßgeblichen Gründe für

¹ Unterlagen, aus denen das Urteil der gesondert angeschriebenen großen Unternehmen über die Ansiedlungsbedingungen hervorgeht, sind auf Anfrage bei den Autoren erhältlich.

ihre Ansiedlungsentscheidungen zugunsten oder zuungunsten von Schleswig-Holstein lassen sich wichtige Schlußfolgerungen über die Ansiedlungsbedingungen im Lande ziehen:

- Attraktiv war das Land bislang insbesondere für Betriebe, die - aus Hamburg kommend - einen Standort im Hamburger Umland fanden, mit der Ansiedlung eines Betriebes zugleich eine Verlagerung des Unternehmenssitzes vornahmen, vergleichsweise klein waren, wenig sachkapitalintensiv produzierten und vergleichsweise wenig hochqualifiziertes Personal beschäftigten. Die Betriebe kamen, weil sie in Schleswig-Holstein ausreichend Expansionsmöglichkeiten fanden und weil ihnen die Behörden im Lande aufgeschlossen gegenüberstanden. Wirtschaftsfördermaßnahmen mögen die Standortverlagerungen zugunsten von Schleswig-Holstein in manchen Fällen beeinflußt haben; sie waren aber in der Mehrzahl der Fälle nicht ausschlaggebend.¹
- Vergleichsweise unattraktiv scheint das Land für solche Unternehmen zu sein, die relativ groß sind, sehr sachkapitalintensiv produzieren, weniger an einer Verlagerung des Unternehmenssitzes als vielmehr an der Gründung von Zweigbetrieben interessiert sind und deren Beschäftigte eine deutlich bessere Qualifikation aufweisen. Diese Unternehmen entschieden sich gegen den Standort Schleswig-Holstein, weil sie keine geeigneten Grundstücke fanden, weil Schleswig-Holstein zu peripher gelegen war und weil sie Mängel im Angebot an Arbeitskräften für die Fertigung sowie für Forschung, Entwicklung und Konstruktion sahen.

Die Auswertung der Angaben zeigt deutlich, daß das Ansiedlungsgeschehen in Schleswig-Holstein stark auf Hamburg bezogen ist. Hamburg als Herkunftsort und das Hamburger Umland als Ansiedlungsort spielen eine überragende Rolle. Die durchschnittliche Wanderungsdistanz der Unternehmen, die aus Hamburg nach Schleswig-Holstein kamen, betrug nur etwa 25 km (Tabelle 98). Die meisten der Unternehmen dürften mit ihren Absatz- und Bezugsverflechtungen auf den Großraum Hamburg ausgerichtet geblieben sein. Abgesehen vom Hamburger Umland war Schleswig-Holstein wenig attraktiv für Unternehmen von außerhalb. Dies läßt darauf schließen, daß wohl in der angrenzenden Lage zu Hamburg Standortvorteile gesehen werden, kaum aber in der Küstenlage

¹ Zur näheren Erläuterung dieses Aspektes vgl. Lammers, Soltwedel (1986, S. 85).

Tabelle 98 - Durchschnittliche Entfernung der Ansiedlungsorte von Hamburg (a) 1980-1988 (km)

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1980-84	1985-88
20,7	17,1	26,2	26,1	23,2	22,3	27,9	24,7	27,8	23,0	25,8
(a) Einfaches arithmetisches Mittel der Luftlinienentfernung der Wanderungsfälle von Hamburg Hbf. zu den Ansiedlungsorten.										

Quelle: Wie Tabelle 90.

und auch nur eingeschränkt in der Lage zu den skandinavischen Nachbarn.

Die Ergebnisse, die aus einer Betrachtung der Strukturmerkmale angesiedelter und nichtangesiedelter Unternehmen sowie deren Gründe für ihre Ansiedlungsentscheidung gewonnen werden können, bestätigen das Bild, das in Kapitel C von den Standortbedingungen in Schleswig-Holstein gezeichnet wurde. Schleswig-Holstein hat Lagenachteile sowie Nachteile bei der Verkehrserschließung; darüber hinaus gibt es einen vergleichsweise engen Markt für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Dies hält manches Unternehmen davon ab, nach Schleswig-Holstein zu kommen, oder führt - wenn eine Entscheidung zugunsten von Schleswig-Holstein fällt - zu einer Ansiedlung im Hamburger Umland, wo die Lagenachteile nicht so stark ins Gewicht fallen, der Arbeitsmarkt durch die Nähe zu Hamburg ergiebiger im Hinblick auf qualifizierte Beschäftigte ist oder es den Unternehmen möglich ist, auch nach der Verlagerung aus Hamburg heraus einen großen Teil der bisherigen Beschäftigten im Betrieb zu halten. Die Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein dürfte keinen entscheidenden Anreiz für die Ansiedlung dargestellt haben, zumal alle Bundesländer auf ähnliche Weise versuchen, die Investitionen der Unternehmen zu fördern.

II. Kapitalmäßige Außenwirtschaftsverflechtungen: Direktinvestitionen

1. Das Gesamtbild

Unter Direktinvestitionen werden im allgemeinen Kapitalanlagen von Inländern im Ausland sowie solche von Ausländern im Inland verstanden, die mit einem unmittelbaren Einfluß auf die Geschäftstätigkeit des kapitalnehmenden Unternehmens verbunden sind.¹ Von anderen Formen grenzüberschreitender Kapitalströme unterscheiden sie sich dadurch, daß es sich bei ihnen um dauerhafte Sachkapitalanlagen handelt.² Direktinvestitionen werden in der Bundesrepublik in drei verschiedenen Statistiken erfaßt, die aufgrund erhebungstechnischer Unterschiede nicht miteinander vergleichbar sind. Es sind dies die Zahlungsbilanzstatistik, die Statistik der Transaktionswerte, die gemäß dem Außenwirtschaftsgesetz vom Bundesministerium für Wirtschaft geführt wird, sowie die Bestandwertstatistik der Deutschen Bundesbank.³ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die letztgenannte Statistik, da nur diese Angaben für Schleswig-Holstein enthält.

¹ So z. B. die Definition der Deutschen Bundesbank [b, 1978, S. 31], die weitgehend internationalen Konventionen folgt.

² Formen solcher Direktinvestitionen können sein:

- Gründung oder Erwerb von Unternehmen, Zweigniederlassungen oder Betriebsstätten,
- Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen (Mindestbeteiligung laut Bundesbankstatistik 25 Prozent),
- Ausstattung dieser Unternehmen mit Anlagemitteln und Zuschüssen,
- Gewährung von Darlehen an Unternehmen, die dem Darlehensgeber gehören oder an denen er so beteiligt ist, daß er erheblichen Einfluß auf deren Geschäftsführung hat.

³ Vgl. Krist [1985, S. 12]. In keinem Fall werden tatsächliche Investitionen, d. h. Änderungen in der Höhe und Altersstruktur des Bestands an Anlagevermögen, erfaßt. Die Transaktionswertstatistik enthält Kapitaltransfers, die zum Zweck von Investitionen vom Inland ins Ausland oder umgekehrt fließen. Die Höhe der damit - neben Krediten und re-investierten Gewinnen - finanzierten Investitionen kann nur grob geschätzt werden. Die Bestandwertstatistik erfaßt Anteile am Eigenkapital als Direktinvestitionen und gibt darüber hinaus auch Auskunft über die Umsätze und die Beschäftigung von Deutschen kontrollierten Unternehmen im Ausland bzw. von Ausländern kontrollierten Unternehmen im Inland [ibid., S. 12 f.].

Bei einer Beurteilung von Direktinvestitionen eines Landes oder einer Region sind mehrere Aspekte zu beachten.¹ Hohe Direktinvestitionen inländischer Unternehmen im Ausland können darauf hindeuten, daß die inländischen Unternehmen die Fähigkeit besitzen, dort Produktionsstätten oder Vertriebsnetze aufzubauen, um die ausländischen Märkte direkt zu erschließen. Solche Direktinvestitionen lassen sich als absatzorientiert charakterisieren; sie sind für die Arbeitsplätze im Inland nicht negativ zu bewerten.² Anders stellt sich die Situation bei Direktinvestitionen inländischer Unternehmen dar, die erfolgen, weil das Inland keinen günstigen Produktionsstandort mehr darstellt (kostenorientierte Direktinvestitionen). Solche Investitionen bedeuten eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in das Ausland. Die Attraktivität des Inlands als Standort

¹ Die Direktinvestitionsströme einer Volkswirtschaft lassen sich in Beziehung zu ihrem Entwicklungsniveau interpretieren [Dunning, 1981]. Vier Entwicklungsstufen sind dabei zu unterscheiden: Auf der ersten Entwicklungsstufe kommt es weder zu Kapitalexport noch zu Kapitalimport. Kapitalexporte unterbleiben, da inländische Unternehmen nicht über das Wissen verfügen und nicht kapitalkräftig genug sind, um im Ausland erfolgreich Produktionen aufzubauen oder dort den Markt zu erschließen. Kapitalimporte finden nicht statt, weil das Inland ausländischen Investoren keine hinreichenden Standortvorteile bietet. Auf der zweiten Stufe fließen ausländische Direktinvestitionen in das Land. Aus der Sicht des Investors lohnen sie sich, weil relativ preiswerte inländische Arbeitskräfte für die Produktion eingesetzt werden können. Durch günstige Rahmenbedingungen für ausländische Investoren lassen sich auf diese Weise Importe durch inländische Produktion substituieren. Da inländische Unternehmen noch nicht über das Potential verfügen, im Ausland Fuß zu fassen, kommt es zum Nettokapitalimport. Auf der dritten Stufe sinkt der Nettokapitalimport allmählich. Dies kann darauf zurückzuführen sein, daß die Standortvorteile, die das Inland ausländischen Investoren bietet, abnehmen. Dies kann aber auch darauf beruhen, daß inländische Unternehmen international immer wettbewerbsfähiger werden, so daß sie zunehmend selbst im Ausland Fuß fassen. Die vierte Stufe schließlich ist durch einen Nettokapitalexport gekennzeichnet. Diese Entwicklung spiegelt einerseits in zunehmenden Maße die Fähigkeit der inländischen Unternehmen wieder, spezifisches Wissen produktionswirksam im Ausland zu nutzen oder eigene Vertriebsnetze aufzubauen. Andererseits kommt darin zum Ausdruck, daß die Investitionsbedingungen im Inland im Vergleich zum Ausland von in- und ausländischen Investoren zunehmend ungünstig eingeschätzt werden, sei es wegen hoher Faktorkosten oder einer hohen Besteuerung im Verhältnis zum Angebot an öffentlichen Gütern.

² Durch komplementäre Investitionen im Bereich Handel, Kreditinstitute, Versicherungen können sogar neue Arbeitsplätze in den heimischen Exportindustrien geschaffen werden [Klodt, Schmidt et al., 1989, S. 80].

ist insbesondere dann in Frage gestellt, wenn es ausländische Unternehmen bei zunehmenden Direktinvestitionen inländischer Unternehmen im Ausland unterlassen, ihre Investitionen im Inland auszuweiten. Dies gilt vor allem dann, wenn die ausländischen Direktinvestitionen in Ländern oder Regionen mit vergleichbarem Entwicklungsniveau kräftig steigen.

Wie die Entwicklung der Direktinvestitionen in bezug auf Schleswig-Holstein zeigt, überwog in den achtziger Jahren der Kapitalimport gegenüber dem Kapitalexport (Tabelle 99). Demgegenüber sind die Direktinvestitionen aus der Bundesrepublik im Ausland in den achtziger Jahren stets höher gewesen als die Direktinvestitionen von Ausländern im Inland. Die Tatsache, daß in Schleswig-Holstein die Kapitalimporte und in der Bundesrepublik die Kapitalexporte überwiegen, könnte damit erklärt werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein einen Rückstand gegenüber der Bundesrepublik insgesamt aufweist.¹ Wie die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Direktinvestitionen im Ausland zeigt, waren die Unternehmen des Landes in den achtziger Jahren aber zunehmend bestrebt, Vertriebs- oder Produktionsstätten im Ausland zu errichten. Diese Entwicklung vollzog sich in ähnlichem Tempo wie im Durchschnitt aller Bundesländer. Dies weist darauf hin, daß es auch in Schleswig-Holstein Unternehmen gibt, die in der Lage sind, ausländische Märkte zu erschließen.

Was die Attraktivität Schleswig-Holsteins als Standort für ausländische Investoren angeht, so sieht die Entwicklung allerdings weniger günstig aus. Die ausländischen Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein haben im Unterschied zur Entwicklung in anderen Bundesländern kaum zugenommen. Dabei ist zu bedenken, daß die Direktinvestitionen in der Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen EG-Ländern schon sehr verhalten expandiert sind [Heitger, Stehn, 1989; Klodt, Schmidt et al., 1989]. Schleswig-Holstein hat somit - im Vergleich zu anderen Regionen in der Bundesrepublik und insbesondere in der EG - für ausländische Investoren nicht an Attraktivität gewonnen. Sofern Ausländer in den achtziger Jahren in der Bundesrepublik überhaupt ihre Investitionen ausgeweitet haben, dann nur in geringem Ausmaß in Schleswig-Holstein.

¹ Der Unterschied in der Bilanz der Direktinvestitionen zum Bundesgebiet wäre somit plausibel und stimmt mit dem überein, was die Theorie erwarten läßt (vgl. Fußnote 1 auf S. 195).

Tabelle 99 - Zur Entwicklung der Direktinvestitionen (a) Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik 1980-1987

	Direktinvestitionen im Ausland	Ausländische Direkt- investitionen	Saldo
Schleswig-Holstein			
Mill. DM			
1980	352	1336	-984
1981	532	1428	-896
1982	547	1532	-985
1983	652	1616	-964
1984	702	1474	-772
1985	545	1455	-910
1986	644	1517	-873
1987	742	1494	-752
Durchschnittliche jährliche Zunahme	11,2	vH 1,6	.
Bundesrepublik			
Mill. DM			
1980	74353	71758	2595
1981	88429	74739	13690
1982	95400	76359	19041
1983	106573	81106	25467
1984	125875	84791	41084
1985	130512	90885	39627
1986	135791	95637	40154
1987	141985	101741	40244
Durchschnittliche jährliche Zunahme	9,7	vH 5,1	.
(a) Jeweils Bestand am Jahresende.			

Quelle: Deutsche Bundesbank [b]; Angaben der Landeszentralbank Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Wie schleswig-holsteinische Unternehmen Investitionsstandorte im Ausland bzw. ausländische Investoren den Standort Schleswig-Holstein bewerten, soll im folgenden näher untersucht werden, indem die Direktinvestitionen nach Herkunfts- und Zielregionen sowie nach Branchen betrachtet werden.

2. Direktinvestitionen Schleswig-Holsteins im Ausland

Die Regionalstruktur der Auslandsinvestitionen zeigt für Schleswig-Holstein und für die Bundesrepublik eine starke Konzentration auf die westlichen Industrieländer (Tabelle 100). Ende 1987 entfielen fast 99 vH der Investitionen aus Schleswig-Holstein auf diese Länder, wobei der Anteil der europäischen Bestimmungsländer bedeutend über dem Bundesdurchschnitt lag. Innerhalb Westeuropas sind Frankreich, das Vereinigte Königreich, die Niederlande und die Schweiz wichtigste Zielregionen schleswig-holsteinischer Direktinvestitionen. Daneben kommt den Vereinigten Staaten eine überragende Bedeutung als Bestimmungsland außerhalb Europas zu; das Gewicht dieses Landes hat sich seit 1980 verdoppelt. Im Vergleich zur Bundesrepublik fällt auf, daß schleswig-holsteinische Unternehmen relativ stärker in der Schweiz und in Schweden mit Direktinvestitionen vertreten sind.

Sowohl Schleswig-Holstein als auch die Bundesrepublik konzentrieren ihre Direktinvestitionen auf diejenigen Länder, in die sie traditionell zum großen Teil exportieren. Dies deutet darauf hin, daß den Direktinvestitionen der inländischen Unternehmen vermutlich eher eine exportbegleitende und -stützende Funktion zukommt, während Kostenmotive bislang kaum eine Rolle spielen.¹

Aus Schleswig-Holstein haben bisher vor allem Unternehmen der Branchen Maschinenbau, Feinmechanik und Optik sowie Herstellung von EBM-Waren im Ausland investiert (vgl. Tabelle 101). In diesen Branchen gibt es in Schleswig-Holstein offenbar einige leistungsfähige, eigenständige Unternehmen, die über das Wissen und das Kapital verfügen, Produktionsstätten oder Vertriebsnetze im Ausland aufzubauen. Dies gilt hingegen nur in geringem Maße für die Chemische Industrie, die elektrotechnische Industrie und den Straßenfahrzeugbau. Auf Bundesebene bestimmen aber gerade diese Branchen neben dem Maschinenbau und den Kreditinstituten die Entwicklung der Direktinvestitionen im Ausland.

¹ Zu einer ähnlichen Einschätzung bezüglich der deutschen Direktinvestitionen im Ausland gelangen Klodt, Schmidt et al. [1989, S. 69].

Tabelle 100 - Direktinvestitionen Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik im Ausland nach Bestimmungsländern (a) 1980-1987

	1980	1983	1987	Durchschnittliche jährliche Zunahme 1980-87	Anteile	
					1980	1987
	Mill. DM			vH		
Schleswig-Holstein						
Welt insgesamt	352	652	742	11,2	100	100
Westliche Industrieländer	337	642	733	11,7	95,7	98,8
Westeuropa	259	294	512	10,2	73,6	69,0
Belgien	6	6	12	10,4	1,7	1,6
Frankreich	35	31	116	58,2	9,9	15,6
Vereinigtes Königreich	46	58	68	5,7	13,1	9,2
Italien	13	11	7	-8,5	3,7	0,9
Niederlande	27	21	50	9,2	7,7	6,7
Österreich	13	15	21	8,3	3,7	2,8
Schweden	10	24	19	9,6	2,8	2,6
Schweiz	37	57	68	9,1	10,5	9,2
Übersee	78	348	221	16,0	22,2	29,8
Kanada	7	20	12	8,0	2,0	1,6
Vereinigte Staaten	44	287	184	22,7	12,5	24,8
Übrige Länder(b)	15	10	9	-7,0	4,3	1,2
Bundesrepublik						
Welt insgesamt	74353	106573	141985	9,7	100	100
Westliche Industrieländer	61542	89121	124705	10,6	82,7	87,8
Westeuropa	40264	49612	74357	9,2	54,2	52,4
Belgien	2933	3786	6013	10,8	3,9	4,2
Frankreich	8253	8376	12067	5,6	11,1	8,5
Vereinigtes Königreich	3063	4540	7831	14,4	4,1	5,5
Italien	2002	2928	5258	14,8	2,7	3,7
Niederlande	4711	5764	10114	11,5	6,3	7,1
Österreich	2669	3273	4951	9,2	3,6	3,5
Schweden	433	495	625	5,4	0,6	0,4
Schweiz	6628	8593	10552	6,9	8,9	7,4
Übersee	21278	39509	50348	13,1	28,6	35,5
Kanada	2781	4802	4425	6,9	3,7	3,1
Vereinigte Staaten	15541	29450	40014	14,5	20,9	28,2
Übrige Länder(b)	12811	17452	17280	4,4	17,2	12,2
(a) Jeweils Bestand am Jahresende. - (b) Entwicklungsländer, Staatshandelsländer, OPEC-Länder, regional nicht weiter aufteilbar.						

Quelle: Wie Tabelle 99.

Tabelle 101 - Direktinvestitionen Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik im Ausland nach Branchen (a) 1980-1987

	Schleswig-Holstein						Bundesrepublik							
	1980		1987		durchschnittliche jährliche Zunahme 1980-87	Anteile		1980		1987		durchschnittliche jährliche Zunahme 1980-87	Anteile	
	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH		1980	1987	Mill. DM	vH	1980	1987			
	1980	1987			1980	1987	1980	1987	1980	1987	1980	1987	1980	1987
Insgesamt	352	742	11,2	100	100	74353	141985	9,7	100	100				
Bergbau	-	-	-	-	-	3153	3656	2,1	4,2	2,6				
Verarbeitendes Gewerbe	192	384	10,4	54,4	51,8	43403	84672	10,0	58,4	59,6				
darunter:														
Chemische Industrie	13	11	-2,4	3,7	1,5	12751	29604	12,8	17,1	20,9				
Mineralölverarbeitung	-	-	-	-	-	695	988	5,2	0,9	0,7				
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	x	-	x	x	-	519	669	3,7	0,7	0,5				
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	x	37	x	x	5,0	969	1026	0,6	1,3	0,7				
Eisen- und Stahlzeugbau	x	-	x	x	-	2351	1741	-4,2	3,2	1,2				
Maschinenbau	82	214	14,7	23,3	28,0	5207	8183	6,7	7,0	5,6				
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	x	x	x	x	x	1007	1745	8,2	1,4	1,2				
Straßenfahrzeugbau	-	-	-	-	-	8250	19597	13,2	11,1	13,8				
Elektrotechnik	x	x	x	x	x	8766	18360	9,3	11,8	11,5				
Feinmechanik und Optik, Herstellung von ERM-Waren(b)	56	103	9,1	15,9	13,9	549	973	8,5	0,7	0,7				
Ernährungsgewerbe	5	x	x	1,4	-	657	788	2,6	0,9	0,6				
Bezugsgewerbe	-	-	-	-	-	703	1430	10,8	0,9	1,0				
Handel	37	50	4,4	10,5	6,7	3167	3243	4,0	4,3	3,7				
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-	9	-	-	1,2	1015	1387	4,6	1,4	1,0				
Kreditinstitute	x	x	x	x	x	8783	22606	14,5	11,8	15,9				
Beteiligungsgesellschaft und sonstige Vermögensverwaltung	17	119	32,0	4,8	16,0	8854	14895	7,7	11,9	10,5				
Sonstige Dienstleistungen(c)	1	50	74,9	0,3	6,7	482	927	10,0	0,6	0,7				
Sonstige Unternehmen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x				
Private	51	53	0,6	14,5	7,1	3450	5972	8,2	4,6	4,2				

(a) Jeweils Bestand am Jahresende. - (b) Einschließlich Herstellung von ERM-Waren, Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. - (c) Einschließlich Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. - x aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht bekanntgegeben bzw. nicht berechenbar.

Quelle: Wie Tabelle 99.

3. Ausländische Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein

Der überwiegende Teil aller ausländischen Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet stammt aus den westlichen Industrieländern (Tabelle 102). Als Herkunftsländer hatten bisher die Vereinigten Staaten (22,4 vH), Schweden (14,5 vH), das Vereinigte Königreich (14,3 vH) und Japan (13,7 vH) die größte Bedeutung. Was die ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik betrifft, gilt z.T. eine andere Reihenfolge: Vereinigte Staaten (35,1 vH), die Schweiz (14,9 vH), die Niederlande (12,7 vH) und das Vereinigte Königreich (9,9 vH). Schleswig-Holstein scheint also - relativ gesehen - besondere Attraktivität auf japanische und schwedische Firmen auszuüben. Betrachtet man die Entwicklung seit 1980, so haben allerdings nur die Direktinvestitionen

Tabelle 102 - Ausländische Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nach Herkunftsländern (a) 1980-1987

	1980	1983	1987	Durchschnittliche jährliche Zunahme 1980-87	Anteile	
	Mill. DM				vH	
					1980	1987
Schleswig-Holstein						
Insgesamt	1336	1616	1494	1,6	100	100
Westliche Industrieländer	1098	1352	1470	4,3	82,2	98,4
Westeuropa	582	747	888	6,2	43,6	59,4
Frankreich	6	11	12	10,4	0,4	0,8
Vereinigtes Königreich	86	181	214	13,9	6,4	14,3
Niederlande	14	12	22	6,7	1,0	1,5
Schweden	159	219	217	4,5	11,9	14,5
Schweiz	66	46	62	-0,8	4,9	4,1
Übersee	516	605	582	1,7	38,6	39,0
Japan	70	135	205	16,6	5,2	13,7
Kanada	61	74	21	-14,1	4,6	1,4
Vereinigte Staaten	365	349	334	-1,3	27,3	22,4
Übrige Länder	238	264	24	-27,9	17,8	1,6
Bundesrepublik						
Insgesamt	71758	81108	101741	5,1	100	100
Westliche Industrieländer	68116	77383	97535	5,3	94,9	95,9
Westeuropa	34296	37149	51627	6,0	47,8	50,7
Frankreich	4508	5384	6129	4,5	6,3	6,0
Vereinigtes Königreich	5964	6884	10042	7,7	8,3	9,9
Niederlande	8489	8128	12955	6,2	11,8	12,7
Schweden	1479	1756	2349	6,8	2,1	2,3
Schweiz	10004	11602	15127	6,1	13,9	14,9
Übersee	33820	40234	45908	4,5	47,1	45,1
Japan	2359	3492	6420	15,4	3,3	6,3
Kanada	533	702	916	8,0	0,7	0,9
Vereinigte Staaten	29498	34042	35748	2,8	41,1	35,1
Übrige Länder	3642	3723	4206	2,1	5,1	4,1

(a) Jeweils Bestand am Jahresende.

Quelle: Wie Tabelle 99.

Tabelle 103 - Ausländische Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nach Branchen (a) 1980-1987

	Schleswig-Holstein					Bundesrepublik				
	1980 1987		durchschnittliche jährliche Zunahme 1980-87	Anteile		1980 1987		durchschnittliche jährliche Zunahme 1980-87	Anteile	
				1980	1987				1980	1987
	Mill. DM		vH		Mill. DM		vH			
Insgesamt	1356 1494	1,6	100	100	71758	101744	5,1	100	100	
Bergbau	- x	-	-	x	337	154	-10,6	0,5	0,2	
Verarbeitendes Gewerbe	1059 935	-1,8	79,3	62,6	42606	48431	1,8	59,4	47,6	
darunter:	446 364	-2,9	33,4	24,4	6933	9453	4,5	9,7	9,3	
Chemische Industrie	-	-	-	-	8514	7167	-2,4	11,9	7,0	
Mineralverarbeitung	90 57	-6,3	6,7	3,8	2052	2159	0,7	2,8	2,1	
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	x 26	x	x	1,7	725	831	2,0	1,0	0,8	
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	31 x	x	2,3	x	3159	4642	-16,6	3,2	0,6	
Eisen- und Stahlerzeugung	155 256	7,4	11,6	17,1	3197	3227	0,1	4,5	3,2	
Maschinenbau	-	-	-	-	3252	5492	7,8	4,5	5,4	
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	x x	x	x	x	2264	630	-16,6	4,4	4,4	
Streifenfahrzeugbau	124 98	-3,4	9,3	6,6	3767	5953	6,8	5,2	5,9	
Elektrotechnik	65 49	-4,0	4,9	3,3	1915	2347	2,9	2,7	2,3	
Feinmechanik und Optik, Herstellung von ERM-Waren(b)	61 15	-18,2	4,6	1,0	2633	2661	0,2	3,7	2,6	
Ernährungsgewerbe	4 7	0,3	0,3	0,5	205	285	3,7	0,3	0,3	
Baugewerbe	224 384	8,0	18,3	25,7	11038	17218	6,6	15,4	16,9	
Handel	8 10	3,2	0,6	0,7	690	1001	5,5	1,0	0,9	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	- x	x	-	x	-	-	-	-	-	
Kreditinstitute	27 109	22,1	2,0	7,3	8400	20955	13,9	11,7	20,6	
Beteiligungsgesellschaft und sonstige Vermögensverwaltung	x 26	-	-	1,7	3343	5323	6,9	4,7	5,2	
Sonstige Dienstleistungen(c)	x 5	x	-	0,2	-	-	-	-	-	
Sonstige Unternehmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Private	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

(a) Jeweils Bestand am Jahresende. - (b) Einschließlich Herstellung von ERM-Waren, Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. - (c) Einschließlich Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstige Grundstückswever. - x aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht bekanntgegeben bzw. nicht berechenbar.

Quelle: Wie Tabelle 99.

stitionen aus Japan, nicht die aus Schweden stärker zugenommen als in der Bundesrepublik.¹

Die ausländischen Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein konzentrierten sich bisher auf die Chemische Industrie, den Maschinenbau und den Handel (Tabelle 103). Sieht man vom Maschinenbau ab, so haben Ausländer ihr Investitionsengagement in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren in allen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes vermindert, während Ausländer in der Bundesrepublik mehr investiert

¹ Im Hinblick auf die viel diskutierte Brückenfunktion Schleswig-Holsteins wäre es wünschenswert, wenn auch die Direktinvestitionen aus den anderen skandinavischen Ländern in Schleswig-Holstein dargestellt werden könnten. Hierzu liegen aus Gründen der Geheimhaltung keine Informationen vor. Daraus läßt sich allerdings schließen, daß diesen Investitionen nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung zukommt.

haben. Dies deutet auf eine tendenziell abnehmende Attraktivität Schleswig-Holsteins als Produktionsstandort hin. Die dagegen vergleichsweise günstige Entwicklung der Direktinvestitionen im Handelsbereich könnte so gedeutet werden, daß Schleswig-Holstein in der Einschätzung von Ausländern eher Standortvorteile für Handels- als für Produktionsbetriebe zu bieten hat.

E. Perspektiven der Wirtschaft Schleswig-Holsteins

In diesem Kapitel sollen die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft Schleswig-Holsteins skizziert werden. Eine solche Vorausschau ist überaus schwierig zu erstellen, vor allem deshalb, weil die künftigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft Schleswig-Holsteins sehr ungewiß sind. Aus diesem Grunde beschränkt sich dieser Teil der Studie auf die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein mit der im übrigen Bundesgebiet Schritt halten kann. Bei der Einschätzung der Entwicklungsperspektiven wird in zwei Schritten vorgegangen:

- Zunächst wird danach gefragt, ob in der jüngeren Vergangenheit durch Strukturanpassung und eine Verbesserung der Standortbedingungen die Grundlagen dafür gelegt wurden, daß die Wirtschaft Schleswig-Holsteins in den kommenden Jahren wieder Anschluß an die Wachstumsdynamik und Beschäftigtenentwicklung im Bundesgebiet finden kann.
- Dann wird untersucht, ob sich die Vollendung des EG-Binnenmarktes auf die Wirtschaft Schleswig-Holsteins anders auswirken könnte als für die Bundesrepublik insgesamt.

I. Gegebene Rahmenbedingungen: Noch nicht bewältigter Strukturwandel und Nachteile bei einigen Standortfaktoren

In den Jahren 1977-1988 belief sich die durchschnittliche Zunahme des realen BIP in Schleswig-Holstein auf nur noch 1,6 vH verglichen mit 2 vH im Bundesgebiet insgesamt. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verlief die Konjunktur in Schleswig-Holstein flacher, und der Konjunktureinbruch zu Beginn der achtziger Jahre war gravierender als im übrigen Bundesgebiet. Am Konjunkturaufschwung nach 1982 konnte Schleswig-Holstein nicht so partizipieren wie das übrige Bundesgebiet. Auch 1989 war - soweit absehbar - das wirtschaftliche Wachstum in Schleswig-Holstein wiederum deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt.¹ Was die Beschäftigung angeht, verlief die Entwicklung in

¹ Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein betrug die Wachstumsrate in Schleswig-Holstein 1989: 1,9 vH

Schleswig-Holstein bis 1983 noch besser als im Bundesgebiet.¹ In der Rezession wurden relativ weniger Arbeitsplätze abgebaut. Allerdings führte der kräftige Konjunkturaufschwung in den folgenden Jahren nur zu einer - gegenüber dem Bundesdurchschnitt - geringeren Beschäftigungszunahme (durchschnittliche jährliche Zunahme der Erwerbstätigen von 1983 bis 1988 in Schleswig-Holstein 0,5 vH, im Bundesgebiet 0,6 vH).

Für die Einschätzung der Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft Schleswig-Holsteins ist von Bedeutung, wie der Strukturwandel in den letzten Jahren vorangekommen ist und ob sich bei den Standortfaktoren eine Tendenz zur Verbesserung abzeichnet. Was den Strukturwandel der letzten Jahre betrifft, so hat die Analyse in Kapitel B ergeben, daß sich die Beschäftigung und die Umsätze einiger Branchen, die im Bundesgebiet zu den Wachstumsbranchen zählen, in Schleswig-Holstein positiver entwickelt haben als im Bundesdurchschnitt (z. B. Maschinenbau, Feinmechanik und Optik, Druckerei und Vervielfältigung), und daß einige Branchen, die unter starken Anpassungsdruck geraten sind, stärker schrumpften (z. B. Schiffbau, Nahrungs- und Genußmittelindustrie). Der Strukturwandel ist also vorangekommen. Andererseits fehlen in Schleswig-Holstein wichtige Branchen, die sich in anderen Bundesländern zu Wachstumsträgern entwickelt haben, weitgehend (Straßenfahrzeugbau), sind unterrepräsentiert (Chemische Industrie) oder expandieren nur unterdurchschnittlich (Elektrotechnik). Bei allen positiven strukturellen Anpassungen ist deshalb fraglich, ob der Strukturwandel in Schleswig-Holstein bislang ausreichend war, um für die Zukunft ein Aufschließen des Landes erwarten zu lassen. Bedeutsam dürfte in diesem Zusammenhang sein, daß es in den vergangenen Jahren zu einer ausgeprägten Investitionsschwäche in einigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes kam. Ein Risiko stellt auch nach wie vor der Schiffbau dar. Zu bedenken ist, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Werften im Handelsschiffbau auch nach dem Kapazitäts- und Beschäftigungsabbau in den letzten Jahren nur

gegenüber 3,4 vH im Bundesgebiet. Dieser große Abstand beruht nach Aussage des Statistischen Landesamtes z. T. auf der Verlagerung einer Betriebsstätte, die für das Verbrauchsteueraufkommen von großer Bedeutung ist, an einen Standort außerhalb von Schleswig-Holstein.

¹ Die Arbeitslosigkeit nahm auch in Schleswig-Holstein allerdings schon 1974/1975 erheblich zu.

durch hohe Subventionen erreicht wird, und dies, obwohl die Nachfrage nach neuen Schiffen weltweit wieder zugenommen hat. Erhebliche Risiken für den Schiffbau resultieren auch aus der vergleichsweise großen Bedeutung von Marineaufträgen für die Werften.

Nachteilig für den auch zukünftig notwendigen strukturellen Wandel in Schleswig-Holstein könnte sich wie schon in der Vergangenheit erweisen, daß der Anteil hochsubventionierter Branchen und regulierter Bereiche in Schleswig-Holstein größer ist als anderswo. Dies mag zwar kurzfristig beschäftigungsstabilisierend wirken, auf längere Sicht jedoch werden Wachstum und Strukturwandel behindert. Hemmnisse des Strukturwandels resultieren daraus, daß alte Strukturen gegen die Marktkräfte abgeschirmt werden. Wirtschaftsbereichen, in denen sich marktbestimmte Wachstumsprozesse vollziehen, fehlen diese Ressourcen, oder sie müssen mit staatlich alimentierten Entlohnungsstandards auf den Faktormärkten konkurrieren. Hinzu kommt, daß der nicht subventionierte Teil der Wirtschaft letztlich die Lasten der Finanzierung tragen muß, sei es über höhere Steuern oder ein geringeres Angebot an öffentlich bereitgestellten Gütern wie z.B. Universitäten oder anderen Infrastruktureinrichtungen. Insbesondere in Phasen, in denen sich ein schneller Strukturwandel vollzieht und sich neue Wachstumsmuster herausbilden, wie es im Konjunkturaufschwung seit 1982 der Fall ist, dürften Subventionen und eine hohe Regulierung wachstumshemmend wirken.

Kennzeichnend für die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein war, daß sich nicht nur einige Branchen, sondern das Verarbeitende Gewerbe insgesamt und viele Dienstleistungsbereiche weniger dynamisch entwickelt haben als im Durchschnitt aller Bundesländer. Das Zurückbleiben Schleswig-Holsteins im Wirtschaftswachstum dürfte nicht nur sektoralen Strukturproblemen zuzuschreiben sein, sondern auch dem Umstand, daß der Standort Schleswig-Holstein generell an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hat. Dies wird auch an der Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein deutlich, die im Gegensatz zu denen in der Bundesrepublik insgesamt und in anderen EG-Ländern kaum zugenommen haben. Als herausragende Standortschwächen haben sich in der Analyse herausgeschält (Kapitel C):

- Schleswig-Holstein hat Defizite bei der großräumigen Verkehrsanbindung, die in letzter Zeit zunehmend spürbarer geworden sind;

- das Land hat einen Rückstand in der Forschungs- und Technologieinfrastruktur, insbesondere im technisch-ingenieurwissenschaftlichen Bereich, sowie in der FuE-Aktivität der Unternehmen der meisten Branchen;
- die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in Schleswig-Holstein ist weniger günstig als in anderen Bundesländern; der Anteil der Beschäftigten mit Hoch-, Fachhoch- oder Fachschulabschluß oder Hochschulreife und Berufsausbildung sowie der Anteil der Beschäftigten im technischen Bereich (Techniker, Physiker, Ingenieure) ist unterdurchschnittlich; in anderen Bundesländern hat die Anzahl der Beschäftigten in diesen Bereichen zudem sehr viel schneller zugenommen.

Eine durchgreifende Verbesserung der Standortqualität Schleswig-Holsteins im Hinblick auf diese Faktoren hat bislang nicht stattgefunden.¹ Deshalb dürfte für die nahe Zukunft noch nicht zu erwarten sein, daß Schleswig-Holstein dauerhaft Anschluß an Wachstums- und Beschäftigungsdynamik im Bundesgebiet gewinnt.

Positiv auf die Attraktivität Schleswig-Holsteins als Standort könnte sich auf längere Sicht auswirken, daß

- die Boden- und Immobilienpreise im Vergleich zu anderen Bundesländern noch niedrig sind;
- das Lohnniveau insgesamt gesehen leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegt;
- die Umwelt in Schleswig-Holstein weniger stark belastet ist als anderswo und der Freizeitwert gegenüber vielen anderen Regionen in der Bundesrepublik höher eingeschätzt wird.

Diese Faktoren, die für den Standort Schleswig-Holstein in Zukunft sprechen, könnten insbesondere dann an Bedeutung gewinnen, wenn in anderen Regionen der Bundesrepublik Arbeitskräfte, Boden und Umwelt zunehmend zu knappen Faktoren werden. Dabei gilt es allerdings, folgendes zu bedenken:

- Die Lohnkosten liegen in Schleswig-Holstein nur wenig unter denen im Bundesgebiet; gegenüber Bayern hat Schleswig-Holstein z. B. immer

¹ Die Landesregierung hat im Februar 1990 beschlossen, eine technische Fakultät an der Universität Kiel einzurichten. Ferner ist entschieden worden, in Itzehoe das Institut für Siliziumtechnologie zu errichten. Diese Entwicklungen sind sehr wichtige Schritte angesichts des bislang bestehenden Rückstands des Landes in der Forschungs- und Technologieinfrastruktur.

noch einen Lohnkostennachteil. Eine stärkere regionale Differenzierung der Lohnentwicklung gemäß den regionalen Knappheiten hat sich in der Vergangenheit kaum vollzogen; unter den gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen ist deshalb auch für die Zukunft nicht zu erwarten, daß hier eine durchgreifende Anpassung erfolgt. Da eine nachhaltige Verbesserung der Attraktivität Schleswig-Holsteins über eine Korrektur bei den Lohnkosten also eher unwahrscheinlich ist, könnte das Land aufgrund einer zunehmenden Knappheit der Arbeitskräfte in anderen Bundesländern nur dann zusätzliches Kapital attrahieren, wenn es über genügend Arbeitskräfte mit überdurchschnittlichem Ausbildungsniveau in technischen und kaufmännischen Berufen oder dispositiven Funktionen verfügt. Gerade in diesem Bereich hat das Land aber bislang Defizite zu verzeichnen.

- Vorteile bei einigen Standortfaktoren können nur dann die Attraktivität eines Standorts steigern, wenn Nachteile bei anderen Standortfaktoren nicht limitierend wirken. Die mangelhafte großräumige Anbindung Schleswig-Holsteins an das übrige Bundesgebiet könnte sich als ein Faktor erweisen, der die übrigen Standortvorteile nicht wirksam werden läßt.

Insgesamt gesehen ist zwar auf längere Sicht nicht unwahrscheinlich, daß zunehmende Knappheit an Arbeit, Umwelt und Boden in anderen Regionen der Bundesrepublik die Attraktivität Schleswig-Holsteins als Standort potentiell steigern wird. Fraglich bleibt aber, ob dies ausreicht, Schleswig-Holstein hinsichtlich Wachstum und Beschäftigungsentwicklung wieder dauerhaft an das Bundesgebiet heranzuführen, ohne daß die Standortbedingungen des Landes entscheidend verbessert werden.

II. Einflüsse der Vollendung des EG-Binnenmarktes auf die wirtschaftliche Entwicklung

Ein wichtiges Datum bei der Einschätzung der Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft Schleswig-Holsteins stellt die geplante Vollendung des EG-Binnenmarktes bis Ende 1992 dar. Das Programm zur Vollendung des EG-Binnenmarktes verändert die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der EG; in vielen Bereichen sind Anpassungen der

Unternehmen an diese Rahmenbedingungen notwendig. Generell wird erwartet, daß es in den neunziger Jahren aufgrund des intensiveren Wettbewerbs zu einem Wachstumsschub und einer Beschäftigungszunahme kommt. Die Frage ist, welche Anpassungserfordernisse sich für Schleswig-Holstein ergeben und ob für das Land ähnliche Wachstums- und Beschäftigungseffekte erwartet werden können wie für andere Regionen.

Schätzungen der EG-Kommission besagen, daß es als Folge der Vollendung des EG-Binnenmarktes in den neunziger Jahren zu einem einmaligen Wachstumsschub in der EG von 4,5 vH des BIP und einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um 1,8 Millionen kommen wird. Für die Bundesrepublik erwartet die Kommission etwas geringere Wachstumseffekte als für die EG insgesamt (einmalige Zunahme des BIP von 4,2 vH; Kommission [a]).¹

Die Schätzungen der Kommission werden teils für zu optimistisch und teils für zu pessimistisch angesehen. So wird darauf hingewiesen, daß die Wachstums- und Beschäftigungseffekte vermutlich zu hoch angesetzt seien, weil die Kosten nicht berücksichtigt wurden, die durch den Ersatz des nationalen Rechts durch harmonisiertes Gemeinschaftsrecht entstehen. Außerdem sei damit zu rechnen, daß sich die neben dem eigentlichen Binnenmarkt absehbaren Integrationsschritte - wie eine gemeinsame Technologiepolitik sowie die Bildung einer Umverteilungsgemeinschaft zwischen armen und reichen Regionen - zumindest in der Bundesrepublik negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirken könnten [Dicke, 1989]. Für zu pessimistisch werden die Schätzungen der Auswirkungen des Binnenmarktes vor allem deshalb gehalten, weil die dynamischen Effekte, die ein stärkerer Wettbewerb in Europa entfalten könnte, nicht adäquat berücksichtigt seien. So sei vernachlässigt worden, daß es zu einem intensiveren Wettbewerb der Standorte kommt und daß Unternehmen ihre Standorte verlagern, um Standortvorteile effizienter zu nutzen [Grimm et al., 1989].

¹ Nach den Schätzungen der Kommission könnten durch flankierende wirtschaftspolitische Maßnahmen (zusätzliche öffentliche Investitionen und Reduzierung direkter Steuern) die Wachstums- und Beschäftigungseffekte größer ausfallen. Sie hält es für möglich, durch solche flankierenden Maßnahmen einen Wachstumsschub von 7,5 vH des BIP und eine Zunahme der Erwerbstätigen von 5,7 Millionen in der EG zu erreichen [Kommission, a].

Tabelle 104 - Erwartete überdurchschnittliche sektorale Binnenmarkteffekte in Regionen Schleswig-Holsteins (a)

Schleswig	Mittelholstein	Dithmarschen	Ostholstein	Hamburger Umland
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Banken, Versicherungen Handel Baugewerbe Fahrzeugbau Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte, Elektrotechnik	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe Baugewerbe Mineralölverarbeitung, Chemische Industrie	Handel Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Handel Nahrungs- und Genußmittelgewerbe Mineralölverarbeitung, Chemische Industrie
(a) Es sind die Branchen aufgeführt, die in den Regionen stärker vertreten sind als im Gesamttraum.				

Quelle: empirica [1989].

Bei der Abschätzung der Effekte des EG-Binnenmarktprogramms in Schleswig-Holstein liegt es zunächst nahe, die erwarteten Effekte für einzelne Sektoren auf das Land entsprechend dem Besatz mit diesen Sektoren zu übertragen. In einer Reihe von Studien, in denen die Auswirkungen des Binnenmarktes für Regionen untersucht wurden, ist so vorgegangen worden [vgl. z.B. Döhrn, 1989; empirica, 1989; Richert und Thiel, 1989]. Regionen mit einem hohen Anteil von Wirtschaftszweigen, für die aufgrund der einzelnen Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes erhebliche Effekte zu erwarten sind, werden danach als Regionen betrachtet, auf die besondere Anpassungserfordernisse zukommen. Mit Hilfe eines solchen Ansatzes kam das Forschungsinstitut empirica zu dem Ergebnis, daß Schleswig-Holstein nur in vergleichsweise geringem Maße von der Errichtung des Binnenmarktes tangiert sein wird. Nur sechs der zwölf untersuchten Branchen seien in einzelnen Regionen des Landes so vertreten, daß überdurchschnittlich große Anpassungen notwendig sind. Dies sei vergleichsweise wenig und hinzu komme, daß im Vergleich zu anderen Bundesländern das Ausmaß der zu erwartenden Beschäftigungswirkungen wesentlich geringer sei [empirica, 1989; vgl. auch Tabelle 104].

In der empirica-Studie wird die Auswahl der Branchen, für die bedeutsame Binnenmarkteffekte unterstellt werden, nicht näher begründet. Einbezogen wurden solche Branchen, für die der Cecchini-Bericht Schätzungen der Binnenmarkteffekte für die EG insgesamt enthält, die Energiewirtschaft sowie einige "regional besonders relevante" Branchen wie der Maschinenbau, der Handel sowie die Eisen- und Stahlindustrie. Ob die Branchen, die im Cecchini-Bericht untersucht wurden, diejenigen sind, für die die größten Binnenmarkteffekte zu erwarten sind, ist jedoch eine offene Frage.

Problematisch ist auch, daß die ausgewählten Branchen nicht tief genug disaggregiert sind, um Anpassungserfordernisse Regionen zuzuordnen zu können. Basierend auf der Studie von Buigues und Ilzkovitz [1988], die eine tiefere sektorale Gliederung enthält, zählt die EG-Kommission im Hinblick auf die Errichtung des Binnenmarktes zumindest z. T. andere Wirtschaftszweige zu den sensibelsten (Kommission, b). Als besonders sensibel werden von ihr solche Branchen angesehen, deren innergemeinschaftliche Verflechtung gering ist und die bislang durch hohe nichttarifäre Handelshemmnisse geschützt wurden. Dazu gehören z. B. die Herstellung medizinischer, chirurgischer und orthopädischer Geräte sowie der Lokomotiv- und Waggonbau. In Schleswig-Holstein haben diese Produktionszweige durchaus Bedeutung. Andererseits werden einige Bereiche des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes, die in Schleswig-Holstein stark vertreten sind, als wenig empfindlich im Hinblick auf die Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes eingestuft, wie z. B. die Viehschlachtung, die Herstellung von Fleisch-, Obst- und Gemüsekonserven, Zucker sowie Futtermitteln. Das Ergebnis der empirica-Studie, Schleswig-Holstein sei insgesamt wenig, im Nahrungs- und Genußmittelsektor aber besonders vom Binnenmarkt betroffen, dürfte somit zu pauschal sein.

Generell sind Ansätze, die die regionalen Effekte des Binnenmarktes mit Hilfe des Branchenbesatzes von Regionen bestimmen wollen, problematisch. Ein großer (oder kleiner) Anteil von sensiblen Branchen im Hinblick auf Maßnahmen des Programms zur Vollendung des Binnenmarktes zeigt für eine Region im Grunde nur auf, daß der Anpassungsbedarf groß (oder klein) sein wird. Wie diese Anpassungserfordernisse in den einzelnen Regionen bewältigt und wie groß damit die regionalen Effekte letztlich sein werden, ist aber eine offene Frage. In der Studie von empirica ist versucht worden, die Aussagefähigkeit des verwendeten

Ansatzes dadurch zu erhöhen, daß Indikatoren zur Wettbewerbsfähigkeit von Regionen berechnet wurden; diese basieren auf Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, zur Außenhandelsverflechtung, FuE-Tätigkeit, Lohn- und Gehaltssituation, Betriebsgrößenstruktur sowie zum industriellen Alter der Regionen. Regionen, denen aufgrund dieser Merkmale eine hohe Wettbewerbsfähigkeit zugesprochen wird, werden als besonders anpassungsfähig eingestuft; sie seien den Herausforderungen des Binnenmarktes gewachsen, selbst dann, wenn sie nach dem Besatz mit Branchen als besonders betroffen eingestuft werden. Umgekehrt wird die Anpassungsfähigkeit von Regionen, die nach diesem Ansatz als wettbewerbsschwach klassifiziert werden, als gering eingeschätzt. Nach dieser Analyse wird in Schleswig-Holstein dem Hamburger Umland eine gute Anpassungsfähigkeit, den überwiegend ländlich geprägten Regionen Schleswig-Holsteins eine durchschnittliche und Mittelholstein mit den Städten Kiel, Rendsburg und Neumünster eine geringe Anpassungsfähigkeit zugeschrieben.¹

Zwar erscheint es durchaus plausibel anzunehmen, daß die Anpassungserfordernisse dort besser bewältigt werden, wo die wirtschaftliche Dynamik bisher stark war und Ausgangsstrukturen vorherrschen, die für absehbare wirtschaftliche Entwicklungen eine positive Grundlage darstellen. Im Grunde genommen besagt das aber nichts anderes, als daß dort, wo sich die Wirtschaft schon bisher gut entwickelte, die Dynamik durch den Binnenmarkt künftig noch stärker sein wird, und daß Regionen, die bislang in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben sind, durch den Binnenmarkt noch weiter zurückfallen werden. Auf diese Weise lassen sich Brüche im regionalen Entwicklungsmuster, die durch den Binnenmarkt induziert werden könnten, jedoch nicht erfassen. So bleibt unberücksichtigt, daß es aufgrund von Reaktionen der Unternehmen und der Wirtschaftspolitik zu Änderungen im regionalen Anpassungsverhalten und Wachstumsmuster kommen kann. Denkbar wäre z.B., daß in einer Region bislang stark regulierte wirtschaftliche Aktivitäten, eine nicht unbedeutende Rolle spielten. Die wirtschaftliche Dynamik dieser Region war in der Vergangenheit gering; durch Liberalisierungs- und

¹ Zu demselben Ergebnis gelangt eine weiterführende Arbeit von Sinz und Steinle [1989], in der mit Hilfe von Clusteranalysen eine Gruppierung von Regionen nach ihrer Wettbewerbsfähigkeit vorgenommen wird.

Deregulierungsmaßnahmen im Zuge des Binnenmarktprogramms können aber in dieser Region Kräfte freigesetzt werden, die auf längere Sicht zu stärkerem wirtschaftlichen Wachstum und Beschäftigungszunahmen führen. Möglich wäre auch, daß Regionen, in denen geringe Anpassungserfordernisse diagnostiziert werden, den Binnenmarkt als Herausforderung auffassen, die Standortbedingungen in Erwartung eines verschärften Wettbewerbs drastisch zu verbessern und so die Voraussetzungen für eine dynamische Entwicklung zu schaffen.

Aussagen über die Entwicklungsperspektiven von Regionen aufgrund der vorhandenen Ausgangsstrukturen sind aus diesem Grunde mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Auch die folgende Einschätzung der Perspektiven Schleswig-Holsteins im Binnenmarkt stehen unter diesem Vorbehalt.

Ein Faktor, der Schleswig-Holstein stärker begünstigen könnte als die Bundesrepublik insgesamt, ist die vorgesehene Deregulierung im Straßengüter- und Luftverkehr; diese wirkt transportkostensenkend. Davon profitieren periphere Regionen stärker als zentrale Regionen in der Bundesrepublik. Die Deregulierung im Verkehrsbereich könnte also tendenziell den Lagenachteil, den Schleswig-Holstein gegenüber anderen Regionen im Bundesgebiet aufzuweisen hat, vermindern. Obwohl die Deregulierung im Verkehrsbereich für Schleswig-Holstein generell von Vorteil sein dürfte, erscheint fraglich, ob die Infrastruktur ausreichend ist, um diese Vorteile wirksam werden zu lassen. Die aufgezeigten Engpässe im Zuge der Straßen- und Schienenverbindungen nach Süden könnten sich hinderlich auswirken, zumal, wenn durch eine verstärkte internationale Arbeitsteilung in Europa der Transitverkehr durch Schleswig-Holstein noch zunehmen wird.

An Faktoren, die Schleswig-Holstein vermutlich nicht so stark begünstigen werden wie das übrige Bundesgebiet, sind zu nennen:

- Schleswig-Holstein ist vergleichsweise gering mit Auslandsmärkten verflochten; dies kommt in der niedrigen Exportquote zum Ausdruck. Beschäftigungs- und Wachstumsgewinne durch den Binnenmarkt werden aber vor allem durch eine verstärkte internationale Arbeitsteilung erwartet. Selbst wenn in Schleswig-Holstein die Exporte ähnlich stark zunehmen wie im übrigen Bundesgebiet, so bedeutet dies aufgrund des geringeren Ausgangsniveaus weniger an zusätzlichen Beschäftigungs- und Einkommenschancen als im übrigen Bundesgebiet. Hinzu kommt,

daß der Anteil der Fertigwaren am Gesamtexport unterdurchschnittlich ist und die Fertigwarenausfuhr bislang noch in zu geringem Maße Investitionsgüter mit hohem Technologiegehalt umfaßt; vor allem deren Absatzchancen werden sich bei einer Intensivierung der Arbeitsteilung in Westeuropa für die Bundesrepublik weiter verbessern.

- Die Regionalstruktur der Exporte Schleswig-Holsteins ist weniger stark als die anderer Bundesländer auf die EG-Mitgliedsländer gerichtet. Für Schleswig-Holstein spielen die Exporte in die skandinavischen EFTA-Länder sowie in die RGW-Länder eine größere Rolle.¹ Da durch die Vollendung des EG-Binnenmarktes vor allem der innergemeinschaftliche Handel beschleunigt zunehmen wird, ist zu vermuten, daß die Exporte auch aus diesem Grund weniger stark wachsen werden als die des übrigen Bundesgebiets. Weil die ökonomischen Verflechtungen innerhalb der EG, verglichen mit den Beziehungen zu Drittländern, an Bedeutung gewinnen, dürfte sich generell die periphere Lage des Landes innerhalb der EG stärker bemerkbar machen.
- Im Zuge der Schaffung des Binnenmarktes ist eine erhebliche Aufstockung der Strukturfonds beschlossen worden, mit denen die EG regionale Entwicklungsziele verfolgt. Die EG-Regionalpolitik wird sich in Zukunft fast ausschließlich auf ländliche, ärmere Regionen im Süden der Gemeinschaft konzentrieren. Gleichzeitig strebt die EG an, die nationale Regionalpolitik stärker zu kontrollieren und ihren eigenen regionalpolitischen Zielvorstellungen zu unterwerfen. Im Zuge eines verschärften Beihilfekontrollverfahrens wird die nationale Regionalpolitik in der Bundesrepublik (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", Zonenrandförderung) aller Voraussicht nach eingeschränkt werden. Zu erwarten ist, daß die Förderkulisse in der Bundesrepublik reduziert werden muß, und daß eine Absenkung der Fördersätze für einzelne Investitionsprojekte erfolgt. Davon wird auch Schleswig-Holstein betroffen sein, weil der weit überwiegende Teil des Landes zur Förderkulisse der nationalen Regionalpolitik gehört.

¹ Im Hinblick auf einen intensiveren Handel mit osteuropäischen Ländern, der angesichts der politischen Umwälzungen in diesen Ländern möglich erscheint, ist diese Spezialisierung Schleswig-Holsteins hingegen günstig einzuschätzen. Sie könnte bedeuten, daß Schleswig-Holstein von einer ökonomischen Öffnung Osteuropas stärker profitiert als der Durchschnitt aller Bundesländer.

Tendenziell werden sich also die Chancen verschlechtern, Unternehmen aufgrund von Regionalsubventionen für eine Ansiedlung in Schleswig-Holstein zu gewinnen.¹

Somit spricht vieles dafür, daß Schleswig-Holstein unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen weniger stark vom Binnenmarkt profitieren dürfte als das übrige Bundesgebiet. Schleswig-Holstein wird in seiner wirtschaftlichen Entwicklung nur dann mit dem übrigen Bundesgebiet mithalten können, wenn die Investitionsbedingungen stärker als anderswo verbessert werden.

¹ Allerdings ist fraglich, ob diesem Aspekt große Bedeutung zukommt. Für Ansiedlungsentscheidungen zugunsten von Schleswig-Holstein waren in der Vergangenheit zumeist andere Faktoren maßgeblich (vgl. Kapitel D). Zudem hätten Investitionen in Schleswig-Holstein, die unbeeinflußt von Subventionen vorgenommen werden, den Vorteil, daß die Gefahr von Fehlallokationen geringer wird (vgl. Abschnitt C. II. 6. b).

F. Zusammenfassung der Ergebnisse

Geringeres wirtschaftliches Wachstum in den achtziger Jahren

Nachdem das wirtschaftliche Wachstum Schleswig-Holsteins bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre - im Zuge des Aufholprozesses des Landes - stärker war als in der Bundesrepublik insgesamt, hat die Wachstumsdynamik in den folgenden Jahren nachgelassen. Die durchschnittliche Zunahme des realen BIP belief sich im Zeitraum 1977-1988 nur noch auf 1,6 vH (1989: 1,9 vH) verglichen mit 2,0 vH im Bundesgebiet insgesamt (1989: 3,4 vH). Das Einkommensgefälle hat sich gegenüber 1970 nicht vermindert: In Schleswig-Holstein unterschritt das reale BIP je Einwohner (1988 rund 23070 DM) den Bundesdurchschnitt um ein Sechstel; etwas geringer ist der Abstand, wenn man die von schleswig-holsteinischen Pendlern in Hamburg erzielten Einkommen mitberücksichtigt. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner war dagegen kaum geringer als das im Durchschnitt aller Bundesländer, weil Schleswig-Holstein in erheblichem Umfang von Transferzahlungen profitierte. Die in den achtziger Jahren zu verzeichnende unterdurchschnittliche Zunahme der wirtschaftlichen Aktivitäten führte dazu, daß die Beschäftigung weniger kräftig als in anderen Bundesländern stieg, die seit 1982 hohe Arbeitslosigkeit wurde in den vergangenen Jahren nur unwesentlich abgebaut.

Im Anpassungsprozeß zurückgeblieben

Das Zurückbleiben Schleswig-Holsteins im wirtschaftlichen Wachstum resultierte sowohl aus einer mangelnden Anpassung der Wirtschaftsstruktur an veränderte Marktbedingungen als auch aus einer Reihe von Standortnachteilen, die ab Ende der siebziger Jahre zunehmend spürbar wurden.

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre wies Schleswig-Holstein noch eine Wirtschaftsstruktur auf, die für das wirtschaftliche Wachstum recht günstig war. Das Land befand sich in einem industriellen Aufholprozeß, der sich in einer dynamischen Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes manifestierte. Auch andere Sektoren expandierten schneller als

im Bundesdurchschnitt: das Baugewerbe, der Handel, der Verkehr und die Nachrichtenübermittlung sowie die Sonstigen Dienstleistungen.

Dies änderte sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, als infolge des forcierten weltwirtschaftlichen Strukturwandels einige in Schleswig-Holstein stark vertretene Wirtschaftszweige unter starken Wettbewerbs- und Anpassungsdruck gerieten (Landwirtschaft, Schiffbau, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, Baugewerbe). Hinzu kam, daß sich in der Bundesrepublik bei generell steigender Arbeitslosigkeit und angesichts der Beschäftigungsabnahme im Verarbeitenden Gewerbe die Anreize verminderten, industrielle Fertigungsstätten in überwiegend ländlichen Regionen mit Arbeitskraftreserven anzusiedeln oder zu erweitern.

Den Erfordernissen eines beschleunigten Strukturwandels wurde in Schleswig-Holstein in einigen Sektoren der Wirtschaft nicht Rechnung getragen. Im Schiffbau behinderten hohe Subventionen die Anpassung der Produktionskapazitäten; ähnliches gilt für den Agrarsektor. Dadurch konnte der Anpassungsdruck zwar kurzfristig abgemildert werden, die strukturellen Schwächen blieben aber bestehen. In anderen Bundesländern wie in Bayern und Baden-Württemberg wurden dagegen die Wirtschaftsstrukturen in den Jahren 1977-1983 insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe recht zügig den veränderten Absatz- und Wettbewerbsbedingungen angepaßt.

Strukturelle Schwächen noch nicht überwunden

Aufgrund der bestehenden Strukturprobleme war die Ausgangslage für den 1983 beginnenden Wirtschaftsaufschwung in Schleswig-Holstein weniger günstig als in anderen Bundesländern. Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe blieb deshalb seit 1983 in der Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung zurück. Auch das Baugewerbe, der Verkehr und die Nachrichtenübermittlung sowie die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe expandierten deutlich weniger als im Durchschnitt der Bundesländer. Der sich nunmehr in Schleswig-Holstein beschleunigt vollziehende Strukturwandel entsprach zwar dem Entwicklungsmuster, das im Bundesgebiet zu beobachten war. Einige Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, die im Bundesgebiet überdurchschnittlich wuchsen, entwickelten sich in Schleswig-Holstein sogar noch dynamischer (Maschinenbau,

Feinmechanik und Optik, Chemische Industrie). Dies reichte jedoch nicht aus, um die hohen Beschäftigungsverluste im Schiffbau und das geringe Wachstum in einer Reihe anderer Branchen zu kompensieren. Nachdem die Investitionen in den siebziger Jahren stärker als im Bundesgebiet ausgeweitet worden waren, blieb die Investitionsentwicklung in den achtziger Jahren hinter der in anderen Bundesländern zurück. Einige Branchen, die in Schleswig-Holstein weniger kräftig expandierten als in anderen Bundesländern, wiesen in den letzten Jahren auffällig niedrige Investitionsquoten auf (unter anderem die Elektrotechnik und der Straßenfahrzeugbau). Eine Ursache dafür, daß das Land im Strukturwandel nicht so schnell wie andere Bundesländer vorangekommen ist, dürfte darin liegen, daß der Anteil hochregulierter und hochsubventionierter Wirtschaftsbereiche größer ist als anderswo. Dies hat die Wettbewerbsposition expandierender Wirtschaftszweige und Unternehmen beeinträchtigt.

Noch deutlicher wird das Zurückbleiben Schleswig-Holsteins im strukturellen Wandel seit Ende der siebziger Jahre, wenn man die Entwicklung der Beschäftigten in den einzelnen Tätigkeitsbereichen analysiert. Die Beschäftigungsabnahme ist im Bereich der Fertigung deutlich ausgeprägter gewesen als im Bundesgebiet. Für besonders hochqualifizierte Personen im technischen Bereich (Ingenieure, Physiker und Techniker) sind in Schleswig-Holstein in den achtziger Jahren deutlich weniger Arbeitsplätze geschaffen worden als in anderen Bundesländern. Statt dessen kam es in Schleswig-Holstein zu einem weitaus stärkeren Beschäftigungsanstieg bei den sozialen Diensten (vor allem im Bildungs- und Erziehungswesen).

Die ungenügende Anpassung der schleswig-holsteinischen Produktionsstrukturen an die Erfordernisse der internationalen Märkte zeigt sich auch an der Exportentwicklung. Obwohl die Warenausfuhr Schleswig-Holsteins in den vergangenen beiden Jahrzehnten zeitweilig eine größere Dynamik als die anderer Bundesländer aufwies und wesentlich zum wirtschaftlichen Wachstum des Landes beitrug, blieb die Exportquote des Landes im Jahre 1988 mit rund 16 vH immer noch um über 10 Prozentpunkte hinter der der Bundesrepublik zurück (bei Produkten des Produzierenden Gewerbes um 6,4 Prozentpunkte).

Im gewerblichen Bereich entsprach die Angebotspalette, insbesondere an industriellen Fertigwaren mit hohem Technologiegehalt, nicht genügend den Nachfragetrends auf den internationalen Märkten. Die An-

passung an die Veränderungen der Absatzbedingungen, die aus dem weltwirtschaftlichen Strukturwandel resultierten, vollzog sich nicht schnell genug. Bei einer im Vergleich zu anderen Bundesländern schmalen industriellen Basis haben in Schleswig-Holstein zu wenige Unternehmen mit hohem Exportpotential und einer Spezialisierung auf die im Ausland vorrangig nachgefragten Erzeugnisse ihren Standort. Es gibt im Lande zwar eine Reihe überdurchschnittlich großer, sehr exportorientierter und international wettbewerbsfähiger Unternehmen mit beachtlichen Weltmarktanteilen, so unter anderem im Maschinenbau, in der Feinmechanik und Optik und im Druckgewerbe. Dem steht jedoch ein (im Vergleich zum Bundesdurchschnitt) überdurchschnittlich großer Anteil mittelständischer Unternehmen gegenüber, die z.T. nicht über leistungsfähige Exportabteilungen oder Verkaufsniederlassungen im Ausland verfügen und denen es nur z.T. möglich ist, Kooperationen mit ausländischen Unternehmen zur Absatzförderung einzugehen.

Ausgeprägte regionale Unterschiede

Was die wirtschaftliche Entwicklung in einzelnen Regionen des Landes betrifft, so lassen sich drei Gebiete mit unterschiedlichen Strukturmerkmalen unterscheiden:

- Die Kreise des **Hamburger Umlands**, insbesondere Stormarn und Segeberg, haben sich seit 1970 bis heute sehr dynamisch entwickelt. Dies gilt insbesondere seit dem Wirtschaftsaufschwung nach 1982. Die Beschäftigung im Industriebereich entwickelte sich günstig, und es gab kräftige Zuwächse der Beschäftigtenzahl bei hochwertigen Dienstleistungen im technischen und kaufmännischen Bereich. Das Hamburger Umland ist eine Wachstumsregion auch im Vergleich zu anderen Regionen in der Bundesrepublik.
- In den **kreisfreien Städten**, insbesondere in Lübeck und Kiel, verlief dagegen die wirtschaftliche Entwicklung über den gesamten Zeitraum gesehen recht ungünstig, das Wachstum blieb zumeist schwach, und die Beschäftigung nahm stärker ab oder geringer zu als im Landesdurchschnitt. Besonders auffällig ist der starke Rückgang der Industriebeschäftigten in Lübeck und Kiel und nur eine unterdurchschnittliche Zunahme der Beschäftigung bei hochwertigen Dienstleistungen im

technischen und kaufmännischen Bereich (dies betrifft alle kreisfreien Städte). Die Städte Flensburg, Lübeck und Kiel sind Standorte einer "alten" Industrie (Schiffbau); die sektoralen Anpassungsprobleme waren hier besonders spürbar.

- Die übrigen Landkreise haben sich hinsichtlich Wachstum und Beschäftigung recht unterschiedlich entwickelt, wenngleich zumeist günstiger als die kreisfreien Städte. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre waren diese Kreise z. T. Nutznießer räumlicher Dekonzentrationsprozesse in der Industrie. Zwar blieben die Landkreise in den achtziger Jahren im Wachstum zurück, die Beschäftigung entwickelte sich doch zumeist recht günstig, insbesondere im Vergleich zu Kiel und Lübeck.

Die wirtschaftliche Entwicklung von Schleswig-Holstein ist innerhalb des Landes somit recht unterschiedlich verlaufen. Der Rückstand des Landes gegenüber dem Bundesgebiet im Wirtschaftswachstum ist nicht auf das Hamburger Umland, sondern auf die vergleichsweise ungünstige Entwicklung in den weiter von Hamburg entfernten Gebieten und hier in erster Linie auf die mangelnde Dynamik in den kreisfreien Städten an der Ostseeküste zurückzuführen.

Zunehmend Standortnachteile in den achtziger Jahren

In den achtziger Jahren hat sich die Randlage Schleswig-Holsteins zu wichtigen Absatz- und Bezugsmärkten in der Bundesrepublik und in Westeuropa verstärkt, als sich das Zentrum der wirtschaftlichen Aktivität in Europa zunehmend nach Süden verlagerte, unter anderem infolge der Süderweiterung der EG. Dies hätte die Investitionsbedingungen in Schleswig-Holstein nicht beeinträchtigen müssen, wenn die Lagenachteile durch andere Standortfaktoren kompensiert worden wären.

Bei einigen Standortfaktoren hat Schleswig-Holstein durchaus Vorteile aufzuweisen. Dazu zählen niedrige **Boden- und Immobilienpreise**, die in den achtziger Jahren sogar noch stärker den Bundesdurchschnitt unterschritten als in den siebziger Jahren. Auch die Belastung der Unternehmen mit **Grund- und Gewerbesteuern** ist insbesondere in den Landkreisen auf ein Niveau zurückgegangen, das etwa 10 vH unter dem Durchschnitt aller Bundesländer liegt. Anfang der siebziger Jahre hatten

die Landkreise Schleswig-Holsteins noch durchschnittliche Hebesätze aufzuweisen.

Bei anderen wichtigen Standortfaktoren zeigen sich dagegen seit Beginn der achtziger Jahre Entwicklungen zum Nachteil Schleswig-Holsteins. Bei der **Verkehrsanbindung** hat Schleswig-Holstein in den siebziger Jahren unter anderem vom Ausbau der Autobahnverbindungen und vom (relativ zur Bevölkerungsdichte) engmaschigen übrigen Straßennetz innerhalb des Landes profitiert. Seit Beginn der achtziger Jahre haben sich aber zunehmend Anbindungsmängel sowie Kapazitätsengpässe in den Straßen- und Schienenverbindungen des Landes mit den wichtigsten Absatz- und Bezugsmärkten im Inland sowie im Ausland bemerkbar gemacht (Elbtunnel, Eisenbahnlinien durch Hamburg, Vogelfluglinie). Dies ist auch ein Nachteil für den Verkehr über die Ostseehäfen, die für sich genommen ein Aktivposten in der Infrastrukturausstattung Schleswig-Holsteins sind. Das Verkehrsangebot der DB hat in Schleswig-Holstein nicht mit den Verbesserungen in zentraler gelegenen Regionen mithalten. Die fehlende Elektrifizierung der Eisenbahn verstärkt diesen Nachteil.

Die Engpässe und Verzögerungen sind gerade für das Verarbeitende Gewerbe von Nachteil, in dem in den achtziger Jahren aufgrund abnehmender Fertigungstiefe und intensiverer zwischenbetrieblicher Arbeitsteilung die "just-in-time"-Logistik stark an Bedeutung gewonnen hat. Der Geschäftsreiseverkehr insgesamt ist beeinträchtigt worden, weil zu wenig hochwertige Verbindungen im Bahn- und Luftverkehr angeboten werden. Hinzu kommt, daß der an sich nahe gelegene Flughafen Fuhlsbüttel schlecht erreichbar ist. Die Anbindungsmängel des Landes werden außerdem durch die bislang strenge Regulierung des Verkehrswesens verstärkt. Reisen und Transporte von und nach Schleswig-Holstein sind durch die Art der Tarifgestaltung und den unzureichenden Wettbewerb diskriminiert. Insgesamt gesehen wurde die Randlage des Landes zu den wirtschaftlichen Zentren in den achtziger Jahren wieder zunehmend spürbar. Diese Bewertung wird auch dadurch wenig gemildert, daß bei der **Kommunikationsinfrastruktur** keine Defizite im Ausbauzustand gegenüber anderen Bundesländern erkennbar sind.

In der **Forschungs- und Technologieinfrastruktur** sowie in der **FuE-Intensität** der Unternehmen hat Schleswig-Holstein mindestens seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre Defizite aufzuweisen. Im Bereich der

Infrastruktur fällt vor allem der Rückstand bei der Anzahl und der Ausstattung universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen sowie bei der Anzahl der Forscher in ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen auf. Hinsichtlich der Forschungsintensität der Unternehmen hat sich offenbar eine duale Struktur herausgebildet: Wenigen forschungsintensiven und hochinnovativen Unternehmen steht eine Mehrheit wenig forschungsintensiver Unternehmen gegenüber. Auch an dem Ausbildungsstand der Beschäftigten zeigt sich, daß es vergleichsweise wenig Arbeitsplätze für Hochqualifizierte gibt. Zwar hatte Schleswig-Holstein stets einen vergleichsweise hohen Anteil an Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung aufzuweisen, der sogar höher als etwa in Baden-Württemberg war. Dem steht aber ein niedriger Anteil an Beschäftigten mit Hochschul-, Fachhochschul- oder Fachschulabschluß bzw. Hochschulreife und Berufsausbildung gegenüber, welcher in den achtziger Jahren um mehr als ein Viertel unter dem Bundesdurchschnitt lag.

Zugleich war der Anteil der Beschäftigten mit wachstumsrelevanten und dispositiven Funktionen niedriger als in anderen Bundesländern; der durchschnittliche Ausbildungsstand dieser Arbeitnehmer war geringer als im Durchschnitt der übrigen Bundesländer. Da Forschung, Entwicklung, Innovationen und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten in den achtziger Jahren für das wirtschaftliche Wachstum zunehmend wichtiger geworden sind, haben die im Lande vorhandenen Mängel deutlich an Relevanz gewonnen.

Die **Tariflöhne** - als unabdingbare Mindestlöhne - haben sich im Laufe der siebziger Jahre zwischen den Bundesländern nahezu vollständig nivelliert und in den achtziger Jahren nicht wieder entzerrt. Die **Effektivlöhne** in Industrie und Handel lagen in Schleswig-Holstein zwar stets etwas unter denen in anderen Bundesländern. Ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hat sich der Abstand aber verringert und erst in den letzten Jahren wieder etwas erweitert. Gleichwohl sind in vielen Industriezweigen auch heute noch die Löhne in Schleswig-Holstein höher als etwa in Bayern. Als die Arbeitslosigkeit ab Mitte der siebziger Jahre strukturell bedingt im ganzen Bundesgebiet stieg, wäre Schleswig-Holstein unter den gegebenen Rahmenbedingungen für Investoren nur dann attraktiv gewesen, wenn die Arbeitskosten hier weniger stark gestiegen wären als in anderen Regionen. Die **Strompreise** haben seit den späten

siebziger Jahren stets über dem Bundesdurchschnitt gelegen und sich diesem erst in den letzten Jahren angenähert.

Damit zeigten sich in Schleswig-Holstein in den achtziger Jahren verstärkt Standortnachteile, die die Investitionsanreize im Lande beeinträchtigten. Die zunehmend spürbar werdenden Mängel in der Verkehrsanbindung haben die interregionale Arbeitsteilung vor allem im Verarbeitenden Gewerbe behindert. Die Defizite bei der Forschungs- und Technologieinfrastruktur bedeuteten für das Land eine schlechte Ausgangsposition beim Aufbau eines modernen humankapitalintensiven Industrie- und Dienstleistungssektors. Die Arbeitskosten waren schließlich nicht niedrig genug, um angesichts der Lagenachteile des Landes hinreichend Kapital zur Bewältigung des Strukturwandels nach Schleswig-Holstein zu ziehen. Offenbar konnten die vorhandenen Vorteile (niedrige Bodenpreise und niedrige Gewerbesteuerhebesätze) diese Nachteile nicht kompensieren. Zu diesem Schluß gibt auch das Muster der Unternehmensansiedlungen und Direktinvestitionen Anlaß.

Unternehmensansiedlungen regional konzentriert

Die Entwicklung der Unternehmensansiedlungen in Schleswig-Holstein in den achtziger Jahren zeigt nur für einzelne Regionen des Landes eine hohe Standortattraktivität. Kennzeichnend war, daß in den Jahren 1980-1988: 82 vH der angesiedelten Betriebe aus Hamburg stammten und 86 vH der Ansiedlungen im Hamburger Umland erfolgten. Die Betriebe kamen nach Schleswig-Holstein, weil sie geeignete Ansiedlungsflächen fanden und weil die Behörden im Urteil der Unternehmen wirtschaftsfreundlich eingestellt waren. In anderen Regionen des Landes haben sich nur vergleichsweise wenige Unternehmen angesiedelt. Dies deutet darauf hin, daß in den achtziger Jahren in der Küstenlage mit einer guten Hafeninfrastruktur und insbesondere in der Nähe zu den skandinavischen Märkten kein entscheidender Standortvorteil Schleswig-Holsteins gesehen wurde. Darüber hinaus war Schleswig-Holstein außer im Hamburger Umland auch deshalb wenig attraktiv für Ansiedlungen, weil aus der Sicht der Unternehmen zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte insbesondere für den technischen Bereich verfügbar waren.

Nur geringe Zunahmen bei den Direktinvestitionen

Beurteilt man den Standort Schleswig-Holstein anhand der ausländischen Direktinvestitionen sowie der Direktinvestitionen schleswig-holsteinischer Unternehmen im Ausland, die bisher geringer waren als die Kapitalimporte, so bietet sich ein duales Bild. Zwar haben einige Unternehmen aus Schleswig-Holstein - insbesondere aus dem Bereich des Maschinenbaus -, in den achtziger Jahren Produktionsstätten oder Vertriebsnetze im Ausland errichtet oder erweitert; dies deutet auf eine hohe Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen hin. Andererseits nahmen aber in den achtziger Jahren die Kapitalimporte Schleswig-Holsteins anders als die des Bundesgebiets kaum zu; aus der Sicht ausländischer Investoren hat sich die Attraktivität des Landes offensichtlich nicht verbessert. Im Vergleich zu anderen Bundesländern und insbesondere zu anderen EG-Ländern, in denen die Direktinvestitionen zum Teil kräftig ausgeweitet wurden, hat sie sich sogar verschlechtert.

Perspektiven der schleswig-holsteinischen Wirtschaft

Für die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven Schleswig-Holsteins ist von Bedeutung, daß der Strukturwandel insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe noch nicht genügend vorangekommen ist und daß eine durchgreifende Verbesserung der Standortbedingungen noch nicht stattgefunden hat. Deshalb erscheint es fraglich, ob Schleswig-Holstein im Wachstumstempo und in der Beschäftigungsentwicklung in den neunziger Jahren mit der Bundesrepublik insgesamt Schritt halten kann.

Die Vollendung des EG-Binnenmarktes dürfte Schleswig-Holstein weniger stark begünstigen als das Bundesgebiet. Von größerem Vorteil für Schleswig-Holstein könnte zwar sein, daß die vorgesehene Deregulierung im Verkehrsbereich transportkostensenkend wirkt. Davon profitiert eine periphere Region wie Schleswig-Holstein stärker als zentral gelegene Gebiete der Bundesrepublik. Allerdings gibt es eine Reihe von Faktoren, die Schleswig-Holstein weniger stark begünstigen dürften als andere Bundesländer:

- Beschäftigungs- und Wachstumsgewinne durch den Binnenmarkt werden vor allem durch eine verstärkte internationale Arbeitsteilung erwartet. Selbst wenn in Schleswig-Holstein die Exporte ähnlich stark zunehmen wie im übrigen Bundesgebiet, so werden dadurch aufgrund des geringeren Ausgangsniveaus weniger zusätzliche Beschäftigungs- und Einkommenschancen geschaffen als in anderen Bundesländern.
- Die Fertigwarenausfuhr des Landes umfaßt in zu geringem Maße Investitionsgüter mit hohem Technologiegehalt, deren Absatzchancen sich bei einer Intensivierung der Arbeitsteilung in Westeuropa voraussichtlich weiter verbessern werden.
- Die Exporte Schleswig-Holsteins sind weniger stark als die anderer Bundesländer für EG-Mitgliedsländer bestimmt. Da durch die Vollendung des EG-Binnenmarktes der innergemeinschaftliche Handel beschleunigt zunehmen wird, ist zu vermuten, daß die Exporte Schleswig-Holsteins weniger stark wachsen werden als die des übrigen Bundesgebiets. Weil die ökonomischen Verflechtungen innerhalb der EG relativ an Gewicht gewinnen, verglichen mit den Beziehungen zu Drittländern, dürfte sich generell die periphere Lage des Landes in der EG stärker bemerkbar machen.

Somit spricht vieles dafür, daß Schleswig-Holstein unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen weniger stark von der Vollendung des EG-Binnenmarktes profitieren wird als das übrige Bundesgebiet. Schleswig-Holstein wird in seiner wirtschaftlichen Entwicklung nur dann mit anderen Regionen mithalten können, wenn die Investitionsbedingungen im Lande stärker als anderswo verbessert werden.

Anhang

I. Erläuterungen zu Kapitel C

1. Methodische Erläuterungen zum Lageindikator (zu Abschnitt C. II. 1)

Zur Quantifizierung der wirtschaftsgeographischen Lage einer Region bietet sich als einfacher Maßstab eine Analogie zum physikalischen Gravitationsgesetz an.¹ In der ökonomischen Interpretation besagt das Gravitationsgesetz, daß die Intensität der wirtschaftlichen Tauschbeziehungen und der Arbeitsteilung zwischen Regionen von ihrer gegenseitigen Entfernung und der Bedeutung der jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkte (gemessen am regionalen BIP oder der Einwohnerzahl) abhängt. Der Standort einer Region ist c.p. um so günstiger einzuschätzen, je größer sie selbst ist², je bedeutender die relevanten Absatz- und Bezugsmärkte sind und je näher diese liegen. Zur Berechnung eines Indikators für die wirtschaftsgeographische Lage wird die Formel

$$L_j = \sum_{i=1}^n Y_i \cdot \frac{1}{l_{ij}}$$

verwendet (mit L_j = Lageindikator der Region j , Y_i = BIP der Absatz- und Bezugsregionen und l_{ij} = Entfernung zwischen betrachteter und Absatz- und Bezugsregion).³ Dieser Lageindikator stellt einen Maßstab dar, der angibt, welches Entwicklungspotential eine Region durch die

¹ Vgl. Adlung et al. [1979, S. 37 ff.] sowie Keeble et al. [1981, S. 31 ff.].

² Eine Region mit einem bedeutenden Eigenmarkt hat naturgemäß einen relativ geringeren Außenhandel als eine Region mit einem weniger bedeutenden Eigenmarkt.

³ Adlung et al. [1979] verwenden einen komplizierteren Indikator, in dem u.a. berücksichtigt wird, daß nähere Märkte eine bedeutendere Rolle spielen als weit entfernte. Angesichts des oben genannten Bedeutungsrückgangs der Transportkosten dürfte jedoch eine lineare Entfernungskomponente angemessen sein.

nähere oder weitere Entfernung zu wichtigen Absatz- und Bezugsmärkten hat. Er sagt nichts darüber aus, ob die Unternehmen einer Region das Lagepotential auch tatsächlich nutzen und ob Lagevor- bzw. -nachteile nicht möglicherweise durch andere Standortfaktoren überkompensiert werden. Gemessen werden lediglich die Wachstumschancen und -risiken aufgrund der Lage im Wirtschaftsraum, nicht aber die Entwicklung aufgrund der tatsächlichen Handelsbeziehungen und der Arbeitsteilung zwischen den Regionen.

Zur Berechnung des Lagepotentials der Wirtschaft Schleswig-Holsteins wurde im Rahmen des beschriebenen Ansatzes als Maßstab für die Bedeutung der relevanten Absatz- und Bezugsmärkte das BIP¹ der jeweiligen Handelspartnerregion zu konstanten Preisen und Wechselkursen von 1980 gewählt und für die Entfernung die Länge der Eisenbahnverbindung zwischen den jeweiligen zentralen Orten der betrachteten Regionen (fast ausnahmslos die Hauptstädte) zugrunde gelegt. Die Eisenbahntfernung wird sowohl im Eisenbahn- als auch im Straßengüterverkehrstarif angewendet. Sie stellt damit eine gute Näherung an die Länge der tatsächlichen Transportwege dar. Die regionale Gliederung der Absatz- und Bezugsmärkte konnte aus zeitlichen Gründen nur sehr grob vorgenommen werden: Es wurden für die Stichjahre 1970, 1980 und 1987 die einzelnen Bundesländer, sodann die einzelnen EG-Länder und schließlich die einzelnen Mitgliedsländer der EFTA (ohne Island) jeweils als eine Absatz- und Bezugsregion betrachtet. Die Staatshandelsländer blieben mangels zuverlässiger Angaben zum BIP und Wechselkurs unberücksichtigt.² Überseeische Handelspartner wie die Vereinigten Staaten, Japan und die Schwellenländer wurden nicht einbezogen. Insofern spiegelt der Indikator nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtspektrum wichtiger Absatz- und

¹ Das BIP als Summe aller Güter und Dienstleistungen, die in einer Region erzeugt werden, stellt einerseits die Einkommensentstehung in einer Region dar und kann anzeigen, welcher Rang der Region als Bezugsmarkt zukommt. Soweit das BIP auch in derselben Region ausgegeben wird, bietet es auch eine Näherung an das Nachfragepotential [Adlung et al., 1979, S. 39].

² Im Grunde genommen ist diese Gliederung zu grob. So hätten die EG- und EFTA-Länder ebenfalls mindestens in Gebietseinheiten unterteilt werden müssen, die den Bundesländern vergleichbar sind. Dies hätte jedoch Probleme der Datenbeschaffung hervorgerufen, die während der Laufzeit des Gutachtens nicht zu bewältigen gewesen wären. Daher mußte eine weitere Unterteilung im Rahmen dieser Arbeit unterbleiben.

Bezugsmärkte wider. Zum Vergleich der Lage Schleswig-Holsteins mit der anderer Bundesländer wurden die Lageindikatoren für Hessen (zentral innerhalb der Bundesrepublik gelegen) und für Baden-Württemberg und Bayern (wie Schleswig-Holstein eher am Rand der Bundesrepublik gelegen) herangezogen. Die Wirtschaft in diesen drei Bundesländern verfügte in den siebziger und achtziger Jahren über die höchste Eigendynamik.

Der berechnete Indikator sollte insbesondere im Hinblick auf die Höhe der absoluten Werte nicht überinterpretiert werden. Zum einen überwiegt konstruktionsbedingt der Einfluß der Entfernungskomponente, so daß vermutlich Transportkosten überschätzt werden. Zum anderen dürfte das bei der hier gewählten Methode nicht zu umgehende Aussparen von wichtigen Auslandsmärkten in Übersee die Lagepotentiale aller hier betrachteten Bundesländer unterschätzen.

2. Zur Verwendbarkeit der Transportverflechtungsstatistik zum Zwecke der Analyse der Verflechtung mit wichtigen Absatz- und Bezugsmärkten (zu Abschnitt C. II. 1)

Zur Ergänzung der Außenhandelsstatistik, vor allem auf der Importseite, und zur Analyse der inländischen Lieferverflechtung kann hilfsweise die Transportverflechtungsstatistik herangezogen werden. Sie gibt die Versand- und Empfangsmengen einer Region an sowie deren Ziel bzw. Herkunft. Allerdings ist auch die Transportverflechtungsstatistik nur unter Vorbehalt verwendbar:

- Sie verzeichnet den Versand und Empfang einer Region nach Verkehrsmitteln getrennt. Güter, die von außerhalb mit einem Verkehrsmittel empfangen und mit einem anderen in eine andere Region weiterversandt wurden, werden bei einer Zusammenfassung der Güterströme mit allen Verkehrsmitteln doppelt gezählt.
- Weiterhin erfaßt sie die Gütermengen nur nach Tonnen, die wirtschaftliche Bedeutung (Transportwerte) bleibt dagegen außer Betracht.
- Schließlich weicht die Gütersystematik für die Transportstatistik stark von derjenigen für den Außenhandel ab. Allein 7 der 10 Hauptgruppen betreffen Rohstoffe bzw. Vorprodukte auf ersten Verarbeitungsstufen, und nur eine Hauptgruppe industrielle Halb- und Fertigwaren (auch diese ist nur in 10 zweistellige und 23 dreistellige Untergruppen unter-

teilt). Nahrungsmittel, Getränke und andere Fertigwaren der Nahrungs- und Genußmittelindustrie werden gemeinsam mit landwirtschaftlichen Produkten und Futtermitteln erfaßt.

Für die Untersuchung der Lieferströme von und nach Schleswig-Holstein wurden nur die mit der Eisenbahn, mit Lkws im Fernverkehr über 50 km und mit Binnenschiffen transportierten Mengen herangezogen. Der Seeschiffsverkehr wurde ausgeklammert, weil (i) die Transportverflechtungsstatistik hier im Gegensatz zu den anderen Verkehrsmitteln naturgemäß eine andere Regionengliederung hat und mit diesen daher nur schwer zusammengefaßt werden kann und weil (ii) praktisch nur Außenhandelstransaktionen verzeichnet werden, die aber wegen der Bedeutung der schleswig-holsteinischen Ostseehäfen für den Transithandel [Böhme, Sichelschmidt, 1989] sehr viel mehr Güterströme umfassen, die nicht in Schleswig-Holstein beginnen oder enden.

Auch unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen vermitteln die berechneten Indikatoren ein Bild von der Lieferverflechtung Schleswig-Holsteins. Dafür spricht auch, daß sich die Ergebnisse für 1970 mit denen einer Schätzung [Bröcker, 1983] in Einklang bringen lassen: Das relative Muster der Regionenanteile in der Schätzung von Bröcker entspricht in etwa demjenigen der über alle binnenländischen Verkehrsträger zusammengefaßten Transportverflechtungsstatistik. Verzerrungen ergeben sich nur an den Rändern: bei Transporten über kurze Entfernungen, weil hier die Entfernungskomponente bei gewichtsabhängigen Rohstoffen dominiert, und bei Transporten nach dem Ausland, weil die Seeverkehrsstatistik aus den oben genannten methodischen Gründen außer Betracht bleibt.

3. Zur Luftverkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein (zu Abschnitt C. II. 2)

Hinsichtlich der Luftverkehrsinfrastruktur ist Schleswig-Holstein nahezu vollständig auf den Hamburger Flughafen in Fuhlsbüttel ausgerichtet. Zwar gibt es eine Reihe von Flugplätzen im Lande, die auch für den privaten Geschäftsreiseverkehr geeignet sind,¹ doch spielen diese

¹ Als Verkehrsflughäfen im Sinne der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen gelten nur Westerland/Sylt und Lübeck-Blankensee;

für den gewerblichen Luftverkehr so gut wie keine Rolle. Linienverbindungen existieren derzeit nur von und nach Heide/Büsum, Helgoland, Kiel-Holtenau, Westerland/Sylt und Wyk/Föhr. Lediglich von und nach Kiel-Holtenau werden einige wenige für den Geschäftsreiseverkehr relevante Verbindungen angeboten¹, die restlichen Verbindungen dienen nur dem Bäder- und Touristikverkehr.² Dadurch werden aber auch im Zu- und Nachlauf zu Flugverbindungen über Fuhlsbüttel wieder die Infrastrukturengpässe beim Bodenverkehr relevant.³ Fuhlsbüttel liegt mitten im Stadtgebiet von Hamburg und hat weder einen Bahn- noch einen kapazitätsmäßig ausreichenden Straßenanschluß. Die dadurch entstehenden Zeitverluste können erheblich sein. Damit wird die Verkehrserschließung Schleswig-Holsteins im Luftverkehr nachhaltig behindert.

4. Zur Hafeninfrastuktur in Schleswig-Holstein (zu Abschnitt C. II. 2)⁴

Die Häfen Schleswig-Holsteins stellen einen Aktivposten in der Infrastrukturausstattung des Landes dar. Die bedeutendsten Häfen

letzterer war bislang wegen seiner Nähe zur Grenze der DDR nur eingeschränkt nutzbar. Eine Kategorie tiefer (Verkehrslandeplätze) rangieren Flensburg-Schäferhaus, Hartenholm, Heide/ Büsum, Helgoland-Düne, Kiel-Holtenau, Neumünster, Rendsburg-Schachtholm, St. Michaelisdonn, St. Peter-Ording, Uetersen und Wyk/Föhr [Reuss, 1987].

- ¹ Dies sind die Verbindungen von und nach Berlin-Tegel (drei pro Werktag), Frankfurt/M. und Köln/Bonn (jeweils eine). Bis zum Herbst 1989 bestanden darüber hinaus Verbindungen nach Kopenhagen, Sonderburg und Esbjerg.
- ² Von und nach Westerland/Sylt bestehen in diesem Rahmen in der Hochsaison immerhin vier Verbindungen mit Berlin-Tegel, eine mit Bremen, zwei mit Düsseldorf, zwei mit Hamburg und eine mit Wyk/Föhr.
- ³ Zusätzlich ist zu berücksichtigen, daß Hamburg-Fuhlsbüttel trotz einer stattlichen Zahl von Direktverbindungen im deutschen Linienluftverkehrsnetz seinerseits eine Randlage einnimmt und lediglich einen Ast des Luftkreuzes Frankfurt/M. darstellt. So ist die überwiegende Mehrzahl der im internationalen Luftkursbuch verzeichneten Ziele nur auf dem Umweg über Frankfurt/M., Düsseldorf oder München zu erreichen.
- ⁴ Dieser Abschnitt basiert auf den Ergebnissen eines parallel vom Institut für Weltwirtschaft erstellten Gutachtens für das Ministerium für Wirtschaft, Technik und Verkehr unter dem Titel "Entwicklungsper-

Schleswig-Holsteins liegen an der Ostseeküste; dies sind Lübeck, Puttgarden, Kiel und Flensburg.¹ An der Nordseeküste gibt es nur einen wichtigen Hafen, nämlich Brunsbüttel.² Hier war das Übergewicht Hamburgs und Bremens stets so groß, daß sich in Schleswig-Holstein kein weiterer wichtiger Hafen entwickeln konnte. Zugleich bedeutet aber die Nähe zum Hamburger Hafen, über den rund 40 vH des seewärtigen Güterumschlags abgewickelt werden (Tabelle A1), einen positiven Standortfaktor für Unternehmen in Schleswig-Holstein.

Die genannten schleswig-holsteinischen Ostseehäfen nehmen durch ihre Lage eine Brückenkopffunktion für den Verkehr nach Skandinavien ein. Sie sind auf dieses Zielgebiet ausgerichtet, wobei jeder Hafen einem Schwerpunkt in der Region zugeordnet werden kann.³ Vier Fünftel des Empfangs und neun Zehntel des Versands dieser Häfen bestanden aus Skandinavien-Verkehr. In diesen Häfen dominieren der Passagierfähr-, der Roll-on-roll-off (Ro-Ro)-Verkehr und der Stückgutverkehr, zurückgegangen ist die Bedeutung des Massengutverkehrs.⁴ Insgesamt konnten die schleswig-holsteinischen Ostseehäfen ihren Anteil am bundesdeutschen Seehafenumschlag zwischen 1970 und 1987 von 7,9 auf 13,6 vH steigern, die Ostseehäfen und Brunsbüttel zusammengenommen von 10,5 auf 17,9 vH (Tabelle A1).

Entsprechend dieser Ausrichtung verfügen die Häfen Kiel, Puttgarden und Lübeck über die für den Fähr- und Ro-Ro-Verkehr geeigneten

spektiven der schleswig-holsteinischen Ostseehäfen" [Böhme, Sichel-schmidt, 1989].

¹ Daneben gibt es an kleineren Häfen Rendsburg (im Nord-Ostsee-Kanal), Kappeln, Eckernförde, Heiligenhafen, Burgstaken und Neustadt/Holstein. Diese Häfen haben überwiegend lokale Bedeutung.

² Weitere Häfen wie z.B. Friedrichskoog, Büsum, Husum, List und Hörnum/Sylt, Wyk/Föhr, Wittdün/Amrum, Dagebüll haben wie die kleineren Ostseehäfen vornehmlich lokale Bedeutung.

³ Lübeck ist auf Schweden und Finnland ausgerichtet, Kiel bislang auf Norwegen und Schweden sowie im Personenverkehr auch auf Dänemark, Puttgarden auf Dänemark, Flensburg im Güterverkehr auf den deutschen Küstenverkehr.

⁴ In den kleineren Häfen dominiert dagegen der Empfang von Steinen, Erden und Düngemitteln und der Versand von Getreide. Der Verkehr ist auf das unmittelbare Hinterland ausgerichtet. Der Personenverkehr besteht nur aus Ausflugsverkehr.

Tabelle A1 - Güterumschlag (a) in den Nord- und Ostseehäfen 1970, 1980 und 1987

	1970	1980	1987	1970	1980	1987
	Mill. t			in vH des Güterumschlags aller Häfen der Bundes- republik		
Nordseehäfen						
Brunsbüttel	3,5	5,5	5,9	2,6	3,5	4,3
Hamburg	46,8	60,7	53,7	34,8	38,2	39,5
Bremen und Bremerhaven	23,1	25,4	27,8	17,2	10,8	20,4
Nordsee insgesamt	124,0	146,6	117,5	92,1	92,2	86,4
Ostseehäfen						
Lübeck	5,7	6,4	10,6	4,2	4,0	7,8
Puttgarden	2,4	2,9	4,0	1,8	1,8	2,9
Kiel	1,2	1,3	1,9	0,9	0,8	1,4
Flensburg	0,6	0,7	0,8	0,4	0,4	0,6
Rendsburg	0,6	0,5	0,7	0,4	0,3	0,5
Sonstige	0,1	0,6	0,5	0,1	0,4	0,4
Ostsee insgesamt	10,6	12,4	18,5	7,9	7,8	13,6
Schleswig-holstei- nische Ostseehäfen und Brunsbüttel	14,1	17,9	24,4	10,5	11,3	17,9
Häfen der Bundes- republik insgesamt	134,6	159,0	136,0	100,0	100,0	100,0
Zum Vergleich:						
Niederlande	266,7	346,6	323,3	198,1	218,0	237,7
Belgien	100,3	112,5	136,0	74,5	70,8	100,0
Insgesamt	367,0	459,1	459,3	272,7	288,7	337,7

(a) Versand und Empfang.

Quelle: Der Bundesminister für Verkehr [b, 1988].

Kaianlagen und Umschlageinrichtungen; Brunsbüttel und Flensburg sind eher konventionell ausgestattet. Die landseitige Anbindung an das Eisenbahn- und Autobahnnetz ist in den meisten Häfen gut. Die Häfen haben dabei vom Ausbau des Autobahnnetzes in den siebziger Jahren profitieren können, wobei Puttgarden und Brunsbüttel in dieser Hinsicht allerdings Defizite aufweisen; im Fall Puttgardens sind es die bereits erwähnten Engpässe auf der Vogelfluglinie. In neuerer Zeit haben sich für die Häfen auch die beschriebenen Engpässe in der Straßen- und Schienenin-

frastruktur an den Übergangsstellen dieser Netze nach Hamburg und Niedersachsen nachteilig ausgewirkt.

Die vorhandene Spezialisierung der größeren Ostseehäfen auf die genannten Verkehrsarten hat sich in den letzten Jahren von der Infrastruktur her noch verstärkt: Zu nennen sind der Ausbau des Skandinavienkais in Lübeck, des Nord- und Ostuferhafens in Kiel und der Fährbetten in Puttgarden (entsprechend werden auch größere Schiffseinheiten eingesetzt). Insofern nutzen die bedeutenderen schleswig-holsteinischen Ostseehäfen die Chancen, die sich aus der Brückenkopffunktion nach Skandinavien ergeben.¹ In diesem Bereich haben die Ostseehäfen auch ihren Marktanteil gegenüber den außerhalb Schleswig-Holsteins gelegenen Nordseehäfen vergrößern können. Entsprechend der Bedeutung der Fährschifffahrt ist auch der Anteil des Transitverkehrs hoch. Hier haben sich auch mit Übersee Transitverbindungen über die deutschen Nordseehäfen bzw. Rotterdam nach Lübeck und weiter nach Skandinavien (bzw. umgekehrt) herausgebildet.

Die Standortqualität, die die Hafeninfrastruktur für die in Schleswig-Holstein angesiedelten Unternehmen bietet, ist nicht nur in bezug auf den Handel mit Skandinavien günstig, wie es die Spezialisierung der Ostseehäfen nahelegt. Durch die Nähe zu Hamburg besteht im Prinzip auch die Möglichkeit, in der internationalen Arbeitsteilung eine bedeutende Rolle zu spielen, soweit sie den Gütertausch über See einschließt.

5. Zu den Nachteilen Schleswig-Holsteins bei den Dienstleistungen der Deutschen Bundesbahn im Güterverkehr (zu Abschnitt C. II. 2)

Im Güterverkehr dürfte Schleswig-Holstein, was die Zugdichte angeht, nicht benachteiligt sein; diese ist in Schleswig-Holstein höher als im Bundesgebiet insgesamt (Tabelle 65). Ein Teil der dort verzeichneten Güterzüge dürfte jedoch dem Transitverkehr von und nach Dänemark sowie dem kombinierten Verkehr mit Containern und Wechselbehältern von

¹ Einem Vordringen in Massengutverbindungen mit Übersee sind allein schon vom beschränkten Tiefgang in der Ostsee (von 15 m) und den Häfen Schleswig-Holsteins von max. 9,5 m her Grenzen gesetzt.

und nach den Häfen zuzurechnen sein, der in den letzten Jahren einen starken Aufwärtstrend erlebte [DB, 1987].

Was jedoch das Angebot der DB bei den Dienstleistungen im Güterverkehr angeht, so sind per saldo eher Nachteile zu vermuten [zu den Einzelheiten vgl. DB, 1987, S. 16 und 45]:

- Bereits im normalen Wagenladungsverkehr sind Bahnhöfe "im Nachtsprung" nur innerhalb Schleswig-Holsteins erreichbar. Außerhalb der Landesgrenzen kommen Transporte dagegen (bis auf wenige Ausnahmen) frühestens am übernächsten Tag an.
- Der sogenannte IC-Kurierdienst (Beförderung von eiligem Stück- und Kuriergut in ICs) wird nur für die Bahnhöfe angeboten, in denen ICs halten. Zudem muß man berücksichtigen, daß nur einzelne ICs von und nach Schleswig-Holstein fahren; das Angebot wird daher nicht zu jeder Tageszeit vorgehalten.
- Beim Expreßdienst (schnelle Kleingutbeförderung im Nachtsprung) sind immerhin 49 DB- und 12 Bahnhöfe an Nichtbundeseigenen Eisenbahnen einbezogen. Hier scheint der Nachteil geringer zu sein.
- Der Termindienst (Expreßdienst im Nachtsprung mit Bereitstellungs-garantie zu bestimmten Zeiten) beschränkt sich demgegenüber lediglich auf Kiel, Neumünster und Lübeck.
- Im Intercargonetz (schnelle Güterzüge zwischen Zentren im Nachtsprung) spielt Schleswig-Holstein kaum eine Rolle, lediglich einige Bahnhöfe (Kiel, Lübeck, Norderstedt) werden von Hamburg aus mitbedient.

6. Zur Kommunikationsinfrastruktur in Schleswig-Holstein (zu Abschnitt C. II. 3)

Die Kommunikationsinfrastruktur wird in der Bundesrepublik auch nach der Postreform von 1989 allein von der DBP bereitgestellt; die Versorgung mit Medien und Übertragungsnetzen unterliegt nach wie vor ihrem Leitungsmonopol. Für die Beurteilung der Vergangenheit sind vor allem die über das Fernsprechnet abgewickelten Dienstleistungen der DBP von Bedeutung.¹

¹ Neben dem eigentlichen Fernsprechdienst sind im Laufe der Zeit hinzugekommen: Datenübertragung im Fernsprechnet, Fernkopieren

Was den Ausbauzustand des Fernsprechnetzes sowie der Einrichtungen der über dieses Netz abgewickelten Dienstleistungen angeht, so scheint sich die DBP der von Seiten der Unternehmen geäußerten Nachfrage nach Anschlüssen angepaßt zu haben. Die jeweilige Infrastruktur und die Teilnehmer-Einrichtungen sind in angemessener Zeit bereitgestellt worden [Höring et al., 1987, S. 32].¹ In den frühen achtziger Jahren sind allerdings vereinzelt Netzblockaden aufgetreten, die Ferngespräche innerhalb Schleswig-Holsteins und auch nach außerhalb behindert haben. Diese waren mit eine Folge der Überlastung der Vermittlungsstelle Hamburg, über die früher alle Gespräche von und nach Schleswig-Holstein geleitet wurden.² Inzwischen werden Gespräche nach Auskunft der DBP auch an dieser Vermittlungsstelle vorbeigeleitet, so daß sie keinen Engpaß mehr für die Telefonverbindungen des Landes darstellt.³

Von den Gebühren im Telefonverkehr her wurde das Land in seiner peripheren Lage sogar stärker begünstigt, als es nach der Entfernungsabhängigkeit der Kosten her der Fall sein dürfte:

- Die Investitionskosten zum Anschluß eines Teilnehmers liegen in dünnbesiedelten Gebieten zwei- bis viermal so hoch wie in Ballungsgebieten [Schön, Neumann, 1985, S. 48]. Die Gebühren für den Anschluß sind jedoch bundesweit gleich.
- Bei hoher Verkehrsdichte (Gesprächsfrequenz), wie sie zwischen Ballungsgebieten zu erwarten ist, lohnt sich der Einsatz hochkanaliger Übertragungstechniken zur Leistungsbündelung; pro Gespräch sind die Kosten bei derartigen Techniken niedriger als bei herkömmlichen Techniken [Busch, 1986, S. 108]. Die Gebühren variieren jedoch nicht in dieser Hinsicht.

(Telefax) und Daten- und Textkommunikation über Bildschirmtext (BTX).

¹ Unterschiede in den Wartezeiten je nach Bundesland sind nicht erkennbar. Allerdings differieren die Wartezeiten - bundeseinheitlich - zwischen Stadt (2 Wochen) und Land (8 Wochen).

² Hier zeigt sich eine gewisse Parallele zu den Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur in den achtziger Jahren.

³ Die DBP glaubt nach eigenem Bekunden, auch künftig der zu erwartenden Nachfrage mit ihrer Kapazitätsplanung gerecht werden zu können.

- Gegenüber früher hat die Gesprächsentfernung für die Kosten stark an Bedeutung verloren; sie nehmen mittlerweile nur noch mit der Quadrat- bis Kubikwurzel der Entfernung zu.¹ Dem ist im Verlauf der Zeit dadurch Rechnung getragen worden, daß die früher stark entfernungsabhängige Gebührenstaffel durch eine nur noch dreigeteilte Staffel von Gebühren für Ferngespräche außerhalb der Nahbereichszone abgelöst wurde [Kordey, 1988, S. 34]. Da Gespräche über 100 km entfernungsunabhängig tarifiert werden (Schaubild 10), wird der Standort Schleswig-Holstein von der reinen Gebührensseite her über weite Gesprächsentfernungen bevorteilt.
- Betrachtet man Gebühren und tatsächliche Kosten der Gespräche, so gilt das in noch stärkerem Maße. Aufgrund der Tarifstruktur wird der lokale Verkehr und Nahbereichsverkehr durch Überkostentarife bei Ferngesprächen intern subventioniert. Wie Schaubild 10 zeigt, besteht die größte Differenz zwischen Gebühren und Kosten in den Fernzonen 1 und 2 (20-50, 50-100 km), in denen die Gebühren überproportional zur Entfernung steigen, und nimmt dann in der Fernzone 3 über 100 km aufgrund der noch mäßig entfernungsabhängig steigenden Kosten wieder ab. Ein Teilnehmer, der in Fernzone 1 oder 2 und selbst noch im mittleren Bereich von Zone 3 telefoniert, wird daher in sehr viel stärkerem Maße über die von ihm tatsächlich verursachten Kosten hinaus mit Gebühren belastet, als etwa ein Teilnehmer aus Schleswig-Holstein, der mit Baden-Württemberg oder Bayern telefoniert. Benachteiligt sind also wohl vor allem Teilnehmer im mittleren Entfernungsbereich.²

Insgesamt wird daher der Standort Schleswig-Holstein von der Tarifgestaltung her sogar begünstigt, und zwar stärker, als es unter dem Aspekt der ökonomischen Effizienz (mit kostenorientierten Tarifen) geboten wäre. Nachteile ergeben sich nur aus der dünnen Besiedelung

¹ Vgl. Busch [1986, S. 108]; Kordey [1988, S. 34]. Daß die Kosten noch nicht völlig entfernungsunabhängig sind, resultiert u.a. aus der je nach Entfernung zwischen 1 und 14 variierenden Anzahl von eingeschalteten Vermittlungsstellen [Maier et al., 1987, S. 24].

² Exakte Aussagen darüber, welche Regionen bevor- und welche benachteiligt werden, wären nur möglich, wenn Informationen über die tatsächlich geführten Gespräche in den einzelnen Entfernungsbereichen in allen Regionen vorlägen. Solche Informationen besitzt die DBP nach eigenen Angaben jedoch nicht [Busch, 1986, S. 110].

des Landes (längere Wartezeiten auf Einrichtungen auf dem Lande; geringerer Teilnehmerkreis je Ortsnetz).¹

Diese für den Fernspreverkehr im engeren Sinne getroffenen Feststellungen gelten im Prinzip auch für die anderen über dieses Netz abgewickelten Dienste (der BTX-Dienst wird sogar bundesweit zum Orts-tarif angeboten). Die relativen Tarifnachteile, die Verbindungen über mittlere Entfernungen haben, steigen allerdings mit der Dauer der auf-rechterhaltenen Verbindung überproportional an. Daher sind Teilnehmer, die beispielsweise auf Telefaxverbindungen verstärkt in Zone 2 und 3 angewiesen sind, gegenüber solchen benachteiligt, die im Nahbereich oder in Zone 1 kommunizieren [Kordey, 1988, S. 25], und zwar um so mehr, je länger das Faxen dauert.²

Neben dem eigentlichen Fernsprechnet existiert das integrierte Fernschreib- und Datennetz.³ Auch hier sind keine wesentlichen Mängel im Ausbauzustand in Schleswig-Holstein erkennbar. Von der Gebühren-seite her haben die in diesem Netz abgewickelten Dienste - mit Ausnahme von Direktleitungen - weniger entfernungsabhängige Tarife als der Fern-sprechdienst.^{4,5}

¹ Weil die Nahbereiche trotz großzügiger Bemessung (30 km Radius in 150 von 200 Ortsnetzen in Schleswig-Holstein) als im Bundesdurchschnitt (Radius 20 km) weniger Teilnehmer umfassen, muß ein Anrufer, um einen gleichgroßen Teilnehmerkreis zu erreichen, in Schleswig-Holstein mehr Ferngespräche führen als ein Anrufer in Ballungs-gebieten.

² Das gilt auch noch bei der heutigen Generation von Fax-Geräten, die für eine Seite etwa eine Minute brauchen, stärker jedoch für die älteren Generationen. Entfernungsunabhängig, weil innerhalb einer Gebüh-reinheit auch in der Zone 3 abzusetzen, wird das Faxen erst im Integrated Services Digital Network (ISDN)-Netz werden.

³ In ihm werden Texte über Telex (Fernschreiben) und Teletex (Büro-kommunikation) sowie Daten über Wählleitungen (Datex-L), paketver-mittelt (Datex-P) und über Standleitungen (Direktrufnetz) vermittelt.

⁴ Bei Telex existieren lediglich zwei Tarifzonen; in Zone 2 beträgt der Tarif das 1 1/2fache des Tarifs in Zone 1. Bei Teletex und Datex-L gibt es wie im Fernsprechdienst 3 Zonen (bis 50 km, bis 100 km, über 100 km), wobei aber der Tarif in Zone 3 nur das 1,7fache desjenigen in Zone 1 beträgt (im Telefonnetz zum Vergleich: das 15fache). Gebüh-ren im Direktrufnetz sind direkt proportional zur Entfernung.

⁵ Über die Entfernungsabhängigkeit der Kosten dieser Dienste liegen keine exakten Angaben vor, so daß eine Benachteiligung von Regionen

Der paketvermittelte Datex-P-Dienst, der insbesondere für die immer wichtiger werdende Informationsübermittlung aus Datenbanken von Bedeutung ist [Busch, 1988], wird entfernungsunabhängig tarifiert, soweit spezielle Datex-P-Leitungen und -Anschlüsse genutzt werden. Für unregelmäßige Nutzer von Datex-P-Diensten, die über keinen solchen Direktanschluß verfügen - die Grundgebühren dafür variieren mit der maximal pro Sekunde zu übertragenden Datenmenge zwischen DM 140,- und 2500,- und sich über das Telefonnetz ins Datex-P-Netz einwählen, besteht allerdings in Schleswig-Holstein ein eindeutiger Standortnachteil gegenüber Ballungsgebieten: Benutzer in Ballungsgebieten (so in Hamburg) erreichen die Datex-P-Knotenvermittlungsstelle zum Ortstarif; Benutzer in Schleswig-Holstein müssen dagegen die wesentlich höheren Telefon-Ferngesprächsgebühren zahlen.¹ Da diese im für das Land relevanten Entfernungsbereich (20-180 km) besonders stark überhöht sind gegenüber den Kosten, liegt hier eine deutliche Benachteiligung Schleswig-Holsteins gegenüber Benutzern in Ballungsgebieten vor. Dies dürfte insbesondere die in Schleswig-Holstein stärker vertretenen mittelständischen und kleineren Betriebe tangieren.

Insgesamt lassen sich für den Kommunikationsbereich in den achtziger Jahren für den Standort Schleswig-Holstein von der Kommunikationsinfrastruktur her keine nennenswerten Nachteile feststellen.² Von der tariflichen Seite her erscheinen mittlere Entfernungsbereiche (um 100 km) benachteiligt, insbesondere im Zusammenhang mit dem Datex-P-Dienst.

aufgrund nicht kostengerechter Gebühreuzurechnung nicht ermittelt werden kann.

¹ Zwischen dem 1.4. und 1.8.1987 war diese Benachteiligung kurzfristig aufgehoben, für alle Teilnehmer (unabhängig vom Standort) galt ein einheitlicher Einwähltarif mit 50/75 Sekunden je Gebühreneinheit [Höring et al., 1987, S. 32 f.]. Dieser Einheitstarif wurde nach vier Monaten "aus technischen Gründen" abgeschafft [Kordey, 1988, S. 26], vermutlich auf Druck der Benutzer in Ballungsgebieten hin, für die der Einheitstarif bis zu 10mal höhere Einwählgebühren bedeutet hatte.

² Bei dem im Aufbau befindlichen ISDN-Netz, in dem nach und nach alle Sprach-, Bild-, Daten- und Textübermittlungsdienste (in integrierter und digitalisierter Form) aufgehen sollen, plant die DBP, Schleswig-Holstein wie alle anderen Bundesländer flächendeckend einzubeziehen, z.T. mittels Überbrückungsmaßnahmen [Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, 1988, S. 11]. Demgegenüber werden Glasfasernetze und die Möglichkeit zu Videokonferenzen nur vereinzelt angeboten, so z.B. in Kiel.

II. Anhangtabellen

Tabelle A2 - Arbeitsproduktivität (a) in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik (1000 DM)

	Schleswig-Holstein					Bundesrepublik				
	1970	1977	1983	1986	1987	1970	1977	1983	1986	1987
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	17,3	37,3	41,1	44,6	37,6	9,6	20,0	23,2	25,4	22,7
Warenproduzierendes Gewerbe	25,0	50,3	66,5	77,6	79,9	25,7	46,6	65,0	75,2	77,6
Wasserversorgung, Energie, Bergbau(b)	.	154,6	229,2	264,5	283,6	.	82,4	123,7	140,9	131,3
Verarbeitendes Gewerbe(b)	.	48,1	62,6	71,9	73,8	.	45,5	62,7	72,8	75,9
Baugewerbe(b)	.	44,0	54,8	62,3	62,7	.	42,1	58,8	67,7	70,4
Handel und Verkehr	20,6	37,2	50,6	57,6	58,7	21,8	38,4	53,6	59,6	60,7
Handel(b)	.	30,6	41,8	47,1	48,1	.	32,1	44,9	49,5	50,2
Verkehr(b)	.	59,1	79,6	91,5	93,1	.	57,1	78,3	88,3	90,1
Dienstleistungsunternehmen	38,3	74,9	104,7	117,1	120,7	39,0	76,5	116,3	128,8	132,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe(b)	.	68,4	121,3	129,4	127,8	.	86,0	146,0	152,9	151,2
Sonstige Dienstleistungen(b,c)	.	76,1	101,8	115,2	119,6	.	74,4	110,0	124,0	128,6
Staat, Private Haushalte, Private Organisationen	18,5	33,7	44,5	47,8	49,7	20,0	36,6	46,8	50,5	51,9
Staat(b)	.	36,8	48,8	53,0	54,9	.	39,6	51,5	56,9	58,3
Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter(b)	.	18,0	24,6	26,2	28,0	.	24,4	30,3	31,1	32,7
Insgesamt	23,4	45,8	61,3	69,4	71,0	24,3	45,6	64,6	73,1	75,3

(a) Bruttowertschöpfung je Erwerbstitigen, jeweilige Preise. - (b) Eigene Schätzungen. - (c) Einschließlich Wohnungsvermietung.

Quelle: Wie Tabellen 5 und 7.

Tabelle A3 - Eingruppierung der Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes nach den Faktorintensitäten 1984

Wirtschaftszweig	Rohstoff-intensiv	Arbeits-intensiv	Sachkapital-intensiv	Humankapital-intensiv
CH	+		+	+
MO	+		+	+
KS	+	+		
GU		+		
SE	+		+	
FN		+		
GL	+		+	
EI	+		+	
NE	+		+	
GI		+		
ZI	+			
SS				+
MA				+
BD			+	+
KZ			+	+
SB			+	+
LR				+
ER				+
FO		+		+
EM		+		
MS		+		
MB	+		+	
HZ		+		
ZP			+	
PP		+		
DV				+
LL		+		
TX			+	
BM		+		
GT	+		+	

CH = Chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen; MO = Mineralölverarbeitung; KS = Herstellung von Kunststoffwaren; GU = Gummiverarbeitung; SE = Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; FN = Feinkeramik; GL = Herstellung und Verarbeitung von Glas; EI = Eisenschaffende Industrie; NE = NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke; GI = Gießerei; ZI = Ziehereien; Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.; SS = Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau; MA = Maschinenbau; BD = Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen; KZ = Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.; SB = Schiffbau; LR = Luft- und Raumfahrzeugbau; ER = Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltgeräten; FO = Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren; EM = Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren; MS = Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.; HB = Holzbearbeitung; HZ = Holzverarbeitung; ZP = Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Papperzeugnisse; PP = Papier- und Papperverarbeitung; DV = Druckerei, Vervielfältigung; LL = Ledergewerbe; TX = Textilgewerbe; BM = Bekleidungs-gewerbe; GT = Getränkeherstellung.

Tabelle A4 - Infrastruktureinrichtungen der Eisenbahnen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1986

	Schleswig-Holstein			Bundesrepublik			Schleswig-Holstein in vH der Bundes- republik		
	DB	nicht- bundes- eigene Eisen- bahnen	insge- samt	DB	nicht- bundes- eigene Eisen- bahnen	insge- samt	DB	nicht- bundes- eigene Eisen- bahnen	insge- samt
Unternehmen	-	6	6	1	106	107	-	5,7	5,6
Streckenlänge (km)	1312	84	1396	27490	2918	30408	4,8	2,9	4,6
darunter:									
elektrifiziert									
(km)	49	-	49	11433	269	11702	0,4	-	0,4
mit Personen- verkehr (km)	1053	.	.	21022	1114	22136	5,0	.	.
mit Güterverkehr (km)	1306	.	.	26876	2829	29705	4,9	.	.
Hauptbahnen (km)	845	-	845	17992	-	17992	4,7	-	4,7
Nebenbahnen (km)	467	84	551	9498	2918	12416	4,9	2,9	4,4
Bahnhöfe	156(a)	19	175	2695	547	3242	5,8	3,5	5,4
Haltepunkte und Haltestellen	51	5	56	1786	189	1975	2,9	2,6	2,8
Gleisanschlüsse	363	.	.	10586	.	.	3,4	.	.
Personalbestand(b)	7800(c)	253	8053	268176	9350	277526	2,9	2,7	2,9
Reisezüge werk- täglich	850	.	.	20639	.	.	4,1	.	.
Güterzüge werk- täglich	600	.	.	9455	.	.	6,3	.	.

(a) Davon 49 Gepäckabfertigungen. - (b) Ohne Nachwuchskräfte.- (c) In 36 Dienststellen.

Quelle: DB [b, 1987; c, 1986]; Statistisches Bundesamt [1, 1987]; eigene Berechnungen.

Tabelle A5 - Länge der Straßen des überörtlichen Verkehrs in Schleswig-Holstein 1970-1988 (a)

	BAB	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen	BAB	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen	BAB	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen
	1970(b)				1975				1980			
Kreisfreie Städte												
Flensburg	-	24,2	16,4	28,1	8,3	15,9	20,2	38,9	8,3	16,0	20,3	40,3
Kiel	-	38,2	7,4	41,8	6,8	47,8	15,7	68,4	90,0	46,0	13,8	72,4
Lübeck	12,0	41,4	10,5	73,9	11,9	41,9	19,7	78,2	12,0	42,5	17,2	93,2
Neumünster	-	19,6	11,6	9,5	3,2	24,2	14,2	28,0	3,2	24,2	15,3	28,0
Landkreise												
Dithmarschen	-	147,6	365,2	319,9	-	147,5	452,3	321,3	-	152,8	363,6	322,2
Herzogtum Lauenburg	-	152,9	274,1	267,6	-	156,6	274,0	274,9	-	157,8	278,2	289,7
Nordfriesland	-	157,9	641,0	547,0	-	167,6	527,9	150,8	-	164,0	628,3	534,6
Ostholstein	15,6	201,4	290,7	147,1	14,3	201,4	289,9	150,8	43,3	202,6	240,8	243,5
Pinneberg	1,0	87,9	185,4	58,4	9,6	74,3	182,8	64,0	22,8	69,5	178,8	71,9
Plön	-	155,4	162,0	177,3	6,6	140,0	159,4	196,3	66,2	139,6	165,1	204,2
Rendsburg-Eckernförde	-	304,5	410,4	367,4	69,9	281,0	401,8	427,5	721,4	272,1	382,4	478,3
Schleswig-Flensburg	-	214,4	497,6	497,5	6,5	205,4	514,5	548,8	46,7	210,0	506,2	585,9
Segeberg	-	190,7	281,1	353,3	37,2	305,5	288,0	359,2	37,3	205,5	258,3	383,4
Steinburg	-	145,4	223,1	189,1	-	164,8	250,9	212,5	-	163,8	241,0	240,2
Stormarn	47,8	117,7	209,0	228,2	47,8	112,1	202,2	242,6	52,2	111,0	201,6	253,6
Schleswig-Holstein	76,2	1998,9	3594,5	3306,5	222,1	1995,8	3613,6	3552,2	313,4	1982,0	3510,6	3845,5
Bundesrepublik (1000 km)	4,1	32,2	65,4	60,7	5,8	32,6	65,4	64,4	7,3	32,3	65,5	66,4
Schleswig-Holstein in vH der Gesamtlänge in der Bundesrepublik	1,9	6,2	5,5	5,5	3,9	6,1	5,5	5,5	4,3	6,1	5,4	5,8
	BAB	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen	BAB	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen				
	1985				1988							
Kreisfreie Städte												
Flensburg	6,9	13,9	20,3	43,4	-	11,6	20,3	45,7				
Kiel	9,0	49,6	14,0	72,4	7,0	52,9	19,4	74,6				
Lübeck	11,9	43,8	15,3	99,4	11,0	43,5	15,3	103,4				
Neumünster	3,2	20,5	15,3	28,0	3,2	30,0	5,0	37,6				
Landkreise												
Dithmarschen	-	153,0	363,6	324,4	-	171,8	355,1	327,5				
Herzogtum Lauenburg	33,4	157,8	279,7	300,1	37,6	158,2	279,3	308,0				
Nordfriesland	-	167,8	625,1	544,6	-	171,0	625,3	544,5				
Ostholstein	50,5	173,0	247,6	251,5	50,5	175,2	249,5	250,4				
Pinneberg	31,4	57,9	184,2	91,8	35,4	53,7	186,9	94,7				
Plön	66,2	139,5	164,9	205,4	6,6	139,5	163,9	206,0				
Rendsburg-Eckernförde	72,1	269,8	373,2	491,4	78,8	268,9	373,4	503,6				
Schleswig-Flensburg	46,7	215,9	507,0	588,0	45,7	221,9	507,2	575,6				
Segeberg	37,3	202,1	258,8	183,4	37,3	203,0	258,8	389,3				
Steinburg	14,0	142,5	264,6	346,7	14,0	151,4	265,0	248,3				
Stormarn	58,7	112,5	200,1	262,7	59,5	112,4	201,0	263,8				
Schleswig-Holstein	381,8	1927,5	3533,8	3933,1	386,5	1964,8	3525,5	3972,2				
Bundesrepublik (1000 km)	82,0	31,5	61,3	70,1	8,6	31,2	63,4	70,4				
Schleswig-Holstein in vH der Gesamtlänge in der Bundesrepublik	4,7	6,1	5,6	5,6	4,5	6,3	5,6	5,6				

(a) Länge am 1.1 des Jahres; Abweichungen durch Rundung. - (b) Umgerechnet auf die nach der Kreisreform gültigen Kreisgrenzen.

Quelle: Der Bundesminister für Verkehr [b, lfd. Jgg.]; Landesamt für Straßenbau und Straßenverkehr Schleswig-Holstein [lfd. Jgg.]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [q]; eigene Berechnungen.

Tabelle A6 - Öffentliche Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1984 und 1987

	Universitäten(a)	Großforschungseinrichtungen(b)	Max-Planck-Gesellschaft	Fraunhofer-Gesellschaft	Institute der "Blauen Liste"(c)	Forschungseinrichtungen des Bundes
Anzahl im Jahre 1987						
Schleswig-Holstein	10(d)	1(e)	1(f)	-	5(g)	4(h)
Bundesrepublik	192	13(i)	57(j)	34	49	41(k)
Anteil Schleswig-Holsteins an der Anzahl in der Bundesrepublik (vH)	5,2	7,7	1,8	-	10,2	9,8
Beschäftigte(l) 1984						
Schleswig-Holstein						
Beschäftigte insgesamt	8276	530	53	-	661	606
Wissenschaftliches Personal	2536	122	17	-	205,5	121
Bundesrepublik						
Beschäftigte insgesamt	221357	15522(m)	6479	2304	5095,5	14012
Wissenschaftliches Personal	80198	.	1763	819	1819,25	3470,5
Anteil der Beschäftigten in Schleswig-Holstein an der Anzahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik (vH)						
Beschäftigte insgesamt	3,7	3,4	0,8	-	13,0	4,3
Wissenschaftliches Personal	3,2	.	1,0	-	11,3	3,5
Beschäftigte(l) 1987						
Schleswig-Holstein						
Beschäftigte insgesamt	8890	533	61	-	656(n)	567
Wissenschaftliches Personal	2759	143	20	-	225,5(n)	126
Bundesrepublik						
Beschäftigte insgesamt	227992	15368	6888	3443	4945(n)	14857,5
Wissenschaftliches Personal	81494	.	1767	1491	1744,25(n)	3848
Anteil der Beschäftigten in Schleswig-Holstein an der Anzahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik (vH)						
Beschäftigte insgesamt	3,9	3,5	0,9	-	13,2(o)	3,8
Wissenschaftliches Personal	3,4	.	1,1	-	12,9(o)	3,2
Haushaltsmittel(o) 1984 (Mill. DM)						
Schleswig-Holstein	38,1(p)	94,9	.	-	70,2	57,4
Bundesrepublik	1644,3(p)	2395,9	790,4	361,0	454,3	1520,1
Anteil Schleswig-Holsteins an den Mitteln in der Bundesrepublik (vH)	2,3	4,0	.	-	15,5	3,8
Haushaltsmittel(o) 1987 (Mill. DM)						
Schleswig-Holstein	51,4(p)	96,0	.	-	78,4	46,1
Bundesrepublik	1923,2	2963,9	901,8	490,0	469,6	1722,3
Anteil Schleswig-Holsteins an den Mitteln in der Bundesrepublik (vH)	2,7	3,2	.	-	16,7	2,7
<p>(a) Universitäten, getrennt ausgewiesen deren medizinische Einrichtungen, Gesamthochschulen, Pädagogische Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen, Fachhochschulen. - (b) Einrichtungen der Arbeitsgemeinschaft Großforschungseinrichtungen. - (c) Gemeinsam von Bund und Ländern geförderte selbständige Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichen wissenschaftlichem Interesse. - (d) Universität Kiel, Universitätsklinikum Kiel, Medizinische Universität Lübeck, Pädagogische Hochschule Kiel, Pädagogische Hochschule Flensburg, Musikhochschule Lübeck, Fachhochschule Flensburg, Fachhochschule Kiel, Fachhochschule Lübeck, Fachhochschule Wedel; ohne Nordische Universität Flensburg. - (e) GISS-Forschungszenrum Geesthacht. - (f) Max-Planck-Institut für Limnologie Plön. - (g) Forschungsinstitut Borstel, Institut für Pädagogik der Naturwissenschaften an der Universität Kiel, Institut für Meereskunde an der Universität Kiel, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, getrennt ausgewiesen Zentralbibliothek der Wirtschaftswissenschaften (Abteilung des Instituts für Weltwirtschaft). - (h) Bundesanstalt für Milchwirtschaft Kiel, Bundesforschungsanstalt für gartenbauliche Pflanzenzüchtung Ahrensburg, Forschungsanstalt der Bundeswehr für Wasserschall- und Geophysik Kiel, Biologische Anstalt Helgoland. - (i) Einschließlich Max-Planck-Institut für Plasmaphysik München und ohne Max-Planck-Institute außerhalb des Bundesgebiets (1987: 2). - (k) Ohne Einrichtungen außerhalb des Bundesgebiets (1987: 6). - (l) Ohne drittmittelfinanziertes Personal. - (m) Geschätzt. - (n) Werte für 1988, da Angaben für 1987 für die Institute der "Blauen Liste" insgesamt nicht vorliegen. - (o) Institutionelle Haushalte, ohne Drittmittel. - (p) Ohne Fördermittel der DFG (u.a. Normal- und Schwerpunktverfahren, SFBs).</p>						

Quelle: Der Bundesminister für Forschung und Technologie [a; b, 1986]; Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, unveröff. Angaben); Fraunhofer-Gesellschaft [lfd. Jgg.]; Max-Planck-Gesellschaft [lfd. Jgg.]; Wissenschaftsrat [1987; 1988]; eigene Berechnungen.

Tabelle A7 - Anzahl und Mittelausstattung der an den Universitäten Schleswig-Holsteins angesiedelten Sonderforschungsbereiche 1978-1987

	SFBs in Schleswig-Holstein(a)		Gemeinsame SFBs Hamburg/Schleswig-Holstein(b)		Bundesrepublik		Anteil schleswig-holsteinsischer SFBs an der Bundesrepublik		Anteil der gemeinsamen SFBs Hamburg/Schleswig-Holstein an der Bundesrepublik	
	Anzahl	Mittelausstattung(c)	Anzahl	Mittelausstattung(c)	Anzahl	Mittelausstattung(c)	Anzahl	Mittelausstattung(c)	Anzahl	Mittelausstattung(c)
		Mill. DM		Mill. DM		Mill. DM		vH		
1978	3	7,46	1	1,46	105	225,99	2,9	3,3	1,0	0,6
1979	3	6,10	1	1,59	114	243,49	2,6	2,5	0,9	0,7
1980	4	6,99	1	1,31	120	269,49	3,3	2,6	0,8	0,5
1981	4	5,65	1	1,37	125	262,00	3,2	2,2	0,8	0,5
1982	4	9,09	1	1,41	128	282,51	3,1	3,2	0,8	0,5
1983	4	8,21	1	1,28	131	284,83	3,1	2,9	0,8	0,4
1984	3	10,48	1	1,47	147	296,10	2,0	3,5	0,7	0,5
1985	3	5,72	2	3,60	162	304,22	1,9	1,9	1,2	1,2
1986	3	7,83	1	1,80	163	314,13	1,8	2,5	0,6	0,6
1987	3	6,54	1	1,76	160	323,75	1,9	2,0	0,6	0,5

(a) SFB 17 (Skandinavistik, 1969-1983), SFB 95 (Wechselwirkung Meer/Meeresboden, 1971-1982), SFB 111 (Lymphatisches System, 1973-1987), SFB 133 (Warnwassersphäre des Atlantiks, seit 1980), SFB 313 (Sedimentation im Europäischen Nordmeer, seit 1985). - (b) SFB 86 Hamburg/Kiel (Weltwirtschaft, 1971-1985), SFB 232 Hamburg/Lübeck (Rezeptordefekte, seit 1985). - (c) Ohne Reisekosten von Gutachtern, und Mitgliedern des SFB auf Kongreßreisen.

Quelle: DFG [lfd. Jgg.].

Tabelle A8 - Anzahl und Mittelausstattung aller zwischen 1968 und 1987 geförderten Sonderforschungsbereiche in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nach Fachbereichen

	SFBS in Schleswig-Holstein		Gemeinsame SFBS Hamburg/Schleswig-Holstein		SFBS in der Bundesrepublik		Anteil schleswig-holsteinischer SFBS an der Bundesrepublik		Anteil der gemeinsamen SFBS Hamburg/Schleswig-Holstein	
	Anzahl	Fördermittel Mill. DM	Anzahl	Fördermittel Mill. DM	Anzahl	Fördermittel Mill. DM	Anzahl	Fördermittel	Anzahl	Fördermittel
	vB									
Geisteswissenschaften insgesamt(a)	1	36,0	1	19,2	41	484,5	2,4	7,4	2,4	4,0
Gesellschaftswissenschaften	0	0	1	19,2	23	231,6	0	0	4,3	8,3
Erziehungswissenschaften, Psychologie	0	0	0	0	2	34,1	0	0	0	0
Geschichts- und Kulturwissenschaften	1	36,0	0	0	8	161,1	12,5	22,3	0	0
Sprach- und Literaturwissenschaften	0	0	0	0	8	57,8	0	0	0	0
Biologie und Medizin insgesamt(a)	1	25,7	1	6,1	96	1676,8	1,0	1,5	1,0	0,4
Medizin	1	25,7	1	6,1	53	1054,4	1,9	2,4	1,9	0,6
Biologie	0	0	0	0	33	501,7	0	0	0	0
Landwirtschaft und Gartenbau, Veterinärmedizin, Forst- und Holzwissenschaften	0	0	0	0	10	120,6	0	0	0	0
Naturwissenschaften insgesamt(a)	3	73,7	0	0	64	979,6	4,7	7,5	0	0
Mathematik	0	0	0	0	5	82,3	0	0	0	0
Physik	0	0	0	0	30	416,7	0	0	0	0
Chemie	0	0	0	0	13	148,1	0	0	0	0
Geowissenschaften	3	73,7	0	0	16	332,5	18,8	22,2	0	0
Ingenieurwissenschaften insgesamt(a)	0	0	0	0	65	1033,7	0	0	0	0
Allgemeine Ingenieurwissenschaften und Maschinenwesen	0	0	0	0	43	722,7	0	0	0	0
Architektur, Städtebau und Bauingenieurwesen	0	0	0	0	13	227,5	0	0	0	0
Elektrotechnik	0	0	0	0	6	57,5	0	0	0	0
Informatik	0	0	0	0	3	25,9	0	0	0	0
SFBS insgesamt(a)	5	135,4	2	25,3	266	4174,6	1,9	3,2	0,8	0,6

(a) Jeweils ohne Reisekosten von Gutachtern und Mitgliedern des SFB auf Kongreßreisen.

Quelle: Wie Tabelle A7.

Tabelle A9 - Ausbildungsstand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (a) nach Bundesländern 1988

	Insgesamt	Arbeiter	darunter: mit abgeschlossener Berufsausbildung	Angestellte	darunter: mit abgeschlossener Berufsausbildung	Anteil der Facharbeiter an den Arbeitern	Anteil der Ausgebildeten an den SVFB(b)
Schleswig-Holstein	648,6	347,1	168,2	301,5	267,2	48,5	67,1
Hamburg	636,7	249,9	122,1	386,6	361,7	48,9	76,0
Niedersachsen	1913,7	1059,5	474,3	854,2	755,4	44,8	64,3
Bremen	253,4	122,7	60,4	130,8	119,1	49,2	70,8
Nordrhein-Westfalen	5094,0	2666,8	1268,9	2427,1	2195,4	47,6	68,0
Hessen	1823,3	867,8	410,8	955,5	880,6	47,3	70,8
Rheinland-Pfalz	1013,4	552,2	264,5	461,2	414,9	47,9	67,0
Baden-Württemberg	3238,9	1746,7	772,2	1492,2	1355,7	44,2	65,7
Bayern	3570,3	1958,7	888,6	1611,6	1468,5	45,4	66,0
Saarland	313,0	199,6	83,1	133,4	120,3	46,3	65,0
Berlin (West)	642,6	320,7	118,6	321,9	302,0	37,0	65,5
Bundesrepublik	19147,9	10091,7	4631,5	9076,3	8240,9	46,0	67,2

(a) Vollzeitkräfte. - (b) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Quelle: Statistisches Bundesamt [d]; eigene Berechnungen.

Tabelle A10 - Anteil der Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung (a) im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg 1970 und 1987 (vH) (b)

	1970		1987	
	Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg	Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	49,0	50,7	59,7	62,9
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	42,4	32,8	50,5	43,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glas	44,4	43,0	51,4	52,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	44,1	40,1	59,5	50,2
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von ADV-Einrichtungen	73,0	61,7	75,5	66,0
Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren	49,7	45,0	66,8	57,4
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	52,2	50,2	57,0	59,1
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	51,4	33,6	61,4	41,4
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	51,1	54,1	52,5	56,4
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	54,5	48,9	63,9	58,4
(a) Beamte, Angestellte, Facharbeiter, Gesellen; jeweils ohne noch in der Ausbildung befindliche Arbeitnehmer. - (b) Anteil an der Arbeitnehmerzahl im jeweiligen Wirtschaftszweig insgesamt.				

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [a; b]; Statistisches Bundesamt [e; s]; eigene Berechnungen.

Tabelle A11 - Arbeitsproduktivität in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik 1970-1987 (vH) - Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate

	Schleswig-Holstein				Bundesrepublik			
	1970-77	1977-83	1983-86	1983-87	1970-77	1977-83	1983-86	1983-87
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	11,6	1,6	2,7	-2,2	11,0	2,5	3,1	-0,5
Warenproduzierendes Gewerbe	10,5	4,8	5,3	4,7	8,9	5,7	5,0	4,5
Wasserversorgung, Energie, Bergbau(a)	.	6,8	4,9	5,5	.	7,0	4,4	1,5
Verarbeitendes Gewerbe(a)	.	4,5	4,7	4,2	.	5,5	5,1	4,9
Baugewerbe(a)	.	3,7	4,4	3,4	.	5,7	4,8	4,6
Handel und Verkehr	8,8	5,2	4,4	3,8	8,5	5,7	3,7	3,2
Handel(a)	.	5,3	4,1	3,6	.	5,7	3,3	2,9
Verkehr(a)	.	5,1	4,7	4,0	.	5,4	4,1	3,6
Dienstleistungsunternehmen	10,1	5,7	3,8	3,6	10,1	7,2	3,5	3,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe(a)	.	10,0	2,2	1,3	.	9,2	1,6	0,9
Sonstige Dienstleistungen(a,b)	.	5,0	4,2	4,1	.	6,7	4,1	4,0
Staat, Private Haushalte, Private Organisationen	9,0	4,7	2,4	2,8	9,0	4,2	2,5	2,6
Staat(a)	.	4,8	2,8	3,0	.	4,5	3,4	3,1
Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter(a)	.	5,4	2,1	3,3	.	3,7	0,9	1,9
Insgesamt	10,1	5,0	4,2	3,7	9,4	6,0	4,2	3,9

(a) Eigene Schätzungen. - (b) Einschließlich Wohnungsvermietung.

Quelle: Wie Tabellen 5 und 7.

Tabelle A12 - Tariflöhne der Arbeiter in Schleswig-Holstein im Verhältnis zur Bundesrepublik 1968-1987 (vH) (a)

	Höchste Lohngruppe					Facharbeiterlöhne					Niedrigste Lohngruppe				
	1968	1970	1975	1980	1987	1968	1970	1975	1980	1987	1968	1970	1975	1980	1987
Metallbe- und -verarbeitende Industrie	106	105	100	100	100	103	103	100	100	100	101	100	99	99	101
Chemische Industrie	97	97	101	100	99	97	97	101	100	100	98	97	100	99	99
Kunststoffverarbeitende Industrie	95	96	103	101	101	89	99	103	101	102	102	100	105	104	104
Holzverarbeitende Industrie	97	94	88	87	85	101	100	96	96	96	101	99	98	97	99
Zellstoffherzeugung	101	100	109	101	101	93	92	102	98	98	99	95	107	102	102
Brot- und Backwarenherstellung	100	101	102	101	96	103	104	104	104	102	106	107	106	103	102
Braugewerbe	103	97	98	99	100	103	98	99	99	100	109	104	101	100	101
Fleischwarenindustrie	108	104	102	101	99	108	106	103	102	101	116	111	107	106	104
Milchverwertung	112	107	103	103	102	98	99	101	101	100	93	98	98	102	101

(a) Bundesrepublik = 100.

Quelle: Statistisches Bundesamt [q]; eigene Berechnungen.

Tabelle A13 - Tariflöhne der Arbeiter in Schleswig-Holstein im Verhältnis zum höchsten Landeswert 1968-1987 (vH) (a)

	Höchste Lohngruppe					Facharbeiterlöhne					Niedrigste Lohngruppe				
	1968	1970	1975	1980	1987	1968	1970	1975	1980	1987	1968	1970	1975	1980	1987
Metallbe- und -verarbeitende Industrie	97	97	98	98	99	97	97	100	100	100	94	93	96	98	100
Chemische Industrie	92	93	96	96	96	92	93	97	97	97	95	95	98	97	98
Kunststoffverarbeitende Industrie	84	93	95	96	96	98	93	97	97	97	95	95	98	97	98
Holzverarbeitende Industrie	90	80	74	73	66	96	96	81	80	80	94	92	89	90	91
Zellstoffherzeugung	89	92	100	97	97	77	80	95	94	94	94	84	100	100	100
Brot- und Backwarenherstellung	86	87	88	87	87	94	99	95	94	95	100	100	97	96	97
Braugewerbe	98	86	94	96	97	98	95	95	96	97	100	96	97	95	96
Fleischwarenindustrie	100	100	99	98	98	100	100	100	98	98	100	100	100	100	98
Milchverwertung	100	96	98	92	92	92	93	98	98	95	84	90	91	96	95

(a) Höchster Landeswert = 100.

Quelle: Wie Tabelle A12.

Tabelle A14 - Bruttostundenverdienste der Arbeiter in ausgewählten Bundesländern und Wirtschaftszweigen 1970-1988 (DM)

	1970	1975	1980	1985	1987	1988	1970	1975	1980	1985	1987	1988
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie												
	männlich, Lohngruppe 1						männlich, Lohngruppe 2					
Schleswig-Holstein	6,02	10,98	14,70	17,95	19,46	19,86	5,59	9,53	12,95	16,85	17,62	18,33
Hessen	6,57	10,76	14,66	18,49	19,93	20,81	6,14	9,99	13,47	16,79	18,03	18,91
Baden-Württemberg	6,30	10,43	14,22	17,68	19,37	20,03	5,85	9,59	12,86	16,09	17,54	18,21
Bayern	5,82	10,11	13,35	17,03	18,40	19,04	5,64	9,57	12,65	15,60	16,94	17,57
	männlich, Lohngruppe 3						weiblich, Lohngruppe 1					
Schleswig-Holstein	5,62	8,93	12,12	14,04	14,98	15,79	.	8,18	11,85	12,61	13,60	14,44
Hessen	5,53	9,07	11,95	14,30	15,48	19,62	5,54	9,32	12,35	16,07	17,31	18,45
Baden-Württemberg	5,51	8,74	11,84	14,69	15,93	18,97	5,02	8,99	12,14	15,06	16,88	17,77
Bayern	5,05	8,53	11,37	14,27	15,46	18,08	4,41	8,42	10,98	14,48	15,14	15,82
	weiblich, Lohngruppe 2						weiblich, Lohngruppe 3					
Schleswig-Holstein	4,57	7,79	10,51	13,17	14,93	14,60	4,28	7,55	10,15	12,06	12,97	13,60
Hessen	4,70	8,33	11,29	14,24	15,44	16,09	4,41	7,77	10,30	13,12	14,03	14,62
Baden-Württemberg	4,68	7,97	10,93	13,32	14,45	15,01	4,41	7,27	9,72	12,29	13,26	13,71
Bayern	4,17	7,46	10,07	12,40	13,45	13,99	3,84	7,00	9,43	11,67	12,30	12,79
Chemische Industrie												
	männlich, Lohngruppe 1						männlich, Lohngruppe 2					
Schleswig-Holstein	6,25	10,37	14,00	18,14	19,33	18,74	5,65	9,48	12,33	18,41	18,99	19,71
Hessen	7,13	11,63	15,75	19,80	21,16	22,15	6,56	10,65	14,43	17,91	19,05	19,99
Baden-Württemberg	6,50	10,45	14,03	17,62	19,38	20,10	5,93	9,52	12,69	16,06	17,42	18,02
Bayern	5,99	10,08	13,65	17,42	18,94	19,56	5,65	9,47	12,52	15,57	16,96	17,54
	männlich, Lohngruppe 3						weiblich, Lohngruppe 1					
Schleswig-Holstein	5,58	8,85	11,16	13,91	14,78	15,63	.	7,98	.	13,08	15,48	15,83
Hessen	5,54	9,47	11,81	15,00	16,19	16,61	5,83	9,72	13,06	16,36	17,59	18,83
Baden-Württemberg	5,45	7,95	10,99	13,30	14,63	15,67	4,90	9,40	12,64	14,80	16,08	17,10
Bayern	4,59	8,28	10,94	13,03	14,23	14,85	4,29	8,25	11,11	14,16	15,54	16,33
	weiblich, Lohngruppe 2						weiblich, Lohngruppe 3					
Schleswig-Holstein	4,69	7,44	10,21	13,14	14,21	14,47	4,29	7,26	9,73	11,98	12,73	13,29
Hessen	4,84	8,63	11,63	14,51	15,72	16,39	4,34	7,93	10,52	13,39	14,20	14,76
Baden-Württemberg	4,60	8,04	11,00	13,42	14,54	15,18	4,30	7,17	9,38	12,09	12,97	13,43
Bayern	4,00	7,25	9,82	12,39	13,42	14,01	3,63	6,78	8,98	11,53	11,70	12,20
/Investitionsgüterindustrie												
	männlich, Lohngruppe 1						männlich, Lohngruppe 2					
Schleswig-Holstein	6,19	9,96	13,59	17,00	18,41	19,11	5,17	8,53	11,60	14,45	15,84	16,39
Hessen	6,63	10,49	14,26	17,64	19,41	20,19	5,79	9,06	12,45	16,28	18,29	19,05
Baden-Württemberg	6,67	10,94	14,71	18,31	20,28	21,15	6,16	9,87	13,41	16,77	18,42	19,08
Bayern	6,12	10,04	13,59	16,82	18,51	19,30	5,56	8,83	12,10	15,09	16,69	17,36

noch Tabelle A14

	1970	1975	1980	1985	1987	1988	1970	1975	1980	1985	1987	1988
Investitionsgüterindustrie												
	männlich, Lohngruppe 3						weiblich, Lohngruppe 1					
Schleswig-Holstein	4,66	7,71	10,26	12,36	13,83	14,47	4,73	8,82	12,05	14,45	16,17	16,85
Hessen	5,14	7,95	11,00	13,51	14,72	15,28	5,24	9,08	12,53	15,66	17,08	17,48
Baden-Württemberg	5,54	8,90	12,07	15,24	16,76	17,36	5,12	9,36	12,71	15,50	16,99	17,86
Bayern	4,73	7,70	11,18	14,24	15,88	16,51	4,50	8,72	11,31	14,53	16,05	16,70
	weiblich, Lohngruppe 2						weiblich, Lohngruppe 3					
Schleswig-Holstein	4,65	7,58	10,27	12,80	13,98	14,45	4,11	6,75	9,31	11,91	13,01	13,55
Hessen	4,76	7,50	10,38	13,30	14,57	15,11	4,10	6,90	9,63	12,05	13,33	14,02
Baden-Württemberg	4,87	8,44	11,49	14,61	15,78	16,24	4,65	7,70	10,47	12,95	14,33	14,88
Bayern	4,31	7,31	10,02	12,52	13,88	14,41	4,06	6,77	9,64	12,00	13,29	14,05
Maschinen- und Lokomotivbau												
	männlich, Lohngruppe 1						männlich, Lohngruppe 2					
Schleswig-Holstein	6,16	10,63	14,12	17,37	18,96	19,66	5,20	8,84	11,64	14,31	15,37	16,00
Hessen	6,70	10,48	13,99	17,17	18,96	19,75	5,79	9,05	12,26	15,38	16,91	17,56
Baden-Württemberg	6,64	10,81	14,33	17,72	19,65	20,38	6,04	9,65	12,98	15,96	17,88	18,45
Bayern	6,24	10,16	13,57	16,67	18,44	19,09	5,73	9,23	12,42	15,41	17,12	17,65
	männlich, Lohngruppe 3						weiblich, Lohngruppe 1					
Schleswig-Holstein	4,60	8,09	10,13	11,92	13,70	14,34		10,32	13,66	15,25	16,67	17,89
Hessen	5,44	8,41	11,44	13,86	15,26	15,67	5,82	8,77	12,06	14,31	15,58	16,24
Baden-Württemberg	5,50	9,07	12,07	15,22	17,20	17,62	5,99	9,11	12,13	14,90	16,46	17,27
Bayern	4,91	7,84	10,21	13,14	14,46	15,13	4,91	8,29	11,18	13,38	14,41	14,96
	weiblich, Lohngruppe 2						weiblich, Lohngruppe 3					
Schleswig-Holstein	5,02	8,35	10,79	13,46	14,75	15,29	4,03	6,99	9,29	11,87	13,04	13,60
Hessen	4,82	7,63	10,49	12,92	14,21	14,48	4,22	7,17	10,03	12,16	13,29	13,98
Baden-Württemberg	4,96	8,24	10,93	13,67	15,19	15,65	4,73	7,95	10,44	13,14	14,52	15,03
Bayern	4,42	7,73	10,28	12,80	14,06	14,63	4,26	7,03	9,61	11,66	12,88	13,42
Verbrauchsgüterindustrie												
	männlich, Lohngruppe 1						männlich, Lohngruppe 2					
Schleswig-Holstein	6,98	11,71	15,49	18,56	20,40	21,16	5,71	9,63	13,22	15,83	16,60	17,07
Hessen	6,65	10,62	14,14	17,23	18,73	19,21	5,56	9,06	12,29	14,83	16,05	16,51
Baden-Württemberg	6,01	10,19	13,74	16,94	18,58	19,38	5,29	8,77	12,09	14,84	16,05	16,71
Bayern	5,84	9,74	13,10	15,87	17,16	17,82	5,00	8,45	11,40	14,05	15,12	15,63
	männlich, Lohngruppe 3						weiblich, Lohngruppe 1					
Schleswig-Holstein	5,09	9,13	11,03	14,13	15,93	16,54	4,48	7,77	10,76	13,60	14,43	15,66
Hessen	4,91	8,04	11,06	13,61	14,80	15,47	4,71	7,93	10,53	12,68	14,10	14,48
Baden-Württemberg	4,72	8,05	11,29	13,62	15,10	15,78	4,60	8,12	10,92	13,46	14,34	14,93
Bayern	4,60	7,58	10,20	12,56	13,62	14,07	4,27	7,56	9,96	12,11	13,17	13,70

noch Tabelle A14

	1970	1975	1980	1985	1987	1988	1970	1975	1980	1985	1987	1988
	Verbrauchsgüterindustrie											
	weiblich, Lohngruppe 2						weiblich, Lohngruppe 3					
Schleswig-Holstein	4,22	7,30	9,60	11,68	12,58	12,98	3,99	6,65	9,16	11,36	11,87	12,28
Hessen	4,07	6,85	9,34	11,46	12,24	12,75	3,73	6,51	8,61	10,85	11,88	12,34
Baden-Württemberg	4,17	7,25	9,78	11,99	12,76	13,22	3,91	6,71	9,08	11,10	12,17	12,65
Bayern	3,94	6,72	9,00	11,16	11,98	12,46	3,72	6,40	8,60	10,63	11,47	12,00
	Nahrungs- und Genussmittelindustrie											
	männlich, Lohngruppe 1						männlich, Lohngruppe 2					
Schleswig-Holstein	5,70	9,96	13,07	16,56	17,49	18,18	5,15	9,27	12,23	14,58	15,49	16,06
Hessen	5,78	9,96	13,40	16,58	17,53	18,08	4,94	8,41	11,53	14,38	15,19	15,64
Baden-Württemberg	6,02	9,83	13,49	16,89	18,11	18,82	5,41	9,13	12,40	15,47	16,44	17,19
Bayern	5,52	9,67	13,03	15,99	17,27	18,07	4,80	8,27	11,33	14,13	15,13	15,64
	männlich, Lohngruppe 3						weiblich, Lohngruppe 1					
Schleswig-Holstein	4,85	8,07	11,11	13,38	14,11	14,52	4,26	7,03	10,13	13,56	15,07	15,77
Hessen	4,92	7,99	11,14	13,49	14,28	14,54	3,44	7,90	11,14	14,27	15,18	15,52
Baden-Württemberg	5,15	8,58	11,67	13,80	14,86	15,39	3,16	6,23	8,57	13,65	14,75	14,99
Bayern	4,55	7,72	10,56	13,14	14,04	14,61	4,02	7,95	10,33	12,95	14,25	14,40
	weiblich, Lohngruppe 2						weiblich, Lohngruppe 3					
Schleswig-Holstein	3,77	6,54	9,76	12,25	13,57	14,71	3,66	6,45	8,39	10,34	11,03	11,34
Hessen	3,56	6,51	9,01	11,48	12,18	12,57	3,76	6,35	8,51	10,51	11,30	11,78
Baden-Württemberg	3,82	6,77	9,22	12,17	13,24	13,74	3,93	6,73	9,15	11,14	11,95	12,43
Bayern	3,79	6,95	9,36	11,76	13,03	13,47	3,60	6,25	8,80	10,95	11,48	12,02

Quelle: Wie Tabelle A12.

Tabelle A15 - Bruttomonatsverdienste der technischen Angestellten in Schleswig-Holstein in ausgewählten Wirtschaftszweigen 1970-1988 (Bundesrepublik = 100)

1970	1975	1980	1985	1987	1988	1970	1975	1980	1985	1987	1988
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie											
männlich, Gehaltsgruppe II						männlich, Gehaltsgruppe V					
102,3	94,1	98,1	98,6	97,7	97,7	90,8	93,3
weiblich, Gehaltsgruppe II						weiblich, Gehaltsgruppe V					
110,2	.	.	96,3	93,3	95,3	103,5	104,5	102,0	105,0	100,9	100,7
Chemische Industrie											
männlich, Gehaltsgruppe II						männlich, Gehaltsgruppe V					
110,3	89,7	99,0	96,6	95,3	93,8
weiblich, Gehaltsgruppe II						weiblich, Gehaltsgruppe V					
112,1	.	.	.	89,1	91,9	.	104,3	102,7	105,1	100,8	102,4
Investitionsgüterindustrie											
männlich, Gehaltsgruppe II						männlich, Gehaltsgruppe V					
95,9	98,9	95,7	94,9	94,4	94,5	78,9	117,2	106,6	90,9	.	.
weiblich, Gehaltsgruppe II						weiblich, Gehaltsgruppe V					
.	.	.	96,4	97,9	95,7	102,9	95,0	104,4	92,1	86,0	91,8
Maschinen- und Lokomotivbau											
männlich, Gehaltsgruppe II						männlich, Gehaltsgruppe V					
95,4	103,4	98,6	100,2	99,8	99,6
weiblich, Gehaltsgruppe II						weiblich, Gehaltsgruppe V					
.	.	.	.	93,0	95,6	103,8	96,9
Verbrauchsgüterindustrie											
männlich, Gehaltsgruppe II						männlich, Gehaltsgruppe V					
94,7	105,8	108,2	104,1	104,0	102,7	.	115,0	125,1	114,6	116,9	118,5

noch Tabelle A15

1970	1975	1980	1985	1987	1988	1970	1975	1980	1985	1987	1988
Verbrauchsgüterindustrie											
weiblich, Gehaltsgruppe II						weiblich, Gehaltsgruppe V					
.	87,9	85,0	101,2	99,7	98,3	95,9	103,0	115,4	.	.	94,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrie											
männlich, Gehaltsgruppe II						männlich, Gehaltsgruppe V					
93,5	96,5	96,3	96,8	96,1	96,1
weiblich, Gehaltsgruppe II						weiblich, Gehaltsgruppe V					
.	93,6	96,9	.	.	.	93,4
Handel, Kreditwesen und Versicherungen(a)											
männlich, Gehaltsgruppe II						männlich, Gehaltsgruppe V					
88,4	93,5	94,4	91,2	91,5	91,7	74,0	104,9	97,6	102,6	105,1	99,9
weiblich, Gehaltsgruppe II						weiblich, Gehaltsgruppe V					
97,2	88,2	95,1	95,3	93,8	93,2	78,4	127,3	98,8	97,5	91,8	93,7
(a) Kaufmännische Angestellte.											

Quelle: Statistisches Bundesamt [p]; eigene Berechnungen.

Tabelle A16 - Arbeitsstätten im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik nach Anzahl der Beschäftigten 1987 (a)

	Arbeitsstätten	Beschäftigte	Beschäftigte je Arbeitsstätte	Anteil der Arbeitsstätten mit ... Beschäftigten (vH)						
				1-9	10-19	20-49	50-99	100-199	200-499	500 und darüber
insgesamt										
Schleswig-Holstein										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	11915	219677	18	73,0	14,1	7,2	2,8	1,5	0,9	0,5
Chemische Industrie	185	14010	76	48,1	13,0	15,7	5,9	7,6	6,5	3,2
Herstellung von Kunststoff- und Gummivaren	251	6810	27	55,4	20,3	12,4	6,0	3,6	2,0	0,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glas	697	10749	16	79,3	10,2	6,1	3,1	0,6	0,3	0,4
Metallerzeugung und -verarbeitung	1023	9063	9	80,4	12,1	5,4	1,2	0,5	0,5	.
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, RDV-Einrichtungen	2615	63592	24	64,2	17,8	10,5	3,8	1,8	1,3	0,6
Maschinenbau	674	31009	46	54,0	16,9	12,2	7,3	5,3	2,7	1,6
Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen	52	2604	50	57,7	15,4	15,4	.	3,8	5,8	1,9
Elektrotechnik, Feinkeramik, Herstellung von EBM-Waren	1962	46966	24	74,8	12,3	6,6	2,6	1,8	1,1	0,8
Holz, Papier und Druckgewerbe	1900	28232	15	76,3	13,5	5,7	2,5	1,3	0,4	0,4
Leder-, Textil- und Bekleidungsgerbe	1485	8052	5	92,9	3,7	1,9	0,7	0,3	0,4	0,1
Ernährungsgewerbe	1807	32201	18	62,4	22,0	9,0	3,5	1,8	1,1	0,2
Bundesrepublik										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	360463	8352400	23	73,6	12,7	7,5	2,8	1,7	1,1	0,6
Chemische Industrie	4750	572968	121	49,1	14,6	13,7	8,2	5,6	4,9	3,9
Herstellung von Kunststoff- und Gummivaren	8889	362074	43	50,5	18,1	16,2	7,0	4,3	2,7	1,2
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glas	17536	323197	18	72,3	12,7	8,8	3,3	1,3	1,1	0,4
Metallerzeugung und -verarbeitung	30876	663688	21	78,3	10,7	6,2	2,0	1,3	0,9	0,6
Stahl-, Maschinen und Fahrzeugbau, RDV-Einrichtungen	65701	2518693	38	65,7	15,3	10,4	3,8	2,2	1,6	1,0
Maschinenbau	19828	1103587	56	48,3	17,6	16,2	7,5	4,9	3,6	2,0
Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen	2277	735981	323	44,7	13,7	13,7	7,1	6,9	6,3	7,6
Elektrotechnik, Feinkeramik, Herstellung von EBM-Waren	58282	1676271	29	71,8	11,9	0,3	0,1	0	0	.
Holz, Papier und Druckgewerbe	60351	821821	14	76,9	12,1	6,6	2,2	1,2	0,8	0,2
Leder-, Textil- und Bekleidungsgerbe	51035	607087	12	84,6	5,6	5,1	2,9	1,4	0,8	0,2
Ernährungsgewerbe	63043	784601	12	74,5	17,1	5,7	1,5	0,9	0,5	0,2

(a) Stand am 25.5.1987.

Quelle: Statistisches Bundesamt [1989].

Tabelle A17 - Anteil der Bevölkerung in Haushalten mit Anschluß an das Erdgasnetz in Schleswig-Holstein und anderen Flächenländern 1985 (vH)

Schleswig-Holstein(a)	36,0
ROR 1 Schleswig	11,9
2 Mittelholstein	42,9
3 Dithmarschen	31,1
4 Ostholstein	52,0
5 Hamburg und Hamburger Umland	39,1
andere Flächenländer	
Niedersachsen	45,1
Nordrhein-Westfalen	45,7
Hessen	31,8
Rheinland-Pfalz	30,7
Baden-Württemberg	27,6
Bayern	19,2
Saarland	31,9
Bundesrepublik	35,1
(a) Nach Raumordnungsregionen.	

Quelle: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung [1988]; eigene Berechnungen.

Tabelle A18 - Gebühren für Wasser und Abwasser im regionalen Vergleich 1988

	Einfami- lienhaus, 150 cbm/ Jahr	Vier-Fami- lienhaus, 400 cbm/ Jahr	Indu- strie, 7500 cbm/Jahr	Industrie 100000 cbm/Jahr	Abwasser je cbm
Durchschnittspreise(a,b) in DM					
Flensburg	1,59	1,44	1,38	1,21	1,48
Kiel	1,84	1,69	1,62	1,50	.
Lübeck	2,20	1,95	1,83	1,81	1,76
Zum Vergleich: Hamburg	2,60	2,25	2,23	1,97	2,75
Bundesrepublik					
Durchschnitt					
aller Wasserwerke(c)	2,40	2,08	1,94	1,84	1,87(d)
teuerstes Wasserwerk	3,71	3,27	3,23	3,16	3,75
billigstes Wasserwerk	1,17	1,06	0,97	0,95	0,87
in vH des Bundesdurchschnitts(c)					
Flensburg	66,2	69,2	71,1	65,6	79,2
Kiel	76,6	81,3	83,4	81,4	.
Lübeck	91,6	93,8	94,6	97,9	94,1
Zum Vergleich: Hamburg	108,2	108,2	115,1	106,8	147,1
(a) Zusammengesetzt aus Grundpreis und Mengenpreis. - (b) Ohne MWSt. -					
(c) Durchschnitt aller in den Wasserpreisvergleich einbezogenen Wasserwerke. - (d) Geschätzt.					

Quelle: Bundesverband der Energieabnehmer [c]; eigene Berechnungen.

Tabelle A19 - Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B in Schleswig-Holstein und den übrigen Bundesländern 1971-1988

	Gewerbesteuer vom Ertrag und vom Kapital						Durchschnitt- liche jähr- liche Verän- derung (vH)	Grundsteuer B						Durchschnitt- liche jähr- liche Verän- derung (vH)
	1971	1975	1980	1985	1987	1988	1971-88	1971	1975	1980	1985	1987	1988	1971-88
Schleswig-Holstein														
Kreisfreie Städte														
Flensburg	285	339	340	340	340	340	1,04	290	336	339	350	350	350	1,11
Kiel	285	300	350	350	400	400	2,01	300	375	375	375	375	375	1,32
Lübeck	280	310	345	355	355	400	2,12	300	330	350	360	360	360	1,08
Neumünster	285	310	350	350	350	350	1,22	300	350	350	350	350	350	0,91
Landkreise														
Dithmarschen	296	299	280	285	291	288	-0,16	224	240	231	234	234	235	0,28
Herzogtum														
Lauenburg	280	271	291	294	298	300	0,41	222	229	242	248	248	248	0,65
Nordfriesland	291	304	299	300	298	303	0,24	220	243	245	255	257	257	0,92
Ostholstein	290	302	299	302	307	310	0,39	214	239	248	261	264	268	1,33
Pinneberg	277	287	293	293	292	297	0,41	228	236	234	235	235	244	0,40
Plön	288	290	297	302	302	301	0,26	221	240	245	258	258	261	0,98
Rendsburg-														
Eckernförde	291	294	289	291	290	291	0,00	229	238	241	246	249	249	0,49
Schleswig-														
Flensburg	291	299	290	298	299	298	0,14	221	239	241	250	251	252	0,78
Segeberg	289	289	291	290	290	309	0,39	218	221	227	228	227	230	0,32
Steinburg	283	292	283	284	288	279	-0,08	223	249	257	255	254	255	0,79
Stormarn	289	294	291	293	293	293	0,08	224	230	223	233	233	233	0,23

	Gewerbsteuer vom Ertrag und vom Kapital						Durchschnitt- liche jähr- liche Verän- derung (vH)	Grundsteuer B						Durchschnitt- liche jähr- liche Verän- derung (vH)
	1971	1975	1980	1985	1987	1988	1971-88	1971	1975	1980	1985	1987	1988	1971-88
Schleswig-Holstein	286	298	308	310	316	320	0,66	247	269	272	272	273	274	0,61
Ø Kreisfreie Städte	283	310	346	351	370	385	1,83	299	360	359	363	363	363	1,15
Ø Landkreise	287	292	291	293	294	297	0,20	222	236	239	244	245	247	0,63
Niedersachsen	294	313	339	345	344	346	0,96	266	289	294	310	311	314	0,98
Ø Kreisfreie Städte	299	326	379	391	415	397	1,68	318	327	334	379	381	387	1,16
Ø Landkreise	290	307	317	321	319	319	0,56	234	266	277	284	284	287	1,21
Nordrhein-Westfalen	254	272	311	373	383	391	2,57	231	255	262	295	307	316	1,86
Ø Kreisfreie Städte	249	281	337	407	416	426	3,21	249	275	284	331	345	357	2,14
Ø Landkreise	259	262	283	336	348	355	1,87	210	230	237	261	271	278	1,66
Hessen	308	340	349	385	390	390	1,40	245	260	256	277	280	280	0,79
Ø Kreisfreie Städte	325	388	396	461	467	468	2,17	312	336	334	391	397	397	1,43
Ø Landkreise	290	300	313	317	322	322	0,62	192	205	209	218	221	221	0,83
Rheinland-Pfalz	294	321	341	345	346	351	1,05	240	272	276	287	286	291	1,14
Ø Kreisfreie Städte	300	331	368	385	384	388	1,52	249	285	294	323	322	334	1,74
Ø Landkreise	290	314	319	315	318	320	0,58	234	262	265	266	266	268	0,80
Baden-Württemberg	309	339	326	334	336	338	0,53	214	238	243	251	253	254	1,01

noch Tabelle A19

	Gewerbsteuer vom Ertrag und vom Kapital						Durchschnitt- liche jähr- liche Verän- derung (vH)	Grundsteuer B						Durchschnitt- liche jähr- liche Verän- derung (vH)
	1971	1975	1980	1985	1987	1988	1971-88	1971	1975	1980	1985	1987	1988	1971-88
Ø Kreisfreie Städte	326	381	360	369	377	378	0,87	251	271	271	276	276	278	0,60
Ø Landkreise	301	322	313	319	320	322	0,40	198	221	232	243	245	246	1,29
Bayern	312	359	356	362	362	362	0,88	272	298	299	303	304	304	0,66
Ø Kreisfreie Städte	329	410	404	416	417	417	1,40	305	333	325	332	332	332	0,50
Ø Landkreise	292	314	314	313	313	315	0,45	240	266	278	283	284	285	1,02
Saarland	311	344	378	403	417	418	1,75	207	216	251	289	308	309	2,38
Ø Kreisfreie Städte	330	-	-	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	-
Ø Landkreise	305	344	378	403	417	418	1,87	203	216	251	289	308	309	2,50
Hamburg	285	335	365	435	435	415	2,24	250	230	280	360	360	380	2,49
Bremen	240	300	385	420	420	420	3,35	250	250	330	420	440	440	3,38
Berlin West	270	300	200	200	200	200	-2,08	300	400	400	400	400	400	1,71
Ø Bundesrepublik	286	316	330	356	359	362	1,40	245	268	274	295	299	303	1,26
Ø Kreisfreie Städte	288	333	356	393	395	399	1,94	274	298	308	344	350	357	1,57
Ø Landkreise	284	299	307	322	326	330	0,89	215	239	248	260	264	266	1,26

Quelle: Statistisches Bundesamt [n]; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein [n].

Tabelle A20 - Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B in Schleswig-Holstein und den übrigen Bundesländern im Vergleich zum Bundesdurchschnitt 1971-1988 (a)

	Gewerbesteuer vom Ertrag und vom Kapital					Grundsteuer B				
	1971	1975	1980	1985	1988	1971	1975	1980	1985	1988
Schleswig-Holstein										
Kreisfreie Städte										
Flensburg	99,0	101,8	95,5	86,5	85,2	105,8	112,8	110,1	101,7	98,0
Kiel	99,0	90,1	98,3	89,1	100,3	109,5	125,8	121,8	109,0	105,0
Lübeck	97,2	93,1	96,9	90,3	100,3	109,5	110,7	113,6	104,7	100,8
Neumünster	99,0	93,1	98,3	89,1	87,7	109,5	117,4	113,6	101,7	98,0
Landkreise										
Dithmarschen	104,2	100,0	91,2	88,5	87,3	104,2	100,4	93,1	90,0	88,3
Herzogtum Lauenburg	98,6	90,6	94,8	91,3	90,9	103,3	95,8	97,6	95,4	93,2
Nordfriesland	102,5	101,7	97,4	93,2	91,8	102,3	101,7	98,8	98,1	96,6
Ostholstein	102,1	101,0	97,4	93,8	93,9	99,5	100,0	100,0	100,4	100,8
Pinneberg	97,5	96,0	95,4	91,0	90,0	106,0	98,7	94,4	90,4	91,7
Plön	101,4	97,0	96,7	93,8	91,2	102,8	100,4	98,8	99,2	98,1
Rendsburg-Eckernförde	102,5	98,3	94,1	90,4	88,2	106,5	99,6	97,2	94,6	93,6
Schleswig-Flensburg	102,5	100,0	94,5	92,5	90,3	102,8	100,0	97,2	96,2	94,7
Segeberg	101,8	96,7	94,8	90,1	93,6	101,4	92,5	91,5	87,7	86,5
Steinburg	99,6	97,7	92,2	88,2	84,5	103,7	104,2	103,6	98,1	95,9
Stormarn	101,8	98,3	94,8	91,0	88,8	104,2	96,2	89,9	89,6	87,6

noch Tabelle A20

	Gewerbsteuer vom Ertrag und vom Kapital					Grundsteuer B				
	1971	1975	1980	1985	1988	1971	1975	1980	1985	1988
Schleswig-Holstein	100,0	94,3	93,3	87,1	88,4	100,8	100,4	99,3	92,2	90,4
Ø Kreisfreie Städte	98,3	93,1	97,2	89,3	96,5	109,1	120,8	116,6	105,5	101,7
Ø Landkreise	101,1	97,7	94,8	91,0	90,0	103,3	98,7	96,4	93,8	92,9
Niedersachsen	102,8	99,1	102,7	96,9	95,6	108,6	107,8	107,3	105,1	103,6
Ø Kreisfreie Städte	103,8	97,9	106,5	99,5	99,5	116,1	109,7	108,4	110,2	108,4
Ø Landkreise	102,1	102,7	103,3	99,7	96,7	108,8	111,3	111,7	109,2	107,9
Nordrhein-Westfalen	88,8	86,1	94,2	104,8	108,0	94,3	95,1	95,6	100,0	104,3
Ø Kreisfreie Städte	86,5	84,4	94,7	103,6	106,8	90,9	92,3	92,2	96,2	100,0
Ø Landkreise	91,2	87,6	92,2	104,3	107,6	97,7	96,2	95,6	100,4	104,5
Hessen	107,7	107,6	105,8	108,1	107,7	100,0	97,0	93,4	93,9	92,4
Ø Kreisfreie Städte	112,8	116,5	111,2	117,3	117,3	113,9	112,8	108,4	113,7	111,2
Ø Landkreise	102,1	100,3	102,0	98,4	97,6	89,3	85,8	84,3	83,8	83,1
Rheinland-Pfalz	102,8	101,6	103,3	96,9	97,0	98,0	101,5	100,7	97,3	96,0
Ø Kreisfreie Städte	104,2	99,4	103,4	98,0	97,2	90,9	95,6	95,5	93,9	93,6
Ø Landkreise	102,1	105,0	103,9	97,8	97,0	108,8	109,6	106,9	102,3	100,8
Baden-Württemberg	108,0	107,3	98,8	93,8	93,4	87,3	88,8	88,7	85,1	83,8
Ø Kreisfreie Städte	113,2	114,4	101,1	93,9	94,7	91,6	90,9	88,0	80,2	77,9
Ø Landkreise	106,0	107,7	102,0	99,1	97,6	92,1	92,5	93,5	93,5	92,5
Bayern	109,1	113,6	107,9	101,7	100,0	111,0	111,2	109,1	102,7	100,3
Ø Kreisfreie Städte	114,2	123,1	113,5	105,9	104,5	111,3	111,7	105,5	96,5	93,0
Ø Landkreise	102,8	105,0	102,3	97,2	95,5	111,6	111,3	112,1	108,8	107,1

noch Tabelle A20

	Gewerbsteuer vom Ertrag und vom Kapital					Grundsteuer B				
	1971	1975	1980	1985	1988	1971	1975	1980	1985	1988
Saarland	108,7	108,9	114,5	113,2	115,5	84,5	80,6	91,6	98,0	102,0
Ø Kreisfreie Städte	114,6	-	-	-	-	80,3	-	-	-	-
Ø Landkreise	107,4	115,1	123,1	125,2	126,7	94,4	90,4	101,2	111,2	116,2
Hamburg	99,0	100,6	102,5	110,7	104,0	91,2	77,2	90,9	104,7	106,4
Bremen	83,3	90,1	108,1	106,9	105,3	91,2	83,9	107,1	122,1	123,2
Berlin (West)	93,8	90,1	56,2	50,9	50,1	109,5	134,2	129,9	116,3	112,0
Ø Bundesrepublik, Ø Kreisfreie Städte, Ø Landkreise	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

(a) Ø Bundesrepublik, Ø Kreisfreie Städte, Ø Landkreise = 100.

Quelle: Wie Tabelle A19.

Literaturverzeichnis

- ADLUNG, Rudolf, Hermann J.M. GÖTZINGER, Konrad LAMMERS, Klaus-Werner SCHATZ, Joachim SEITZ, Carsten THOROE, Konzeption und Instrumente einer potentialorientierten Regionalpolitik. Institut der Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1979.
- AHUJA, Philippa, Drew REYNOLDS, Airport Capacity and Economic Growth in Atlanta. Atlanta 1979.
- AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG, Landesentwicklung in Norddeutschland, sektorale Aspekte I, Wirtschaft - Seehäfen - Freizeit. Hannover 1986.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHES INSTITUT FÜR ORGANISATION UND AUTOMATION AN DER UNIVERSITÄT KÖLN (BIFOA), GESELLSCHAFT FÜR INFORMATIONS- UND BÜROSYSTEM-PLANUNG (INFOPLAN), Konzept zur Förderung der flächendeckenden Nutzung informations- und kommunikationstechnischer Systeme durch mittelständische und kleine Unternehmen in Schleswig-Holstein. Köln 1987.
- BADE, Franz J., Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen. Berlin 1987.
- , et al., Die regionale Verteilung von Wirtschaftsaktivitäten. Gutachten im Auftrag des niedersächsischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr, 1. Zwischenbericht. Berlin 1984.
- BALLESTREM, Ferdinand Graf von, Standortwahl von Unternehmen und Industriestandortpolitik. Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten, N.F., 44, Berlin 1974.
- BASTIAT, Frédéric, "Gegenseitigkeit". In: Karl BRAUN-WIESBADEN (Hrsg.), Friedrich Bastiat. Eine Auswahl aus seinen Werken. Leipzig 1880, S. 145-149.
- BAUM, Herbert, Ulrich GRAF, Regionale Wirkungen der Verkehrsinvestitionspolitik. Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung, Schriftenreihe, 16, Bonn 1987.
- BERATERGRUPPE VERKEHR UND UMWELT, Elektrifizierung der DB-Strecken in Schleswig-Holstein. Untersuchungsbericht zum Forschungsvorhaben FE 90219/87 des Bundesministers für Verkehr. Freiburg 1987.
- BERATUNGSSTELLE FÜR INNOVATION UND TECHNOLOGIETRANSFER E. V., Geschäftsbericht 1988. Kiel 1989.
- BÖHME, Hans, Henning SICHELSCHEIDT, Entwicklungsperspektiven des seewärtigen Güter- und Personenverkehrs der Ostseehäfen Schleswig-Holsteins bis zum Jahre 2000. Forschungsauftrag des Ministers für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. Kiel 1989, unveröff. Manuskript.

- BOSS, Alfred, Unternehmensbesteuerung und Standortqualität. Ein internationaler Vergleich. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 145/146, November 1988.
- , Adrian BOTHE, Ausgabenkürzungen im öffentlichen Sektor. Kieler Studien, 207, Tübingen 1987.
- BOTHE, Adrian, "Regionalpolitik und Marktwirtschaft". Die Weltwirtschaft, 1987, H. 1, S. 116-157.
- , Die Gemeindeausgaben in der Bundesrepublik. Ein nachfrageorientierter Erklärungsansatz. Kieler Studien, 226, Tübingen 1989.
- BREDE, Helmut, Bestimmungsfaktoren industrieller Standorte. Eine empirische Untersuchung. Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, 75, Berlin 1971.
- BREMER LANDESBANK, HAMBURGISCHE LANDESBANK, NORDDEUTSCHE LANDESBANK, LANDESBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN, Wachstumsfelder in Norddeutschland. Kiel 1987.
- BRINKMANN, M., Klaus SCHLIEBE, Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West). Bonn 1975.
- BRÖCKER, Johannes, Lieferverflechtungen des Landes Schleswig-Holstein. Institut für Regionalforschung, Beitrag Nr. 4, Kiel 1983.
- BUIGUES, Pierre, Fabienne ILZKOVITZ, The Sectoral Impact of the Internal Market. Brüssel 1988.
- BULMAHN, Edelgard, Dirk BAUMANN, Peter KETSCH, Die regionale Verteilung der Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung. Eine Bestandsaufnahme. Bonn 1988.
- BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg, lfd. Jgg.
- BUNDESANSTALT FÜR STRASSENWESEN, Straßenverkehrszählung, Jahresauswertung 1987, Langzeitzählstellen, H. 42, Bergisch-Gladbach 1988.
- BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG, Laufende Raumbeobachtung: Aktuelle Daten zur räumlichen Entwicklung in den Kreisen, H. 6, Bonn 1982.
- , Laufende Raumbeobachtung: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden, H. 17, Bonn 1984; H. 28, Bonn 1987.
- , Informationen zur Raumentwicklung. Aktuelle Daten und Prognosen zur räumlichen Entwicklung, Regionale Infrastruktur I, H. 11, Bonn 1988.
- , Führt die Wohnungsknappheit zur Akzeptanz von Defiziten im Wohnumfeld? BfLR-Mitteilungen, Bonn 1989.

BUNDESGESETZBLATT (BGBl), Teil 1, 1987.

DER BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE [a],
Bundesbericht Forschung 1988. Bonn 1988.

-- [b], Faktenbericht zum Bundesbericht Forschung. Bonn, lfd. Jgg.

BUNDESMINISTERIUM FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN, Das
ISDN-Angebot der Deutschen Bundespost. Ein örtlicher und zeitlicher
Überblick. Bonn 1988.

DER BUNDESMINISTER FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTE-
BAU, Auswirkungen der europäischen Integration auf die großräumige
Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Teilbereich Wirt-
schaft. Bonn 1979.

DER BUNDESMINISTER FÜR VERKEHR [a], Forschung, Straßenbau und
Straßenverkehrstechnik. Leistungsfähigkeit von Hauptverkehrs-
straßen, H. 445, Köln 1985.

-- [b], Verkehr in Zahlen. Bonn, lfd. Jgg.

BUND-LÄNDER-KOMMISSION FÜR BILDUNGSPLANUNG UND FOR-
SCHUNGSFÖRDERUNG, Einrichtung der Blauen Liste. Rechtsgrund-
lagen und allgemeine Informationen. Bonn 1984.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT (BMWi), Die wirtschaftliche
Entwicklung in den Bundesländern. Bonn, o.J.

BUNDESVERBAND DER ENERGIEABNEHMER E.V. [a], Bundes-Erdgas-
vergleich. Hannover, lfd. Jgg.

-- [b], Bundes-Strompreisvergleich. Hannover, lfd. Jgg.

-- [c], Bundes-Wasserpreisvergleich. Hannover 1988.

BUSCH, Axel, "Die Gebührenpolitik der Deutschen Bundespost im Tele-
kommunikationssektor auf dem Prüfstand. Ein Beitrag zur Deregulie-
rungsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland". Die Weltwirt-
schaft, 1986, H. 1, S. 106-120.

--, Größenordnung, Struktur und bisherige Entwicklungstendenzen des
Marktes für Datenbankdienste. Endbericht zu einem Forschungsauftrag
des Bundesministers für Wirtschaft. Kiel 1987.

--, "Elektronische Datenbanken im Aufwind - Turbulenzen für den
Fachliteraturmarkt?". Die Weltwirtschaft, 1988, H. 1, S. 107-122.

CECCHINI, Paolo, Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes. Baden-
Baden 1988.

CLAUSEN, Volker, Torsten HAUPT, Zur Diskussion um die Notwendigkeit
einer Elbquerung westlich von Hamburg. Universität Kiel, Institut für
Wirtschaftspolitik, Diskussionsbeiträge, September 1989.

DEUTSCHE BUNDESBahn (DB) [a], Amtliches Kursbuch. Frankfurt/M., lfd. Jgg.

-- [b], Die Bahn in Zahlen. Frankfurt/M., lfd. Jgg.

-- [c], Geschäftsbericht. Frankfurt/M., lfd. Jgg.

-- [d], Jahresbericht. Frankfurt/M., lfd. Jgg.

-- [e], Programm Schleswig-Holstein. Hamburg 1987.

DEUTSCHE BUNDESBANK [a], Monatsberichte. Frankfurt/M., August 1989.

-- [b], Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3: Zahlungsbilanzstatistik, Beilage. Frankfurt/M., lfd. Jgg.

DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT (DFG), Tätigkeitsbericht. Bonn, lfd. Jgg.

DEUTSCHER BUNDESTAG, Faktenbericht 1981 zum Bundesbericht Forschung. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 9/1581 vom 20. April 1982.

--, Raumordnungsbericht 1986. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 10/6027 vom 19. September 1986.

--, Sechzehnter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestagsdrucksache 11/583 vom 26. Oktober 1987.

--, Siebzehnter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestagsdrucksache 11/2362 vom 27. September 1988.

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW), Tendenzen des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen. Wochenbericht 39/88, Vol. 55, Berlin, 29. September 1988.

DEUTSCHES PATENTAMT, Jahresbericht. München, lfd. Jgg.

DICKE, Hugo, Das Programm zur Vollendung des Binnenmarktes - Versuch einer Zwischenbilanz. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 364, März 1989.

DÖHRN, Roland, Der europäische Binnenmarkt - Eine Bestandsaufnahme und Überlegungen zu den Chancen und Risiken für Nordrhein-Westfalen. RWI-Mitteilungen, Vol. 40, 1989, S. 149-181.

DONGES, Juergen B., Klaus-Werner SCHATZ, Staatliche Interventionen in der Bundesrepublik Deutschland. Umfang, Struktur, Wirkungen. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 119/120, Mai 1986.

DONGES, Juergen B., Hugo DICKE, Erich GUNDLACH, Karl Heinz JÜTTEMEIER, Henning KLODT, Klaus-Dieter SCHMIDT, Frank D. WEISS, Mehr Strukturwandel für Wachstum und Beschäftigung. Die deutsche Wirtschaft im Anpassungsstau. Forschungsauftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Kiel 1987.

X --, Klaus-Dieter SCHMIDT, Hugo DICKE, Erich GUNDLACH, Karl Heinz JÜTTEMEIER, Henning KLODT, Frank D. WEISS, Mehr Strukturwandel für Wachstum und Beschäftigung. Die deutsche Wirtschaft im Anpassungsstau. Kieler Studien, 216, Tübingen 1988.

DUNNING, John H., International Production and the Multinational Enterprise. London 1981.

ECHTERHOFF-SEVERITT, Helga, Christoph GRENZMANN, Ellen HARDT, Rüdiger MARQUARDT, Angelika WEISSBURGER, Joachim WUDTKE, Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1983 - mit ersten Daten 1985. Gemeinnützige Gesellschaft für Wirtschaftsstatistik, Arbeitsschrift A, Essen 1986.

--, Gerd KÖRBER, Joachim WUDTKE [1988a], Forschung und Entwicklung im Wirtschaftssektor in drei Jahrzehnten. Gemeinnützige Gesellschaft für Wirtschaftsstatistik, Materialien zur Wirtschaftsstatistik, H. 4, Essen 1988.

--, Christoph GRENZMANN, Rüdiger MARQUARDT, Ellen MENNER, Angelika WEISSBURGER, Joachim WUDTKE [1988b], Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1985 - mit ersten Daten 1987. Gemeinnützige Gesellschaft für Wirtschaftsstatistik, Arbeitsschrift A, Essen 1988.

ECKHOFF, Johann, "Ursachen und Folgen regionaler Unterschiede der Mieten und Immobilienpreise". Der langfristige Kredit, H. 20, 1988, S. 667-672.

EISENBAHN-AKTIENGESELLSCHAFT ALTONA-KALTENKIRCHEN-NEUMÜNSTER, Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1988. Hamburg 1989.

EMPIRICÁ, Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Entwicklung zum Binnenmarkt auf Sektoren und Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1988.

FELS, Gerhard, Klaus-Dieter SCHMIDT, Die deutsche Wirtschaft im Strukturwandel. Kieler Studien, 166, Tübingen 1981.

FIEDLER, Georg, "Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein". Studien- und Fördergesellschaft der schleswig-holsteinischen Wirtschaft e.V., Arbeiten und Leben in Schleswig-Holstein. Rendsburg 1989, S. 70-71.

FIEDLER, Heinz, Karl-Heinz WODTKE, Technologiezentren in der Bundesrepublik Deutschland 1987. Innovation und Management. Berlin 1987.

FRAUNHOFER GESELLSCHAFT, Tätigkeitsbericht. Bonn, lfd. Jgg.

- FREUND, Ulrich, Gerhard ZABEL, Regionale Wirkungen der Wirtschaftstrukturförderung. Schriftenreihe "Raumordnung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn 1978.
- FROSCHMAIER, Franz, "Schleswig-Holstein - Wirtschaftsstandort mit Zukunft". Studien- und Fördergesellschaft der schleswig-holsteinischen Wirtschaft e.V., Arbeiten und Leben in Schleswig-Holstein. Rendsburg 1989, S. 12-13.
- FÜRST, Dietrich, Klaus ZIMMERMANN, Karl Heinrich HANSMEYER (Hrsg.), Standortwahl industrieller Unternehmen. Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung, Schriftenreihe, 1, Bonn 1973.
- GATZWEILER, Hans-Peter, Ludwig RUNGE, Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden 1984. Laufende Raumbeobachtung. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, H. 17, Bonn 1984.
- GEPPERT, Kurt, Bernd GÖRZIG, Wolfgang KIRNER, Erika SCHULZ, Dieter VESPER, Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren - eine vergleichende Analyse. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Struktur-forschung, 94, Berlin 1987.
- GIERSCH, Herbert, "Probleme stabilitätskonformer Lohnpolitik". Kyklos, Vol. 20, 1967, S. 147-165.
- , "Aspects of Growth, Structural Change, and Employment - A Schumpeterian Perspective". Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 115, 1979, S. 629-652.
- (Hrsg.), Wie es zu schaffen ist. Agenda für die deutsche Wirtschaftspolitik. Stuttgart 1983.
- , "Perspektiven unserer Wirtschaft und die neue Informationstechnik". In: Herbert GIERSCH (Hrsg.), Arbeitsgesellschaft. Wandel ihrer Strukturen. Walter-Raymond-Stiftung, Veröffentlichungen, 23, Köln 1984, S. 123-148.
- , "Das Dilemma des Sozialen". In: Karl Heinz FRANK (Hrsg.), Herbert Giersch. Gegen Europessimismus. Kritische Beiträge 1977 bis 1985. Stuttgart 1986, S. 88-93.
- , Der EG-Binnenmarkt als Chance und Risiko. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 147, Dezember 1988.
- GRILLICHES, Zvi (Ed.), R&D, Patents, and Productivity. NBER-Conference Report. Chicago 1984.
- GRIMM, Doris, Klaus-Werner SCHATZ, Peter TRAPP, EG 1992: Strategien, Hindernisse, Erfolgsaussichten. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 151, April 1989.
- GUNDLACH, Erich, "Gibt es genügend Lohndifferenzierung in der Bundesrepublik Deutschland?". Die Weltwirtschaft, 1986, H. 1, S. 74-88.

- HEIDENREUTER, Hans-Peter, Horst LUTTER, Thomas PÜTZ, Klaus SCHLIEBE, "Erschließungsqualität der Fernverkehrsinfrastrukturen Straße und Schiene". Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Informationen zur Raumentwicklung, Aktuelle Daten und Prognosen zur räumlichen Entwicklung, H. 11, Bonn 1988, S. 733-735.
- HEITGER, Bernhard, Jürgen STEHN, "Japanische Direktinvestitionen in der EG - ein trojanisches Pferd für 1993?". Die Weltwirtschaft, 1989, H. 1, S. 124-136.
- HENCKEL, Dietrich, "Die räumliche Verteilung von Unternehmen der Biotechnik und der Informationstechnik". Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Informationen zur Raumentwicklung, H. 4, 1989, S. 237-245.
- HERRMANN, Hajo, Zur Lage und Entwicklung der Arbeitsmärkte Schleswig-Holsteins 1980-1985. Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, 8, Dezember 1987.
- [1989a], Die Beschäftigtenentwicklung in Schleswig-Holstein 1980-1987, gegliedert nach Tätigkeitsbereichen, Berufsgruppen und Qualifikationen. Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, 10, Juni 1989.
- [1989b], Beschäftigten- und Arbeitsmarktentwicklung in den Regionen Schleswig-Holsteins 1980-1987. Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, 9, Januar 1989.
- HÖRING, Klaus, Matthias HUCKEMANN, Wolfgang METZ, Paul SCHMITZ, Albrecht WINDLER, Konzept zur Förderung der flächendeckenden Nutzung informations- und kommunikationstechnischer Systeme durch mittelständische und kleine Unternehmungen in Schleswig-Holstein. Gutachten im Auftrag des Ministers für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. Kiel 1987.
- HOFFMEYER, Martin, Christiane KRIEGER-BODEN, Rüdiger SOLTWEDEL, Zur wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein. Kieler Sonderpublikation. Kiel 1987.
- HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, Der Norden auf einen Blick. Materialien zur Tagung "Zukunftsstandort Küste" am 31. August 1988 in Hamburg.
- INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER (IHK) zu Koblenz, Strukturpolitik mit Augenmaß. Koblenz 1973, unveröff. Manuskript.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (IMF), International Financial Statistics Yearbook. Washington 1988.
- JANOCHA, Peter, "Der Außenhandel Schleswig-Holsteins seit 1970". Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Statistische Monatshefte, 2, 1985, S. 22-30.

- JÜTTEMEIER, Karl Heinz, Konrad LAMMERS, Subventionen in der Bundesrepublik Deutschland. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 63/64, November 1979.
- KAISER, Karl-Heinz, L. HÖRNER, Standortbefragung von Industriebetrieben in der Stadtregion Köln. Seminar für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftliche Planung der Universität zu Köln. Köln 1976, unveröff. Manuskript.
- KAMPMANN, Ricarda, "Die Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland - Eine regional und sektoral disaggregierte Analyse". RWI-Mitteilungen, Vol. 37/38, 1986/87, S. 279-302.
- KEEBLE, David, Peter L. OWENS, Chris THOMPSON, The Influence of Peripheral and Central Locations on the Relative Development of Regions. University of Cambridge, Department of Geography, Cambridge, Mass., 1981.
- KITTERER, Wolfgang, Landeshaushaltspolitik in Schleswig-Holstein. Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften, Diskussionspapier, 1, 1989.
- KLODT, Henning, Wettlauf um die Zukunft. Technologiepolitik im internationalen Vergleich. Kieler Studien, 206, Tübingen 1987.
- , Klaus-Dieter SCHMIDT, Alfred BOSS, Axel BUSCH, Henning KLODT, Astrid ROSENSCHON, Wolfgang SUHR, Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Standortwettbewerb. Die deutsche Wirtschaft auf dem Prüfstand. Kieler Studien, 228, Tübingen 1989.
- KLUCZKA, Georg, Dietmar RÖHL, Analyse und Bewertung raumbedeutsamer Faktoren in Norddeutschland. Teil I: Geographische und infrastrukturelle Grundlagen. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 72, Hannover 1983.
- KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (Kommission) [a], The Economics of 1992. European Economy, 35, Brüssel 1988.
- [b], Soziales Europa. Die soziale Dimension des Binnenmarktes. Luxemburg 1988.
- KÖRBER-WEIK, Margot, Susanne WIED-NEBBELING, Wirtschaftskraft und Wirtschaftsentwicklung in den Bundesländern seit 1970. Eine vergleichende Analyse. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Institut für angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen, Forschungsberichte Serie B, Nr. 6, Tübingen 1986.
- KORDEY, Norbert, Fernmeldegebühren und Raumordnung. Raumordnungspolitische Bewertung unterschiedlicher Strategien der Tarif- und Gebührenpolitik im Fernmeldewesen im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn 1988.
- KRIST, Herbert, Bestimmungsgründe industrieller Direktinvestitionen. Berlin 1985.

LAASER, Claus-Friedrich, "Regionale Aspekte der Verkehrsordnungs- politik". Die Weltwirtschaft, 1987, H. 1, S. 97-115.

LÄPPLE, Dieter, "Neue Technologien in räumlicher Perspektive". Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Informationen zur Raumentwicklung, H. 4, 1989, S. 213-226.

LAMMERS, Konrad, Zur ökonomischen Entwicklung der regionalen Fördergebiete und der Nichtfördergebiete seit Beginn der siebziger Jahre. Gesellschaft für Regionalforschung, Seminarberichte, 22, November 1985.

x --, Regionalförderung und Schiffbausubventionen in der Bundesrepublik. Kieler Studien, 224, Tübingen 1989.

--, Rüdiger SOLTWEDEL, Verbesserung der Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen in Schleswig-Holstein. Endbericht zum Forschungsauftrag des Ministers für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. Kiel 1986.

--, --, Verbesserung der Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen in Schleswig-Holstein. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 127, Januar 1987.

LANDESAMT FÜR STRASSENBAU UND STRASSENVERKEHR SCHLESWIG-HOLSTEIN, Länge und Ausbauzustand der Bundesfern-, Landes- und Kreisstraßen in Schleswig-Holstein. Kiel, lfd. Jgg.

LANDESARBEITSAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN-HAMBURG [a], Bericht über die Entwicklung der Wirtschaft und des Geld- und Kreditwesens in Schleswig-Holstein im Jahre 1988. Kiel 1989.

-- [b], Jahresergebnisse der Arbeitsmarktstatistik. Hamburg, lfd. Jgg.

-- [c], Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik im Jahresvergleich. Statistisches Sonderheft. Kiel, lfd. Jgg.

MAACK, Jürgen, "Werden Tarifikunden bevorzugt? Strompreisentwicklung für Sondervertrags- und Tarifikunden in der Bundesrepublik". HEW-Medienarchiv Energie, 1983, S. 1-3.

--, Manfred PANITZ, "Preisverzerrung. Strompreisentwicklung für Sondervertrags- und Tarifikunden in der Bundesrepublik von 1978 bis 1988". Energie-Spektrum, 1988, S. 1-4.

MÄRTZ, Ulrike, "Dienstleistungen in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes". Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Vol. 36, 1988, S. 250-252.

MAIER, Herbert, Erika MATTHEISS, Martin DORN, Zur Tarifproblematik von Fernmeldediensten. Baden-Baden 1987.

MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTEN, Jahresbericht. Göttingen, lfd. Jgg.

- MEYER-KRAHMER, Frieder, Regina DITTSCHAR-BISCHOFF, Uwe GUNDRUM, Uwe KUNTZE, Gisela GIELOW, Herbert KRIST, Günter WALTER, Erfassung regionaler Innovationsdefizite, Teilbereich Raumordnung. Schriftenreihe 06, H. 06.054. Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn 1984.
- DER MINISTER FÜR WIRTSCHAFT, TECHNIK UND VERKEHR DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, Verkehrspolitisches Programm der Landesregierung Schleswig-Holstein, zweite Fortschreibung, H. 13, Kiel 1982.
- , Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein 1988. Kiel 1989.
- , Straßenverkehrs- und Unfallentwicklung in Schleswig-Holstein. Jahresvergleich 1985/1986 und Entwicklungen seit 1970. Kiel, o. J.
- MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND FISCHEREI DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, Nahrungsmittelbilanz für Schleswig-Holstein 1987/88. Kiel 1989.
- MÜLLER, J. Heinz, Michael DRUDE, "Eigenwirtschaftlichkeit der Eisenbahnen und aktive Sanierung ländlicher Räume - ein Zielkonflikt?". Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, Vol. 42, 1971, H. 1/2, S. 162-173.
- MÜLLER, Klaus, "Langfristige industrielle Entwicklungslinien in der Bundesrepublik Deutschland - der notwendige regionale Strukturwandel des Ruhrgebietes". Gesellschaft für Regionalforschung, Jahrbuch für Regionalwirtschaft, Vol. 6, 1985, S. 28-51.
- NECKER, Tyll [1989a], Einfluß der Energieversorgung auf die Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Vortrag bei der Schleswig-AG am 16. März 1989 in Rendsburg.
- [1989b], "Die schleswig-holsteinische Wirtschaft im Jahr 2000". Studien- und Fördergesellschaft der schleswig-holsteinischen Wirtschaft e. V., Arbeiten und Leben in Schleswig-Holstein. Rendsburg 1989, S. 132-133.
- NIETH, Evelyn, Industriestruktur und regionale Entwicklung. Eine theoretische und empirische Untersuchung der Bundesrepublik 1960-1972. Berlin 1980.
- N. U. -DATEC, GESELLSCHAFT FÜR DATENVERARBEITUNGSTECHNIK AN DER NORDISCHEN UNIVERSITÄT MBH, Konzept zur Errichtung eines flächendeckenden Netzes von Informations- und Kommunikationstechnikzentren (ITZ). Kiel 1988.
- PAQUE, Karl-Heinz, Hysteresis, Structural Change, and Long-Term Unemployment - The West German Labour Market in the 1980's. Paper presented at the conference "The Art of Full Employment", September 28-30, 1989, at the Rijksuniversität Limburg.

- PESCHEL, Karin, Thomas SCHNÖRING, Analyse der Exporte der Bundesrepublik Deutschland unter regionalem Gesichtspunkt. Universität Kiel, Institut für Regionalforschung, Beiträge, 3, 1983.
- RICHERT, Reimar, Eberhard THIEL, "Neue Perspektiven für Norddeutschland nach 1992?". In: Otto G. MAYER, Hans-Eckart SCHARRER, Hans-Jürgen SCHMAHL (Hrsg.), Der europäische Binnenmarkt. Perspektiven und Probleme. Hamburg 1989, S. 379-405.
- RING DEUTSCHER MAKLER (RDM), RDM-Immobilienpreisspiegel. o.O., lfd. Jgg.
- REUSS, Tilman T. (Hrsg.), Jahrbuch der Luft- und Raumfahrt. Mannheim 1987.
- ROSSKAMP, Dieter J., "USA: Wachstumskorridore der Zukunft". Information der internationalen Treuhand AG, 80, 1988, S. 43-56.
- RÜTER, Georg, Regionalpolitik im Umbruch. Schriften zur Nationalökonomie, Bd. 2. Bayreuth 1987.
- RUPPERT, Wolfgang, "Standort Bundesrepublik im Urteil des verarbeitenden Gewerbes". Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, Ifo-Schnelldienst, Vol. 42, H. 4, 1989, S. 22-28.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (SVR), Jahresgutachten 1967. Bundestagsdrucksache V/2310 vom 4. Dezember 1967. Bonn 1967.
- , Weichenstellung für die neunziger Jahre. Jahresgutachten 1989/90. Wiesbaden 1989.
- SCHATZ, Klaus-Werner, "Neue Wege im Umweltschutz". In: Herbert GIERSCHE (Hrsg.), Wie es zu schaffen ist. Agenda für die deutsche Wirtschaftspolitik. Stuttgart 1983, S. 232-253.
- SCHÄTZL, Ludwig, Wirtschaftsgeographie 1, Theorie. 3. Aufl., Paderborn 1988.
- SCHEITHAUER, Klaus, "Zur Entwicklung des Auslandumsatzes im verarbeitenden Gewerbe". Statistische Monatshefte, Schleswig-Holstein, Vol. 41, 1989, H. 8, S. 163-169.
- SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG, Vollzug der Vereinbarung über die ÖPNV-Bedienung im Land Schleswig-Holstein. Bericht der Landesregierung. Landtagsdrucksache 12/261 vom 9. März 1989.
- , Bericht der Landesregierung. Landtagsdrucksache 12/335 vom 8. Mai 1989.
- SCHLIEBE, Klaus, Industriensiedlungen. Das Standortwahlverhalten der Industriebetriebe in den Jahren von 1955 bis 1979. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Forschungen zur Raumentwicklung, Bd. 11. Bonn 1982.

- SCHÖN, Helmut, Karl-Heinz NEUMANN, "Mehrwertdienste (Value-Added Services) in der ordnungspolitischen Diskussion". Deutsche Bundespost, Jahrbuch der Deutschen Bundespost. Bad Windsheim 1985, S. 5-54.
- SIEBERT, Horst, Ökonomische Theorie der Umwelt. Tübingen 1978.
- , "Ein Wechselkurs zwischen Leer und Ludwigsburg". Wirtschaftswoche, Vol. 42, 1988, Nr. 16, S. 43.
- , Harmonisierung der Mehrwertsteuer oder Anpassung der Wechselkurse? Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 156, September 1989.
- SINZ, Manfred, Wolfgang J. STEINLE, "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und europäischer Binnenmarkt". Raumforschung und Raumordnung, Nr. 1, 1989, S. 10-21.
- SOLTWEDEL, Rüdiger, "Süd-Nord-Gefälle - Signal für politischen Handlungsbedarf?". In: Rüdiger von VOSS, Karl FRIEDRICH (Hrsg.), Das Süd-Nord-Gefälle. Stuttgart 1986, S. 45-67.
- , "Wettbewerb zwischen Regionen statt zentral koordinierter Regionalpolitik". Die Weltwirtschaft, 1987, H. 1, S. 129-145.
- , "Employment Problems in West Germany - The Role of Institutions, Labor Law, and Government Intervention". Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy, Vol. 28, 1988, S. 153-220.
- , Axel BUSCH, Alexander GROSS, Claus-Friedrich LAASER, Deregulierungspotentiale in der Bundesrepublik. Kieler Studien, 202, Tübingen 1986.
- , --, --, --, Zur staatlichen Marktregulierung in der Bundesrepublik. Kieler Sonderpublikation. Kiel 1987.
- STATISTISCHES BUNDESAMT [a], Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer. Stuttgart, lfd. Jgg.
- [b], Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, lfd. Jgg.
- [c], Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4.2: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Stuttgart, lfd. Jgg.
- [d], Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4.2.1: Struktur der Arbeitnehmer, 1988. Stuttgart, Mai 1989.
- [e], Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten. Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987, Heft 3: Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Beschäftigtengrößenklassen. Stuttgart, Juni 1989.

- STATISTISCHES BUNDESAMT [f], Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten. Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987, Heft 4: Beschäftigte in Arbeitsstätten nach Stellung im Betrieb. Stuttgart, Juni 1989.
- [g], Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe, Reihe 4.1: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. Stuttgart, lfd. Jgg.
 - [h], Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe, Reihe 4.2: Beschäftigung, Umsatz und Investitionen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. Stuttgart, lfd. Jgg.
 - [i], Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe, Reihe 4.2.1: Beschäftigte, Umsatz und Investitionen der Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. Stuttgart, lfd. Jgg.
 - [j], Fachserie 7: Außenhandel, Reihe 3.1: Einfuhr nach Herstellungs- und Einkaufsländern und Warengruppen. Stuttgart, lfd. Jgg.
 - [k], Fachserie 7: Außenhandel, Reihe 3.2: Ausfuhr nach Verbrauchs- und Käuferländern und Warengruppen. Stuttgart, lfd. Jgg.
 - [l], Fachserie 8: Verkehr, Reihe 2: Eisenbahnverkehr. Stuttgart, lfd. Jgg.
 - [m], Fachserie 11: Bildung und Kultur, Reihe 4.4: Personal an Hochschulen, 1987. Stuttgart, April 1988.
 - [n], Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 10.1: Realsteuervergleich, 1987. Stuttgart, lfd. Jgg.
 - [o], Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Reihe 2.1: Arbeiterverdienste in der Industrie. Stuttgart, lfd. Jgg.
 - [p], Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Reihe 2.2: Angestelltenverdienste in Industrie und Handel. Stuttgart, lfd. Jgg.
 - [q], Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Reihe 4.1: Tariflöhne. Stuttgart, lfd. Jgg.
 - [r], Fachserie 19: Umweltschutz, Reihe 2: Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe. Stuttgart, lfd. Jgg.
 - [s], Fachserie C: Unternehmen und Arbeitsstätten. Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970, Heft 3: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) nach Beschäftigtengrößenklassen, Beschäftigte nach der Stellung im Betrieb. Stuttgart 1970.
 - [t], Statistisches Informationssystem des Bundes (STATIS), Datenbestand 1989. Wiesbaden 1989.

X STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (Gemeinschafts-veröffentlichung der Statistischen Landesämter), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, H. 15: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Revidierte Ergebnisse 1970 bis 1985. Stuttgart 1986.

X --, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, H. 17: Anlagevermögen, Anlageinvestitionen und Abschreibungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland. Revidierte Ergebnisse 1970 bis 1986. Stuttgart 1988.

STATISTISCHES LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN [a], Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Gemeinden Schleswig-Holsteins am 27. Mai 1970, Arbeitsstättenzählung 1970, H. 2, Kiel 1972.

-- [b], Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Kreisen Schleswig-Holsteins am 25. Mai 1987, Arbeitsstättenzählung 1987, H. 2, Kiel 1989.

-- [c], Arbeitsstätten und Beschäftigte Schleswig-Holsteins in wirtschaftlicher Gliederung und nach Stellung im Betrieb am 25. Mai 1987. Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987, Kreisergebnisse I. Kiel 1989.

-- [d], Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins. Statistische Berichte G III 1. Kiel, lfd. Jgg.

-- [e], Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, Jahresergebnisse. Statistische Berichte E I 1/EI7. Kiel, lfd. Jgg.

-- [f], Die Binnenschifffahrt in Schleswig-Holstein. Statistische Berichte H II 1. Kiel, lfd. Jgg.

X -- [g], Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen. Statistische Berichte P II 1. Kiel, lfd. Jgg.

-- [h], Die Einfuhr Schleswig-Holsteins. Statistische Berichte G III 3. Kiel, lfd. Jgg.

-- [i], Der Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen in Schleswig-Holstein. Statistische Berichte H I 6. Kiel, lfd. Jgg.

-- [j], Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen in Schleswig-Holstein. Statistische Berichte H I 5. Kiel, lfd. Jgg.

-- [k], Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein. Statistische Berichte E I 6. Kiel, lfd. Jgg.

-- [l], Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe in Schleswig-Holstein. Statistische Berichte Q III 1. Kiel, lfd. Jgg.

-- [m], Kaufwerte für Bauland in Schleswig-Holstein. Statistische Berichte M I 6. Kiel, lfd. Jgg.

- STATISTISCHES LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN [n], Realsteuer-
vergleich in Schleswig-Holstein. Statistische Berichte L II 7. Kiel,
Ifd. Jgg.
- [o], Die Seeschifffahrt in Schleswig-Holstein. Statistische Berichte H
II 2. Kiel, Ifd. Jgg.
- [p], Statistische Monatshefte. Kiel, Ifd. Jgg.
- [q], Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein. Kiel, Ifd. Jgg.
- [r], Versicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Statistische
Berichte A VI 5. Kiel, Ifd. Jgg.
- STERNBERG, Rolf, Technologie- und Gründerzentren als Instrumente
kommunaler Wirtschaftsförderung. Dortmund 1988.
- STILLE, Frank, Renate FILIP-KÖHN, Heiner FLASSBECK, Bernd
GÖRZIG, Erika SCHULZ, Reiner STÄGLIN, Strukturverschiebungen
zwischen sekundärem und tertiären Sektor. Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturforchung, H. 107,
Berlin 1988.
- STRUCK, Bernd, "Die Bruttowertschöpfung in den Kreisen 1986". Sta-
tistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Statistische Monatshefte,
Vol. 41, 1989, H. 7, S. 140-145.
- SÜVERKRÜP, Fritz, Begrüßungsansprache auf dem Jahresempfang 1988
der Industrie- und Handelskammer "Technologiebewußtsein stärken!".
Kiel 1988, S. 1-22.
- VAUBEL, Roland, Hans D. BARBIER, Handbuch Marktwirtschaft. Pfullin-
gen 1986.
- VERBAND DER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN DES LANDES
SCHLESWIG-HOLSTEIN, Telekommunikationsbedarf in Schleswig-Hol-
stein - eine Umfrage. Flensburg, o.J.
- WEISS, Frank D., et al., Trade Policy in West Germany. Kieler Studien,
217, Tübingen 1988.
- WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT SCHLESWIG-HOLSTEIN MBH,
Aufstellung über Ansiedlungsfälle. Kiel, Ifd. Jgg.
- WIRTSCHAFTSWOCHE, Standortfaktoren: "Löhne weniger wichtig".
Nr. 38, vom 15. September 1989.
- WISSENSCHAFTSRAT, Erhebung der Personalstellen der staatlichen
Hochschulen 1986. Köln 1987.
- , Erhebung der laufenden Mittel für Lehre und Forschung. Köln 1988.
- WITTELER, Doris, "Tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse in der
Bundesrepublik - Ausmaß und Ursachen". Die Weltwirtschaft, 1986,
H. 1, S. 136-155.

WOLF, Folkwin, Effizienz und Erfolgskontrolle der regionalen Wirtschaftsförderung. Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Wiesbaden 1974.

ZANDER, Joachim, "Der Staat in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung". Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Statistische Monatshefte, Vol. 36, 1984, H. 9, S. 150-160.